

Wegweiser zur Geschichte



Horn von Afrika

2. Auflage

ZMSBw

Anregungen, Nachfragen und Kritik richten Sie bitte an:

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften
der Bundeswehr (ZMSBw)
Projektbereich Einsatzunterstützung
Hauptmann Torsten Konopka
Zeppelinstraße 127/128
14471 Potsdam

Telefon (0331) 9714 525

BwKz (90) 8529 525

Fax (0331) 9714 507

E-Mail zmsbweinsatzunterstuetzung@bundeswehr.org

www.zmsbw.de (auch im Intranet Bw)

Horn von Afrika

Wegweiser zur Geschichte

Begründet vom
Militärgeschichtlichen Forschungsamt

Herausgegeben vom
Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Wegweiser zur Geschichte
Horn von Afrika

Im Auftrag des
Zentrums für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr
herausgegeben von
Dieter H. Kollmer, Andreas Mückusch
und Torsten Konopka

Zweite, überarbeitete Auflage

ZMSBw 2019

Umschlagabbildung:

Jugendliche beim Fußballspielen vor Ruinen in Mogadischu, Somalia
(Thilo Thielke)

2., überarb. Aufl.

© 2019 Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der
Bundeswehr, Potsdam

Redaktion und Projektkoordination:

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften
der Bundeswehr, Fachbereich Publikationen (0560-02)

Koordination, Lektorat, Bildrechte: Annabel Franceschini

Satz und Layout: Carola Klinke

Karten und Grafiken: Daniela Heinicke, Frank Schemmerling

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile sind
urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den
gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche
Zustimmung des Verlages nicht zulässig.

Druck und Bindung: DBM Druckhaus Berlin-Mitte GmbH

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	9
I. Historische Entwicklungen	
Die vorkoloniale Geschichte am Horn von Afrika <i>Markus V. Höhne</i>	17
Das Horn von Afrika als Spielball der europäischen Mächte 1869 bis 1941 <i>Aram Mattioli</i>	31
Kriegerische Konflikte im 20. Jahrhundert <i>Andreas Mückusch mit Torsten Konopka</i>	41
Einflussnahme der Supermächte USA und Sowjetunion während des Kalten Krieges <i>Volker Ressler</i>	55
Zwischen Selbstfindung und Krieg: Die Entwicklung der ehemaligen »Brothers in Arms« Äthiopien und Eritrea <i>Nicole Hirt</i>	65
Radikaler Islamismus in Somalia: »al-Shabaab« <i>Torsten Konopka</i>	79
Verloren im somalischen Labyrinth? Probleme und Chancen des Staatsaufbaus in einem »failed state« <i>Wolf-Christian Paes</i>	95
Äthiopien – der Hegemon am Horn auf neuen Wegen <i>Ludger Schadomsky</i>	107
II. Strukturen und Lebenswelten	
Subsistenzwirtschaft, Handel und internationale Investoren am Horn <i>Dieter H. Kollmer</i>	119

Clanstrukturen und ethnische Gruppen am Horn von Afrika <i>Ulf Terlinden</i>	135
Kultur und Gesellschaft am Horn von Afrika <i>Fanella Akoth Würth mit Torsten Konopka</i>	149
Dürre und Hungerkatastrophen am Horn <i>Marion Aberle</i>	163
Migration am Horn von Afrika <i>Belachew Gebrewold</i>	175
Piraterie am Horn von Afrika <i>Kerstin Petretto und David Petrovic</i>	187
»African solutions for African problems« – Die AU-Mission in Somalia <i>Torsten Konopka</i>	199
Die EU am Horn von Afrika <i>Malte Brosig</i>	209
Die Bundeswehr am Horn von Afrika <i>Christian Jentsch</i>	221
Städteporträts Addis Abeba, Asmara, Dschibuti und Mogadischu <i>Wolbert G.C. Smidt/Hans-Peter Konopka/A.B./Thilo Thielke</i>	235

Anhang

Geschichte im Überblick	250
Erinnerungsorte	270
Literatur und neue Medien	278
Abkürzungen	287
Register	289

Vorwort

Das Horn von Afrika, und hier vor allem Somalia, ist von besonderer Bedeutung für die Geschichte der Bundeswehr nach Ende des Kalten Krieges. Anfang der 1990er-Jahre waren es der somalische Bürgerkrieg und die daraus hervorgehende humanitäre Katastrophe, die im Rahmen der Vereinten Nationen den ersten großen Auslandseinsatz deutscher Streitkräfte erforderlich machten.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA und dem Beginn der »Operation Enduring Freedom« (OEF) wurde das Horn von Afrika erneut zum Einsatzgebiet der Bundeswehr. Die Deutsche Marine wird seit 2002 – zunächst im Zuge der OEF und seit 2008 als Teil der Mission »Atalanta« der Europäischen Union – in der Region eingesetzt: unter anderem zur Kontrolle des Seeverkehrs auf einer der wichtigsten maritimen Verkehrsadern des Welthandels, zum Schutz von Schiffen des Welternährungsprogrammes auf ihrem Weg nach Somalia sowie zur Sicherung von zivilen Schiffen im Indischen Ozean vor terroristischen Angriffen und vor Piratenüberfällen. Von Dschibuti aus leisten hierfür deutsche Soldatinnen und Soldaten Aufklärungs- und Unterstützungsarbeit.

Um die Vorbereitung der Soldatinnen und Soldaten auf ihre Entsendung an das Horn von Afrika zu unterstützen, wurde eine Neukonzeption des 2007 von Dieter H. Kollmer und Andreas Mückusch herausgegebenen »Wegweisers zur Geschichte. Horn von Afrika« notwendig. Da die verschiedenen Konfliktherde in der Region miteinander verzahnt sind und sich nicht auf den somalischen Bürgerkrieg beschränken, sondern auch das viele Jahre angespannte Verhältnis zwischen der Regionalmacht Äthiopien und Eritrea einschließen, erschien es sinnvoll, auch in der Neuauflage die unterschiedlichen Länder am Horn von Afrika und nicht nur Somalia zu betrachten. Aufgrund ihrer vielfältigen Facetten können dabei jedoch nur die wesentlichen historischen, politischen und sozialen Aspekte der jeweiligen Staaten dargestellt werden. Die vorliegende Neuauflage ist daher als Überblickswerk über eine Region gedacht, die in den deutschen Medien und der deutschen Öffentlichkeit eher selten Beachtung

findet. Dem Konzept der Reihe »Wegweiser zur Geschichte« folgend, konnten auch für die Neukonzeption zahlreiche Expertinnen und Experten aus den verschiedensten wissenschaftlichen Disziplinen sowie Journalisten und Soldaten mit Ortskenntnissen gewonnen werden. Diesen Autorinnen und Autoren gilt mein besonderer Dank, da sie die Überarbeitung ihrer Beiträge kurzfristig übernommen oder Texte zu neuen Themen angefertigt haben.

Allen Soldatinnen und Soldaten, die am Horn von Afrika ihren Dienst unter extremen Bedingungen verrichten, wünsche ich viel Erfolg bei der Erfüllung ihres Auftrages. Möge ihnen die Neuauflage des »Wegweisers zur Geschichte. Horn von Afrika« den Zugang zur Geschichte, Kultur und zu aktuellen Problemen der Region erleichtern.

Dr. Jörg Hillmann
Kapitän zur See und Kommandeur
des Zentrums für Militärgeschichte
und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Einleitung

In der deutschen Medienlandschaft wird das »Horn von Afrika« überwiegend mit Dürren und Hungerkatastrophen, radikalem Islamismus, Krieg, Migration, Piraterie und Staatsversagen in Verbindung gebracht. Seit dem Sturz des Diktators Mohamed Siad Barre 1991 gilt Somalia als Inbegriff des gescheiterten Staates. Der seit über 30 Jahren andauernde Konflikt wurde nach mehreren erfolglosen Militärinterventionen Anfang der 1990er-Jahre – an denen auch die Bundeswehr beteiligt war – lange Zeit kaum beachtet. Erst das Aufkommen radikalislamistischer Gruppen brachte Somalia im Zuge des US-amerikanischen »Global War on Terror« erneut internationale Aufmerksamkeit. Zur gleichen Zeit nahm die Piraterie vor der somalischen Küste dramatisch zu und bedrohte den zivilen Seeverkehr zwischen dem Roten Meer und dem Indischen Ozean – eine der wichtigsten Schifffahrtsrouten der Welt. Seit Verabschiedung der Resolution 1816 durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Juni 2008 schützen vor allem europäische Kriegsschiffe die Seewege rund um das Horn von Afrika vor Piratenangriffen.

Indes führen Dürren und Hungersnöte immer wieder zum Tod Hunderttausender und zur Flucht unzähliger Menschen, weswegen das Horn von Afrika seit Jahrzehnten humanitäre Hilfe erhält. Endgültig schenken die europäischen Politiker den Staaten Äthiopien, Eritrea und Somalia allerdings erst ihre Aufmerksamkeit, als Mitte der 2010er-Jahre während der sogenannten »Flüchtlingskrise« ein Teil der über das Mittelmeer nach Europa kommenden Menschen aus diesen Ländern stammte. 2016 wurden diese drei Staaten vom deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung neben Kenia, dem Sudan und Nigeria zu den sechs »Fokusländern« der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Afrika erklärt.

Bevor jedoch eine Analyse der Ursachen für diese komplexe Gemengelage erfolgen kann, stellt sich die Frage nach der geografischen Abgrenzung des »Horns von Afrika«. Die Europäische Union (EU) versteht unter dieser Region die acht Staaten der afrikanischen Regionalorganisation »Intergovernmental Authority on Development« (IGAD): Äthiopien, Dschibuti, Eri-

trea, Kenia, Somalia, den Sudan, den Südsudan sowie Uganda. Der Sudan und der Südsudan wurden bereits in einem eigenständigen Wegweiser des »Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr« (ZMSBw) behandelt (Torsten Konopka (Hrsg.), Wegweiser zur Geschichte. Sudan und Südsudan). Uganda, das südlich vom Südsudan und westlich von Kenia liegt, ist von den Konflikten in Äthiopien oder Somalia eher indirekt betroffen. Allerdings sind die massive ugandische Beteiligung an der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM), ein blutiger Anschlag im Juli 2010 in der Hauptstadt Kampala sowie die Bereitstellung des ersten Ausbildungslagers für die europäische Trainingsmission für somalische Soldaten (EUTM Somalia) in der weiteren Betrachtung zu berücksichtigen.

Unter der Region »Horn von Afrika« sollen in diesem »Wegweiser« daher die vier Länder Äthiopien, Dschibuti, Eritrea und Somalia verstanden werden. Mit Somalia ist das gesamte somalische Territorium einschließlich der »Republik Somaliland« gemeint, die sich 1991 für unabhängig erklärte, bisher jedoch nicht international anerkannt wurde. Auch wenn der Nordosten Kenias traditionell von einer großen Zahl Somalis bewohnt wird, über die Jahre Hunderttausende somalische Flüchtlinge nach Kenia strömten und kenianische Städte Orte der verheerendsten Anschläge der islamistischen Gruppe »al-Shabaab« außerhalb Somalias waren, orientiert sich Kenia als Mitglied der Ostafrikanischen Gemeinschaft (East African Community, EAC) – ähnlich wie Uganda – in vielen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereichen deutlich stärker an den Nachbarländern im Westen und Süden. Die kenianische Regierung sieht den Nordosten des Landes und die Entwicklung in Somalia primär als Risiko für die Entwicklung im eigenen Land, was am starken militärischen Engagement Kenias in Somalia abzulesen ist. Sowohl die Folgen der Konflikte am Horn von Afrika für Kenia als auch die Reaktion der kenianischen Regierung darauf werden in den vorliegenden Beiträgen daher vereinzelt angesprochen.

Trotz der Beschränkung auf vier Länder umfasst die zu betrachtende Region noch immer die fünffache Fläche der Bundesrepublik Deutschland. Die Staaten am Horn von Afrika weisen dabei sowohl Gemeinsamkeiten als auch deutliche Unterschiede

auf. Geografisch gesehen unterteilt sich das Gebiet in das Flachland der eritreischen, dschibutischen und somalischen Küstengebiete sowie in das Hochgebirge des äthiopischen und eritreischen Hinterlandes. Diese Zweiteilung bestimmt traditionell auch die Lebensweise der lokalen Bevölkerung. Während viele Somalis als Nomaden leben, sind viele Äthiopier und Eritreer des Hochlandes als sesshafte Landwirte tätig. Eine genaue Abgrenzung der nationalen Bevölkerungen fällt indes häufig schwer. Viele Ethnien leben grenzübergreifend – nicht selten als Konsequenz der willkürlich gezogenen Grenzen in der Kolonialzeit oder der äthiopischen Expansion im 19. und 20. Jahrhundert. Die Tigray leben beispielsweise in Eritrea und Nordäthiopien, die Oromo in Äthiopien und Kenia, die Afar in Eritrea, Äthiopien und Dschibuti. Am stärksten zersplittert sind jedoch die Somalis: Infolge der Kolonialzeit wurde ihr ursprüngliches Siedlungsgebiet auf die vier unabhängigen Staaten Äthiopien, Dschibuti, Kenia und Somalia aufgeteilt. Auch in religiöser Hinsicht ist das Horn ein Schmelztiegel. Äthiopien gilt noch immer als Bastion der christlich-äthiopisch-orthodoxen Kirche in Afrika. An den Küsten, vor allem in Somalia, ist dagegen der sunnitische Islam die bestimmende Religion, die durch eine teils radikale Auslegung einen starken Einfluss auf das politische und gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen hat.

Ein weiteres gemeinsames Merkmal der Region ist die Dichte der militärischen Gewalt. Seit den 1960er-Jahren hat jedes der vier Länder mindestens einen gewaltsamen innerstaatlichen Konflikt erlebt. Zudem blieb die Gefahr eines Krieges zwischen den Staaten am Horn von Afrika lange Zeit allgegenwärtig. Neben Grenzdisputen zwischen Somalia und Kenia (1963–1967), dem Krieg zwischen Somalia und Äthiopien um die Region Ogaden (1977–1978) sowie den Grenzkonflikten zwischen Eritrea und dem Jemen um eine Inselgruppe im Roten Meer (1995) beziehungsweise zwischen Eritrea und Dschibuti (2008), sticht in diesem Zusammenhang vor allem der blutige Grenzkrieg zwischen Äthiopien und Eritrea (1998–2000) hervor. Bei heftigen Kämpfen kamen damals mehrere Zehntausend Soldaten ums Leben. Erst 20 Jahre später, im Sommer 2018, näherten sich beide Staaten wieder an und beendeten den sogenannten »no war, no peace«-Zustand. Zuvor hatte ihr angespanntes Verhältnis jedoch über

Jahre hinweg viele Prozesse am Horn von Afrika überlagert und dazu geführt, dass sich Eritrea und Äthiopien durch die gegenseitige Unterstützung von Oppositionsgruppen eine Art Stellvertreterkrieg leisteten, der auch auf somalischem Territorium ausgetragen wurde.

Aus wirtschaftlicher Sicht gehören alle vier Länder noch immer zu den am geringsten entwickelten Staaten der Erde. Zwar verbuchte Äthiopien in den vergangenen Jahren ein enormes Wirtschaftswachstum, ein Großteil der Menschen des nach Nigeria zweitbevölkerungsreichsten Staates Afrikas lebt dennoch weiterhin in bitterer Armut. Nichtsdestotrotz sticht Äthiopien allein wegen seiner bedeutenden Geschichte auf dem afrikanischen Kontinent hervor. Mit Ausnahme der kurzen italienischen Besatzung Äthiopiens (1936–1941) sind Äthiopien und Liberia die einzigen afrikanischen Länder, die nie europäische Kolonien waren. Auch deshalb ist die äthiopische Hauptstadt Addis Abeba als Sitz der 1963 gegründeten »Organisation für Afrikanische Einheit« beziehungsweise seit 2002 von ihrer Nachfolgeorganisation, der »Afrikanischen Union«, zur diplomatischen Hauptstadt des Kontinents aufgestiegen.

Geostrategisch ist das Horn vor allem aufgrund des Zugangs zum Roten Meer für den Welthandel von entscheidender Bedeutung. Mit über 3000 Kilometern besitzt Somalia die längste Küste auf dem afrikanischen Festland. Die fehlende staatliche Präsenz macht die somalischen Gewässer jedoch auch attraktiv für illegale Fischerei und für Piraten. Nicht zuletzt deswegen prallen in dieser Region die Interessen der größten Mächte der Welt aufeinander. Mit dem »Camp Lemonnier« besitzen die USA in Dschibuti ihren einzigen permanenten militärischen Stützpunkt auf dem afrikanischen Kontinent. Gleiches gilt seit Sommer 2017 auch für China und auch die Türkei hat im Herbst 2017 ein großes Ausbildungszentrum in Somalia eröffnet. Die weitere internationale Militärpräsenz in Dschibuti – beispielsweise von Japan – hängt noch immer mit der in der Mitte der 2000er-Jahre aufgekommenen Piraterie vor der Küste Somalias zusammen. Zum Schutz der zivilen Schifffahrt operieren seit 2008 ununterbrochen internationale Marinekräfte vor allem aus EU-Mitgliedsstaaten in der Region. Mit dabei ist von Beginn an auch die Deutsche Marine mit See- und Luftkapazitäten sowie

einem in Dschibuti stationierten logistischen Unterstützungselement.

Neben der Sicherung der Seewege ist der Aufbau somalischer Institutionen an Land ein weiteres Ziel der europäischen Außenpolitik. Seit 2010 versucht die EU über eine Ausbildungsmission den Aufbau der somalischen Armee zu unterstützen (EUTM Somalia). Auch hieran beteiligten sich – mit einer kurzen Unterbrechung Anfang 2014 – Soldaten der Bundeswehr, ehe das deutsche militärische Engagement wegen der nur schleppenden Fortschritte bei den somalischen Streitkräften im März 2018 beendet wurde. Derweil kam zwar die Piraterie unter anderem aufgrund der Anwesenheit internationaler Kriegsschiffe fast zum Erliegen, aber weder die Ursachen der somalischen Piraterie konnten beseitigt noch effektive, demokratische somalische Institutionen aufgebaut werden. Die Region und vor allem Somalia werden daher auch in Zukunft von sicherheitspolitischer Bedeutung bleiben.

Vor diesem Hintergrund schien eine Neuauflage des 2007 von Dieter H. Kollmer und Andreas Mückusch herausgegebenen »Wegweisers zur Geschichte. Horn von Afrika« sinnvoll. Da sich die Lage in der Region in den vergangenen zehn Jahren merklich verändert hat und neue sicherheitspolitisch relevante Themenkomplexe, wie beispielsweise die Migration, hinzugetreten sind, wurden aus der ursprünglichen Auflage nur vier historische Beiträge und der Artikel Clanstrukturen und ethnische Gruppen mit kleineren Ergänzungen übernommen. Die restlichen der insgesamt 18 Beiträge wurden vollständig überarbeitet oder neu geschrieben. Die einzelnen Beiträge sind so aufgebaut, dass jeder Aufsatz unabhängig von den übrigen Beiträgen gelesen werden kann. Dem begrenzten Umfang des Buches entsprechend, können die innenpolitischen Veränderungen in den einzelnen Ländern aber jeweils nur angerissen werden. Der Blick richtet sich vor allem auf Kernaspekte der historischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Staaten am Horn von Afrika. Hierdurch soll der Wegweiser – über die Zielgruppe der Soldatinnen und Soldaten, die sich auf einen Einsatz in der Region vorbereiten, hinaus – einem breiten historisch und politisch interessierten Leserkreis als Einführung in die Geschichte und aktuelle Probleme der Region dienen. Auch wenn alle Staaten aus

mehreren Blickwinkeln betrachtet wurden, rücken Somalia als der konfliktreichste Staat des Horns sowie Äthiopien aufgrund seiner internationalen politischen Bedeutung besonders in den Fokus.

Gemäß dem Konzept der »Wegweiser zur Geschichte«, sind die Beiträge in zwei Abschnitte unterteilt: »Historische Entwicklungen« sowie »Strukturen und Lebenswelten«. Der dritte Abschnitt umfasst zunächst eine umfangreiche Chronologie mit den wichtigsten Eckpunkten der Geschichte der vier Staaten von der Vor- und Frühzeit bis in die Gegenwart. Anregungen zu weiterführender Literatur, wichtige Dokumente, Filme und Internetseiten finden sich bei den Literaturhinweisen. Während zahlreiche themenbezogene Karten und Grafiken zur raschen Orientierung innerhalb der einzelnen Beiträge dienen, ist am Ende des Buches eine Übersichtskarte zu finden, die die wichtigsten Ortschaften enthält. In die Beiträge sind farbig hinterlegte Informationskästen eingefügt, die wichtige Personen, Schlüsselbegriffe und weiterführende Themen erläutern. Der Band endet mit einem Abkürzungsverzeichnis sowie einem Personen- und Ortsregister. Alle Bände der Reihe »Wegweiser zur Geschichte« sind als PDF-Dateien auf der Website des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) abrufbar: www.zmsbw.de/html/einsatzunterstuetzung.

Grundsätzlich werden vor allem die gängigeren englischen Orts- und Begriffsbezeichnungen und eine vereinfachte Umschrift amharischer und arabischer Namen und Wörter verwendet. Dies soll die rasche Auffindbarkeit in den überwiegend englischsprachigen Dokumenten und der englischsprachigen Literatur erleichtern. Explizite Ausnahmen bilden jedoch gängige Orts- und Ländernamen wie Addis Abeba, Dschibuti oder Mogadischu, die aufgrund ihrer Unverwechselbarkeit in ihrer deutschen Schreibweise beibehalten wurden.

Unter Begriffen wie »Flüchtling« oder »Soldat« sind sowohl männliche als auch weibliche Personen zu verstehen. Zum einen kann vor allem bei historischen Ereignissen nicht immer einwandfrei geklärt werden, ob hieran sowohl weibliche als auch männliche Personen beteiligt waren. Zum anderen wurde auch aus platzökonomischen Gründen auf eine durchgehende geschlechtergerechte Sprache verzichtet.

Äthiopien besitzt einen eigenen Kalender, der sich am koptischen Kalender orientiert. Gegenüber dem in Europa gebräuchlichen gregorianischen Kalender liegt die äthiopische Zeitrechnung rund sieben Jahre zurück. Eine eigene Zeitrechnung besitzen auch die Muslime: In ihrer Rechnung begann im September 2018 erst das Jahr 1440. Der islamische Kalender ist einige Tage kürzer als der christliche und orientiert sich ausschließlich an den Mondphasen. Zum besseren Verständnis werden im Folgenden alle Datumsangaben entsprechend dem in Westeuropa gebräuchlichen gregorianischen Kalender angegeben.

Abschließend sei allen Autorinnen und Autoren, aber auch dem Fachbereich Publikationen des ZMSBw gedankt. Dank geht auch an Martin Rink und Horst Scheffler, die Infokästen beisteuerten. Ein besonderer Dank geht an: Wolbert G.C. Smidt, Markus V. Höhne und Hans-Peter Konopka, die wichtige Hinweise und gute Ratschläge zur Entstehung der Neukonzeption gaben; die Einsatzgruppe Maritime Operationen im Einsatzführungskommando der Bundeswehr für Bilder und Informationen aus dem Einsatz, die Mitarbeiterinnen der Bibliothek des ZMSBw sowie an Birgit Krüger vom Bundessprachenamt für die Übersetzungen.

Torsten Konopka



akg-images/Rabatti & Domingie

Das Horn von Afrika ist vermutlich eine der Wiegen der Menschheit. Es hat eine bewegte Geschichte. Schon die alten Ägypter besuchten seine Küste, um wertvolle Güter wie Weihrauch und Gold zu erwerben. In antiker und mittelalterlicher Zeit bildeten sich hier Reiche, die wesentlich auf der Kontrolle von Handelswegen basierten und die das Innere Afrikas mit dem Mittelmeer und Asien verbanden. Schon früh fassten Christentum und Islam am Horn Fuß. Friedliche Koexistenz, aber auch erbitterte Auseinandersetzungen prägten die Beziehung beider Religionen. Die Europäer entdeckten die Region erst im 16. Jahrhundert, als sie neue Seewege nach Asien suchten. In dieser Zeit entstand die abgebildete Karte von Stefano Buonsignori (Florenz, 1579), die in ihrer Einfachheit von der Unkenntnis der »Alten Welt« über diesen Teil der Erde zeugt.

Nach langen Kriegen innerhalb und zwischen den alten Reichen zerfielen diese zwischen dem 16. und dem 18. Jahrhundert. Die Hafen- und Handelszentren wie Asab im heutigen Eritrea sowie Berbera und Moga-dischu im heutigen Somalia blieben jedoch bedeutend. Mit dem Bau des Suezkanals und den verstärkten wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Interessen der europäischen Mächte am Horn von Afrika entstanden neue Konfliktlinien, die bis in die heutige Zeit hinein wirken.

Die vorkoloniale Geschichte am Horn von Afrika

Der Name »Horn von Afrika« bezeichnet die nordöstlichste Region des afrikanischen Kontinents. Die Somalihalbinsel mit ihrer charakteristischen Form bildet die Spitze des Horns. Auf einer Fläche von rund zwei Millionen Quadratkilometern finden sich heute die Staaten Äthiopien, Dschibuti, Eritrea und Somalia. Das Rote Meer (im Nordwesten), der Golf von Aden (im Norden) und der Indische Ozean (im Osten und Südosten) sowie der Sudan, der Südsudan und Kenia (im Westen und im Süden) begrenzen die Region. Den Übergang vom Roten Meer zum Golf von Aden bildet das »Tor der Wehklagen« (arab.: Bab el-Mandeb). Hier trennen nur 29 Kilometer das Horn von Afrika von der gegenüberliegenden Arabischen Halbinsel. Charakteristisch für die Region ist das Halbwüstenklima, das in weiten Teilen Somalias, Dschibutis und in einigen Bereichen Äthiopiens vorherrscht. Die Jahresniederschläge liegen hier nur zwischen etwa 100 und 500 Millimetern pro Jahr. Mobile Viehhaltung und niederschlagsabhängige Landwirtschaft sind deshalb seit vielen Jahrhunderten die wichtigsten Wirtschaftsformen in diesem Gebiet. Zudem sind die Unterschiede zwischen Hochland- und



Markus V. Höhne

Höhlenmalerei in Laas Geel, Somaliland/Nordwest-Somalia, ca. 3000 v.Ch.

Tiefland am Horn bedeutend: Im Hochland von Äthiopien und Eritrea – mit Bergzügen von rund 1500 bis 3000 Metern – herrscht eine sesshafte Lebensweise vor. Auf Terrassenfeldern kann hier intensiviert Landwirtschaft betrieben werden, weshalb sich schon vor über 2000 Jahren stabile und zentralisierte Königsherrschaften gebildet haben. Im Tiefland (unter 1500 Meter), das den größten Teil Ost- und Südäthiopiens sowie Dschibuti und Somalias ausmacht, leben die Menschen dagegen seit langer Zeit nomadisch. Stabile zentralisierte Herrschaften haben sich hier in der bekannten Vergangenheit nicht über einzelne Stadtstaaten hinaus entwickelt.

Das Horn von Afrika von der Vorgeschichte bis ins 1. Jahrtausend n.Chr.

Im Jahr 1974 wurde in Hadar, im Gebiet der Bevölkerungsgruppe der Afar im nordöstlichen Äthiopien, das Skelett eines ungefähr 3,2 Millionen Jahre alten weiblichen Hominiden (Familie der Menschenartigen) gefunden. Die Entdecker um den US-amerikanischen Wissenschaftler Donald Johanson nannten es »Lucy«, nach einem Song der britischen Band »The Beatles«. In Laas Geel bei Hargeysa (Nordwestsomalien) wurden jungsteinzeitliche Höhlenmalereien entdeckt, die auf ca. 3000 v.Chr. datiert wurden. Darüber hinaus hat es immer wieder archäologische Funde gegeben, die die These stützen, dass es in dieser Region schon weit vor unserer Zeitrechnung hochentwickelte Kulturen gab. Eindeutig zeitlich zuzuordnende Berichte über menschliche Ansiedlungen am Horn von Afrika sind indessen erst durch wesentlich später datierte ägyptische Überlieferungen bestätigt.

Für die Zeit zwischen ca. 2500 und 1170 v.Chr. erwähnen ägyptische Quellen Schiffsexpeditionen aus dem Land der Pharaonen in das südlich gelegene Land Punt. Die bekannteste derartige Unternehmung rüstete Königin Hatschepsut im 15. Jahrhundert v.Chr. aus. Aus Punt kamen Luxusgüter und Gegenstände für den religiösen Gebrauch wie Weihrauch, Myrrhe, Elfenbein, Ebenholz und Gold. Auch Sklaven und wilde Tiere wurden von Punt nach Oberägypten gebracht. Wo das Land genau lag, ist



Überreste der Moschee in Zeila, Somaliland/Nordwest-Somalia, 16. Jahrhundert.

bis heute unklar. Entsprechend den geografischen Hinweisen und importierten Gütern lässt es sich an der Küste des Horns, zwischen dem Sudan und Nordsomalia, verorten. Die seit 1998 in Nordostsomalien bestehende autonome Region Puntland hat grundsätzlich nichts mit dem historischen Punt zu tun.

Ein weiteres, in der Region zu verortendes frühes Reich entwickelte sich vor ca. 2000 Jahren im Gebiet des heutigen Nordäthiopiens und Eritreas. Sein Zentrum war die Stadt Aksum, in der heutigen äthiopischen Region Tigray, unweit der eritreischen Grenze. Archäologische Funde machen jedoch eine noch frühere Besiedlung des Gebietes wahrscheinlich. Der im 1. Jahrhundert n. Chr. von einem unbekanntem Autor auf Griechisch verfasste Bericht der »Umsegelung des eritreischen Meeres« erwähnt den aksumitischen König Zoskales, der als geizig und hochgebildet dargestellt wird. Diese Beschreibungen sowie Funde griechischer Münzen deuten darauf hin, dass Aksum mit seinem Hafen Adulis (heute in Eritrea) eine wichtige Station im »globalen« Handel seiner Zeit war. Dieser reichte vom Römischen Reich bis nach Sri Lanka. Die Könige von Aksum führten den Titel »nagasi«. Nach der Kaiserkrönung wurden sie »negusa negast« (König der Könige) genannt. Sie prägten ihre eigenen Münzen und besaßen mit Ge'ez (Altäthiopisch) eine eigene semi-

tische Schriftsprache. Altarabische Inschriften bezeichnen einen Teil der beherrschten Bevölkerung als »Habasha«. Von diesem Namen leitet sich »Abessinien« ab, die bis ins 19. Jahrhundert für das nördliche und zentrale Hochland Äthiopiens gebräuchliche Bezeichnung.

Im 2. Jahrhundert breitete sich das Reich Aksum über die Meerenge von Bab el-Mandeb nach Südarabien aus. Um die Mitte des 4. Jahrhunderts nahm der damalige König Ezana den christlichen Glauben an. Er war durch seinen Hauslehrer Frumentius, den späteren Bischof von Aksum mit dem Christentum vertraut gemacht worden. Die neuen Christen standen unter der Oberhoheit des koptischen Patriarchen von Alexandria. Infolgedessen war bis 1950 das Oberhaupt der äthiopisch-orthodoxen Kirche ein Mönch aus Ägypten. Aksum erreichte den Höhepunkt seiner Macht im 6. Jahrhundert. Durch den wenig später aufkommenden Islam verlor es jedoch die Kontrolle über den wirtschaftlich bedeutenden Handel zwischen Mittelmeer und Indischem Ozean sowie über Südarabien. Angriffe verschiedener lokaler Gruppen besiegelten das Ende des Reiches an der Wende zum 10. Jahrhundert. Für das kollektive Gedächtnis der heutigen christlichen Äthiopier ist Aksum insofern wichtig, als es die fast 2000 Jahre alte christliche Tradition am Horn begründete.

Der Islam kam schon sehr früh in die Region am Horn von Afrika. Bereits im Jahr 615 sollen Anhänger des Propheten Mohammed vor Verfolgung in Mekka nach Aksum geflohen sein. Hier fanden erste friedliche Kontakte beider Religionen statt. Zwischen dem 7. und dem 10. Jahrhundert etablierten arabische und persische Händler Siedlungen entlang der nord- und süd-somalischen Küste, wie Zeila und Mogadischu. In Zeila (nord-östlichste Spitze Somalias) finden sich die Ruinen der »Qiblatayn«-Moschee, deren Gebetsnischen in zwei Richtungen – nach Jerusalem und nach Mekka – weisen. Sie könnte eine der ältesten Moscheen (wenn nicht sogar die älteste Moschee) im subsaharischen Afrika sein. In den ersten Jahren des Islams, um die Zeit des Auszuges des Propheten Mohammed von Mekka nach Medina (Hidschra, 622 n.Chr.), beteten die Muslime Richtung Jerusalem. Die frühen Städte an der Küste des heutigen Somalia entwickelten sich bald zu wichtigen politischen, ökonomischen und religiösen Zentren.

Das »Mittelalter« am Horn

Von der Jahrtausendwende bis zum 13. Jahrhundert ist wenig bekannt über die Verhältnisse im christlichen Nordwesten des Horns. Die Dynastie der Zagwe regierte ein kleines Reich südlich von Aksum. Der Islam breitete sich in dieser Zeit vom Nordosten und Südosten her aus. Mogadischu, die Hauptstadt Somalias, wurde vermutlich im frühen 10. Jahrhundert gegründet. Sie verfügte über einen natürlichen Hafen und lag zudem nur wenige Kilometer vom Fluss Shabelle entfernt, an dem eine alte Karawanenstraße zwischen dem Inneren des Horns und der Küste verlief. Die Bevölkerung der Stadt bestand aus Arabern, Persern und Indern. Im 13. Jahrhundert war Mogadischu das Zentrum eines Sultanats, das auch die Küstenstädte Merka (auch: Merca) und Baraawe weiter im Süden sowie das Hinterland kontrollierte. In dieser Zeit entstanden erste Moscheen aus Stein und lokale Herrscher prägten ihre eigenen Münzen. Ein offensichtlich funktionierendes Gemeinwesen konnte ausgebaut werden.

Um 1330 besuchte der muslimische Reisende und Schriftsteller Abu Abdullah Muhammad Ibn Battuta die ostafrikanische Küste. Seiner Beschreibung nach war Mogadischu eine florierende Handelsstadt und ein islamisches Glaubenszentrum. Die Handelsbeziehungen reichten bis nach Ägypten und Syrien. Auch mit den somalischen Nomaden im Hinterland wurden Waren getauscht. Sie waren wohl ab dem 1. Jahrhundert n.Chr. aus dem Gebiet des heutigen Nordkenias westlich des Turkana-sees in den Osten und Nordosten des Horns eingewandert. Ibn Battutas Bericht deutet darauf hin, dass Somalis auch innerhalb der Mauern der Stadt wohnten.

Im Norden des Plateaus von Harar (nordöstliches Äthiopien) entstand im 13. Jahrhundert das Sultanat von Ifat. Gegründet wurde es von Sultan Umar Walashma aus der Walashma-Dynastie, die möglicherweise von der Arabischen Halbinsel eingewandert war. Wie Mogadischu lag Ifat an einer Handelsstraße. Güter wurden über den Hafen von Zeila ein- und ausgeführt. Im abessinischen Hochland fiel im Jahr 1270 die Herrschaft an Yekuno Amlak, einen Anführer der Amhara, eine der wichtigsten Ackerbau betreibenden Gruppen in der Region. Dies war der Beginn der sogenannten salomonischen Dynastie. Von den Traditionen



Die Schlossanlagen von Gondar im Norden Äthiopiens wurden im 17. Jahrhundert erbaut und gehören seit 1979 zum Weltkulturerbe der UNESCO.

Aksums übernahmen die neuen Herrscher das Christentum, Ge'ez als Staatssprache und den Titel »negusa negast«. Sie beanspruchten für sich, aus der Verbindung des Königs Salomo mit der legendären arabischen Königin von Saba abzustammen, die Salomo laut einer Erzählung im Alten Testament in Jerusalem mit Gold und Edelsteinen überhäuft haben soll. Die neuen Herrscher Abessinians kontrollierten fortan das Territorium und die dort lebende bäuerliche Bevölkerung durch Vasallen. Erst war Adafa, nahe Lalibela, ab dem 17. Jahrhundert Gondar und seit Ende des 19. Jahrhunderts Addis Abeba Hauptstadt des Reiches.

Die selbstbewussten christlichen Herrscher sahen sich als Schutzmacht der Christen auch in anderen Teilen der Welt. Besonders das Schicksal der Kopten in Ägypten lag den salomonischen Königen am Herzen. Mehrmals entsandten Könige des Hochlands Gesandtschaften zu den islamischen Herrschern am Nil mit der Bitte, tolerant gegenüber den Christen in Ägypten zu sein und einen Mönch als Kirchenoberhaupt in den Süden zu schicken. Im Gegenzug wurde Toleranz gegenüber den Muslimen am Horn versprochen, mit denen man über den Handel intensiv verbunden war.

Die guten Beziehungen zwischen Ägypten und den salomonischen Herrschern wurden jedoch schon bald von der Expansion des christlichen Reiches am Horn überschattet. Dabei kam es im

14. Jahrhundert zu Konflikten mit dem Sultanat von Ifat. Einen ersten Sieg über das islamische Reich errang der Herrscher Amde Tseyon I. (auch Amda Seyon I.) im Jahr 1332. Er setzte einen neuen Sultan als Vasall ein. Im Jahr 1415 ging König Yeshaq I. erneut gegen die Muslime vor und eroberte das Gebiet von Ifat bis zum Hafen von Zeila. Eine überlieferte zeitgenössische Hymne namens »Kebra Negast« (Ruhm der Könige) feiert diesen Sieg. Mit dieser Quelle wird die salomonische Abstammung der christlichen Herrscher festgeschrieben. Hier taucht auch der Name »Somali« zum ersten Mal in schriftlicher Form auf. Die Hymne weist das Herrschaftsgebiet der salomonischen Könige als »Äthiopien« aus. Damit wird diese Bezeichnung, die antike griechische Autoren noch für das gesamte subsaharische Afrika verwendeten, auf das christliche Reich am Horn von Afrika begrenzt. Fortan wurde der Name »Äthiopien« synonym zu »Abessinien« benutzt.

Die Zeit der sozialen und politischen Wirren

Der Sieg König Yeshaqs I. über die Muslime von Ifat war nicht endgültig. Bald errichteten diese südöstlich ihres alten Reiches das Sultanat von Adal mit der Hauptstadt Harar, etwa 400 km östlich der heutigen Hauptstadt Addis Abeba. Nach internen Machtkämpfen kam Ahmed Gurey um 1527 an die Macht. Er rekrutierte Kämpfer unter den Afar und Somali und begann einen »Heiligen Krieg« (Dschihad) gegen das christliche Reich, in dessen Verlauf er weite Teile Abessiniens eroberte und dabei verwüstete. Beide Seiten setzten importierte Feuerwaffen ein. Ab 1541 griffen auf abessinischer Seite portugiesische Musketenschützen und auf der Seite des Sultans osmanische Söldner ein. Im Februar 1543 wurde Ahmed Gurey während der Schlacht von Wayna Daga getötet. Sein Tod und die Niederlage in der Schlacht führten wenig später zum Zusammenbruch der kaum stabilisierten islamischen Herrschaft.

Hier zeigt sich deutlich, wie schon vor einigen Hundert Jahren globale Entwicklungen lokale Ereignisse beeinflussten. Im 15. Jahrhundert hatten sich die Portugiesen als führende Seemacht durchgesetzt, Afrika umsegelt und den Seeweg nach Indien gefunden. Dabei gelangten sie im frühen 16. Jahrhundert

Die portugiesische Expansion in den Indischen Ozean

Der Indische Ozean ist seit zwei Jahrtausenden eine Zone des überregionalen Handels. Früh etablierten sich hier wichtige Handelswege durch den Persischen Golf oder das Rote Meer über Ägypten und Syrien zum Mittelmeer. Im 16. Jahrhundert erfolgte die interkontinentale Vernetzung vor allem durch portugiesische Seefahrer. Seit den 1450er-Jahren beanspruchte die portugiesische Krone das Monopol für die Erschließung Afrikas und die Handelswege nach Indien. So drangen portugiesische Schiffe immer weiter in Richtung südliches Afrika vor. Die ersten Kontakte zu lokalen Akteuren verliefen zunächst durchaus auf Augenhöhe.

Mit der ersten Reise Vasco da Gamas um die Südspitze Afrikas (1497–1499) entstand eine direkte Route nach Indien. Rasch etablierten die Portugiesen ein Netz befestigter Stützpunkte von der heutigen Inselgruppe Sansibar vor der tansanischen Küste (1503) bis nach Malakka im heutigen Malaysia (1511). Die portugiesische Expansion folgte drei Motiven: der Bekämpfung des Islams, der Bekehrung von Heiden zum Christentum und der Suche nach christlichen Verbündeten. Das erste Ziel erreichte man mit der Ausschaltung muslimischer Handelskonkurrenz im Indischen Ozean binnen weniger Jahre. Die christliche Bekehrung gelang nur mäßig und beschränkte sich auf die rasch anwachsende portugiesischsprachige Bevölkerung an den weit verstreuten Stützpunkten entlang des Ozeans. Angesichts der lediglich sporadischen Kontakte mit dem christlich-orthodoxen Reich in Abessinien, mit dem seit 1508 ein lockerer Gesandtenaustausch bestand, wurden am Horn von Afrika auch kaum christliche Verbündete gewonnen.

Versuche, sich dauerhaft in der Region zu etablieren, blieben auf wenige Stützpunkte an der Küste beschränkt. Letztlich fiel das Rote Meer mit der Eroberung Ägyptens im Jahr 1517 und Adens im heutigen Jemen im Jahr 1538 unter osmanische Herrschaft. Das Abessinische Reich geriet zunehmend unter Druck seiner muslimischen Nachbarn. Nach einer ersten portugiesischen Expedition ins Landesinnere im Jahr 1520 drang unter Cristóvão da Gama, Sohn des Entdeckers, in den Jahren 1541/42 erneut eine Streitmacht von rund 400 Soldaten nach Abessinien vor, um es vor den Angriffen des muslimischen Sultanats Adal zu schützen. Nach anfänglichen Erfolgen

wurde die portugiesische Streitmacht im August 1542 bei Wofla aufgerieben, da Gama geriet in Gefangenschaft und wurde getötet.

Die portugiesische Vorherrschaft über den Indischen Ozean endete im späten 16. Jahrhundert. Durch Kaperfahrten muslimischer Schiffe entlang der ostafrikanischen Küste stiegen die Kosten Portugals, weshalb es zunehmend Herrschafts- und Handelsrechte an Privatpersonen abtrat. Zudem brachen ab dem 17. Jahrhundert vor allem niederländische und britische Schiffe das Monopol im Indischen Ozean. Sie griffen auch portugiesische Schiffe und Stützpunkte an der ostafrikanischen Küste an. Zusätzlich mischten sich Piraten in die Handels-, Schmuggel- und Kampfhandlungen. Aufgrund dessen und durch den Rückgang des Gewürzhandels endete Portugals »goldenes Zeitalter«. Ein Zeichen hierfür war die Eroberung des portugiesischen Stützpunktes Mombasa (heutiges Kenia) im Jahr 1698 durch das aufsteigende Sultanat Oman. Fortan strich das Sultanat Zölle zwischen dem Persischen Golf und der ostafrikanischen Küste ein, die bisher den europäischen Mächten zugeflossen waren. Erst mit der Etablierung der britischen Ostindienkompanie in Aden begann 1839 eine Dominanz europäischer Mächte über das Horn von Afrika. MR

nach Ostafrika. Sie glaubten mit dem äthiopischen Herrscher den legendären Priesterkönig Johannes vor sich zu haben, dem in zahlreichen europäischen Weltkarten des Mittelalters die Regentschaft über ein mächtiges christliches Reich zugesprochen worden war. Ihr Vorstoß brachte die Portugiesen jedoch schon bald in Konkurrenz mit dem in der Region vorherrschenden Osmanischen Reich.

Vom Reich Adal blieb nur das Sultanat von Harar übrig. Bis zu seiner Eroberung durch den äthiopischen Kaiser Menelik II. (Amtszeit 1889 bis 1913) im Jahr 1887 bildete es ein wichtiges Zentrum islamischen Lehrens und Lernens. Ein Nachfolger des Sultanats von Adal war das Sultanat von Awsa nördlich des Plateaus von Harar, dem Asab als Hafen diente.

Im 16. und 17. Jahrhundert erlebte das Horn von Afrika turbulente Zeiten. Ähnlich wie die Somali mehr als 1000 Jahre zuvor drängte nun die Bevölkerungsgruppe der Oromo von Nordkenia in die Region. Dieses Nomadenvolk, heute die größte Ethnie

Awsa

Awsa (auch Áwsa oder Aussa) ist eine Region im Nordosten Äthiopiens und ein muslimisches Sultanat. Es liegt im heißen und meist trockenen Tiefland. Die dominierende Ethnie sind die vorwiegend nomadischen Afar. Diese haben zeitweise auch mit Waffengewalt einen hohen Grad an politischer Autonomie bewahrt.

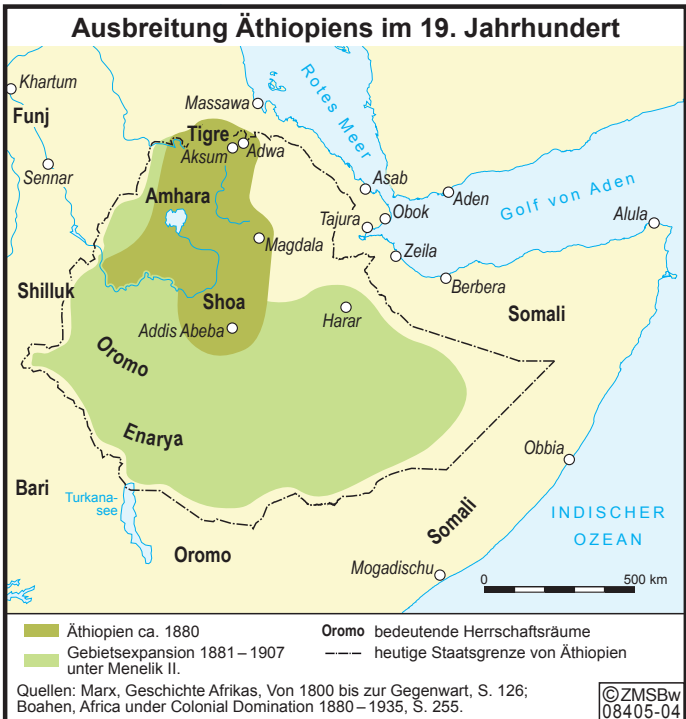
Im 16. Jahrhundert ging Awsa aus dem muslimischen Großreich Adal hervor. Im 19. Jahrhundert schloss das Sultanat insbesondere mit Italien Verträge. Nach einer verlorenen Schlacht mit dem äthiopischen Kaiserreich im Januar 1896 musste Awsa jedoch die regionale Dominanz des christlichen Äthiopiens anerkennen. Die Küstenregion ging aufgrund der italienisch-awsanischen Verträge in der neugegründeten Kolonie Eritrea auf. Awsa wurde gegenüber dem äthiopischen Kaiser tributpflichtig, behielt aber seine eigene politische Struktur, in der Äthiopier aus dem Hochland keine Rolle spielten. Als 1916 der äthiopische Herrscher Lij Iyasu (Lí'ul-Lij Iyasu) gestürzt wurde, gewährte ihm der Sultan (Afar: Amóyta) von Awsa Exil, da Lij Iyasu der erste äthiopische Herrscher gewesen war, der eine Annäherung an die Muslime der Region versucht hatte.

1936 unterstützte der Sultan gegen die Zusicherung von Autonomie die italienische Invasion Äthiopiens. Der Sultan wurde von den Italienern im Amt bestätigt und regierte weitgehend unabhängig von der italienischen Verwaltung. Nach der Vertreibung der Italiener durch die Briten setzte der äthiopische Kaiser Haile Selassie I. den Sultan ab und ernannte einen Verwandten des Sultans, Alimirah Hanfadhe (Regentschaft 1944–2011), zum Nachfolger. Als es aufgrund der Autonomie der Afar zu Konflikten mit dem seit 1974 amtierenden Militärregime kam, rebellierte Sultan Alimirah.

Die heutige äthiopische Regierung schuf in den 1990er-Jahren den Regionalstaat Afar mit eigenen Strukturen und eigener Regierung. Gleichzeitig wird der Sultan von der Regierung aber weiter als Führer der Afar-Ethnie angesehen. Seit 2011 steht das Sultanat unter der Führung von Hanfadhe Alimirah, Sohn des verstorbenen Alimirah Hanfadhe. Die äthiopische Regierung plant in seinem Gebiet die Ausweitung von Plantagen, was auf lokalen Widerstand stößt, da Weidegebiete der Afar verloren gehen würden. Trotz Spannungen trugen 2012 Gesandte des Sultans zur Freilassung einer Gruppe deutscher und ungarischer Touristen bei, die am Vulkan Erta Ale überfallen worden waren. WS

der äthiopischen Gesellschaft, breitete sich über Südostäthiopien bis nach Harar und hinein in die Somalihalbinsel aus. Ansässige Ethnien wurden verdrängt oder eingegliedert. Die Oromo übernahmen aber auch Traditionen von anderen Gruppen: Im südlichen Hochland traten sie beispielsweise zum Christentum über, während sie im östlichen Flachland den Islam annahmen. Geschwächt durch die langjährigen Kriege untereinander hatten die christlichen und die islamischen Herrscher des Nordens den Eindringlingen militärisch wenig entgegenzusetzen.

Besonders das christliche Reich Abessinien litt darunter, dass osmanische Schiffe und Handelsstationen ab Mitte des 16. Jahrhunderts den Handel im Roten Meer weitgehend kontrollierten. Bis ins 18. Jahrhundert erlebte es zwar eine kulturelle Blüte und



verfügte ab 1636 mit der Einrichtung der Hauptstadt Gondar im nordwestlichen Hochland über ein neues permanentes Zentrum. Doch die politische Ordnung zerfiel zusehends. Die Ermordung König Iyoas durch den aufständischen Fürsten Ras Mikael Sehul im Jahr 1769 markiert den Beginn der »Zeit der Prinzen«. Knapp 100 Jahre stritten verschiedene Regionaltherrscher um die Macht im Reich. Erst mit Tewodros II. (Regentschaft von 1855 bis 1868) fand das christliche Hochland wieder einen starken Herrscher, der sich unter anderem wegen ihrer modernen Waffentechnologien um enge Kontakte mit europäischen Staaten bemühte.

Über die Entwicklungen in den anderen Teilen des Horns ist vom 16. bis ins 19. Jahrhundert mit Ausnahme der schon erwähnten Sultanate im Nordosten wenig bekannt. Im Inneren Südsomalias existierte zwischen dem 15. und dem 17. Jahrhundert das Sultanat der Ajuraan. In Nordsomalia scheinen sich in dieser Zeit viele Auseinandersetzungen zwischen Somali und Oromo zugetragen zu haben. Viele Ortsnamen im heutigen Nord- und Zentralsomalia deuten auf Kämpfe mit den Oromo und deren Vertreibung hin. Es kam jedoch auch zu einer erneuten Migration der Somali, diesmal nach Süden, bis nach Nordkenia.

Der Vorabend der kolonialen Expansion

Der Brite William Christopher und der Franzose Charles Guilain besuchten Mogadischu in den 1840er-Jahren und beschrieben die Stadt als heruntergekommen. Zu dieser Zeit war der Sultan von Sansibar der offizielle Herrscher über die Küste. Im Hinterland von Mogadischu und in enger Verbindung mit der Küstenmetropole hatte sich im 19. Jahrhundert das Geledi-Sultanat mit der Stadt Afgooye als Zentrum etabliert, dessen Herrscher in Mogadischu sehr einflussreich waren. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfuhr die Stadt einen unerwarteten Aufschwung, als die entlang und zwischen den Flüssen Shabelle und Juba angelegten Plantagen mit Hilfe massenhaft aus Ostafrika importierter Sklaven bewirtschaftet wurden. Ihre Besitzer waren Mitglieder der arabisch-swahilischen Aristokratie Mogadischus sowie die Herrscher von Geledi. Große Mengen Getreide und Sesam, aber auch Baumwolle wurden exportiert.

Unter Kaiser Menelik II. vergrößerte sich das äthiopische Reich massiv und nahm die heutigen Formen an.

In Südwestäthiopien florierten in relativer Abgeschiedenheit von den lokalen christlichen und islamischen Zentren des Horns – aber stets mit ihnen über den Karawanenhandel verbunden – kleinere Königtümer wie Kambaata und Jimma und auch bedeutendere Staatswesen wie Kaffa. Die Aus-

dehnung Ägyptens unter seinem Vizekönig Ismail Pascha sowie der europäischen Mächte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bedeutete jedoch für alle Gruppen am Horn das Ende der alten »kleinstaatlichen« Ordnung und den Beginn »moderner« Staatsbildungsprozesse. Der äthiopische Kaiser Johannes IV. (Regentschaft 1872 bis 1889) besiegte schließlich die Ägypter und erwehrte sich in den 1880er-Jahren an der Grenze zum Sudan erfolgreich der Anhänger der islamischen Mahdi-Bewegung, bis er in der Schlacht von Gallabat fiel. Ihm folgte Menelik II., der bis 1913 regierte. Gleichzeitig drangen europäische Mächte in die Region vor. Der Bau des Suezkanals ab 1839 und seine Eröffnung 1869 verstärkte die strategische Bedeutung des Horns. Britische, französische, deutsche und italienische Forscher bereisten Somalia und Äthiopien in dieser Zeit intensiv. Ihre Berichte über Geografie, Flora, Fauna sowie Kultur und Gesellschaft besitzen bis heute hohen wissenschaftlichen Wert. Sie dienten jedoch auch dem europäischen Kolonialismus, in dessen Kontext Großbritannien, Frankreich und Italien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begannen, das Horn von Afrika mit der Inbesitznahme weiter Landesteile zu unterjochen.

Markus V. Höhne



picture alliance/United Archives/World History Archive



Neben Großbritannien und Frankreich gelang es im späten 19. Jahrhundert auch Italien, sich Kolonien am Horn von Afrika zu sichern. Nachdem Gebiete im heutigen Somalia und Eritrea unter italienische Herrschaft gefallen waren, strebte Italiens König nach Ausdehnung seiner Herrschaft auf das abessinische Hochland. Ein erster Eroberungsversuch von Eritrea aus scheiterte jedoch 1896. Der daraus resultierende Konflikt mit dem Kaiserreich Abessinien prägte die Entwicklung am Horn von Afrika über mehrere Jahrzehnte und beeinflusst lange Zeit die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Eritrea und Äthiopien.

Auf Befehl des auf dem Foto abgebildeten »Duce« (Führer) Benito Mussolini erfolgte 1935 der zweite Überfall. Mehr als 400 000 italienische Soldaten und Arbeiter wurden für den völkerrechtswidrigen Expansionskrieg ans Horn von Afrika verschifft. Sowohl im Verlauf des sechsmonatigen Krieges wie während der anschließenden bis 1941 dauernden Besatzung traten die italienischen Truppen gegenüber der Zivilbevölkerung mit brutaler Gewalt auf.

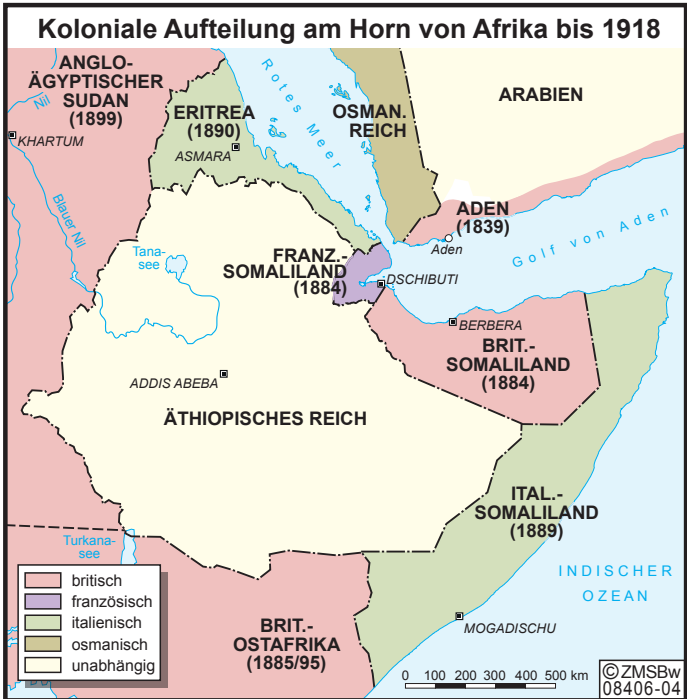
Das Horn von Afrika als Spielball der europäischen Mächte 1869 bis 1941

Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts führte das Horn von Afrika ein Schattendasein fernab der europäisch dominierten Weltpolitik. Erst als 1869 der Suezkanal eröffnet wurde, der den Seeweg nach Indien um Wochen verkürzte, begann eine neue Ära. Mit einem Mal entwickelte sich die keilförmige Halbinsel zwischen dem Roten Meer und dem Indischen Ozean zu einem Brennpunkt europäischer Mächterivalität. Insbesondere die Gebiete rund um das »Tor der Wehklagen« (arab.: Bab el-Mandeb), der Einfahrt ins Rote Meer, erhielten eine strategische Bedeutung, wie sie sie zuvor nie besessen hatten. Tatsächlich setzte sich das Britische Weltreich in den 1880er-Jahren entlang der gesamten Seeroute nach Indien fest: nicht nur in Ägypten und im Sudan, sondern auch an der Südspitze der Arabischen Halbinsel und an der gegenüberliegenden somalischen Küste um die Hafenstadt Berbera. Fast gleichzeitig nahm Frankreich das Gebiet der heutigen Hafenstadt Dschibuti und sein Umland in Besitz, während Italien 1890 Eritrea und etwas später ausgedehnte Landstriche an der langen Somaliküste am Indischen Ozean zu seinen Kolonien erklärte.

Innerhalb weniger Jahre teilten die Kolonialmächte das Horn von Afrika unter sich auf. Besonders schlimm traf es die muslimische Ethnie der Somali, die ungefragt unter die Herrschaft der vier christlichen Nationen Großbritannien, Frankreich, Italien und Abessinien geriet.

Staatsstrukturen als koloniales Erbe

Wie British- und Italienisch-Somaliland verdankten auch Eritrea und Dschibuti ihre Existenz einzig und allein den Vorstellungen kolonialer Strategen. Mit Dschibuti wollte sich das imperiale Frankreich seinen Anteil an der Kontrolle des Seeweges zwischen Mittelmeer und Indischem Ozean sichern. Zudem sollte mit der günstig am Golf von Aden gelegenen Hafenstadt der Handel zum abessinischen Hochland kontrolliert werden. Um



dieses Ziel zu erreichen, bauten die Franzosen zwischen 1897 und 1915 eine Eisenbahnlinie, die Dschibuti und das 1886 erbaute Addis Abeba miteinander verband.

Das einzige ostafrikanische Land, das seine Unabhängigkeit während der Aufteilung Afrikas durch die europäischen Mächte erfolgreich bewahren konnte, war das Kaiserreich Abessinien – das heutige Äthiopien. Das riesige Reich des damaligen Kaisers Menelik II. (Regentschaft 1889–1913) galt nicht nur als der älteste Staat Afrikas, sondern auch als eine mehrheitlich von Christen bewohnte Festung auf dem »Dach Afrikas«. Tatsächlich hatte sich Abessinien jahrhundertlang auch deshalb erfolgreich gegen seine mehrheitlich islamischen Nachbarn behauptet, weil es sich um ein unwegsames, bis zu 4000 Meter ansteigendes Hochland handelt, das zum Roten Meer hin steil

Der »Mad Mullah« und das »Somali Camel Corps«

Zwischen 1899 und 1920 hielt eine antikolonialistisch motivierte Bewegung von Aufständischen das von Italien und Großbritannien besetzte Gebiet Somalias in Atem. Die islamistische Gemeinschaft der Derwische (frei übersetzt: Bettelmönche) führte einen »Heiligen Krieg« (Dschihad) gegen die christlichen Kolonialherren, um einen somalischen Gesamtstaat nach den Regeln des Korans zu etablieren. Ihr Anführer, Mohammed Abdullah Hassan – von den Briten »Mad Mullah« genannt –, vereinigte mehrere Tausend Kämpfer aller somalischer Clans unter seinem Kommando. In der ersten Phase führten diese einen zum Teil sehr erfolgreichen Guerillakampf gegen koloniale Einrichtungen in Italienisch- und Britisch-Somaliland. Ihre Attacken richteten sich aber auch gegen Somalis, die sich ihnen nicht anschließen wollten. Italien und Großbritannien gelang es nicht, die Truppen der Derwische militärisch zu zerschlagen. Schließlich wurde Mohammed Hassan ein quasi autonomes Gebiet im Landesinneren zugesichert. Dort entstand ab 1905 ein straff organisierter und durch die Kolonialmächte faktisch anerkannter Staat mit eigenen Siedlungen, eigenem Militär und eigener Verwaltung.

Nachdem es bis 1914 nur zu kleineren Grenzgefechten zwischen Kolonialtruppen und den Anhängern Mohammed Hassans gekommen war, schlug die britische Regierung erneut eine härtere Linie ein. Gründe hierfür waren vor allem die stetige Ausweitung des autonomen Gebietes und die zunehmende Gewalt der Derwische gegen die restliche somalische Bevölkerung. Die Aufstellung des »Somali Camel Corps« leitete schließlich den Niedergang des Derwisch-Staates ein. Das »Camel Corps« bestand aus ortskundigen somalischen Soldaten, die durch erfahrene Kolonialoffiziere geführt wurden. Bereits in den ersten Jahren ging diese Spezialeinheit erfolgreich gegen die Außenposten der Derwische vor. Bis Ende 1920 gelang es ihnen, den Derwisch-Staat komplett zu zerschlagen und die restlichen Anhänger des »Mad Mullah« nach Äthiopien zu vertreiben. Trotzdem werden die Anhänger Mohammed Hassans, der im Dezember 1920 letztendlich nicht durch die Briten, sondern an einer Krankheit verstarb, bis heute in Somalia als Patrioten verehrt. Der »Derwisch-Aufstand« gilt als Vorbild für die pansomalische Bewegung der 1960er-Jahre, die die Vereinigung aller Somalis in einem Staat forderte.

AMÜ

abfällt. Unter Menelik II. wurden zahlreiche Reformen eingeleitet, um die bestehende feudale Gesellschaft behutsam zu modernisieren. Parallel dazu konnte Äthiopien sein Staatsgebiet durch blutige Eroberungszüge in westlicher, östlicher und südlicher Richtung bedeutend ausdehnen. Durch die Expansion fielen größere Territorien im Inneren des Horns von Afrika mit ihren nichtchristlichen Ethnien unter äthiopische Herrschaft. Gleichzeitig schloss sich der Ring europäischer Kolonien immer enger um das ostafrikanische Kaiserreich. Besonders die Führungseliten des 1861 gegründeten Königreiches Italien träumten davon, das äthiopische Hochland seines angenehmen Höhenklimas wegen zu einer Siedlungskolonie für ihre armen Landsleute zu machen.

Innerhalb von 40 Jahren unternahm Italien zwei Versuche, die traditionelle Vormacht der Region in die Knie zu zwingen. Von ihrer Kolonie Eritrea aus drangen italienische Truppen ab 1893 immer tiefer in die äthiopische Nordprovinz Tigray ein. Im September 1895 mobilisierte Kaiser Menelik II. seine leidlich mit Artillerie und modernen Gewehren ausgerüstete Armee. Unzureichend vorbereitet und dilettantisch geführt, wurden die Italiener am 1. März 1896 in der Schlacht von Adwa vernichtend geschlagen. Es war der erste Sieg einer afrikanischen Armee über ein europäisches Heer. Das schwer gedemütigte Italien musste 1896 die Souveränität und territoriale Integrität des Kaiserreiches Abessinien anerkennen. Seit der Schlacht von Adwa entwickelte sich Äthiopien zum wichtigsten Symbolland der antikolonialen Befreiungsbewegungen in der Welt. Es war der lebende Beweis dafür, dass eine afrikanische Nation eine europäische Invasion erfolgreich zurückschlagen konnte und die Europäer nicht von Natur aus zivilisatorisch überlegen waren, wie die Imperialisten stets behauptet hatten.

Anders als in den deutschen »Schutzgebieten« in Afrika brachen während des Ersten Weltkrieges am Horn von Afrika keine Feindseligkeiten zwischen den europäischen Kriegsparteien aus. Briten, Franzosen und Italiener, die hier das Sagen hatten, gehörten ab Frühjahr 1915 alle demselben Bündnissystem an. Deshalb überdauerten in diesem Teil der Welt die im imperialen Zeitalter geschaffenen kolonialen Gegebenheiten das Ende des ersten globalen Konfliktes der Menschheitsgeschichte.

Europa gegen Afrika: Die Schlacht bei Adwa

Als italienische Truppen 1895 den Grenzfluss Mareb zur Eroberung Äthiopiens überquerten, zog der äthiopische Kaiser Menelik II. den Eindringlingen mit etwa 100 000 Kämpfern entgegen. Bis Ende Januar 1896 gelang es den Äthiopiern, große Gebiete im Norden des Abessinischen Kaiserreiches zurückzuerobern. Nach beiderseitigem Zögern trafen schließlich am 1. März die Hauptarmeen aufeinander. Etwa 20 000 unerfahrene und unzureichend versorgte Italiener sahen sich mehr als 80 000 ausgebildeten und ortskundigen Äthiopiern gegenüber. Aufgrund mangelhafter Kommunikation splitterte sich der italienische Verband auf. So entstanden drei weitgehend unabhängige Gefechte, in deren Verlauf die massive Überlegenheit der äthiopischen Kämpfer erst richtig zur Geltung kam. Am Ende waren mehr als 6000 italienische Soldaten und rund 1000 eritreische Söldner gefallen; etwa 3000 Italiener gerieten in Gefangenschaft. Fehlende Ortskenntnis, miserable Kommunikation und daraus resultierend der Verlust einer einheitlichen Führung sowie die Unterschätzung eines gleichwertigen und zudem motivierteren Gegners waren die Gründe für die vollständige Niederlage der Italiener.

Mit der Schlacht bei Adwa waren die italienischen Träume von einem Kolonialreich am Horn von Afrika zunächst beendet. Äthiopien blieb ein unabhängiger Staat und gewann durch den Erfolg internationale Anerkennung. Noch heute hat der 1. März 1896 einen besonderen Stellenwert in der äthiopischen Geschichte.

AMÜ



picture-alliance/Mary Evans Picture Library

Zeitgenössische Darstellung der Schlacht von Adwa.

Die italienische »Revanche« für Adwa: Das Kolonialreich 1936 bis 1941

Grundlegend infrage gestellt wurden die bestehenden Machtverhältnisse am Horn von Afrika erst durch das faschistische Italien. Diese 1922 errichtete Diktatur unter Führung Benito Mussolinis nahm in manchem, so auch in ihrem Expansionsdrang, bereits die verbrecherische Eroberungspolitik des nationalsozialistischen Deutschen Reiches vorweg.

Getragen von einem breiten Strom der Zustimmung, begnügte sich Mussolini seit dem zehnten Jahrestag der faschistischen Machtergreifung 1932 nicht mehr damit, Italien im Inneren nach seinen totalitären Vorstellungen umzugestalten. Der »Duce« wollte als Reichsgründer und als zweiter Julius Cäsar in die Geschichte eingehen. Immer wieder kündigte er an, das »Imperium Romanum«, das in der Antike weite Teile Europas und des Mittelmeerraumes beherrscht hatte, in moderner Gestalt wiederzubeleben. Am leichtesten in die Tat umzusetzen waren seine imperialen Träume am Horn von Afrika. Seit mehr als vier



Hans-Peter Konopka

Noch heute erinnern einige Gebäude der eritreischen Hauptstadt Asmara an die italienische Kolonialzeit. Im Bild das 1937 erbaute Cinema Impero.

Jahrzehnten befanden sich Eritrea und das südöstliche Somalia in italienischer Hand. Mit der Eroberung Äthiopiens wollte Mussolini in Ostafrika ein zusammenhängendes Kolonialreich schaffen und das faschistische Italien zur Weltmacht aufsteigen lassen. Millionen landhungriger Kolonisten aus dem nur schwach industrialisierten Mutterland sollten auf dem Dach von Afrika Zeugnis von der »Größe und Überlegenheit der römischen Zivilisation« ablegen.

Die Angriffsentscheidung fiel dem Diktator im Dezember 1934. Als Vorwand diente ihm das zum »Grenzzwischenfall« hochstilisierte Gefecht von Wal-Waal im Ogaden, im Osten des heutigen Äthiopiens. Während eines stundenlangen Schusswechsels zwischen äthiopischen Einheiten und italienischen Kolonialtruppen verloren Dutzende von Soldaten auf beiden Seiten ihr Leben. Bald danach setzten in Eritrea und Italienisch-Somaliland die konkreten Vorbereitungen für den als »Blitzkrieg« geplanten Feldzug ein. Zehntausende von italienischen Arbeitern bauten die Häfen von Massawa und Mogadischu aus, richteten die Straßen in Richtung äthiopischer Grenze her und legten neue Flugplätze für die Luftwaffe an. Unter den Augen der Welt wurden die in Eritrea und Italienisch-Somaliland stationierten Truppenkontingente massiv aufgestockt und auf dem Seeweg schweres Kriegsgerät in die Region verschifft, darunter Hunderte von Flugzeugen und Panzern.

Schließlich drangen am 3. Oktober 1935 starke motorisierte Verbände von Eritrea im Norden und Italienisch-Somaliland im Süden ohne Kriegserklärung in Äthiopien ein. Die als Zangenbewegung konzipierte Militäroperation war gewaltig. Auf dem Höhepunkt der Kampfhandlungen setzte Italien nicht weniger als 330 000 Soldaten aus dem Mutterland und 87 000 afrikanische Söldner gegen die nicht nur waffentechnisch, sondern auch numerisch unterlegene Gegenseite ein. 100 000 Arbeiter unterstützten die Invasion, indem sie Pisten und Brücken für den Nachschub bauten. Eine solche Streitmacht hatte Afrika noch nicht gesehen. Dennoch kamen die italienischen Verbände im unwegsamen Hochland nicht wie geplant voran. Die äthiopischen Soldaten setzten der Invasionsarmee im zerklüfteten Terrain hartnäckig zu. Mit dem Mut der Verzweiflung gingen sie nach ein paar Wochen sogar zu Gegenangriffen über. In dieser Situation



Vorrückende italienische Infanterie im Abessinienkrieg 1935.

erhielten Oberbefehlshaber Marschall Pietro Badoglio und General Rodolfo Graziani, Kommandeur der italienischen Südarmerie, von höchster Stelle in Rom freie Hand zum systematischen Einsatz von Giftgas. Allein an der Nordfront warf die italienische Luftwaffe bis zum 29. März 1936 mindestens 972 schwere Senfgas-Bomben ab, die Tausenden von Äthiopiern den Tod brachten. Nach der Entscheidungsschlacht von Mai Ceu in der Region Amhara ließen Mussolinis Bomberpiloten am Ashangisee bedeutende Mengen dieses auch als »Yperit« (erstmalig verwendet in der Schlacht bei Ypern 1917) bezeichneten Hautkampfstoffes auf die geschlagenen Reste der kaiserlichen Armee herabregnen und schossen die Flüchtenden mit Maschinengewehrfeuer nieder.

Doch den Bombardements mit dem tödlich wirkenden Senfgas waren nicht bloß äthiopische Militäreinheiten ausgesetzt. Das italienische Oberkommando ließ auch Flüsse und Wasserstellen, Pässe und Pfade, Äcker und Felder und selbst Viehherden besprühen. Hunderte Wanderhirten und Bauern starben qualvoll, als sie mit wenigen Tropfen Yperit in Berührung kamen

oder vergiftetes Wasser tranken. In einem Bericht an die Genfer Zentrale beschrieb der Delegierte des Roten Kreuzes Marcel Junod, der Augenzeuge eines Giftgasangriffs geworden war, dessen Auswirkungen als »veritable Hölle«.

Schwer litten die Äthiopier auch unter Repressalien, Hinrichtungen und Blutbädern. Zudem steckten die Italiener an der Südfrent landwirtschaftliche Nutzflächen in Brand und schlachteten ganze Viehherden ab. Diese entfesselte Form der Kriegführung zielte auf die Lebensgrundlagen der Bevölkerung ab. Als italienische Verbände am 5. Mai 1936 die Hauptstadt Addis Abeba einnahmen, ging damit lediglich der offizielle Krieg zu Ende.

Während der fünf Jahre italienischer Herrschaft in Ostafrika, in denen erstmals fast das ganze Horn von einer einzigen Macht beherrscht wurde, brach der äthiopische Widerstand nie vollständig zusammen. Mit ihren Aktionen versetzten die Guerrillakämpfer das riesige Territorium ununterbrochen in einen Zustand des Aufruhrs. Auf diesen anhaltenden Widerstand reagierten die Italiener mit exzessiver Gewalt. Schon am 8. Juli 1936 wies der »Duce« Marschall Rodolfo Graziani, seinen Statthalter in Addis Abeba, an: »Ich autorisiere Ihre Exzellenz noch einmal, systematisch mit einer Politik des Terrors und der Ausrottung gegen die Rebellen und die mitschuldige Bevölkerung zu beginnen und eine solche zu führen. Ohne das Gesetz der zehnfachen Wiedervergeltung kann man die Plage nicht in nützlicher Frist heilen.«

Bis ins Frühjahr 1941, als Äthiopien von britischen Truppen befreit wurde und seine staatliche Souveränität zurückerhielt, zogen die Besatzer eine Spur der Verwüstung und des Todes durch das Horn von Afrika. Italiens Aggression gegen Äthiopien in den Jahren von 1935 bis 1941 kostete – konservativ geschätzt – rund 400 000 Menschen das Leben. Einige Historiker sehen in diesen Ereignissen nicht nur den eigentlichen Beginn des Zweiten Weltkrieges, sondern deuten sie auch als ersten faschistischen Vernichtungskrieg der Geschichte. Die damals geschlagenen Wunden sind in Äthiopien bis heute nicht verheilt.

Aram Mattioli



Nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs und dem weitgehenden Ende des kolonialen Zeitalters auf dem afrikanischen Kontinent herrschten am Horn von Afrika keineswegs stabile politische Verhältnisse. Die Entwicklung vor Ort wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts maßgeblich von gewaltsamen Konflikten geprägt. Neben zwischenstaatlichen Kriegen wie dem Ogadenkrieg zwischen Somalia und Äthiopien (1977–1978) erschütterten mehrere Bürgerkriege die Region. Eritrea erkämpfte sich 1993 seine Unabhängigkeit und Äthiopiens sozialistische Regierung um den Diktator Mengistu Haile Mariam brach nach dem Ende der Sowjetunion und ihrer umfangreichen Militärhilfe zusammen. Im Bild ziehen Kämpfer der »Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front« (EPRDF) nach ihrem Sieg über die Regierungstruppen im Mai 1991 in die Hauptstadt Addis Abeba ein. Anfang der 1980er-Jahre war auch im benachbarten Somalia ein gewaltsamer Konflikt zwischen Oppositionsgruppen und der Regierung ausgebrochen. Im Gegensatz zu Äthiopien stabilisierten sich die politischen Verhältnisse in Somalia allerdings nicht wieder. Vielmehr entwickelte sich das Land zum Paradebeispiel eines gescheiterten Staates, in dem sich Clanchefs und Warlords auf Kosten der Zivilbevölkerung bereicherten und lange Zeit selbst rudimentäre Formen von Staatlichkeit fehlten.

Kriegerische Konflikte im 20. Jahrhundert

Das Horn von Afrika zählt zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Regionen der Welt. Hauptgrund hierfür sind jedoch nicht nur die schwierigen klimatischen Bedingungen, sondern vor allem eine weltweit einmalige Häufung von kriegerischen Auseinandersetzungen. Eine Vielzahl von zwischenstaatlichen Konflikten, Bürgerkriegen und kleineren Grenzkämpfen erschütterten die Region seit Beginn der Dekolonisation in den 1960er-Jahren. Die genauen Opferzahlen sind unbekannt, es dürfte sich aber um mehrere Millionen Tote und Versehrte handeln. Neben den eigentlichen Kampfhandlungen waren vor allem der Zusammenbruch der medizinischen Versorgung sowie furchtbare Hungersnöte für den Tod Hunderttausender verantwortlich. Als Folge bildeten sich riesige Flüchtlingsströme. Die Betroffenen verließen die umkämpften Gebiete entweder als Binnenflüchtlinge oder flohen in Nachbarländer sowie nach Europa.

Besonders verheerende und destabilisierende Auswirkungen hatten die Bürgerkriege in den beiden größten Ländern der Region: Sowohl in Äthiopien wie auch in Somalia tobten ab 1961 bzw. 1982 brutale Kämpfe zwischen Aufstandsbewegungen und den zentralistischen Diktaturen, deren Folgen bis heute nachwirken. In beiden Ländern führten die Bürgerkriege zum Sturz der Regierung. Die weitere Entwicklung verlief jedoch unterschiedlich.

Eritreischer Unabhängigkeitskrieg (1961–1991)

Die Ursachen für den Konflikt zwischen Eritrea und Äthiopien lagen in der Kolonialzeit. Während Äthiopien als ältester Staat Afrikas in der Region selbst als Kolonialmacht auftrat, war Eritrea von 1890 bis 1941 italienische Kolonie und anschließend bis 1950 britisches Mandatsgebiet gewesen (siehe den Beitrag von Aram Mattioli). Aus einer anti-kolonialen Bewegung heraus entstand bereits früh ein eritreisches Nationalbewusstsein, das ethnische und religiöse Grenzen überwand. So entwickelte sich in Eritrea eine weitgehend homogene Volksgemeinschaft –

Auswahl bewaffneter Konflikte am Horn von Afrika 1960–1999

Zeitraum	Konflikt
1961–1991	Äthiopien (Eritrea Unabhängigkeitskrieg)
1963–1967	Kenia-Somalia (Shifta-Krieg)
1963–1964	Äthiopien-Somalia (Ogaden-Konflikt)
1974–1991	Äthiopien (Tigray-Konflikt)
1974–1992	Äthiopien (Oromo-Konflikt)
1975–1983	Äthiopien (Ogaden-Konflikt, WSLF)
1977–1978	Äthiopien-Somalia (Ogadenkrieg)
1982–heute	Somalia (Bürgerkrieg)
1991–1994	Dschibuti (Bürgerkrieg)
1995	Eritrea-Jemen (Grenzkonflikt)
1992–2018	Äthiopien (Oromo-Konflikt, OLF)
1994–2018	Äthiopien (Ogaden-Konflikt, ONLF)
1998–2000	Eritrea-Äthiopien (Grenzkrieg)

© ZMSBw
08407-05

trotz der über die Grenzen hinaus lebenden ethnischen Gruppen (siehe Ethnienkarte, S. 136 f.).

Auf Beschluss der Vollversammlung der Vereinten Nationen sollten Eritrea und Äthiopien ab 1952 eine gleichberechtigte Föderation mit einer eigenen eritreischen Nationalversammlung, einer eigenen Verfassung und den zwei offiziell anerkannten Sprachen Tigrinya und Arabisch bilden. Von Beginn an verfolgte das zentralistische Äthiopien allerdings eine repressive Politik gegenüber dem kleineren Föderationspartner. Parteien wurden verboten, Politiker verhaftet, Amhara als Sprache in Ämtern und Schulen eingeführt sowie Wirtschaftsgüter nach Äthiopien verbracht. 1962 kam es zur offiziellen Annexion Eritreas. Internationale Reaktionen auf diesen Völkerrechtsbruch blieben aus.

Ab 1961 entstanden als Reaktion auf die äthiopischen Repressionen mehrere Untergrundorganisationen, die den bewaffneten Kampf gegen die äthiopischen »Besitzer« aufnahmen. Nach mehreren bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen untereinander konnte sich Anfang der 1980er-Jahre die »Eritrean People's Liberation Front« (EPLF) durchsetzen. Fortan führte sie den Kampf gegen die äthiopische Regierung als »Volkskrieg«



picture-alliance/dpa – Bildarchiv/Fröder

Kämpfer der EPLF mit sowjetischen Waffen im Frühjahr 1975.

unter Einbeziehung der gesamten eritreischen Bevölkerung. Der insgesamt dreißigjährige Befreiungskampf durchlief verschiedenste Formen: Von asymmetrischer Guerillataktik gegen die äthiopische Armee bis hin zum Stellungskrieg und dem Einsatz modernster Waffen auf beiden Seiten. Die technologische Unterlegenheit konnte die EPLF durch motivierte Kämpfer und den Rückhalt in der Bevölkerung wettmachen. Trotz mehrerer Großoffensiven gelang es den äthiopischen Streitkräften nie, den eritreischen Widerstand zu brechen und landesweit die Kontrolle zu erringen. Ab Mitte der 1980er-Jahre gewann die EPLF schrittweise die Oberhand. Nach der Einnahme von Asmara am 24. Mai 1991 kapitulierte die äthiopische Armee und verließ Eritrea. Seine offizielle Unabhängigkeit erlangte das Land am 24. Mai 1993, nachdem im April über 99 Prozent der Bevölkerung in einem Referendum für die Abspaltung von Äthiopien gestimmt hatten.

Bis heute kämpft Eritrea mit den Folgen des »dreißigjährigen Krieges«. Die Zahl der Kriegstote liegt bei etwa einer Million Menschen. Besonders die Luftangriffe der äthiopischen Armee kosteten mehreren Zehntausend Zivilisten das Leben. Große Teile der Bevölkerung flüchteten in den Sudan. Durch die langanhaltenden Kämpfe wurden weite Gebiete des Landes vollkom-



Sieger- und Heldendenkmal in Massawa für den erfolgreichen Kampf gegen Äthiopien und die Befreiung der Stadt.

men verwüstet. Industrie und Landwirtschaft lagen am Boden. Erst allmählich gelang durch die Rückkehr der Flüchtlinge der Aufbau eines funktionierenden Wirtschaftssystems. Politisch hat sich Eritrea hingegen seit 1993 kaum entwickelt. Zwar bekannte sich die EPLF nach der Machtübernahme zur Demokratie, die Übergangsregierung unter ihrem einstigen Rebellenführer Isaias Afewerki verhindert aber bis heute die Umsetzung einer Verfassung. Angekündigte Wahlen wurden immer wieder verschoben. Trotz großer Hoffnungen zählt Eritrea gegenwärtig zu den repressivsten Regimen der Welt (siehe den Beitrag von Nicole Hirt).

Aufstand der Benachteiligten: Bürgerkriege in Äthiopien (1974–1991)

Äthiopien nimmt aufgrund seiner langen Geschichte eine Sonderrolle in Afrika ein (siehe den Beitrag von Markus V. Höhne). Seit dem europäischen Mittelalter hatte sich die zentralistisch geführte Monarchie zu einem Vielvölkerstaat entwickelt, der seine Unabhängigkeit auch im Zeitalter des Kolonialismus weitgehend bewahrte und selbst weite Gebiete am Horn von Afrika in seinen Reichsverbund integrierte. Ende des 19. Jahrhunderts traten die

Amhara als staatstragende Ethnie innerhalb Äthiopiens hervor, der sich andere Volksgruppen unterordnen mussten. Die von Kaiser Haile Selassie I. nach dem Zweiten Weltkrieg eingeleitete Modernisierung der Agrargesellschaft beschränkte sich deshalb auf die Amhara-Provinz Shoa um die Hauptstadt Addis Abeba. Andere Regionen und Bevölkerungsgruppen sowie das einfache Volk blieben von dieser Entwicklung ausgeschlossen. Sie verharrten in einem feudalistischen, vorindustriellen Gesellschaftssystem. Letztendlich ließen eine Nahrungsmittelknappheit, die daraus resultierende Hungersnot in Teilen des Landes (1972–1973) sowie der Anstieg der Benzinpreise infolge des Ölpreisschocks zu Beginn der 1970er-Jahre viele Menschen in Opposition zum Kaiser treten. Gleichzeitig führten die blutige Aufstandsbekämpfung in Eritrea und die in Äthiopien vorherrschenden Klassenunterschiede zur Radikalisierung von Teilen der Armee und zu deren Abkehr von der Aristokratie. Ein zunächst unblutiger Putsch im September 1974 durch marxistisch-leninistisch orientierte Offiziere stürzte zwar den Kaiser und brach die aristokratische Ordnung auf, er änderte jedoch nichts an der Vorherrschaft der Amhara. Diese ging besonders zu Lasten der Volksgruppen der Tigray und der Oromo. Während die Tigray ihrerseits einen historisch bedingten Herrschaftsanspruch innerhalb Äthiopiens für sich geltend machen (zuletzt saß mit Johannes IV. zwischen 1872 und 1889 ein Tigray auf dem Kaiserthron), bilden die im 17. Jahrhundert aus Kenia zugewanderten Oromo mit knapp 40 Prozent die größte Volksgruppe Äthiopiens. 1975 entstanden unabhängig voneinander in beiden Provinzen Aufstandsbewegungen gegen die immer brutaler werdende Regierung des Militärrats (»Derg«).

Im Hochland von Tigray, ganz im Norden des heutigen Äthiopiens an der Grenze zu Eritrea, bildete sich mit der »Tigray People's Liberation Front« (TPLF) eine straff gegliederte Organisation. Ähnlich wie die EPLF in Eritrea, konnte auch sie auf die breite Unterstützung der lokalen Bevölkerung bauen. Das langfristige Ziel war jedoch nicht die Unabhängigkeit der Provinz von Äthiopien, sondern der Sturz des zentralistischen Regimes. Bis Mitte der 1980er-Jahre wurde die äthiopische Armee durch massive sowjetische Hilfe aber ständig modernisiert, sodass sie den Einfluss der TPLF auf die Provinz Tigray beschränken konnte. Im Süden und Westen kämpfte die »Oromo Liberation

Der »Löwe von Juda« – Kaiser Haile Selassie I. von Äthiopien

Haile Selassie I. herrschte von 1930 bis 1974 als »negusa negast« (König der Könige) über das Kaiserreich Äthiopien. Geboren wurde er 1892 unter dem Namen Tafari Makonnen als Sohn des Gouverneurs der Provinz Harar, im Osten des Landes. Nach Ausschaltung verschiedener Rivalen gelangte er 1930 auf den Thron. Die Kaiser des christlichen Äthiopiens sahen sich in direkter Nachfolge des biblischen Herrschers Salomo und damit als »Auserkorene Gottes«. Haile Selassie nannte sich selbst »Löwe von Juda« und unterstrich so diesen biblischen Bezug.

Nach nur sechs Herrschaftsjahren musste der Kaiser 1936 vor der italienischen Invasion nach Großbritannien fliehen. Im Jahre 1941 kehrte er jedoch aus dem Exil zurück, nachdem die italienischen Truppen durch äthiopische Widerstandskämpfer und vor allem durch die britische Armee aus dem Land vertrieben worden waren. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs bemühte sich Haile Selassie um die ökonomische und gesellschaftliche Modernisierung seines rückständigen Landes. Politisch blieb es jedoch eine absolute Monarchie ohne Beteiligung des Volkes. Hinzu kam, dass der Kaiser sämtliche staatstragenden Positionen mit amharischen Vertrauten besetzte. Diese Amharisierung führte bei den anderen Gruppen des Vielvölkerstaates zu wachsender Opposition gegen die Monarchie. Im Ausland genoss Haile Selassie jedoch stets hohes Ansehen. Durch aufsehenerregende Staatsbesuche – beispielsweise 1954 in der Bundesrepublik Deutschland – rückte

der Kaiser sein Land immer wieder in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit.

Die Stimmung innerhalb Äthiopiens entwickelte sich dagegen zunehmend gegen Haile Selassie und das veraltete Kaisertum mit seinen feudalen Strukturen. Der Wunsch nach politischer Mitbestimmung und dem Ende der amharischen Vorherrschaft führte

Kaiser Haile Selassie I. im Fond seines offenen Horch 851 Pullman Gläser Phaeton.



picture-alliance/dpa-Bildarchiv/Ursin

1974 zunächst zu Massenunruhen und schließlich zu einem Putsch marxistisch-leninistisch geprägter Offiziere. Am 12. September 1974 musste Haile Selassie abdanken und revolutionären Militärs die Führung des Staates überlassen. Unter Hausarrest gestellt, starb der »Löwe von Juda« unter ungeklärten Umständen am 27. August 1975.
AMÜ

Front« (OLF) gegen die Regierung. Allerdings gab es innerhalb der Oromo verschiedene Interessengruppen, was die Effektivität ihres Kampfes minderte.

Mit dem Ende des Kalten Krieges gab die Sowjetunion ihre Unterstützung für das Regime des Diktators Mengistu Haile Mariam auf – er war 1977 siegreich aus einem blutig geführten Machtkampf innerhalb des äthiopischen Militärs hervorgegangen. Ohne die sowjetische Militärhilfe konnte die äthiopische Armee ihre Stellung gegenüber den Aufständischen nicht länger behaupten. Der TPLF gelang es zusammen mit anderen Oppositionsgruppen als »Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front« (EPRDF) bis Mai 1991 große Teile Äthiopiens unter ihre Kontrolle zu bringen. Nach der Flucht Mengistus und der Einnahme Addis Abebas am 28. Mai 1991 übernahmen sie die Regierung.

Nach einer Übergangszeit wurde 1994 eine demokratische Verfassung verabschiedet, die Äthiopien als föderale Republik in neun, nach Ethnien getrennte, Bundesstaaten und zwei autonome Städte gliederte. Seit den ersten freien Wahlen 1995 regiert die EPRDF als multiethnische Partei. An ihrer Spitze stand bis zu seinem Tod im Jahr 2012 der Premierminister und ehemalige TPLF-Rebellenführer Meles Zenawi.

Claninteressen und Staatszerfall: Bürgerkrieg in Somalia (ab 1982)

Der Staat Somalia entstand 1960 aus dem Zusammenschluss der beiden Kolonien Britisch- und Italienisch-Somaliland. Die Somalis waren jedoch so stark wie kaum eine andere Ethnie Ostafrikas

von der willkürlichen Grenzziehung der Kolonialherren betroffen. Ihre traditionellen Lebensräume erstrecken sich auch nach Dschibuti, dem Ogaden – ein Gebiet, das gegen zeitweise massive Proteste aus Somalia von Äthiopien verwaltet wird – und Nordkenia. Der fünfeckige Stern der somalischen Fahne symbolisiert diese Zerstückerung. Seit jeher bestimmte daher der Traum eines »Greater Somalia« die Politik des unabhängigen Somalias, dessen Regierung zwischen 1963 und 1967 im sogenannten »Shifita-Krieg« (eine Bezeichnung für Banditen) somalische Autonomiebestrebungen in Nordkenia unterstützte. 1969 putschte sich Generalmajor Siad Barre gegen die korrupte und ineffiziente Regierung an die Macht und formte Somalia zu einem autoritär-zentralistischen Militärstaat sowjetischer Prägung. Seine Außenpolitik war auf die Vereinigung aller Somalis in einem ethnisch-homogenen Staatsverband ausgerichtet. Während dieses Ziel im Inneren die verschiedenen Clans an die Regierung band, sorgte es zwangsläufig für Konflikte mit den angrenzenden Nachbarn. Nach der Niederlage der somalischen Armee im Ogadenkrieg (1977–1978) gegen Äthiopien musste das politisch, wirtschaftlich und militärisch geschwächte Somalia seine expansive Außenpolitik endgültig aufgeben (siehe den Beitrag von Volker Ressler). Aufgrund des verlorenen Krieges, der schlechten Versorgungslage und der großen Zahl an Flüchtlingen aus dem Ogaden stieg die Unzufriedenheit der Bevölkerung und die Regierung verlor mehr und mehr die Kontrolle. Zum Erhalt ihrer Macht regierte sie mit zunehmender Repression.

Mit der Abkehr von der Pan-Somalia-Politik ging das Zweckbündnis zwischen der Regierung und den einzelnen regionalen Clans zu Ende. Auch wenn sich bereits zuvor mehrere Oppositionsgruppen gegen das Regime Siad Barres gegründet hatten, entstand erst 1981 mit der »Somali National Movement« (SNM) eine schlagkräftige militärische Widerstandsbewegung. Diese führte vom Osten Äthiopiens einen gut organisierten Untergrundkampf gegen die Regierung in Mogadischu und erhielt Unterstützung von der äthiopischen Regierung. Hauptkampfgebiet war der Nordwesten Somalias. Jedoch gelang es der somalischen Armee bis Ende der 1980er-Jahre aufgrund erheblicher Wirtschafts- und Militärhilfe aus den USA, den Widerstand in Schach zu halten. Nachdem sich Somalia und Äthiopien 1988 auf den Verzicht auf

gegenseitige Destabilisierung geeinigt hatten, verlor die SNM ihre Basen. Sie startete jedoch eine Großoffensive in Nordwestsomalien und nahm Ende Mai 1988 kurzzeitig die wichtigen Städte Burao und Hargeysa ein. Selbst der Einsatz von Flugzeugen und schweren Waffen, vor allem gegen die Zivilbevölkerung, konnte den kontinuierlichen Vormarsch der Aufständischen nicht mehr stoppen. Im Zuge des Machtverlustes der Regierung, die sich immer stärker auf den Marehan-Darod-Clan Siad Barre stützte, entstanden in allen Landesteilen immer neue, untereinander rivalisierende Oppositionsgruppen. Die Kämpfe gipfelten schließlich um die Jahreswende 1990/1991 in der Schlacht um Mogadischu. Zu diesem Zeitpunkt war die Regierung um Siad Barre bereits geflohen, die Armee hatte sich aufgelöst, der Staatsapparat aufgehört zu existieren. Verschiedene Clanmilizen kämpften nun um die Macht in der Hauptstadt, wobei das Ziel nicht die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, sondern vielmehr die Erlangung einer möglichst einflussreichen Position für die einzelnen Clans und Familien war. Es bildete sich eine Art Kriegsökonomie, bei der die Kontrolle von Häfen und Flughäfen, über die Lebensmittel und Hilfslieferungen ins Land kamen, enorme finanzielle Gewinne in die Taschen der Clanführer spülten. Hinzu kamen Einkünfte aus Drogen- und Waffengeschäften. Im Kreuzfeuer dieser Machtkämpfe entwickelte sich für die Bevölkerung (Süd-)Somalias eine humanitäre Katastrophe. Hunderttausende flüchteten vor den Kämpfen, wurden durch marodierende Milizen ermordet oder verhungerten. Auch die Entsendung mehrerer Tausend Soldaten der Vereinten Nationen (1992–1995) konnte keine Änderung der politischen Lage herbeiführen. Mit dem Abzug der internationalen Truppen verkörperte Somalia viele Jahre das Paradebeispiel des gescheiterten Staates, der erst Anfang der 2000er-Jahre auf Initiative der Nachbarländer langsam zurück auf die Agenda der Weltöffentlichkeit rückte.

Machtkampf in Dschibuti (1991–1994)

Als eines der letzten afrikanischen Gebiete erhielt der kleinste Staat des Horns, Dschibuti, am 27. Juni 1977 nach einem Referendum seine Unabhängigkeit von Frankreich. Damit endeten offi-

Operation »Restore Hope«

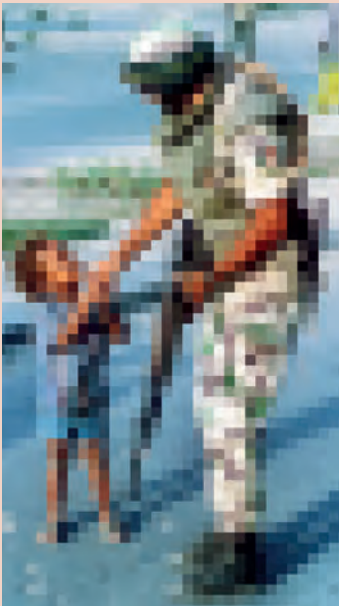
Der Bürgerkrieg in Somalia mündete nach dem Sturz des Siad Barre-Regimes 1991 in einer humanitären Katastrophe, in der mehr als 300 000 Menschen verhungerten. Die Vereinten Nationen (VN) entsandten im April 1992 50 Militärbeobachter und zunächst nur bis zu 500 Soldaten nach Mogadischu (UNOSOM I), die für die Einhaltung einer beschlossenen Waffenruhe und eine gerechte und effiziente Verteilung von Hilfsgütern sorgen sollten. Die kleine VN-Truppe von nie mehr als 1000 Soldaten konnte ihren Auftrag aber nicht durchsetzen.

Im Dezember 1992 übertrug der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einer multinationalen Truppe unter Führung der USA (Unified Task Force, UNITAF) die Aufgabe, bessere Voraussetzungen für die humanitäre Hilfe zu schaffen. Die »Restore Hope« genannte Operation beinhaltete ausdrücklich auch die Anwendung von militärischer Gewalt. Bis zum Frühjahr 1993 gelang es den rund 38 000 Soldaten – darunter etwa 25 500 aus den USA – zumindest die Region

um Mogadischu zu befrieden und die Nahrungsmittelverteilung durch Hilfsorganisationen sicherzustellen. Anschließend übernahmen die Vereinten Nationen erneut die Führung in Somalia. Die neue Friedensmission (UNOSOM II) wurde mit einer Obergrenze von 28 000 Soldaten und weitreichenden Kompetenzen ausgestattet, um u.a. die Entwaffnung der Milizen durchzusetzen. Zwar verbesserte sich die Versorgungslage der Bevölkerung, ein dauerhafter Friedensprozess konnte jedoch nicht in Gang gesetzt werden. Verfeindete Clanchefs,

Ein italienischer VN-Soldat in Mogadischu (Februar 1992).

picture-alliances/dpa/epa afp



allen voran Ali Mahdi Mohamed und Mohamed Farrah Aidid, deren Truppen 1991 bei der Eroberung Mogadischus beteiligt gewesen waren, kontrollierten weiterhin das Land. Auch die Anwendung militärischer Gewalt durch die Soldaten der Vereinten Nationen konnte daran nichts ändern. Immer wieder kam es zu Zwischenfällen, bei denen Soldaten der VN und Somalis getötet wurden – allein am 5. Juni 1993 starben 24 pakistanische Soldaten in einem Hinterhalt von Anhängern Aidids. Die somalische Bevölkerung sah die Truppen der Vereinten Nationen zunehmend als Besatzer und nicht als Helfer. Nachdem im Oktober 1993 18 US-Soldaten sowie ein malaysischer VN-Soldat bei Kämpfen in Mogadischu getötet worden waren, kündigte Präsident Bill Clinton den Rückzug der USA aus Somalia an. Da mehrere Friedenskonferenzen ohne Ergebnis abgebrochen worden waren, beschloss der Sicherheitsrat die Mission zu beenden. Anfang März 1995 verließen die letzten VN-Soldaten Somalia und überließen das Land sich selbst.

AMÜ

ziell über 100 Jahre französische Fremdherrschaft über ein Territorium, das in dieser Form nie zuvor als Staat existiert hatte. Die Franzosen zogen jedoch auf Vereinbarung mit der neuen Regierung nie vollständig aus ihren Garnisonen ab, behielten immer mehrere Tausend Soldaten im Land und waren durch ein Verteidigungsabkommen nicht nur Garant für den Schutz Dschibutis vor möglichen äthiopischen und somalischen Expansionsbestrebungen, sondern letztendlich auch Patron der neuen Regierung. 1981 führte der erste Präsident Hassan Gouled Aptidon ein Einparteiensystem ein und ließ die wichtigsten staatlichen Belange fast ausschließlich von Angehörigen seines Issa-Clans kontrollieren. Angehörige der zweitgrößten Ethnie, der Afar, fühlten sich marginalisiert. 1991 eskalierte der Konflikt zum Bürgerkrieg. Die von den Afar dominierte »Front pour la Restauration de l'Unité et de la Démocratie« (FRUD) rief zum Sturz der Regierung auf und griff strategische Punkte im Norden und Westen des Landes an. Da die französische Regierung eine Intervention ablehnte, stockte die Regierung die Armee massiv auf, um die Rebellion militärisch zu bezwingen. Aufgrund des innen- und außenpolitischen Drucks erließ sie jedoch im folgenden Jahr politische Re-

»Black Hawk Down«

Die Operationen der USA und der Vereinten Nationen (VN) Anfang der 1990er-Jahre in Somalia wurden durch globale Medienaufmerksamkeit beeinflusst und begleitet. Bezeichnenderweise stellten die weltweit ausgestrahlten Bilder von US-amerikanischen Gefallenen in der »Schlacht von Mogadischu« vom 3. und 4. Oktober 1993 den Höhe- und Wendepunkt des US-amerikanischen Engagements am Horn von Afrika dar. Die Operation wurde 1999 im Buch »Black Hawk Down« von Mark Bowden thematisiert und 2001 von Ridley Scott verfilmt.

Der an die tatsächlichen Ereignisse angelehnte Handlungsstrang des Films erzählt von den Kämpfen der US-Truppen gegen die Milizen Mohamed Farrah Aidids: Beim Einsatz eines kombinierten Kommandos aus Soldaten der Delta Force, US-Rangers und Spezialkräften der Heeresflieger werden zwei US-amerikanische »Black Hawk«-Hubschrauber MH-60 durch Beschuss zum Landen gezwungen, worauf die Besatzungen in heftige Feuergefechte mit somalischen Milizen geraten. Auch der zur Unterstützung angesetzte Fahrzeug-Konvoi von US-Rangern führt heftige Kämpfe. Obwohl es gelingt, ein Großteil der Hubschrauberbesatzungen zu evakuieren, belaufen sich die US-amerikanischen Verluste auf 18 Tote und rund 80 Verwundete.

Die politische Konsequenz der realen Handlung, bei der auch ein Soldat aus Malaysia starb und vermutlich über 1200 Somalis getötet oder verwundet wurden, war ein Umschwenken der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik. US-Präsident Bill Clinton ordnete zwei Tage nach der »Schlacht von Mogadischu« an, alle über die Selbstverteidigung hinausgehenden militärischen Operationen in Somalia zu stoppen. Dieser Umschwung der US-Politik erklärt auch die spätere zögerliche Haltung der US-amerikanischen Regierung angesichts von Krisen und humanitärer Katastrophen, die Mitte der 1990er-Jahre in Ruanda und auf dem Balkan auftraten.

Den Film drehte Scott mit Unterstützung der US-Streitkräfte. Kritiker bemängelten, dass die erheblichen Verluste unter den somalischen Kämpfern und vor allem die als menschliche Schutzschilde missbrauchten Zivilisten keine angemessene Berücksichtigung fanden. So wird in »Black Hawk Down« weniger die in die Kritik geratene Operation thematisiert als das mehrfach gezeigte Leitmotiv der Kameradschaft: »Kein Mann bleibt zurück.«

MR



Ismail Omar Guelleh ist seit 1999 Präsident von Dschibuti. Zuletzt wurde er 2016 wiedergewählt.

formen zur Einführung eines begrenzten Mehrparteiensystems und schloss 1994 mit einem Teil der FRUD-Rebellen einen Friedensvertrag. Während einige Rebellenführer in den Staatsapparat integriert wurden, schwelte der Konflikt mit den Hardlinern der FRUD bis zum Abschluss zweier weiterer Friedensverträge im Jahr 2000 und 2001 weiter. An den Machtverhältnissen hat sich seit Beendigung des Bürgerkriegs jedoch wenig geändert. 1999 wurde Gouleds Neffe Ismail Omar Guelleh, ebenfalls ein Issa, zum neuen Präsidenten Dschibutis gewählt. Seitdem ist das Land ein wichtiger Verbündeter im US-amerikanischen »Global War on Terror« und stellt sein Territorium für eine Vielzahl an internationalen Truppen zur Verfügung. Letztere spülen nicht nur Millionen von US-Dollar in die Staatskasse, sondern garantieren auch die Souveränität des kleinen Staates und den Machterhalt des Präsidenten, der nach Aufhebung einer Amtszeitbegrenzung im Jahr 2010 sowohl 2011 als auch 2016 im Amt bestätigt wurde.

Andreas Mückusch mit Torsten Konopka



Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges spielte das Horn von Afrika nur eine untergeordnete Rolle in den strategischen Planungen der USA und der Sowjetunion. Anfang der 1950er-Jahre rückte die Region aufgrund ihrer geostrategischen Lage am Indischen Ozean und dem Roten Meer aber zunehmend in den Blickpunkt der beiden Supermächte. Während die USA zunächst das kaiserliche Äthiopien unterstützten, suchte die Sowjetunion die Nähe zum regionalen Rivalen Somalia. Die beiden größten und einflussreichsten Staaten am Horn bauten durch die Finanz- und Militärhilfen ihrer jeweiligen Schutzmacht erhebliches militärisches Potenzial auf, was zur Destabilisierung der Region führte.

Nach dem Sturz des äthiopischen Kaisers Ende 1974 schloss sich Äthiopien dem sozialistischen Lager an und brach seine bis dahin engen Beziehungen zu den USA ab. Die Sowjetunion kündigte ihre Hilfe für Somalia auf und konzentrierte sich fortan auf das strategisch wichtigere Äthiopien, während sich Somalia den USA annäherte. Das Bild zeigt den damaligen äthiopischen Machthaber Mengistu Haile Mariam im November 1978 bei einem seiner zahlreichen Staatsbesuche in Moskau zusammen mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew.

Einflussnahme der Supermächte USA und Sowjetunion während des Kalten Krieges

Während des Ost-West-Konfliktes, der in den 1950er-Jahren begann und mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion Anfang der 1990er-Jahre endete, wurden die regionalen Entwicklungen in Afrika und vor allem am Horn wesentlich durch das Verhalten der beiden Supermächte beeinflusst. Vor dem Hintergrund des globalen Ringens interessierten sich sowohl die USA als auch die Sowjetunion zunehmend für das geostrategisch wichtige Gebiet am Horn von Afrika. Washington zielte darauf ab, das Erbe der alten Kolonialmächte anzutreten und die Region in ihren Einflussbereich zu ziehen. Insbesondere die Kontrolle über den Seeweg durch das Rote Meer beziehungsweise den Suezkanal sowie die Präsenz am Rande des erdötreichen Nahen und Mittleren Ostens waren ausschlaggebend für ihr Engagement. Für die Sowjetunion bestand die Möglichkeit, die sich im Umbruch befindlichen nachkolonialen Gesellschaften militärisch und politisch dauerhaft in das sozialistische Lager zu ziehen. Zudem besaß das Horn von Afrika als Anrainer des Indischen Ozeans auch für ihre maritimen Zielsetzungen strategische Bedeutung.

Bis zum Ende der 1950er-Jahre blieb der Einfluss der Supermächte jedoch zunächst begrenzt. Insbesondere die USA waren kurz nach dem Zweiten Weltkrieg weniger an einer Steuerung der innenpolitischen Prozesse in den betreffenden Staaten als vielmehr an einer weitgehend ungestörten Militärpräsenz interessiert. Spätestens Mitte der 1950er-Jahre zeichnete sich im Zuge des sich verschärfenden Ost-West-Konfliktes und der Dekolonialisierung aber eine Kursänderung und eine Verlagerung des Kalten Krieges in die sogenannte »Dritte Welt« ab. Die US-amerikanische Außenpolitik wollte die Staaten am Horn von Afrika – vor allem die Regionalmacht Äthiopien – vor sozialistischen Einflüssen abschirmen. Die USA steigerten daher ihre Unterstützungsleistungen für Äthiopien von 1953 bis zum zwischenzeitlichen Abbruch der Beziehungen 1977 deutlich. Das Land erhielt in den 1960er- und 1970er-Jahren nahezu die Hälfte der für Subsahara-Afrika bestimmten US-Militärausgaben. Die Transferleistungen der USA entwickelten sich insbesondere mit Blick auf die

Annexion Eritreas 1960/61 zu einer wichtigen Stütze der äthiopischen Monarchie.

Als Reaktion auf das US-Engagement begann die Sowjetunion 1963 ebenfalls mit Waffenlieferungen an das benachbarte und mit der äthiopischen Regierung verfeindete Somalia und trieb den Aufbau eines maritimen Stützpunktsystems am Indischen Ozean voran. Gleichzeitig bemühten sich auch die USA zur Schutzmacht Somalias aufzusteigen und den drohenden sowjetischen Einfluss zu verhindern. Damit gefährdeten die USA jedoch ihre Beziehungen zu dem für sie wichtigeren Partner Äthiopien. Infolgedessen konnte Washington den umfangreichen Versprechungen Moskaus nichts Gleichwertiges entgegensetzen. Sowohl die äthiopische als auch die somalische Regierung versuchten zu jener Zeit stets, die weltpolitische Konstellation zu ihrem Vorteil zu nutzen. Wiederholt drohten beide Staaten im Falle unzureichender Unterstützung zur jeweils anderen Seite zu wechseln.

Die Hinwendung Äthopiens zum »westlichen« und Somalias zum sozialistischen Lager verfestigte sich mit dem Putsch Siad Barres. Dieser hatte sich 1969 weitgehend gewaltlos an die Spitze Somalias gesetzt und eine Politik des »Wissenschaftlichen Sozialismus« ausgerufen, nachdem die zivile Regierung immer ineffizienter und korrupter geworden war. Die Sowjetunion verstärkte daraufhin ihre Unterstützung in erheblichem Umfang und erhielt als Gegenleistung für den Ausbau somalischer Häfen (insbesondere Mogadischu, Boosaaso und Berbera) maritime Nutzungsrechte. Die Militärhilfe wurde Ende der 1960er-Jahre in so hohem Maße aufgestockt, dass sich die Personalstärke der somalischen Armee bis 1975 auf deutlich über 20 000 Soldaten erhöhte. 1974 schloss Somalia als erstes afrikanisches Land ein Freundschafts- und Kooperationsabkommen mit der Sowjetunion.

Mit dem Sturz des äthiopischen Kaisers und der Machtübernahme durch den marxistisch-leninistisch motivierten Militärrat »Derg« veränderte sich 1974 das regionale Gefüge. Dessen brutale Machtkonsolidierung, eine aggressive regionale Außen- und Grenzpolitik sowie die Ausrufung des Sozialismus als äthiopische Staatsideologie durch Mengistu Haile Mariam zwangen die USA zu einer Neuausrichtung ihrer regionalen Militär- und Außenpolitik. Zwar setzten sie – ungeachtet der nun bestehen-

Von 1969 bis 1991 regierte Generalmajor Siad Barre (links) Somalia mit harter Hand.

den ideologischen Differenzen – ihre Militärhilfe bis 1977 fort, jedoch orientierte sich Mengistu zunehmend am sozialistischen Lager. Bereits Ende 1976 schloss er mit der



Sowjetunion ein erstes Militärabkommen. Wenig später verkündete US-Präsident Jimmy Carter das Ende der Militärhilfe für Äthiopien sowie die Schließung der US-amerikanischen Militärbasis in Asmara (damals äthiopische Provinzhauptstadt von Eritrea), woraufhin das äthiopische Regime am 22. April 1977 den Abbruch aller Beziehungen zu den USA erklärte. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Moskau bei der Machtergreifung Mengistus 1974 nur geringen Einfluss ausgeübt hatte.

Hinsichtlich der geopolitischen Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten hatte das sozialistische Lager mit dem Seitenwechsel Äthiopiens einen bedeutenden Erfolg errungen. Gleichzeitig ergab sich die Herausforderung, das äthiopisch-somalische Konfliktpotenzial in den eigenen Einflussbereich geholt zu haben. Die sowjetische Außenpolitik bemühte sich, im Rahmen einer Allianz zwischen den sozialistischen Staaten Äthiopien, Somalia und (Süd-)Jemen einen Interessenausgleich herbeizuführen und den anhaltenden Grenzkonflikt im Ogaden einzudämmen, der von Somalia beansprucht, seit 1948/1954 aber von Äthiopien kontrolliert wurde. Die bilateralen Spannungen um die umstrittene Region in Ostäthiopien nahmen jedoch weiter zu. Bereits zu Beginn des Jahres 1977 begannen somalische Regierungstruppen angesichts der internen Wirren in Äthiopien, im Ogaden aktive somalische Rebellen zu unterstützen. Im Juli 1977 griff Somalia schließlich offen in den Konflikt ein.

Der »Schlächter von Addis«: Mengistu Haile Mariam

Obwohl Mengistu Haile Mariam zwischen 1974 und 1991 zum mächtigsten Mann Äthiopiens aufstieg, ist wenig über sein frühes Leben bekannt. Nicht einmal seine Herkunft ist einwandfrei geklärt. 1937 geboren, trat er nach seiner Grundschulzeit in die »Holeta Military Academy« der äthiopischen Armee ein. Von hier stammte ein Großteil der Offiziere seines späteren Militärregimes, obwohl die eigentliche militärische Elite an der Kadenschmiede in der Stadt Harar ausgebildet wurde. In den 1960er-Jahren weilte Mengistu zwei Mal zu Ausbildungszwecken in den USA, ehe er als Waffen- und Geräteoffizier in der 3. Division in Harar diente.

Anfang 1974 meuterten mehrere Einheiten der äthiopischen Armee und bildeten einen aus rund 120 Offizieren bestehenden Militärrat, den »Derg«. Dieser stürzte im September 1974 Kaiser Haile Selassie I. und übernahm die Macht in Äthiopien. Mengistu, der dem Derg als Major angehörte, blieb zunächst als stellvertretender Vorsitzender im Hintergrund. Auf seinem weiteren Weg an die Macht zeigte er sich jedoch skrupellos und ließ alle Konkurrenten bis Ende der 1970er-Jahre eliminieren. Während der Derg ein sozialistisches Programm verkündete und das Offizierskorps säuberte, beförderte sich Mengistu 1976 zum Oberstleutnant und 1977 zum Vorsitzenden des Derg und damit zum Staatschef. Durch seine Annäherung an den Ostblock konnte er auf die Allianz mit der Sowjetunion vertrauen. Im Inneren aber schuf er sich durch seine Brutalität eine breite Opposition: vor allem durch seinen gegen die Zivilbevölkerung gerichteten »Roten Terror« (1976–1978) mit mehreren Tausend Toten und durch die Zwangsumsiedlung der Bevölkerung in der Provinz Tigray während der Hungersnot 1983–1985, bei der laut Angaben der Menschenrechtsorganisation »Africa Watch« mindestens 50 000 Menschen starben. Auch die an immer mehr Fronten kämpfende Armee verlor an Moral. Weiter geschwächt durch die ausbleibende Unterstützung der Sowjetunion gegen Ende des Ost-West-Konfliktes floh der 1987 zum Präsidenten ernannte Mengistu am 21. Mai 1991 nach Simbabwe. 2008 von einem äthiopischen Gericht in Abwesenheit wegen Völkermordes zum Tode verurteilt, lebt er bis heute in der simbabwischen Hauptstadt Harare. Mit dem politischen Umbruch Äthiopiens im Sommer 2018 wurde die Rückkehr oder Auslieferung Mengistus erneut thematisiert.

TK

Der Ogadenkrieg 1977/78 und seine Konsequenzen

Für Somalias Präsident Siad Barre schien die Gelegenheit für ein militärisches Vorgehen gegen Äthiopien günstig, zumal er damit von der eigenen katastrophalen Wirtschaftslage sowie der gerade erst zurückliegenden Hungersnot in weiten Teilen Somalias ablenken konnte. Er rechnete mit der Neutralität der beiden Seiten verpflichteten Sowjetunion, während die USA vermeintlich an einer Niederlage des nun sozialistischen Äthiopiens interessiert sein mussten. Gleichzeitig waren die somalischen Streitkräfte den äthiopischen zu dieser Zeit deutlich überlegen und Äthiopiens Militär durch zahlreiche Aufstände in verschiedenen Landesteilen gebunden (siehe den Beitrag von Andreas Mückusch).

Die Einschätzung Siad Barres erwies sich als falsch. Die USA waren zwar an einer Schwächung des sozialistischen Lagers am Horn von Afrika interessiert, jedoch wollte sich der damalige US-Präsident Carter vor der Weltöffentlichkeit nicht leisten, die somalische Aggression zu billigen, geschweige denn zu unterstützen. Ohnehin herrschte in seiner Regierung die Sichtweise, sich weltweit militärisch nicht zu sehr in regionale Konflikte hineinziehen zu lassen. Die Sowjetunion stand dagegen vor dem Dilemma, dass sowohl Äthiopien als auch Somalia auf Unterstützung hofften. Angesichts der größeren geopolitischen Bedeutung Äthiopiens (unter anderem aufgrund ihrer höheren Einwohnerzahl, einer fortschrittlicheren Wirtschaftsstruktur sowie der günstigeren Anrainerlage am Roten Meer) entschied sich der Kreml für eine Unterstützung von Addis Abeba. Der zu erwartende Verlust der somalischen Häfen blieb für die Sowjetunion kalkulierbar, da die äthiopischen Seehäfen Massawa und Asab (heute beide eritreisch) diesen ausgleichen konnte.

Der somalische Griff nach dem Ogaden war somit – trotz anfänglicher erheblicher Gebietsgewinne – zum Scheitern verurteilt. Während die USA jegliche Unterstützung Somalias an dessen Rückzug aus äthiopischem Territorium knüpften, rüstete die Sowjetunion Äthiopien massiv auf und stellte allein 1977 etwa 440 Millionen US-Dollar an Militärhilfe zur Verfügung. Zugleich kamen über 10 000 kubanische Soldaten sowie südjeme-

Internationale Militärpräsenz am Horn von Afrika

In den vergangenen Jahren engagierten sich immer mehr Staaten militärisch am Horn von Afrika. Im August 2017 eröffnete China seine erste Überseebasis in Dschibuti. Der Marinestützpunkt soll nicht nur dem Schutz chinesischer Schiffe im Golf von Aden, sondern auch als Logistikbasis für die Betankung von Kriegsschiffen und zum Zwischenstopp für chinesische Truppen dienen. Mit rund 2500 Soldaten – davon alleine fast 1500 in den Missionen der Vereinten Nationen (VN) im Sudan und Südsudan – ist China der größte Truppensteller der fünf permanenten Mitglieder des VN-Sicherheitsrates. Gleichzeitig ist China einer der größten Handelspartner in der Region, weswegen es sich seit 2008 auch bei der Eindämmung der Piraterie beteiligt.

Um Handelsschiffe im Indischen Ozean zu schützen, besitzt auch die japanische Armee seit 2011 eine kleine Basis mit rund 200 Soldaten in Dschibuti. Analysten sehen in der japanischen Präsenz auch den Versuch, ein Gegengewicht zum chinesischen Einfluss zu schaffen.

Unter Betonung der religiösen Gemeinsamkeiten beteiligt sich die türkische Regierung durch die Ausrichtung mehrerer Konferenzen am somalischen Friedensprozess und eröffnete Ende September 2017 ein Ausbildungszentrum der türkischen Armee in Mogadischu. Über 200 Ausbilder sollen hier den Aufbau der somalischen Armee unterstützen und die massive türkische Entwicklungshilfe ergänzen.

Ebenfalls in der Region aktiv sind die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Im Februar 2017 billigte das Parlament von Somaliland den Bau eines Luft- und Marinestützpunktes der VAE in der Hafenstadt Berbera. Der Vereinbarung, die für 25 Jahre gültig sein soll, gingen die finanzielle Unterstützung der »Puntland Maritime Police Force«, die Ausbildung somalischer Spezialkräfte sowie die Nutzung einer eritreischen Militärbasis in Asab im Zuge des jemenitischen Bürgerkriegs voraus. Seit 2014 bildeten die VAE somalische Soldaten aus – wegen eines diplomatischen Disputs wurde dies jedoch im April 2018 eingestellt.

Aufgrund eines 1977 geschlossenen Verteidigungsvertrages sind rund 1500 französische Soldaten in Dschibuti stationiert. Die größte Präsenz in der Region zeigen aber die USA. Ihre einzige permanente Basis in Afrika ist das »Camp Lemonnier« in Dschibuti. Bei Pachtgebühren von über 60 Millionen US-Dollar jährlich sind hier rund 4000 Soldaten und Zivilangestellte stationiert, die vor allem dem US-ameri-

kanischen »Global War on Terror« dienen. Nach eigenen Angaben ist das Camp einer der größten Arbeitgeber Dschibutis. Hinzu kommen mehrere in Dschibuti und Somalia stationierte Drohnen sowie etwa 500 Soldaten in Somalia. Letztere besitzen offiziell nur eine beratende Funktion im Kampf gegen die somalische Gruppe »al-Shabaab«. Im Mai 2017 fiel jedoch erstmals seit 1993 wieder ein US-Soldat während eines Einsatzes in Somalia. Eine weitere US-Drohnenbasis in der südäthiopischen Stadt Arba Minch wurde Ende 2015 zugunsten anderer Konfliktgebiete in der Welt geschlossen. Im März 2016 führten die USA den vermutlich tödlichsten Drohnenangriff der Geschichte durch: Über 150 al-Shabaab-Kämpfer sollen in einem Trainingslager nördlich von Mogadischu getötet worden sein. Indes stieß der Drohnenbetrieb in Dschibuti auf Kritik, da es mehrfach zu Abstürzen und Zwischenfällen mit zivilen Passagiermaschinen gekommen war. Die USA waren daher gezwungen, ihre Systeme auf einen kleineren Flugplatz außerhalb der Stadt zu verlegen. Seit März 2017 müssen sich die US-Militärs nicht mehr jeden Angriff aus Washington autorisieren lassen. Die Zahl der Luftschläge in Somalia stieg daraufhin deutlich an. Die Planungen über eine Milliarde US-Dollar in den Ausbau des Camp Lemonnier zu investieren zeigen die Langzeitstrategie der USA gegen extremistische Netzwerke am Horn. Ihre Effektivität muss jedoch infrage gestellt werden. Trotz der wiederholten Tötung hoher al-Shabaab-Kommandeure ist es nicht gelungen, die radikalislamistische Gruppe wesentlich zu schwächen. Im Gegenteil: Al-Shabaab propagiert eine Invasion des islamischen Somalias und nutzt das Engagement der USA zur Rekrutierung neuer Kämpfer.

TK

nitische Einheiten auf äthiopischer Seite zum Einsatz. Spätestens nach der Niederlage bei der Stadt Harar in Ostäthiopien zum Jahresende 1977 waren die somalischen Streitkräfte de facto besiegt, wenngleich Somalia sich erst im März 1978 – nach einer Garantie seiner territorialen Unversehrtheit durch die Sowjetunion – gänzlich aus dem Ogaden zurückzog. Die sozialistische Regierung Äthiopiens erklärte sich daraufhin zum Sieger und unterzeichnete noch 1978 einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit der Sowjetunion. Der sowjetisch-somalische Ver-



Somalische Soldaten bei der Ausbildung während des Ogadenkrieges 1977/1978.

trag von 1974 war hingegen bereits im Oktober 1977 angesichts ausbleibender Hilfslieferungen durch Somalia aufgelöst worden.

Während Äthiopien bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion immer stärker in das sozialistische Lager integriert wurde, bedeutete die Niederlage im Ogadenkrieg für Somalia den Anfang vom Ende der Regierung Siad Barres. Sie konnte sich zwar noch bis 1991 halten, jedoch entglitt ihr zunehmend die Kontrolle über die Sicherheitslage. Gleichzeitig verbesserten sich jedoch die Beziehungen zwischen den USA und Somalia. Bereits 1980 war ein auf Defensivwaffen beschränktes Militärhilfeabkommen unterzeichnet worden, welches unter Präsident Ronald Reagan 1982 nochmals erweitert wurde. Grundlage war die Anwendung der sogenannten Reagan-Doktrin, die bis zum Ende der 1980er-Jahre weltweit Militärhilfe für pro-»westliche« Staatssysteme befürwortete, um dem Einfluss der Sowjetunion entgegenzutreten.

Das Horn von Afrika nach dem Zusammenbruch des Sozialismus

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes gingen erneut tiefgehende politische Umwälzungen am Horn von Afrika einher – der Einfluss globaler Akteure in der Region blieb jedoch bestehen. Wäh-

rend Somalia mit dem Sturz Siad Barres zunächst als Staatswesen aufhörte zu existieren, betrat das nach langem Kampf unabhängig gewordene Eritrea als neuer Akteur die regionalpolitische Bühne. Äthiopien wandte sich nach dem Fall des Mengistu-Regimes wieder den USA zu und mit dem beginnenden 21. Jahrhundert zunehmend auch China. Die US-amerikanische Außenpolitik in der Region orientierte sich spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 auf die Bekämpfung des »internationalen Terrorismus« sowie – etwas später – auf die zwischenzeitlich stark angestiegene Piraterie vor der somalischen Küste.

Neben den USA entdeckt mittlerweile auch Europa das Horn von Afrika in immer stärkerem Maße als Interessengebiet – sei es aus wirtschaftspolitischen Gründen oder spätestens seit 2015 im Rahmen der »Bekämpfung« von Fluchtursachen. Gleichzeitig hat das chinesische Engagement – zunächst in Form von Investitionen – in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Angesichts der geografischen Nähe, jahrhundertealten Kontakten über das Rote Meer sowie der Bedeutung des Islams am Horn sollten zudem die Interessen und Einflussnahmen aus arabischen Staaten nicht übersehen werden (siehe Infokasten auf S. 183).

Politische Entwicklungen am Horn von Afrika werden daher auch in Zukunft sowohl eine regionale als auch eine überregionale, teilweise weltpolitische Komponente aufweisen. Es lässt sich aber festhalten, dass – zumindest in der Vergangenheit – nahezu immer die regionalen Konfliktlinien beziehungsweise die Interessen der ansässigen Akteure richtungsgebend waren. Die Einflussnahme von außen und insbesondere durch die genannten globalen Mächte erwies sich zwar als erheblich; die regionalen Konfliktlagen, die historischen Hintergründe sowie insgesamt die Interessen der verschiedenen politischen Akteure am Horn von Afrika bleiben allerdings derart komplex, dass eine nachhaltige Stabilisierung der dortigen Staaten von außen unrealistisch scheint. Wünschenswert wäre, dass sich der erneute Wettlauf zwischen den USA, China sowie eingeschränkt auch Europa, der Türkei und den arabischen Staaten um künftigen Einfluss am Horn von Afrika weniger destabilisierend auswirkt als der Ost-West-Konflikt des 20. Jahrhunderts.



picture-alliance/dpa/Steve_Forrest

Auch 25 Jahre nach der Unabhängigkeit Eritreas von Äthiopien (1993) hängt die politische Lage am Horn von Afrika noch immer stark vom Verhältnis der beiden Regierungen ab. 1998 war zwischen Eritrea und Äthiopien der wohl blutigste zwischenstaatliche Krieg des afrikanischen Kontinents entbrannt – im Bild eritreische Soldaten auf dem Weg an die Front. Obwohl dieser 2000 offiziell beendet wurde, beherbergten beide Länder in der Folge Rebellen und Oppositionsbewegungen aus dem jeweiligen Nachbarland. Eritrea unterstützte zudem somalische Warlords und islamistische Kämpfer gegen die mit Äthiopien verbündete somalische Regierung, während Äthiopien seine internationale Stellung zur politischen Isolation Eritreas nutzte – 2009 verhängten die Vereinten Nationen Sanktionen gegen Eritrea. Vereinzelt kam es sogar zu gewaltsamen Zusammenstößen ihrer Streitkräfte, weswegen beide Regierungen für afrikanische Verhältnisse riesige Armeen mit jeweils weit über 100 000 Soldaten aufrechterhielten. Erst im Sommer 2018 erfolgte 20 Jahre nach Ausbruch des Krieges eine Annäherung der beiden Regierungen, die mit der Hoffnung auf Stabilität am Horn von Afrika verbunden ist.

Zwischen Selbstfindung und Krieg: Die Entwicklung der ehemaligen »Brothers in Arms« Äthiopien und Eritrea

Zwischen Mai 1998 und Juni 2000 fand an der Grenze zwischen Eritrea und Äthiopien einer der verheerendsten zwischenstaatlichen Kriege seit Ende des Kalten Krieges statt. Etwa eine halbe Million Soldaten belagerten sich in einem Stellungskrieg, dem bis zu 100 000 Menschen zum Opfer fielen. Etwa eine Million Menschen wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Beide Länder deportierten Zehntausende Angehörige mit »feindlicher« Nationalität. Ausländische Beobachter konnten sich die Wucht des Schlagabtausches – es ging vordergründig um kleinere Grenzgebiete ohne materiellen Wert – nicht erklären. Erst ein Blick in die Vergangenheit macht verständlich, wie es zu dieser Konfrontation kommen konnte.

Das eritreische Hochland und Äthiopiens Provinz Tigray waren über Jahrhunderte verbunden. Die tigrinya-sprachige Bevölkerung auf beiden Seiten gehört mehrheitlich dem christlich-orthodoxen Glauben an. 1962 hatte Äthiopien das eritreische Gebiet jedoch annektiert, sodass Eritrea bis 1991 einen blutigen Unabhängigkeitskampf führte (siehe den Beitrag von Andreas Mückusch). Die im Zuge des eritreischen Bürgerkrieges 1971 gegründete »Eritrean People's Liberation Front« (EPLF) unter Führung des heutigen eritreischen Präsidenten Isaias Afewerki hatte im Krieg teilweise mit der ebenfalls gegen das äthiopische Regime kämpfenden »Tigray People's Liberation Front« (TPLF) kooperiert. Obwohl sich beide Bewegungen am Sozialismus orientierten, bestanden ideologische Unterschiede. Die TPLF strebte anfangs die Abspaltung Tigrays von Äthiopien an, was die EPLF ablehnte. Noch schwerer wog, dass die EPLF während der Hungersnot Mitte der 1980er-Jahre den Transport von Nahrungsmitteln nach Tigray über das von ihr kontrollierte Gebiet verhindert hatte, um ihre Vormachtstellung gegenüber der TPLF zu demonstrieren. Der Abbruch der Beziehungen beider Gruppen war die Folge. Erst 1988 wurde die Kooperation gegen das äthiopische Regime wieder aufgenommen und der Konflikt im Mai 1991 durch den Sieg der Befreiungsfronten und die Zustim-

Isaias Afewerki

Der einstige Rebellenführer und spätere Präsident Eritreas Isaias Afewerki wurde 1946 in Asmara geboren und wuchs in einfachen Verhältnissen als Nachkomme von Einwanderern aus dem äthiopischen Tigray auf. Dieses äthiopisch-eritreische Erbe teilt er mit seinem langjährigen Widersacher, dem ehemaligen Rebellenführer und späteren äthiopischen Premierminister Meles Zenawi, welcher eritreische Vorfahren hatte.

Nach Abschluss der Sekundarschule begann Isaias Afewerki 1965 ein Ingenieurstudium an der Universität Addis Abeba, schloss sich aber im folgenden Jahr dem eritreischen Unabhängigkeitskampf der eher konservativen, muslimisch dominierten »Eritrean Liberation Front« (ELF) an. Isaias wurde zum Politischen Kommissar im Hochland ernannt und befand sich in der ELF mit einer kleinen Gruppe christlicher Kämpfer in der Minderheit, da die meisten Christen erst 1974 nach dem Sturz von Haile Selassie I. mit dem Unabhängigkeitskampf sympathisierten. 1967 wurde er zur Militärausbildung nach China geschickt. Die dort gemachten Erfahrungen sollten seine Weltansicht bis heute prägen.

Nach Massakern an christlichen Rekruten durch die ELF spaltete sich Anfang der 1970er-Jahre die »Eritrean People's Liberation Front« (EPLF) unter militärischer Führung von Isaias von der ELF ab. 1977 formierte sie sich auf ihrem ersten Kongress als marxistische Organisation mit einem Politbüro und einem Zentralkomitee – eine Struktur, die die eritreische Regierungspartei »People's Front for Democracy and Justice« (PFDJ), die 1994 als Nachfolgeorganisation der EPLF unter dem Vorsitzenden Isaias Afewerki gegründet wurde, bis heute beibehalten hat.

1987 wurde Isaias auf dem zweiten Kongress zum Generalsekretär ernannt und hielt die Zügel in der EPLF von Anfang an fest in der Hand. Er begegnete internem Dissens mit brutaler Gewalt. Am 21. Mai 1993 bestätigte ihn die Generalversammlung als Präsidenten Eritreas. Isaias zeigte auch nach der Unabhängigkeit wenig Bereitschaft, Abstriche an dieser absoluten politischen Vormachtstellung zu machen. Auch 25 Jahre später regiert er das Land noch immer mit harter Hand, ohne jemals vom Volk gewählt worden zu sein.

NH

mung der TPLF zur Unabhängigkeit Eritreas beendet. Während die EPLF in Asmara eine provisorische Regierung bildete, übernahm eine von der TPLF dominierte Koalition, die »Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front« (EPRDF), die Regierungsgeschäfte in Addis Abeba. Von der Sezession Tigrays war nicht mehr die Rede. Ein Referendum mit fast 99 Prozent Zustimmung bestätigte im April 1993 die Unabhängigkeit Eritreas – ein Vorgang, der von vielen Äthiopiern als Landesverrat der TPLF gesehen wurde. Die äthiopischen Herrscher hatten den eritreischen Kampf stets als Sezession bezeichnet, die gegen die Richtlinien der »Organisation for African Unity« (OAU) verstieß. 1964 hatte die OAU die ehemaligen Kolonialgrenzen für unantastbar erklärt. Mit der internationalen Anerkennung Eritreas setzte sich jedoch die Interpretation der EPLF durch: Nach ihrer Vorstellung hatte es sich um einen Dekolonisationskrieg gehandelt, da die äthiopische Annexion völkerrechtswidrig gewesen war.

Kurze Jahre der Hoffnung

Nach Eritreas Unabhängigkeit schlossen die ehemaligen Waffenbrüder – nun als offizielle Regierungen in Asmara und Addis Abeba – ein Freundschafts- und Kooperationsabkommen. Die Eritreer gingen anfangs mit viel Elan daran, ihr kleines Land zum »Singapur Afrikas« zu machen. 1994 benannte sich die EPLF auf ihrem (bislang letzten) Kongress in »People's Front for Democracy and Justice« (PFDJ) um. Gleichzeitig verabschiedete sie ein Programm, das politische und ökonomische Elemente enthielt. Es sollte ein langsamer Demokratisierungsprozess eingeleitet und eine Entwicklung basierend auf dem Prinzip der Eigenständigkeit, kombiniert mit einer vorsichtigen Privatisierungspolitik, angestrebt werden. Ihre rund 100 000 Kämpfer sollten demobilisiert werden und mehrere Hunderttausend in den Sudan geflüchtete Eritreer zurückkehren. Eine Kommission zur Ausarbeitung einer Verfassung wurde eingesetzt und das Dokument 1997 ratifiziert. Aufgrund des Grenzkrieges mit Äthiopien wurde dieses jedoch nie umgesetzt. Im gleichen Jahr wies die Regierung alle ausländischen NGOs und bilateralen Entwicklungspartner mit der Begründung aus, das Land brau-

che nun keine Hilfe mehr. Ein stetiges Wirtschaftswachstum und die Aussicht auf Demokratisierung hatten bereits zuvor massive Menschenrechtsverletzungen verschleiert: 1994 wurden Proteste von Ex-Kämpfern, die nicht länger unbezahlt arbeiten wollten und von Kriegsversehrten, die sich gegen ihre Demobilisierung wehrten, niedergeschlagen. Die Zeugen Jehovas verloren ihre Staatsbürgerschaft, weil sie nicht am Referendum teilgenommen hatten oder gingen wegen Wehrdienstverweigerung ins Gefängnis. Hunderte Muslime, vor allem frühere Anhänger der ersten eritreischen Unabhängigkeitsbewegung, der »Eritrean Liberation Front« (ELF), von der sich die EPLF abgespalten hatte, wurden als angebliche Dschihadisten verhaftet.

Parallel dazu endete auch der Frieden mit Äthiopien. Die ersten Aggressionen gingen aber von der an Eritrea grenzenden Provinz Tigray und deren Regionalverwaltung aus: Im Jahr 1997 kam es zur Verschiebung äthiopischer Verwaltungsposten auf eritreisches Gebiet und zu Schikanen gegen eritreische Viehhirten durch tigrayische Milizen. In Tigray wurde zudem der Verkauf von Kraftstoff an eritreische Fahrzeuge verboten, ehe äthiopische Truppen den Ort Adi Murug im Juli besetzten; eine neue, von der damaligen »Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit« finanzierte Karte zeigte Tigray in erheblich er-



picture-alliance/dpa/epa afp Alexander Joe

Angehörige der äthiopischen Armee bei ihrem Vormarsch im Mai 2000.

weiterten Grenzen unter Einschluss eritreischer Gebiete. Das bis heute umstrittene Grenzgebiet um den Ort Badme blieb unter äthiopischer Verwaltung, obwohl es nach Verträgen aus der Kolonialzeit auf eritreischem Territorium lag. Allerdings war das Gebiet nie von Eritrea verwaltet worden. 1998 eskalierte die Lage: Am 6. Mai kam eine eritreische Delegation unter Beschuss. Ein Offizier wurde getötet. Am 12. Mai besetzten eritreische Truppen das Gebiet um Badme, was Äthiopien als Kriegserklärung wertete. Der äthiopische Ministerrat verlangte den bedingungslosen Rückzug, die eritreische Seite die Vermittlung durch Dritte. Im Juni kam es zu gegenseitigen Luftangriffen, wobei zunächst der Flughafen in Asmara unter äthiopischen Beschuss geriet. Als ein eritreischer Pilot (ob absichtlich oder wegen eines Navigationsfehlers blieb unklar) eine Schule in Tigrays Hauptstadt Mekelle traf, nutzte die Regierung das Ereignis, um die Kriegsbereitschaft der äthiopischen Bevölkerung zu entfachen.

Kriegsverlauf und das Scheitern der internationalen Vermittlungen

Bis zur Verhängung eines Moratoriums durch die Vereinten Nationen (VN) im Juni 1998 kam es zu weiteren Bombardierungen. Gleichzeitig deportierte die äthiopische Regierung Zehntausende Eritreer und eritreischstämmige Äthiopier und beschlagnahmte ihre Vermögen. Die Deportationen konzentrierten sich auf diejenigen, die 1993 im Referendum abgestimmt und eine eritreische Identitätskarte erhalten hatten. An der militärischen Front lagen sich die Truppen in einem Grabenkrieg gegenüber, der oft mit dem Ersten Weltkrieg verglichen wurde. 1999 gab es erneut heftige Gefechte, ehe sich die eritreischen Truppen im Februar nach einer äthiopischen Großoffensive aus Badme zurückzogen. Zeitgleich mit den Parlamentswahlen in Äthiopien fanden im Mai 2000 weitere Vorstöße statt, bei denen die äthiopische Armee weit auf eritreisches Gebiet vordrang und zahlreiche Orte verwüstete. Ehe am 18. Juni 2000 ein Waffenstillstand geschlossen werden konnte, gab es noch heftige Gefechte um die Hafenstadt Asab, die aber in eritreischer Hand blieb.



picture-alliance/par/epa atp

Der algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika (Mitte) am 12. Dezember 2000 anlässlich der Unterzeichnung eines Friedensabkommens in Algier mit Eritreas Präsident Isaias Afewerki (links) und Äthiopiens Premierminister Meles Zenawi (rechts).

Die Suche nach den Kriegsursachen

In den internationalen Medien wurde der sinnlos erscheinende Konflikt um ein wirtschaftlich unbedeutendes Stück Land oft als Kampf zweier Kahlköpfe um einen Kamm beschrieben. Zwischen den ehemaligen Waffenbrüdern war es jedoch zuvor zu wirtschaftlichen Spannungen gekommen: Bis zur Einführung des Nakfa als eritreische Währung im Herbst 1997 gab es Streit um den Wechselkurs der bis dahin gemeinsamen äthiopischen Währung Birr. Äthiopien warf Eritrea Wechselkursmanipulationen sowie die Bereicherung an Re-Exporten äthiopischer Waren vor und verlangte nach Einführung des Nakfa die künftige Abwicklung aller Handelsbeziehungen in Devisen.

Darüber hinaus gab es politische Spannungen: Viele Äthiopier, besonders die vor Machtantritt der EPRDF herrschenden Amhara, hatten sich nicht mit Eritreas Unabhängigkeit abgefunden. Diese hatte den Verlust des äthiopischen Meereszugangs bedeutet und ihren Nationalstolz verletzt. Ungeachtet der militärischen Niederlage der Derg-Regierung wurde die Un-

Meles Zenawi

Über zwei Jahrzehnte prägte Meles Zenawi die Entwicklung Äthiopiens, bis er 2012 überraschend verstarb. Unter dem Namen Legesse Zenawi wurde er am 8. Mai 1955 im tigrayischen Adwa als Sohn lokaler Würdenträger geboren. Als Medizinstudent erlebte er die revolutionären Studententreffen in Addis Abeba und 1974 den Sturz des Kaisers. Das neue Militärregime ging rigide gegen Studenten und Autonomiebestrebungen im Land vor. Angesichts der Marginalisierung von Tigray schloss sich Legesse Zenawi 1975 der marxistischen »Tigray People's Liberation Front« (TPLF) an und übernahm den Kampfnamen »Meles«, nach einem von der Regierung hingerichteten Kameraden. 1979 wurde er Vorsitzender ihres Führungs- und 1983 ihres Exekutivkomitees. 1989 begründete Meles mit anderen Gruppen die »Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front« (EPRDF), die am 28. Mai 1991 Addis Abeba einnahm. Mit Meles als Präsidenten führte die Übergangsregierung demokratische Strukturen ein, bekannte sich zur Marktwirtschaft und zum Föderalismus. 1995 verabschiedete Äthiopien eine neue Verfassung, die dem Präsidenten eine repräsentative Funktion zusprach. Meles übergab seinen Posten an den Oromo Negaso Gidada und wurde am 23. August 1995 Premierminister. Fortan setzte er auf die industrielle Entwicklung des Landes. Er schloss Bündnisse mit Nordamerika, Europa, aber auch China und galt seit 2001 als wichtiger Verbündeter der USA im »Global War on Terror«. Gleichzeitig thematisierte er den Klimawandel und veröffentlichte politische Schriften.

Im Juni 2012 erkrankte Meles schwer. Belgische Medien meldeten, er läge todkrank in einem Brüsseler Krankenhaus; gut informierte Kreise meldeten seinen baldigen Tod. Die Regierung berichtete nur, die Ärzte hätten Meles Ruhe verordnet. Am 21. August verkündete sie seinen plötzlichen Tod. Aus Sicht der Opposition hatte sich die Regierung nur Zeit verschafft, um das Machtvakuum mit Hailemariam Dessalegn, den von Meles geförderten Stellvertreter, als neuem Premierminister zu füllen. Danach »regierte Meles weiter aus dem Grab«. Sein Bild, vorher wenig präsent, wurde an vielen Orten im Land aufgehängt und politische Handlungen mit seinen Zitaten begründet. Die gesellschaftlichen Gegensätze wurden derweil immer offensichtlicher. Für die einen habe sie Meles durch seine Politik aufgelöst, für die anderen fehlte seinem Nachfolger die einende Hand.

WS

abhängigkeit Eritreas als Geschenk des neuen äthiopischen Premierministers Meles Zenawi betrachtet. Dessen eritreische Abstammung mütterlicherseits trug zu dieser Wahrnehmung bei. Dies verstärkte den Druck auf die TPLF, die nur eine Minderheit von sechs Prozent der Bevölkerung vertrat und ihre Macht noch nicht gefestigt hatte. Meles Zenawi konnte sich durch den Krieg als wahrer Äthiopier beweisen und gleichzeitig den von den Tigray als arrogant empfundenen Eritreern eine Lektion erteilen. Auf der eritreischen Seite herrschten ebenfalls militärische Denkmuster vor – lange setzte die Führung darauf, das umstrittene Gebiet zurückzuerobern und gleichzeitig ihren ehemaligen »Juniorpartner« militärisch zu besiegen.

Die politische Krise in Eritrea

Der Krieg, der mit dem vorübergehenden Einmarsch äthiopischer Truppen auf eritreisches Staatsgebiet endete, hatte weitreichende Folgen. Das kleine Eritrea mit einer Bevölkerung von damals etwa vier Millionen Menschen trug schwerer am Krieg als Äthiopien mit damals etwa 80 Millionen Einwohnern. Nach dem Friedensschluss von Algier kam es in Eritrea zu einer vorübergehenden Liberalisierung und für kurze Zeit führten Politiker, Journalisten und die Bevölkerung lebhaft Diskussionen über die Zukunft des Landes. Forderungen nach Wahlen, der Umsetzung der Verfassung und nach einer Beschränkung der Macht von Präsident Isaias (das Namenssystem in der Region kennt keine Familiennamen, weshalb meist der erste Name genannt wird) wurden laut. Die sogenannten G15, eine Gruppe hochrangiger PFDJ-Funktionäre, unter ihnen Minister, Generale und Botschafter, forderten demokratische Reformen und eine Aufarbeitung der Kriegführung, wobei sie dem Präsidenten gravierende Fehlentscheidungen vorwarfen. Unterstützt wurden sie von der gerade entstehenden freien Presse, die ihnen ein Artikulationsforum bot. Kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA machte Isaias Afewerki den Reformern jedoch ein jähes Ende. Die elf Mitglieder der G15, die sich zu dieser Zeit im Land befanden, sowie Journalisten der freien Presse wurden verhaftet und befinden sich seither ohne Anklage in Isolationshaft;

die meisten von ihnen sollen verstorben sein. Gleichzeitig setzte der Präsident die Gewaltenteilung außer Kraft: Die Nationalversammlung trat letztmals 2002 zusammen, das Oberste Gericht wurde aufgelöst und die Verfassung wurde für obsolet erklärt. Die ursprünglich für 1997 angesetzten Nationalwahlen wurden durch Präsident Isaias auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. De facto regiert er seither autokratisch mithilfe eines kleinen Beraterkreises und hochrangiger Militärs. Die Bevölkerung wird von einem landesweiten Netz von Spitzeln überwacht, die einem Stasi-ähnlichen Sicherheitsapparat unterstehen. Aufgrund des ungelösten Konfliktes mit Äthiopien, der eine permanente Verteidigungsbereitschaft erforderte, wurde 2002 die zeitliche Begrenzung des Nationaldienstes ausgesetzt. Von nun an mussten männliche Eritreer zwischen 18 und über 50 Jahren sowie Frauen bis etwa 27 Jahre faktisch unbefristet im Militär dienen oder für ein Taschengeld auf Plantagen, im Bausektor oder in der Verwaltung arbeiten. Das abschließende 12. Schuljahr wird im Militärcamp Sawa absolviert. Alle Eritreer stehen unter der Entscheidungsgewalt des Staates, eine individuelle Lebensplanung ist unmöglich. Dies hat zu einem Exodus Zehntausender Menschen geführt, die über die Grenzen nach Äthiopien und in den Sudan fliehen, weil eine legale Ausreise für Dienstpflichtige – also die Mehrheit der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – nicht möglich ist. Auch innerhalb Eritreas ist die Bewegung der Einwohner stark beschränkt, da das ganze Land von Kontrollposten überzogen ist und nur diejenigen reisen dürfen, die eine Erlaubnis von ihren militärischen Vorgesetzten haben.

Äthiopien: die Wahlen von 2005 und der Einmarsch in Somalia

In Äthiopien konnte sich die EPRDF-Regierung unter der Dominanz der TPLF zunächst festigen. Bei den Nationalwahlen des Jahres 2000 gewann die Koalition 481 von 547 Parlamentssitzen. Die TPLF unter Premierminister Meles Zenawi hatte sich durch den Krieg als nationalistische Bewegung profiliert, obwohl sie in Teilen des Landes immer noch als eine Gruppe sezessionistischer

Kämpfer aus dem Norden wahrgenommen wurde. Viele panäthiopisch denkende Amhara lehnten die neue Verfassung von 1995 ab, in der das System eines ethnischen Föderalismus verankert wurde. Indes fühlte sich die Volksgruppe der Oromo von den Tigray verraten. Bereits kurz nach der Regierungsübernahme durch die TPLF war es zum Zerwürfnis zwischen der ebenfalls gegen das Derg-Regime kämpfenden »Oromo Liberation Front« (OLF) und den neuen Machthabern gekommen. Für die Oromo stellte sich die politische Situation als ein Wechsel von amharischer zu tigrayischer Vorherrschaft dar.

Diese Spannungen traten bei den Wahlen im Jahr 2005 deutlich hervor. Die EPRDF, die sich der Unterstützung der Bevölkerung sicher fühlte, hatte einen relativ freien Wahlkampf zugelassen. Zur Überraschung der EPRDF gewann die panäthiopische »Coalition for Unity and Democracy« (CUD) in der Hauptstadt Addis Abeba alle Sitze im Föderalparlament. Vorwürfe über Wahlmanipulationen wurden laut und sowohl die Regierungskoalition als auch die Opposition proklamierten den Sieg auf nationaler Ebene für sich. Aufkeimende Studentenunruhen wurden von der Regierung blutig niedergeschlagen. Laut amtlichem Wahlergebnis siegte die EPRDF schließlich mit 59,8 Prozent vor der CUD mit 19,9 Prozent der Stimmen. Viele hielten das Ergebnis für manipuliert (ausländische Wahlbeobachter bestätigten Unregelmäßigkeiten) und protestierten. Im Laufe der Demonstrationen gab es 60 000 Verhaftungen und mindestens 45 Tote. Teile der gewählten CUD-Abgeordneten boykottierten das Parlament, woraufhin die CUD von der Regierung zerschlagen wurde. Im Jahr 2009 führte sie zudem die »Anti-Terror-Proklamation« ein, die es erlaubte, kritische Stimmen unter Terrorverdacht zu stellen. In der Folge verstärkte sich die Repression im Land und die Pressefreiheit wurde stark beschränkt. Eine echte politische Opposition hatte kaum Chancen gegen die EPRDF, die das Parlament zu 100 Prozent dominierte.

Auf der regionalpolitischen Bühne setzten sich die Spannungen zwischen der eritreischen und der äthiopischen Regierung in Somalia fort. Der Konflikt wurde durch das Zerwürfnis zwischen Eritrea und den USA verschärft, die eng mit Äthiopien verbündet blieben. Das Regime in Asmara unterstützte die islamistisch-orientierte »Islamic Courts Union« (ICU), die 2006 die



PETER DELARUE/AFP/Getty Images

2006 intervenierte die äthiopische Armee mit schwerem Gerät in Somalia. Im Bild ein äthiopischer Kampfpanzer sowjetischer Bauart am Flughafen in Mogadischu.

Kontrolle über Somalias Hauptstadt Mogadischu übernommen hatte (siehe den Beitrag von Torsten Konopka). Im Gegenzug marschierte Äthiopien mit Unterstützung der USA in Somalia ein. 2007 lud die eritreische Regierung 400 Vertreter der besiegten ICU und anderer somalischer Oppositionsgruppen nach Asmara ein, wo sie die »Alliance for the Re-Liberation of Somalia« (ARS) gründeten. Letztere wandte sich gegen die von Äthiopien und den USA unterstützte provisorische Regierung Somalias. Wegen der angeblichen Destabilisierung des Horns von Afrika forderte Äthiopien in der Folge die Verhängung von Sanktionen gegen Eritrea. Die dortige Regierung hatte seit Langem äthiopische Oppositionelle wie die OLF und die »Ogaden National Liberation Front« (ONLF) ausgebildet und Gegner der somalischen Übergangsregierung unterstützt, wobei ihr nie größere Waffenlieferungen nach Somalia nachgewiesen werden konnten. Dennoch verhängte der VN-Sicherheitsrat zwischen 2009 und 2018 Sanktionen gegen die Regierung und ein Waffenembargo. Parallel dazu zog Eritrea 2006 als Protest gegen den äthiopischen Einmarsch in Somalia seine Mitgliedschaft in der Regionalorganisation »Intergovernmental Authority on Development« zurück. Versuche, wieder als Mitglied aufgenommen zu werden, scheiterten lange Zeit am äthiopischen Widerstand.

Der »Kalte Frieden«

Als die Grenzkommission (Eritrea-Ethiopia Boundary Commission, EEBC) im Jahr 2002 ihre Entscheidung verkündete, bestand kurzzeitig Hoffnung auf eine Annäherung der ehemaligen Waffenbrüder. Die Umsetzung des Urteils blieb jedoch aus. Weder kam es zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen noch zu einem politischen Dialog. Stattdessen erschwerte Präsident Isaias die Arbeit der VN-Soldaten – zu denen auch zwei Militärbeobachter der Bundeswehr zählten –, sodass die Vereinten Nationen ihre Mission (UNMEE) 2008 abbrachen. Gleichwohl kam es nach 2000 nicht mehr zu systematischen Gefechten beider Armeen. Von Seiten der internationalen Gemeinschaft wurde jedoch kaum Druck auf Äthiopien ausgeübt, sich aus Badme zurückzuziehen und die EEBC-Entscheidung umzusetzen. Die Garanten des Abkommens von Algier blieben weitgehend passiv – sei es, weil sie wie die Afrikanische Union mit ihrem Sitz in Addis Abeba unter dem unmittelbaren Einfluss der äthiopischen Regierung standen, oder wie die EU und die USA mehr Interesse an einem stabilen Äthiopien als an eritreischen Gebietsan-



Wiederholt demonstrieren geflüchtete Eritreer gegen die Bedingungen in ihrem Land – im Bild Proteste in Äthiopien 2016. In Eritrea werden Proteste im Keim erstickt.

sprüchen hatten. Das Regime in Eritrea inszenierte sich fortan als Opfer einer von den USA koordinierten und von Äthiopien durchgeführten Verschwörung und nutzte die »no war, no peace«-Situation, um seine repressive Innenpolitik zu rechtfertigen. Aufkeimender Protest unter der Zivilbevölkerung wurde im Keim erstickt. Ein versuchter Aufstand von mehreren Hundert Soldaten im Januar 2013, die kurzfristig das Informationsministerium besetzten und die Umsetzung der Verfassung sowie die Freilassung politischer Gefangener forderten, war erfolglos.

Äthiopien stabilisierte sich zwar in den 2000er-Jahren und Teile der Bevölkerung profitierten vom Wirtschaftswachstum. Seit dem Trauma der Wahlen von 2005 agierte die EPRDF jedoch zunehmend repressiv und schränkte den Spielraum der Opposition ein. Die Folge waren Unruhen in verschiedenen Landesteilen. Ein Einlenken im Konflikt mit Eritrea stand nicht auf der Tagesordnung und auch Eritrea war nicht ernsthaft bemüht, eine Konfliktlösung anzustreben. So blieb der Status quo über 20 Jahre bestehen, bis im April 2018 der ethnische Oromo Dr. Abiy Ahmed zum neuen Ministerpräsidenten Äthiopiens ernannt wurde und umgehend weitreichende politische und diplomatische Reformen einleitete. Im Juni erklärte er überraschend, dass Äthiopien die Grenzentscheidung der EEBC umsetzen würde. Grund für das plötzliche Einlenken war vermutlich die vorausgegangene Schwächung der TPLF, die bislang die EPRDF-Regierungskoalition dominiert und die Normalisierung der Beziehungen zu Eritrea blockiert hatte sowie die wirtschaftliche Aussicht auf eine erneute Nutzung eritreischer Häfen. Der Ankündigung folgten mehrere Treffen der politischen Führungseliten beider Länder, die im Juli 2018 zur Unterzeichnung einer Erklärung von Frieden und Freundschaft in Asmara führte. Diese beendete offiziell nicht nur den Zustand des »Kalten Friedens«, sondern entfachte eine neue Dynamik, in deren Folge sich auch das Verhältnis zwischen Somalia und Eritrea normalisierte und der langjährige Grenzkonflikt zwischen Eritrea und Dschibuti beigelegt werden konnte.

Nicole Hirt



picture alliance/AP Photo/Farah Abdi Warsameh

Der »Global Terrorism Index« von 2018 führt Somalia nach Nigeria als das am zweitstärksten von »Terrorismus« betroffene Land Afrikas. Schätzungen zufolge kamen im Jahr 2017 bei über 370 Vorfällen fast 1500 Menschen ums Leben, 1100 wurden verletzt. Im Bild die Folgen des bisher schwersten Bombenanschlags der somalischen Geschichte, bei dem am 14. Oktober 2017 fast 600 Menschen in Mogadischu getötet und über 300 verletzt wurden. Für die überwältigende Mehrheit der Taten ist die radikalislamistische Gruppe »al-Shabaab« verantwortlich, die sich zum internationalen al-Qaida-Netzwerk bekennt. Zur Schaffung eines islamischen Emirats verübt sie seit 2007 Anschläge gegen die somalische Regierung und internationale Truppen. Obwohl al-Shabaab in den vergangenen Jahren aus vielen Gebieten zurückgedrängt und einige hochrangige Kommandeure vor allem durch US-Drohnenangriffe getötet wurden, besteht die Gruppe auch durch das Unvermögen der somalischen Regierung weiter. Zudem spricht al-Shabaab den Wunsch vieler Somalis nach einer islamischen Gesellschaftsordnung an, die laut ihrer Versprechungen Sicherheit und Gerechtigkeit bringen wird.

Radikaler Islamismus in Somalia: »al-Shabaab«

Als größte Bedrohung für die Stabilität Somalias gilt seit Mitte der 2000er-Jahre die international als »Terrororganisation« eingestufte Gruppe »Harakat al-Shabaab al-Mujahideen«, kurz »al-Shabaab« (arab. für: die Jugend). Seit Jahren operiert al-Shabaab in weiten Teilen des ländlichen Süd- und Zentralsomalias (nicht in Somaliland) und tritt immer wieder mit Angriffen gegen Regierungseinrichtungen und Truppen der Afrikanischen Union sowie mit Anschlägen vor allem in Kenia in Erscheinung. Seit ihrer nicht eindeutig geklärten Entstehung Anfang der 2000er-Jahre hat die Organisation mehrere Wandel durchlaufen und sich stetig den veränderten Bedingungen angepasst. Als Anhänger des internationalen al-Qaida-Netzwerkes ist al-Shabaab im Fokus des US-amerikanischen »Global War on Terror«. Jedoch führte erst die »Jagd auf Terroristen« zur Radikalisierung eines Teils der somalischen Gesellschaft.

Die Entstehung von al-Shabaab als Teil der »Islamic Courts Union« (ICU)

Fast die gesamte somalische Bevölkerung bekennt sich zum sunnitischen Islam. Der als tolerant geltende Sufismus, eine mystische Auslegung des Islams, spielt in der somalischen Gesellschaft jedoch eine große Rolle. Auch deswegen konnten radikalislamistische Organisationen in Somalia zunächst nur schwer Fuß fassen, obwohl militante Gruppen wie »al-Ittihad al-Islami« (AIAI) seit den 1980er-Jahren existierten. Nach dem Sturz Siad Barres im Frühjahr 1991 übernahmen zunächst Warlords die Kontrolle über weite Teile Somalias. Waren sie Anfang der 1990er-Jahre schlagkräftig, verloren sie zunehmend an Macht und spalteten sich in immer mehr konkurrierende Gruppen. In Mogadischu gründeten sich Ende der 1990er-Jahre islamische Gerichtshöfe mit entsprechenden Milizen – zunächst auf Basis von Clans und mit wenig Erfolg. Unterstützt von somalischen Geschäftsleuten

Der Islam am Horn von Afrika

Der Islam am Horn von Afrika blickt auf eine 1400 Jahre lange Geschichte zurück. Bereits 615 n.Chr. kamen Anhänger des Propheten Mohammed aus dem heutigen Saudi-Arabien über das Rote Meer. In Mekka wegen ihres Glaubens verfolgt, gewährte ihnen der König von Aksum im heutigen Nordäthiopien und Eritrea Asyl. Die Muslime kehrten schon bald in ihre Heimat zurück. Durch Handel und Migration ließen sich jedoch zwischen dem 7. und dem 11. Jahrhundert muslimische Kaufleute, Gelehrte und Handwerker an den Küsten des Horns nieder. Der Islam fasste hier auf friedliche Art Fuß und breitete sich entlang der Karawanenstraßen ins Landesinnere aus. Zwischen dem 12. und dem 16. Jahrhundert kam es jedoch wiederholt zu Konflikten zwischen christlichen Herrschern des Hochlandes und Muslimen, deren Macht in Stadtstaaten (sogenannten »Sultanaten«) zentriert war.

Bis Ende des 19. Jahrhunderts gingen die islamisch regierten Territorien auf dem Gebiet des heutigen Äthopiens im expandierenden christlich-abessinischen Reich auf. Auch in Eritrea dominiert die christliche Elite, während die andere Hälfte der Bevölkerung zum Islam gehört. In Äthiopien sind heute etwa die Hälfte der Bevölkerung Muslime und nur 35 bis 40 Prozent Christen – vornehmlich äthiopisch-orthodoxer Richtung. Der Rest wird afrikanischen Religionen zugerechnet. In Somalia bekennen sich 100 Prozent und in Dschibuti 94 Prozent der Menschen zum Islam.

Die Muslime am Horn sind überwiegend Sunniten und gehören zu gut zwei Dritteln der schafiitischen Rechtsschule an. Der Rest sind meist Hanafiten. Viele Somalis waren bis vor Kurzem Anhänger des Sufismus. Auch unter anderen muslimischen Gruppen am Horn, so unter den Afar, Saho und Oromo, hat die Sufi-Tradition großen Einfluss. Sufis sind dem mystischen Islam zugetan. Ihre Glaubensgrundlage umfasst neben dem Koran (dem Wort Gottes) und den Hadithen (den mündlichen Überlieferungen der Worte und Taten des Propheten) die persönliche Suche nach Gott. Sufis organisieren sich in verschiedenen »Orden« (arab.: turuq = Weg). Die am Horn verbreitetsten Orden waren bislang die »Qadriyya« und die »Ahmediyya«. Der Sufismus kennt Trancetänze, Heiligenverehrung und Wunderhandlungen. Die Toleranz des Sufismus gegenüber anderen Religionen erleichterte die Koexistenz von Islam und Christentum in der Region.

Der gelebte Islam am Horn präsentiert sich heute in verschiedenen Facetten. In Dschibuti schlägt sich der kontinuierliche »westliche« Einfluss in einer relativen Offenheit gegenüber Andersgläubigen nieder. In Somalia hat der Bürgerkrieg zu einer strengeren Auslegung des Islams geführt. Bis Mitte des 20. Jahrhunderts waren vor allem die nomadischen Somalis oft nur oberflächlich mit den islamischen Lehren in Berührung gekommen. In den großen Städten war das Leben kosmopolitisch geprägt. In den 1970er- und 1980er-Jahren bemühte sich der Diktator Mohamed Siad Barre, islamistische Kräfte aus der Politik fernzuhalten, ehe der Bürgerkrieg zum Abzug fast aller nicht-somalischen Akteure führte. Zudem besannen sich viele Somalis angesichts ihres anhaltenden Leidens auf die Religion, wobei die Masse fromm und friedlich blieb. Sie versuchten durch ein intensiveres Studium (auch ermöglicht durch das seit Anfang der 2000er-Jahre an vielen Orten verfügbare Internet) Antworten auf ihre Misere zu finden. Hierdurch gewannen salafistische und wahabitische Strömungen an Boden. Diese werden von außen, besonders von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie aus dem Sudan und Ägypten beeinflusst. Auch haben sich im Zuge der humanitären Katastrophe in Somalia islamische NGOs und seit 2011 die Türkei in großem Stile als Helfer positioniert. Mittlerweile ist das Leben in Somalia nach außen strikt islamisch geprägt. Die Frauen bewegen sich in der Öffentlichkeit nur verschleiert; Moscheen finden sich an allen Orten in großer Zahl. Die Scharia ist die offizielle Grundlage des Rechtes – allerdings herrscht in Somalia wie in weiten Teilen des Horns »Rechtspluralismus« vor: Neben staatlichem und religiösem Recht existiert das sogenannte Gewohnheitsrecht (Xeer), das besonders in ländlichen Gebieten zum Einsatz kommt. Somalis bemühen sich, die grundlegenden islamischen Gebote samt den täglichen fünf Gebetszeiten und dem jährlichen Fasten einzuhalten. Alkohol ist illegal (während er in Dschibuti und Äthiopien ausgeschenkt wird). In Äthiopien leben dagegen Muslime seit Jahrhunderten in enger Nachbarschaft mit Christen und Anhängern traditionellen Glaubens. Der äthiopische Staat, der lange eng mit der äthiopisch-orthodoxen Kirche verbunden war, gewährt Muslimen seit einigen Jahren mehr politischen Spielraum. Er überwacht aber alle Aktivitäten, welche den Staat unterlaufen könnten.

MVH

versuchten diese durch die Anwendung der Scharia, des islamischen Rechts, ein Mindestmaß an Sicherheit und Ordnung herzustellen.

Aufgrund verschiedener Anschläge seit Ende der 1990er-Jahre in Ostafrika war der »failed state« Somalia auch in den Fokus des US-amerikanischen »Global War on Terror« gerückt. Terroristen könnten hier Rückzugsräume finden, so die Befürchtung. Im Februar 2006 unterstützten die USA und Äthiopien die Gründung der aus Warlords bestehenden »Alliance for the Restoration of Peace and Counter-Terrorism« (ARPCT) als Gegengewicht zu fundamentalistischen Gruppen. In heftigen Kämpfen unterlagen die Warlords aber den aus dem arabischen Ausland unterstützen Gerichtshöfen und ihren Milizen, die vereint in der »Islamic Courts Union« (ICU) im Juni 2006 Mogadischu einnahmen.

Zur ICU gehörten auch Kämpfer der späteren al-Shabaab, deren Ursprünge auf ein Netzwerk ehemaliger AIAI-Anhänger und anderer Islamisten Anfang der 2000er-Jahre zurück gehen. So nahmen die ersten beiden al-Shabaab-Führer, Sheikh Aden

picture alliance / AP Photo/Farah Abdi Warsameh



Der ehemalige stellvertretende al-Shabaab-Führer Mukhtar Robow (links) mit dem in den USA geborenen und später von al-Shabaab ermordeten Islamisten Omar Hammami im Jahr 2011. Im August 2017 ergab sich Robow der Regierung.

Hashi Ayrow, Ahmed Abdi Godane (Mukhtar Ali al-Zubayr) sowie ihr späterer stellvertretender Emir, Mukhtar Robow (Abu Mansur), hohe Positionen in der ICU ein.

Während die ICU ihre Kontrolle über die Hauptstadt auf andere somalische Großstädte ausdehnte, öffneten das erste Mal seit über einer Dekade der Hafen und der Flughafen in Mogadischu – natürlich auch zum finanziellen Nutzen der ICU. Straßensperren wurden aufgelöst und selbst die Piraterie ging zurück. Zwar führten die Verbote von Tänzen oder Fußballübertragungen zu Kritik in der Bevölkerung, die spürbar bessere Sicherheitslage wurde jedoch von einem Großteil der Menschen begrüßt. Bis Ende Dezember verwaltete die ICU weite Teile Südsomalias. Ihr Wirken reichte von der sozialen Unterstützung der Menschen, über die Gesetzgebung bis hin zur Regelung der Wirtschaft. Faktisch regierte die ICU damit in Konkurrenz zur mittlerweile in Baidoa befindlichen, international anerkannten Übergangsregierung (Somali Transitional Federal Government, TFG; siehe den Beitrag von Wolf-Christian Paes). Von ihren Erfolgen beflügelt, forcierte die ICU Ende Dezember 2006 den Sturz der Übergangsregierung und forderte den Abzug der sie unterstützenden äthiopischen Truppen. Äthiopien intervenierte jedoch auf Bitten der TFG – und vermutlich mit Rückendeckung der USA – mit mehreren Tausend Soldaten. Dem schnellen Vormarsch der äthiopischen Truppen und ihrer Luftüberlegenheit hatten die Anhänger der ICU wenig entgegenzusetzen. Am 28. Dezember 2006 rückten die äthiopischen Truppen gemeinsam mit Regierungssoldaten in Mogadischu ein. Unter US-Luftangriffen flohen hochrangige ICU-Führer ins Ausland, vor allem nach Eritrea. Viele Milizionäre fanden jedoch in der Bevölkerung Unterschlupf und konnten in der Folge von den im Land verbliebenen al-Shabaab-Kommandeuren reorganisiert werden. Weite Teile der Bevölkerung sahen den Vormarsch der äthiopischen Truppen als ausländische Invasion gegen eine seit Langem zum ersten Mal funktionierende somalische Selbstverwaltung, was der Meinung Vorschub leistete, das »westliche« Ausland wolle die Stabilisierung Somalias verhindern. Der gefühlten Besatzung des »Erbfeindes« Äthiopien folgte ein dreijähriger blutiger Aufstand, in dem sich al-Shabaab zum stärksten Gegner der schwachen somalischen Übergangsregierung entwickelte.

Struktur und Vorgehen al-Shabaabs

Ideologisch orientiert sich die Führung von al-Shabaab in ihrer Propaganda am Wahabismus. Demnach lehnt sie gemäßigte Auslegungen des Islams ab, erkennt nur die Scharia als Rechtsgrundlage an und strebt unter der strikten Einhaltung des Korans und der Sunna nach einem islamischen Emirats über die territorialen Grenzen Somalias hinaus. Schon früh zeigte die Führung Sympathien für al-Qaida. Ein Loyalitätsbekenntnis aus dem Jahre 2009 wurde aber erst nach dem Tod Osama bin Ladens im Februar 2012 akzeptiert. Anti-»westliche« und anti-christliche Rhetorik, ein vordergründig clanübergreifendes Image und die strikte Auslegung des Islams einen die Organisation. Für Spannungen soll jedoch zwischenzeitlich eine national und eine international ausgerichtete Strömung von al-Shabaab gesorgt haben, die den Kampf auf das somalische Territorium beschränken oder im Kontext eines globalen Dschihad eingebettet wissen wollte. Al-Shabaab verfügt über einen Kern von mehreren Tausend kampferprobten Anhängern, darunter auch einige Ausländer (unter anderem aus dem Jemen, Pakistan, Saudi-Arabien, Westeuropa und Nordamerika) mit Kenntnissen im Bau von improvisierten Sprengfallen (IEDs). Die Region wurde allerdings erst nach der Intervention gegen die ICU attraktiv für ausländische Kämpfer – es fand also eine Internationalisierung des inner-somalischen Konfliktes statt.

Auch wenn al-Shabaab auf dem Papier hierarchisch zentralisiert ist, war sie schon immer eine heterogene Organisation, deren Kommandeure und Kämpfer teilweise eigene Interessen verfolgen. Nominell an der Spitze steht ein Emir. Dieser wird von einem Rat (arab.: Shura) unterstützt, dessen Größe und Zusammensetzung unklar sind. Der Rat soll jedoch im Laufe der Zeit zugunsten loyaler, lokaler Kommandeure an Bedeutung verloren haben. Trotz der brutalen Durchsetzung ihrer Vorstellungen besaß und besitzt al-Shabaab in Teilen der somalischen Bevölkerung größere Legitimation als die korrupten Regierungen: Die Islamisten vermochten es vielerorts, das Sicherheitsvakuum durch ihre strenge Auslegung des Islams und der Bereitstellung von Dienstleistungen besser auszufüllen als die somalische Verwaltung. Indes hat die Organisation seit ihrer Gründung größte

Anpassungsfähigkeit bewiesen. Analysten unterscheiden zwischen der Gründungsphase und dem Aufstieg innerhalb der ICU (bis 2006), der Phase der äthiopischen Besatzung (2007–2009), der territorialen Ausweitung (2009–2011) und der Rückkehr zur Guerillakriegführung nach der Vertreibung aus den größeren Städten durch die Afrikanische Union (seit 2011/12).

Als die ICU herrschte, war al-Shabaab nur eine von vielen bewaffneten Gruppen, die erst mit der äthiopischen Invasion in die erste Reihe des Aufstandes trat. Anstatt die äthiopischen Truppen aber konventionell zu bekämpfen, begann al-Shabaab im Frühjahr 2007 mit der Ermordung von Staatsvertretern und Anschlägen auf ausländische Soldaten. Das anschließende rücksichtslose Vorgehen der äthiopischen und pro-Regierungssoldaten, das zu vielen zivilen Opfern führte, sowie die nationale Rhetorik al-Shabaabs bescherte der Gruppe aber rasch Zulauf.

Infolge der zwischen Mai und Juni 2008 in Dschibuti abgehaltenen Friedensverhandlungen, die den Abzug der äthiopischen Armee vorsahen, konnte al-Shabaab weite Teile im südlichen und zentralen Somalia einnehmen – die Gruppe selbst war nicht an den Verhandlungen beteiligt. In den Gebieten unter ihrer Kontrolle etablierte sie eine durch Steuereinnahmen finanzierte,



picture alliance/Photoshot

Al-Shabaab-Kämpfer bei einer Demonstration für Palästina, undatiert.

lokale Administration. Zwar setzte al-Shabaab auf äußerst brutale Strafen bei Verletzungen ihrer Auslegung des Islams, gleichzeitig sorgten sie für ein Mindestmaß an Berechenbarkeit. Selbst als al-Shabaab nach der staatlichen Anerkennung der Scharia als Rechtsgrundlage im März 2009 im Prinzip eine Kernforderung ihres Daseins verlor, führte dies nicht zu ihrem Niedergang. Weil die Afrikanische Union (AU) seit 2007 Tausende, überwiegend aus christlichen Ländern stammende Soldaten im Land stationierte (siehe Beitrag von Torsten Konopka), gab al-Shabaab die Vertreibung der »ungläubigen Besatzer« aus dem muslimischen Somalia als neues Ziel aus.

Der Territorialgewinn von al-Shabaab führte jedoch zur Überdehnung ihrer Ressourcen sowie zu lokalen und ideologischen Spannungen. Diese gipfelten 2013 in einem blutigen Machtkampf, aus dem Ahmed Godane siegreich hervorging. Zu jener Zeit war al-Shabaab jedoch bereits überall auf dem Rückzug. Im Herbst 2010 war eine Großoffensive auf Mogadischu gescheitert, ehe al-Shabaab im Sommer 2011 von den Truppen der AU aus Mogadischu verdrängt wurde. Ein Jahr später folgte auch der Verlust der strategisch wichtigen Hafenstadt Kismayo und im Laufe der Jahre 2014/15 aller anderen Großstädte. Hinzu kam ein großer Vertrauensverlust in der Bevölkerung, da al-Shabaab während der Hungersnot 2011 die Arbeit internationaler Hilfsorganisationen in ihren Gebieten behinderte und den Tod Tausender Menschen verschuldet hatte.

In den Offensiven der AMISOM ging al-Shabaab jedoch konventionellen Gefechten aus dem Weg und fokussierte sich auf die asymmetrische Kriegführung, sodass die Gruppe trotz Gebietsverlust kaum an Kampfkraft verlor. So wurden Kapazitäten frei, die zur effektiveren Administration und zu Angriffen auf die Verbindungsstraßen der von AMISOM kontrollierten Städte genutzt werden konnten. Zudem führte der Vormarsch von AMISOM zur Ausweitung des Aktionsradius von al-Shabaab in Richtung Puntland im Nordosten Somalias sowie zu medienwirksamen Anschlägen über die Grenzen Somalias hinaus: Im Juli 2010 töteten Selbstmordattentäter 76 Menschen in Kampala (Uganda). Es folgten wiederholte Angriffe sowie vermutlich die Etablierung von Camps im »Boni National Reserve« in Kenia und fast wöchentliche Anschläge in Mogadischu, das nach wie



picture alliance/opa/Kabir Dhanji

Ein kenianischer Soldat leitet verängstigte Zivilisten aus dem Westgate-Einkaufszentrum in Nairobi, nachdem es Bewaffnete im September 2013 gestürmt hatten.

vor am stärksten von al-Shabaab betroffen ist. Viele Anschläge folgen einem ähnlichen Muster: Oft beginnen sie mit der Detonation einer Autobombe vor den Zugängen von Hotels, Restaurants oder Kasernen. Diesen folgen Selbstmordattentäter und/oder bewaffnete Kämpfer – bei den Angriffen auf AMISOM-Camps teilweise mehrere Hundert – die versuchen, größtmöglichen Schaden anzurichten und Fahrzeuge, Waffen und Munition zu erbeuten. Viele Attentäter sind Insider. Weil sie für ihre Anschläge oftmals somalische Uniformen und gestohlene Fahrzeuge internationaler Organisationen verwenden, verstärken sie das Misstrauen der Bevölkerung und anderer Akteure gegenüber den somalischen Sicherheitskräften noch weiter.

Die technischen Fähigkeiten der al-Shabaab sind über die Jahre gestiegen. Für ihren Zusammenhalt soll die unter Godane massiv ausgebaute und praktisch als eigenständige Organisation bestehende »Amniyat« sorgen. Der intern gefürchtete Sicherheitsdienst ist nicht nur für viele Anschläge verantwortlich, sondern tritt auch immer wieder durch die Hinrichtung vermeintlicher Dissidenten in Erscheinung. Mit brutaler Härte geht al-Shabaab auch gegen potenzielle Kollaborateure mit der

Terrorismus in Kenia

Nach Somalia leidet Kenia wie kein anderes Land unter Anschlägen der islamistischen Gruppe »al-Shabaab«. Gründe hierfür sind unter anderem die fast 700 Kilometer lange gemeinsame, kaum zu kontrollierende Grenze und die Tatsache, dass neben Hunderttausenden somalischen Flüchtlingen, die in den letzten Jahrzehnten ins Nachbarland kamen, fast fünf Prozent der kenianischen Bevölkerung zur Ethnie der Somali zählen und von al-Shabaab als Rekrutierungspool genutzt werden.

»Terrorismus« ist kein neues Phänomen in Kenia. Am 7. August 1998 wurde Nairobi von einem Anschlag auf die US-Botschaft erschüttert – gleichzeitig erfolgte ein Anschlag auf die US-Botschaft in Daressalam (Tansania). 220 Menschen kamen dabei ums Leben. Verantwortlich gemacht wurde ein ägyptischer Ableger des al-Qaida-Netzwerkes, das primär die USA treffen wollte. Eine weitere erfolgreiche Operation einer ostafrikanischen al-Qaida-Zelle fand am 28. November 2002 statt, als Selbstmordattentäter das israelische »Paradise Hotel« in Mombasa angriffen, 13 Menschen töteten und parallel versucht wurde, ein israelisches Passagierflugzeug abzuschießen.

Ende 2011 häuften sich kleinere Zwischenfälle. Im September ermordeten bewaffnete Somalis einen britischen Touristen an der kenianischen Küste und entführten seine Frau. Im Oktober wurde eine Französin verschleppt, die später in Gefangenschaft verstarb, und zwei spanische Entwicklungshelfer aus dem Flüchtlingslager Dadaab entführt. Al-Shabaab wurde hierfür verantwortlich gemacht. Mit einem drohenden Rückgang der Touristenzahlen durch die verschlechterte Sicherheitslage konfrontiert, intervenierte die kenianische Armee im Oktober 2011 in der

Rettungsarbeiten nach dem Bombenanschlag auf die US-Botschaft in Nairobi 1998.



Operation »Linda Nchi« (Schutz der Nation) in Somalia. Seitdem ist Kenia, das selbst von rund elf Prozent Muslimen bewohnt wird, zum wichtigsten Ziel von al-Shabaab geworden. Um die kenianische Armee zum Rückzug zu zwingen, versuchen die Dschihadisten den Kampf nach Kenia zu tragen. Im September 2013 besetzten bewaffnete al-Shabaab-Kämpfer für vier Tage das von Ausländern häufig frequentierte Westgate-Einkaufszentrum in Nairobi und töteten 67 überwiegend nicht-muslimische Menschen. Bei einem ähnlichen Angriff auf die Universität von Garissa starben im April 2015 148 Personen. Durch wiederholte IED-Anschläge verloren über die Jahre zudem dutzende Sicherheitskräfte bei Patrouillen entlang der kenianisch-somalischen Grenze ihr Leben.

Die kenianische Regierung reagierte im Frühjahr 2014 mit äußerster Härte und ließ in der Operation »Usalama Watch« Tausende Somalis verhaften und internieren. Zudem starben über die Jahre unter teils ungeklärten Umständen mehrere prominente muslimische Geistliche mit radikaler Gesinnung, allen voran der angeblich in Kontakt mit al-Shabaab stehende Scheikh Aboud Rogo im August 2012, was zur weiteren Entfremdung junger kenianischer Somali führte. Neben dem teils unverhältnismäßigen Gewalteininsatz der kenianischen Sicherheitskräfte sind es vor allem Korruption, Armut und Arbeitslosigkeit, die eine effektive Eindämmung des islamistischen Radikalismus erschweren. Auch der angefangene Bau eines Zauns entlang der Grenze zu Somalia wird ohne gesellschaftliche Veränderungen nicht das Ende extremistischer Angriffe in Kenia bedeuten. FAW

Regierung und ausländischen Truppen vor. Permanente Angst soll die Kontrolle der Zivilbevölkerung ermöglichen.

Zur Verbreitung ihrer Propaganda bediente sich al-Shabaab von Beginn an neuer Medien, zunächst Youtube, eigenen Internetseiten oder Radiosendern, später nutzte sie eine eigene Medienproduktion. Da die somalische Bevölkerung al-Shabaab vor allem wegen der Abgabe von »Steuern« und den vielen zivilen Opfern durch Anschläge immer weniger unterstützt, richten sich die neuesten Videos – vielfach neben Arabisch auch auf Swahili und Englisch – an eine breitere Zielgruppe in Ostafrika und hier vor allem an kenianische Muslime.

Finanzierung und Bewaffnung

Während des Aufstandes gegen die äthiopischen Truppen (2007–2009) soll al-Shabaab in geringem Umfang Geld, Waffen und Ausbildung durch den eritreischen Geheimdienst erhalten haben. Gleichzeitig nahm durch die internationale Marinepräsenz im Indischen Ozean der Waffenschmuggel aus dem Jemen nach Somalia ab. Zu einer wichtigen Quelle für Waffen und Munition wurden daher die Regierungs- und vereinzelt auch AMISOM-Truppen. Unbezahlte somalische Soldaten verkauften wiederholt Waffen und Munition, um ihren Lebensunterhalt zu begleichen. Laut Angaben der Vereinten Nationen von 2008 boten auch einige ugandische AMISOM-Soldaten sichergestellte Waffen und Munition zur eigenen Bereicherung auf dem Schwarzmarkt an.

Finanziell profitierte al-Shabaab seit der Einnahme von Kismayo im August 2008 – dem Jahr, in dem die USA die Gruppe als »Terrororganisation« einstufen – vor allem durch die Hafeneinnahmen der Stadt. Durch das Eintreiben von Steuern, Erpres-



picture alliance/AP Photo/Farah Abdi Warsameh

Hunderte neu ausgebildete al-Shabaab-Kämpfer während einer Parade 2011 in der Nähe von Mogadischu.

sungen und dem Handel mit Holzkohle oder Schmuggelwaren erwirtschaftete al-Shabaab laut Angaben der Vereinten Nationen im Jahr 2011 bis zu 100 Millionen US-Dollar. Zwar verlor al-Shabaab 2012 den Zugang zu Kismayo und 2014 zu Baraawe, Schutzgeld, Geiselnahmen, Plünderungen, Steuereinnahmen sowie die Beteiligung am Zucker- und Holzkohleschmuggel bringen ihr aber weiterhin jährlich mehrere zehnte Millionen US-Dollar ein. Ihre Straßensperren gelten sogar als verlässlicher als die der somalischen Sicherheitskräfte, da al-Shabaab Rechnungen ausstellt, die an weiteren Straßensperren akzeptiert und Mehrfachzahlungen verhindert würden.

Motive der al-Shabaab-Kämpfer

Al-Shabaab soll mehrere Tausend Anhänger besitzen, die aus unterschiedlichen Gründen kämpfen. Vor allem die erste Reihe der al-Shabaab-Elite rekrutierte sich aus Afghanistan-Veteranen, die gegen die Sowjetunion (1979–89) und später gegen die US-Allianz (nach 2001) gekämpft hatten. Bei ihnen ist von einer religiösen Überzeugung für ihr Handeln auszugehen. Sie sehen den Islam in seiner Existenz bedroht. Recht früh zählten auch ausländische Kämpfer, vor allem aus dem arabischen Raum, zum Führungszirkel der Organisation. Ihre Vision soll die internationale Ausbreitung des somalischen Kampfes gewesen sein. Zudem gehörten um 2006 auch einige jemenitische Islamisten zum al-Shabaab-Netzwerk, die später hohe Positionen im al-Qaida-Ableger im Jemen einnahmen und die gute Kooperation beider Gruppen erklären. Angesprochen von der al-Shabaab-Propaganda und als Gegner der vermeintlichen äthiopisch-christlichen Besatzung schlossen sich den Extremisten auch Somalis aus der Diaspora – aus Großbritannien, Skandinavien oder den USA – an. Einige von ihnen sogar als Selbstmordattentäter. Die größte Gruppe der »foreign fighters« (vermutlich rund zehn Prozent der Gesamtstärke) kommt aber wohl aus Kenia. Ein Gefühl der religiösen Marginalisierung und fehlende Berufsperspektiven sollen hierfür Gründe sein.

Inwieweit die somalischen Kämpfer die Ideologie ihrer Führer teilen, ist unklar. Sicher ist, dass ein Großteil der somalischen

Bevölkerung nach Jahrzehnten des Chaos Alternativen für ein geordnetes Leben sucht und der Islam mit den Regeln der Scharia vielversprechend erscheint. Zu Beginn der Machtkonsolidierung von al-Shabaab half ihr vor allem die Ablehnung der äthiopischen Intervention, deren brutales Vorgehen und die korrupte, vom Ausland eingesetzte Übergangsregierung. Ein Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen von 2017 ergab, dass ein Großteil der Rekruten von extremistischen Gruppierungen in Afrika durch Fehlverhalten von Repräsentanten des Staates – dazu zählen auch die Inhaftierung oder Ermordung von Familienmitgliedern oder Bekannten – radikalisiert wird. Zu diesen »pull«-Faktoren treten »push«-Faktoren, wie der Gruppenzwang, wenn bereits Freunde oder Familienmitglieder Teil der Bewegung sind. Auf individueller Basis spielen auch ökonomische Versprechungen und soziale Gründe eine Rolle – rund Zweidrittel aller somalischen Jugendlichen sind arbeitslos. Weil al-Shabaab ihre Kämpfer im Gegensatz zu den Regierungstruppen regelmäßig bezahlen soll, gilt die Gruppe neben der Regierung als lukrativer Arbeitgeber. Gleichfalls sorgt al-Shabaab finanziell für die Familien von Selbstmordattentätern. Ein Teil der Kämpfer sind aber auch Kinder von teilweise gerade acht Jahren, die unter Zwang ausgebildet werden. Allein 2017 soll al-Shabaab über 1600 Kinder verschleppt haben.

Ausblick

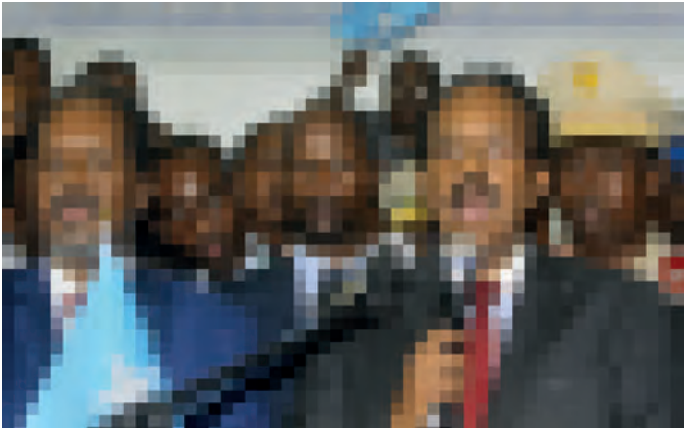
Die Entstehung von al-Shabaab ist dem regionalen Kontext geschuldet und wäre ohne den Staatszerfall in Somalia, die äthiopische Intervention von 2006 und die permanente internationale Einmischung – vor allem der USA – kaum denkbar. Entscheidend ist auch, dass die Regierungstruppen, AMISOM und alle anderen in Somalia aktiven Kräfte durch fehlende Langzeitstrategien, Macht- und Geldgier, Menschenrechtsverletzungen und Waffenverkäufe zum Überleben al-Shabaabs beigetragen haben. Auch wenn das Netzwerk in den vergangenen Jahren viele ihrer Kommandeure verloren – im September 2014 kam der Emir Ahmed Godane bei einem US-Drohnenangriff ums Leben und wurde durch Ahmed Omar (Abu Ubaidah) ersetzt – und einen

Großteil ihres Gebietes eingebüßt hat, ist al-Shabaab nicht besiegt.

Eine Herausforderung stellte das Aufkommen des sogenannten »Islamischen Staates« (IS) in Syrien und dem Irak dar, der eine Alternative zu al-Qaida bot. Zum einen trat der IS bei der Rekrutierung in unmittelbare Konkurrenz zu al-Shabaab, da sich viele ausländische Kämpfer dem IS in Syrien, Irak oder Libyen anschlossen. Zum anderen schwor Sheikh Abdiqadir Mumin, ein al-Shabaab-Kommandeur in Puntland, im Oktober 2015 Loyalität gegenüber dem IS. Zwar konnte der IS-Ableger bisher kaum militärische Erfolge vorweisen und trat primär durch Anschläge in Boosaaso in Erscheinung, ein Großteil seiner rund 200 Kämpfer war jedoch von al-Shabaab desertiert, weswegen letztere rigoros gegen IS-Sympathisanten vorging.

Derweil hat die seit 2017 amtierende Regierung dem somalischen Staatsfindungsprozess neuen Aufschwung gegeben. Nur wenn es ihr gelingt, in der gesamten Bevölkerung akzeptiert zu werden und die Lebensverhältnisse der Menschen – vor allem Sicherheit und Gerechtigkeit – zu verbessern, kann al-Shabaab dauerhaft die Basis entzogen werden. Hilfreich könnte dabei das brutale Vorgehen der Organisation selbst sein: Viele Opfer von al-Shabaab sind somalische Zivilisten und damit Muslime. Nicht nur AMISOM und die Regierung bekämpfen daher al-Shabaab, sondern auch andere somalische Gruppen, wie die Sufi-Miliz »Ahlu Sunna Wal Jammah«, was den beschränkten Rückhalt al-Shabaabs in Teilen der somalischen Bevölkerung zeigt.

Torsten Konopka



picture alliance/AP Photo/Farah Abdi Warsameh

In den vergangenen zehn Jahren hat Somalia einige bedeutende politische Entwicklungen durchlaufen. Mit der Ernennung von Mohamed Abdullahi Mohamed »Farmaajo« – im Bild rechts – zum neuen Präsidenten hat Somalia seit Februar 2017 einen nicht nur international, sondern auch national weitgehend anerkannten Präsidenten. Die Regierung ist nach fast 30 Jahren Bürgerkrieg aber weiterhin mit massiven Herausforderungen konfrontiert. Die anhaltende Gewalt durch die radikalislamistische Gruppe »al-Shabaab« sowie die grassierende Korruption und das Missmanagement von Geldern und Ressourcen verhindern den nachhaltigen Staatsaufbau zum Wohle der kriegsmüden Bevölkerung.

Verloren im somalischen Labyrinth? Probleme und Chancen des Staatsaufbaus in einem »failed state«

Somalia galt spätestens seit dem Sturz der Regierung Siad Barre im Januar 1991 als Paradebeispiel eines gescheiterten Staates (failed state). Hinter diesem Begriff verbergen sich Länder, die zwar völkerrechtlich existieren, die aber zentrale Aufgaben, wie die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols, den Schutz der eigenen Bevölkerung oder grundlegende Dienstleistungen im Bereich Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur nicht leisten. In Somalia sind der nun bald drei Jahrzehnte anhaltenden Gewalt Hunderttausende Menschen zum Opfer gefallen, noch weit mehr den wiederkehrenden Hungersnöten und Krankheiten. Millionen Somalis sind auf der Flucht. Mehr als siebenzig Prozent der somalischen Bevölkerung sind so jung, dass sie kein funktionierendes Staatswesen in ihrem Heimatland kennengelernt haben – eine, im Wortsinn, verlorene Generation. Trotzdem ist in den letzten Jahren – spätestens seit dem Ende einer achtjährigen Übergangsperiode und der Wahl einer neuen somalischen Regierung im August 2012 – ein wenig Hoffnung zu spüren. Unterstützt von der internationalen Gemeinschaft, die unter Federführung der Türkei, Großbritanniens und der Europäischen Union ihr Interesse an Stabilität am Horn von Afrika wiederentdeckt hat, fließen Milliarden US-Dollar in den somalischen Wiederaufbau. Eine wesentliche Rolle hierbei spielt die Friedensmission der Afrikanischen Union, die »African Union Mission in Somalia« (AMISOM). Dieser ist es gelungen, den Einfluss der extremistischen Gruppe »al-Shabaab« in weiten Teilen des Landes zurückzudrängen (siehe den Beitrag von Torsten Konopka). Folgerichtig ist Somalia seit 2014 nicht mehr auf dem letzten Platz des jährlich erscheinenden »Fragile States Index« (diese zweifelhafte Ehre gebührt seither dem Südsudan). Neben der anhaltenden Berichterstattung über blutige Anschläge in Mogadischu erscheinen in den europäischen Medien daher auch vermehrt Berichte über den schwierigen Wiederaufbau des Landes. Die Frage ist jedoch, ob es dieses Mal gelingen wird, einen funktionierenden Staat zu errichten, da in der Vergangenheit viele Initiativen im Sande verlaufen sind.



Soldaten der US Marines patrouillieren als Teil der »Operation Restore Hope« auf dem Bakara-Markt in Mogadishu.

Bürgerkrieg, Hungersnot und Staatszerfall

Bereits kurz nach dem Sturz von Siad Barre versuchten verschiedene Warlords die Macht in Mogadishu an sich zu reißen. Allerdings konnten sie sich nicht auf die Bildung einer gemeinsamen Regierung einigen und begannen sich untereinander zu bekämpfen. Zwischen 1992 und 1995 versuchten die Vereinten Nationen das Land vergeblich zu befrieden (siehe Infokasten auf S.50 f.). Aus einer vier Monate andauernden Schlacht um Mogadishu ging zunächst der somalische »Warlord« Mohamed Farrah Aidid siegreich hervor. Aidid, der sich nach dem Abzug der Vereinten Nationen selbst zum Präsidenten erklärt hatte, starb jedoch 1996 infolge einer Schussverletzung, woraufhin der Konflikt zwischen unterschiedlichen Milizen weiter eskalierte.

Nach dem Scheitern mehrerer Friedensbemühungen in den 1990er-Jahren fanden unter der Ägide der Regionalorganisation »Intergovernmental Authority on Development« im Mai 2000 neue Verhandlungen in Arta (Dschibuti) statt. Unter Ausschluss der einflussreichsten Warlords, aber auch ohne Regierungsvertreter der sich unabhängig beziehungsweise autonom erklärten

Regionen von Somaliland und Puntland, stellten rund 2000 Delegierte, darunter Intellektuelle, Geschäftsleute, religiöse und traditionelle Führer, eine Übergangsregierung auf (Transitional National Government, TNG). Zum Interimspräsidenten machten sie Abdiqasim Salad Hassan, einen ehemaligen Minister in der Regierung von Siad Barre. Zudem wurde von den Delegierten ein 245 Mitglieder umfassendes (später auf 550 Mitglieder erweitertes) Parlament auf Clan-Basis eingesetzt. Auf Grundlage des sogenannten »4,5 Systems« erhielten die vier größten Clans die gleiche Anzahl an Parlamentsmitgliedern und alle in Somalia lebenden Minderheiten zusammen die Hälfte der Abgeordneten eines Clan-Anteils. Eine kleinere Anzahl von Sitzen wurde für Geschäftsleute und Angehörige der Zivilgesellschaft reserviert.

Unter Führung von Hussein Aidid, dem Sohn von Mohamed Farrah Aidid, entstand kurze Zeit später der »Somali Reconciliation and Restoration Council« (SSRC). Dieser lehnte die TNG-Regierung vorgeblich wegen ihrer islamistischen Ausrichtung ab und wurde zeitweise sowohl von Äthiopien als auch von den USA im Rahmen ihres »Krieges gegen den Terror« unterstützt. In der Praxis war die TNG derweil eine »Regierung im Exil«. Alimentiert von der internationalen Gemeinschaft hielten sich ihre Mitglieder überwiegend in Nairobi auf, während sich im Süden und im Zentrum Somalias unterschiedliche Milizen bekämpften.

Beunruhigt durch die anhaltende Unsicherheit im Nachbarland, sprang Kenia 2004 als Vermittler zwischen der TNG und dem SSRC ein. Nach zweijährigen Verhandlungen wurde eine neue, auf acht Jahre ausgelegte Übergangsregierung gebildet (Somali Transitional Federal Government, TFG). Neuer Interimspräsident wurde Abdullahi Yusuf Ahmed, der bis dahin amtierende Präsident der autonomen Region Puntland aus dem Darod-Clan. Allerdings blieb auch der Einfluss der neuen Regierung lange Zeit schwach. Zwar zog sie im Juli 2005 aus dem Exil in die somalische Kleinstadt Jowhar und später nach Baidoa, eine effektive Kontrolle über die Hauptstadt Mogadischu blieb ihr aber lange verwehrt. Zudem war die TFG von Anfang an zerstritten: Neben Spannungen zwischen dem Präsidenten und seinen Premierministern sorgte vor allem die Rolle Äthiopiens für Zwist. Teile der TFG lehnten eine Beteiligung äthiopischer Streitkräfte an der Friedenstruppe der Afrikanischen Union ab und

Somaliland

Im Zuge der Kolonialisierung des Horns von Afrika schlossen die Briten ab den 1880er-Jahren »Schutzverträge« mit lokalen Clanführern. Aus einer Vielzahl solcher Verträge entstand 1888 das Protektorat Britisch-Somaliland. Zunächst waren die Briten nur wenig am Horn präsent. Sie konzentrierten sich auf die Kontrolle der Küste und die Versorgung ihrer strategisch wichtigen Garnison in Aden (im heutigen Jemen). Indes stieß besonders ein 1897 mit Äthiopien geschlossener Vertrag auf Widerstand der Somalis. Der Vertrag stellte große Teile des von Mitgliedern des Ogaden-Clans bewohnten Landes unter die Herrschaft des christlichen Kaiserreiches. 1899 begann der Aufstand der sogenannten Derwische mit Angriffen gegen äthiopische und britische Stellungen. Erst 1919 verstärkten die Briten ihre Truppen und besiegten die Aufständischen Ende 1920 (siehe Infokasten auf S. 33).

In den folgenden zwei Jahrzehnten durchdrang die Kolonialverwaltung das Hinterland und bezog ihren Hauptsitz in Hargeysa. 1940 kurzzeitig von italienischen Truppen aus Italienisch-Somaliland besetzt, begann bereits im Frühjahr 1941 die von somaliländischen Truppen unterstützte Rückeroberung durch die Briten. Innerhalb kurzer Zeit wurde die faschistische Herrschaft Italiens gebrochen. Dadurch kam das gesamte Somaligebiet (mit Ausnahme des heutigen Dschibuti) unter britische Verwaltung – bis Italien 1950 im Auftrag der Vereinten Nationen die treuhänderische Verwaltung ihrer ehemaligen Kolonie übernahm. In dieser Zeit entstanden die ersten somalischen Parteien, die sich für die Vereinigung der somalisch bewohnten Territorien einsetzten. In Britisch-Somaliland war die »Somali National League« (gegründet 1951) die bedeutendste. Ein wiederkehrendes Problem betraf die Zugehörigkeit der Ogaden-Gebiete. Kaiser Haile Selassie I. forderte die Rückgabe aller Gebiete, die nach den älteren Verträgen zu Äthiopien gehörten. Da es sich dabei um wichtige Weideländer somalischer Nomaden handelte, stellten die Briten 1944 zunächst nur einen Teil unter die Kontrolle der äthiopischen Regierung. Auf Druck (auch der mit dem Kaiser verbündeten US-Regierung) wurde 1954 jedoch wieder das gesamte südlich von Hargeysa gelegene Land an Äthiopien gegeben. Dies führte zu Demonstrationen im Protektorat und zu stärkeren Unabhängigkeitsforderungen. Nationalisten aus den britisch und italienisch verwalteten somalischen Kolonien verbündeten sich.

Am 26. Juni 1960 wurde Britisch-Somaliland unabhängig. Am 1. Juli folgten die italienisch verwalteten Gebiete und noch am gleichen Tag wurde mit ihrer Vereinigung die Republik Somalia geboren. Jedoch funktionierte die Verwaltung in beiden Teilen unterschiedlich; im Nordwesten sprachen die Eliten Englisch, im Nordosten und Süden Italienisch. Auch das Recht des Landes war nicht harmonisiert und es dauerte Jahre, bis Somalia intern, vor allem administrativ, stabil war.

Ende der 1980er-Jahre begann eine Rückbesinnung auf die Eigenstaatlichkeit von Somaliland. Somalia wurde in dieser Zeit von einer Militärdiktatur beherrscht. Dagegen wehrten sich besonders die Eliten des Issaq-Clans. Im Jahr 1981 gründeten sie das von Äthiopien unterstützte »Somali National Movement« (SNM) gegen die Regierung in Mogadischu. Daraufhin ließ der Diktator Mohamed Siad Barre die Issaq, die vornehmlich in Nordwestsomalien ansässig waren, massiv unterdrücken. Der Bürgerkrieg verschärfte sich, als die SNM 1988 die Städte Hargeysa und Burao besetzte. Bei den anschließenden Bombardierungen der Regierungstruppen starben Tausende Zivilisten, Hunderttausende flohen und viele schlossen sich der Guerilla an. Mit dem Sturz Siad Barres im Januar 1991 übernahm das SNM im Nordwesten die Kontrolle und rief am 18. Mai in den Grenzen des ehemaligen britischen Protektorats die Unabhängigkeit aus.

Somaliland hat sich seitdem zu einem De-facto-Staat entwickelt. Nach anfänglichen Konflikten zwischen Anführern der SNM ist die Lage seit Ende der 1990er-Jahre überwiegend friedlich. Es gibt eine Regierung mit Sitz in der Hauptstadt Hargeysa, in periodischen Abständen werden Wahlen abgehalten und die Mehrheit der Bevölkerung hält die Herrschenden für legitim. Somaliland hat eine eigene Währung und obwohl das Land international nicht anerkannt wird und kaum über Bodenschätze verfügt, floriert die Wirtschaft in einzelnen Bereichen – besonders der Handel über den Hafen von Berbera und die Telekommunikation. Die Mitglieder der somaliländischen Diaspora investieren in Schulen, Geschäfte, Hotels und Infrastruktur. Die Regierung in Mogadischu und viele Somalis außerhalb des Issaq-Clans sehen die Unabhängigkeit Somalilands jedoch skeptisch. Es bleibt abzuwarten, ob das Problem im Dialog zwischen Mogadischu und Hargeysa geklärt werden kann.

MVH



picture-alliance/dpa/Stephen Morrison

Der somalische Präsident Abdullahi Yusuf Ahmed (rechts) leistet am 14. Oktober 2004 den Amtseid in Nairobi, Kenia.

warfen der Regierung in Addis Abeba vor, kein Interesse an einem stabilen Staat in Somalia zu haben. Äußerst korrupt, diente die TFG derweil vor allem der Befriedung der materiellen Bedürfnisse ihrer Führer, weswegen sie zunehmend an Ansehen in der somalischen Bevölkerung verlor.

Unterstützt von islamischen Gruppierungen, aber auch von örtlichen Geschäftsleuten, stieg der Einfluss lokaler Scharia-Gerichte. Zusammengeschlossen

in der »Islamic Courts Union« (ICU) gelang es ihnen zwischen 2000 und 2006 weite Teile Süd- und Zentralsomalias unter ihre Kontrolle zu bringen. Allerdings zog dieser Erfolg auch das Misstrauen der äthiopischen Regierung nach sich, die Ende 2006 in Somalia intervenierte. Zwar konnte in der Folge die TFG-Regierung unter äthiopischem Schutz von Baidoa nach Mogadischu ziehen, die Zerschlagung der ICU entfachte jedoch einen von Islamisten dominierten Aufstand, der bis heute anhält (siehe den Beitrag von Torsten Konopka).

Das Ende der Übergangsphase

Mit dem Vormarsch der äthiopischen Armee floh die Führung der ICU größtenteils nach Eritrea. Zur Vertreibung der äthiopischen »Besitzer« gründeten sie die »Alliance for the Re-liberation of Somalia« (ARS). Unstimmigkeiten über den zukünftigen Umgang mit der TFG führten jedoch im Mai 2008 zum Bruch. Der gemäßigte Flügel unter Sharif Sheikh Ahmed, dem ehemaligen Vorsitzenden der ICU, stimmte Verhandlungen mit der TFG zu, die im Juni 2008 zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages und zur Aufnahme seines Flügels in die Regierung führten. Der radikale Flügel der ARS unter Hassan Dahir Aweys lehnte

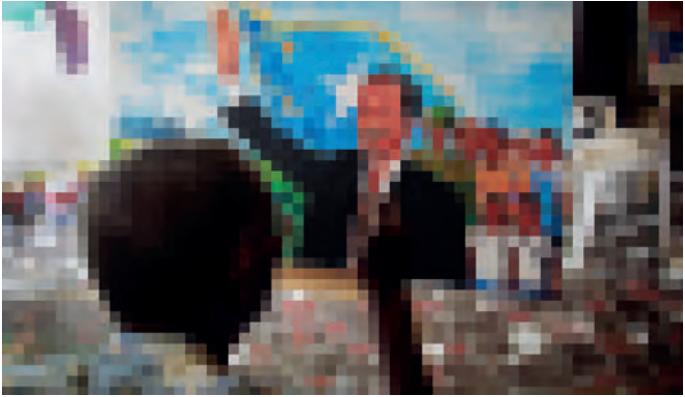
diesen Vertrag dagegen ab. Er führte mit Unterstützung Eritreas sowie internationaler islamistischer Kreise unter dem Namen »Hizbul Islam« den Krieg gegen die TFG und ihre internationalen Verbündeten fort.

Als Präsident Abdullahi Yusuf Ahmed im Dezember 2008 vor dem Hintergrund der Friedenskonsolidierung zurücktrat, übernahm Sharif Sheikh Ahmed dessen Nachfolge. Um den radikalislamistischen Kämpfern Rückhalt in der Bevölkerung zu nehmen, führte das neue Kabinett die Scharia ein. Faktisch blieb aber auch die neue Regierung aufgrund von inneren Spannungen und Korruption – 2009/10 sollen 68 Prozent der TFG-Einnahmen verschwunden sein – abhängig vom Schutz der seit 2007 in Mogadischu stationierten AMISOM-Truppen.

Im August 2012 endete die 2004 beschlossene Übergangsperiode. Neben einer vorübergehenden Verfassung wählten 275 von Clan-Ältesten ernannte Abgeordnete Hassan Sheikh Mohamud zum neuen Präsidenten der ersten »Nach-Übergangsregierung«. Auch wenn die Wahl durch Einschüchterung und Beeinflussung gekennzeichnet war, wurde sie von den Vereinten Nationen als die bis dahin transparenteste und repräsentativste Wahl seit Ausbruch des somalischen Bürgerkrieges bezeichnet. Hoffnung machte auch, dass der aus dem Hawiye-Clan stammende Hassan Sheikh Mohamud vorher keiner anderen Regierung angehört hatte und aus der Zivilgesellschaft kam.

Unter dem neuen Präsidenten verstärkte die internationale Gemeinschaft ihr Engagement zur Stabilisierung Somalias. Während der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im März 2013 sein seit 1992 gültiges Waffenembargo lockerte, um die Bewaffnung der somalischen Armee zu ermöglichen, erkannte der Internationale Währungsfond im April erstmals seit über 20 Jahren wieder eine somalische Regierung an. Innenpolitisch konnte sich die neue Regierung auf eine in die Offensive gehende Mission der Afrikanischen Union stützen, die schrittweise alle größeren Städte eroberte.

Jedoch wurde auch unter Hassan Sheikh Mohamud die endemische Korruption nicht bekämpft. Laut Bericht der Vereinten Nationen entwickelte sich im Parlament nach Ende der Übergangszeit ein System des Stimmenkaufes, in dem Zustimmung bei wichtigen Punkten, beispielsweise einem Misstrauensvotum



Ein somalischer Künstler malt in Mogadishu ein Portrait von Präsident Hassan Sheikh Mohamud, Januar 2013.

gegen einen Premierminister, erkaufte wurden. Auch verbesserte sich die Sicherheitslage in Mogadishu nur zögerlich. Noch immer verübte al-Shabaab fast wöchentlich Anschläge in der Hauptstadt. Gleichzeitig stieg die Fähigkeit der Regierung, staatliche Dienstleistungen bereitzustellen, nur begrenzt an, sodass die Abhängigkeit von internationaler Hilfe im Gesundheits-, Bildungs- oder Ernährungssektor bestehen blieb.

Trotz seiner politischen Defizite stellte sich Hassan Sheikh Mohamud 2017 zur Wiederwahl. 135 Clan-Älteste wählten hierfür über 14 000 Delegierte, die wiederum 275 Parlamentsabgeordnete des Unterhauses und 54 Senatoren des Oberhauses bestimmten. Letztere entschieden sich aber gegen Hassan Sheikh Mohamud und für Mohamed Abdullahi Mohamed »Farmaajo« (Spitznamen dieser Art sind in Somalia üblich – »Farmaajo« bedeutet Käse und geht angeblich auf eine Vorliebe des Vaters des Präsidenten aus der italienischen Kolonialzeit zurück). Der Sieg von »Farmaajo« war für die meisten Beobachter eine Überraschung. Der relativ junge (1962 geborene) Politiker verbrachte einen Großteil seines Lebens in den USA, deren Staatsbürgerschaft er ebenfalls besitzt, und gilt als vergleichsweise integer. Mit seiner Wahl verbanden vor allem junge Somalis die Hoffnung auf einen Bruch mit der alten politischen Elite.

Gesellschaft ohne Staat?

Trotz des zwei Jahrzehnte andauernden Zusammenbruchs staatlicher Ordnung in weiten Teilen des Landes, verfügt Somalia über eine dynamische Privatwirtschaft. Somalische Viehzüchter exportieren in großem Stil Vieh in die Golfstaaten und nach Kenia. Informelle Bargeldtransfersysteme ermöglichen wichtige Rücküberweisungen aus der Diaspora. Sie stehen aber auch im Verdacht, der »Terrorfinanzierung« zu dienen. Ebenfalls boomt der Telekommunikationsmarkt: Anrufe sind günstiger, das Netz besser und der Internetzugang schneller als in den Nachbarländern.

Dieser wirtschaftliche Boom, der sich auch in einer regen Bautätigkeit in Mogadischu und anderen Städten manifestiert, nützt aber nur einem kleinen Teil der Gesellschaft. Zwar gibt es in einigen Gebieten wieder Schulen und Krankenhäuser, zumeist stehen diese jedoch nur jenen offen, die hierfür bezahlen können. Staatliche Dienstleistungen gibt es kaum, selbst die öffentliche Sicherheit wird häufig durch Milizen hergestellt, die im Dienst von Politikern und Geschäftsleuten stehen. Große Teile der somalischen Elite haben daher überhaupt kein Interesse an starken Institutionen. So trat etwa die Chefin der somalischen Zentralbank 2013 nach nur wenigen Wochen zurück, nachdem bekannt wurde, dass sich führende Politiker bei der Bank bereicherten. Auch die Hilfe der internationalen Gemeinschaft trägt zu diesem Problem bei: Einerseits gibt es einen hohen politischen Druck, Vorhaben in Somalia umzusetzen, andererseits erschwert die Sicherheitslage Reisen internationaler Fachkräfte jenseits weniger geschützter Regionen. Internationale Organisationen setzen daher auf lokale Partner, um Projekte umzusetzen, können aber nur eingeschränkt sicherstellen, dass die Gelder korrekt eingesetzt werden.

Ein weiterer Faktor, der dem Aufbau eines funktionsfähigen Zentralstaates entgegensteht, ist die Rolle der Clans im politischen und sozialen Leben. Die Clan-Zugehörigkeit bietet ihren Mitgliedern einen gewissen Schutz, da ein Angriff auf ein Individuum nach somalischem Gewohnheitsrecht als ein Angriff auf das Kollektiv geahndet wird. Der Zerfall des somalischen Staates seit 1991 hat dabei die Rolle der Clans als Referenzrahmen gestärkt, wobei nicht übersehen werden darf, dass politische Konflikte nicht nur zwischen, sondern primär innerhalb von

Clans existieren. Diese Konflikte sind dabei oftmals stark personalisiert. Die beiden wichtigsten »Warlords« der 1990er-Jahre, Mohamed Farrah Aidid und Ali Mahdi Mohamed, gehörten beispielsweise beide dem Hawiye-Clan an. In der Besetzung von politischen Ämtern wird derweil primär die Sicherung der eigenen Machtpositionen und die Möglichkeit zur eigenen Bereicherung gesehen. Dieses Verständnis des Staates als »Beute« verbunden mit der historischen Erfahrung staatlicher Repression führt dazu, dass viele Somalis einen schwachen Staat, der Spielräume für lokale Autoritäten lässt, einer starken Regierung unter der Kontrolle einer anderen Gruppe vorziehen.

Somalia und der »Krieg gegen den Terror«

Somalia ist seit dem Ende der Regierung Siad Barre ein Spielball regionaler und internationaler Interessen. Während Äthiopien und Kenia aus historischen Gründen wenig an einem starken somalischen Staat liegt, unterstützte Eritrea den Vereinten Nationen zufolge zu Beginn die radikalislamistischen Milizen mit Waffen, Munition und Geld. Dies dürfte weniger aus ideologischen Gründen erfolgt sein, sondern vielmehr um dem Erzfeind

picture alliance/AP Photo/Mohamed Sheikh Nor



Kämpfer der »al-Shabaab« auf einem LKW, 2009.

Äthiopien zu schaden. Auch die Golfstaaten, Ägypten und die Türkei buhlen um Einfluss in Somalia, um die arabische und islamische Identität des Landes zu stärken, aber auch aus eigenen Wirtschaftsinteressen. Im Gegensatz zu den Nachbarstaaten dürften sie eher an einer starken Regierung interessiert sein. Die somalische Zentralregierung sitzt dabei zwischen allen Stühlen. Auch wenn sie seit 2012 das von ihr kontrollierte Gebiet deutlich ausdehnen konnte, ist sie außerhalb des Großraums von Mogadischu auf Koalitionen mit lokalen Warlords und auf die Truppen der Afrikanischen Union angewiesen. In »Somaliland« besitzt sie gar keinen Einfluss.

Der Rest der internationalen Gemeinschaft – die Vereinten Nationen und die EU, die sowohl das Engagement der Afrikanischen Union als auch den Wiederaufbau wesentlich finanziert – sucht weiterhin nach einer Formel, wie das Land nachhaltig stabilisiert werden kann. Auf Basis der Erfahrungen der letzten drei Jahrzehnte ist aber Vorsicht angeraten. Es ist kaum denkbar, dass in absehbarer Zeit zentralstaatliche Institutionen geschaffen werden, die den Ansprüchen internationaler Geber genügen. Sinnvoller könnte es sein, sich auf die Stärkung von lokalen Strukturen – gerade auch außerhalb von Mogadischu – zu konzentrieren und »hybride« Strukturen, etwa die Zusammenarbeit mit traditionellen und religiösen Führern zu akzeptieren. Informelle, in der Regel nur mündliche Verhandlungen haben in Somalia eine lange Tradition, stehen aber im Konflikt mit den von der internationalen Gemeinschaft bevorzugten förmlichen Vereinbarungen. Die größte Herausforderung besteht darin, einen Weg zu finden, wie die Wirtschaftsinteressen der Elite mit dem Aufbau von staatlichen Strukturen versöhnt werden können. Hierzu muss auch die Logik der internationalen Hilfe, die ein wesentlicher Bestandteil der »Schattenökonomie« ist, kritisch hinterfragt werden. Und nicht zuletzt sollte Somalia nicht weiter nur durch die Linse des »Anti-Terror-Kampfes« betrachtet werden. Die somalische Elite muss darin bestärkt werden, selbst Wege zur nationalen Versöhnung zu finden, auch unter Einbeziehung von Teilen der al-Shabaab. Sonst besteht das Risiko, dass die seit 2012 gemachten moderaten Fortschritte wieder verloren gehen und das Land seinen Status als »gescheiterter Staat« behält.

Wolf-Christian Paes



picture alliance/AP Photo/Mulugeta Ayene

Mit über 1,1 Millionen Quadratkilometern ist Äthiopien drei Mal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland. Es ist das größte Land am Horn von Afrika und der neuntgrößte Staat des afrikanischen Kontinents. Mit über 105 Millionen Einwohnern ist Äthiopien nach Nigeria auch der bevölkerungsreichste Staat Afrikas. Allein diese Zahlen vermitteln einen Eindruck vom Selbstverständnis der äthiopischen Regierung, die sich als Regionalmacht am Horn, als Kontinentalmacht in Afrika und als bedeutende internationale Verbündete im Kampf gegen den »internationalen Terrorismus« versteht.

Innenpolitisch wird Äthiopien aber seit einigen Jahren von gesellschaftlichen Spannungen zerrissen. Zwar regiert seit April 2018 mit Abiy Ahmed (rechts im Bild mit Eritreas Präsident Isaias Afewerki) ein junger Reformler in der Hauptstadt Addis Abeba, der den politischen Raum für Oppositionelle, die Zivilgesellschaft und die Medien erheblich erweitert hat, dennoch bleibt die Sicherheitslage in Teilen des Landes angespannt. Häufig manifestieren sich die Konflikte um Ressourcen und politische Mitsprache entlang ethnischer Grenzen und stellen das äthiopische Modell des »ethnisch-basierten Föderalismus« auf die Probe.

■ Äthiopien – der Hegemon am Horn auf neuen Wegen

Beobachter bestaunen seit 2005 ein interessantes Phänomen: Außenpolitisch wächst Äthiopiens Einfluss am Horn von Afrika und auf der internationalen Bühne kontinuierlich. Innenpolitisch eskalierte dagegen der Konflikt der verschiedenen äthiopischen Kräfte. Vertreter der Oromo, der größten Ethnie Äthiopiens, die mit 35 Millionen Menschen etwa 35 Prozent der Bevölkerung ausmacht, beanspruchten beispielsweise eine ihrer Zahl angemessene politische Repräsentation. Da sie zusammen mit den Amhara 60 Prozent der äthiopischen Bevölkerung stellen, lehnten die Oromo die seit Ende des Bürgerkriegs 1991 vorherrschende politische Kontrolle durch die Minderheit der Tigray vehement ab. Letztere stellen nur einen Bevölkerungsanteil von etwa sechs Prozent, dominierten aber bis 2018 große Teile des politischen Apparats. Als die äthiopische Regierung 2014 plante, die Verwaltungsgrenzen der Hauptstadt Addis Abeba auf Kosten der umgebenden Oromo-Region auszudehnen, eskalierte die Lage. Proteste von Oromo-Studenten wurden gewaltsam von Sicherheitskräften niedergeschlagen und führten zu Dutzenden Toten. Als sich die Demonstrationen zu Massenprotesten ausweiteten und auch die Region Amhara ergriffen, in der ebenfalls große Unzufriedenheit herrschte, verhängte die Regierung im Oktober 2016 einen Ausnahmezustand, der erst im August 2017 aufgehoben wurde. Laut einer vom äthiopischen Parlament eingesetzten Untersuchungskommission starben während der Proteste allein zwischen August 2016 und April 2017 rund 700 Menschen. Zehntausende Menschen wurden verhaftet, eine Million wurde vertrieben. Der Großteil der Demonstranten bestand aus jungen Männern – über 40 Prozent der Bevölkerung ist jünger als 15 Jahre – die ähnlich wie zu Beginn des »Arabischen Frühlings« ihre Unzufriedenheit über mangelnde Berufsperspektiven, die Korruption lokaler Kader und politische Vetternwirtschaft äußerten.

Unterdessen brachen zahlreiche weitere ethnische Konflikte aus: interregionale (zwischen Menschen aus den Regionen Somali und Oromia, Oromia und Benishangul-Gumuz, Gambella



picture alliance/AA/Minasse Wondimu Hailu

Im Oktober 2016 demonstrierten Zehntausende Oromo in Addis Abeba gegen die Regierung.

und Oromia oder Afar und Amhara), intraregionale (ethnische Amhara gegen Kemant in der Region Amhara) und Mikrokonflikte (zum Beispiel zwischen den Distrikten Wolkait und Tzegede). Viele dieser Konfliktherde schwelen seit Jahrhunderten, erhalten durch aktuelle Grenzstreitigkeiten und politische Rivalitäten jedoch eine neue Dynamik.

Ein knappes Vierteljahrhundert nach seiner Etablierung ist fraglich, ob das derzeitige äthiopische System im Vielvölkerstaat Äthiopien eine Zukunft hat. Zu groß scheinen die Spannungen vor allem unter den drei großen Ethnien der Oromo, Amhara und Tigray, die sich aus historischen Verwerfungen und aktuellen, gegenläufigen machtpolitischen Interessen speisen.

Das politische System Äthiopiens

Nach dem Sturz der Militärdiktatur im Mai 1991 durch ein Bündnis verschiedener Rebellengruppen (siehe den Beitrag von Andreas Mückusch) wurde Äthiopien nach einer Übergangsphase am 21. August 1995 in Demokratische Bundesrepublik

Äthiopien umbenannt und erhielt eine neue Verfassung. Fortan wurde die pluralistische äthiopische Gesellschaft, die aus über 80 Ethnien mit bis zu 100 Sprachen und einer heterogenen Religionszugehörigkeit besteht, mithilfe eines mehrstufigen politischen Systems verwaltet. Diese engmaschige, auf größtmögliche Kontrolle ausgelegte staatliche Verwaltungsgliederung teilt das gesamte Land. Auf der Dorfebene befinden sich die kleinsten Verwaltungseinheiten (Kebeles), darüber stehen die Distrikte (Woredas) und Zonen. Zusammen bilden sie die Verwaltung von einer der neun Regionen des Landes (Kilil; pl. Kililoch). Letztere orientieren sich wie die unabhängigen Städte Addis Abeba und Dire Dawa gemäß der Verfassung an ethnischen und sprachlichen Siedlungsgrenzen und trennen die Lebensräume der verschiedenen äthiopischen Gruppen. Dieser »ethnische Föderalismus« basiert auf der Toleranz der verschiedenen Ethnien und setzt die Akzeptanz der Bevölkerung zum System voraus.

Auf der politischen Ebene nimmt der parteilose Staatspräsident in erster Linie repräsentative Aufgaben wahr. Mit der Karriere-Diplomatin Sahle-Work Zewde wurde 2018 erstmals eine Frau an die Spitze des Landes gewählt. Die Exekutivgewalt ist laut Verfassung im Amt des Premierministers gebündelt, der zugleich Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist. Seit Ende des Bürgerkriegs 1991 wird der Premierminister von der regierenden Vier-Parteien-Koalition der »Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front« (EPRDF) gestellt. Bei den Wahlen im Mai 2015 gewann die Koalition 100 Prozent der Sitze und stellte alle 547 Abgeordnete des Parlaments – fünf Jahre zuvor waren es »nur« 99,6 Prozent gewesen. Auf den 2012 verstorbenen charismatischen Meles Zenawi – ein Angehöriger der Tigray – folgte Premierminister Hailemariam Dessalegn, der aus der kleinen Ethnie der Wolayta stammt. Hailemariam – im äthiopischen Sprachgebrauch wird häufig nur der Vorname als Anrede verwendet – hatte nach seinem Amtsantritt versprochen, das politische System für alle Teile der Gesellschaft zu öffnen und der Opposition mehr Raum zu geben. Mit dem Wahlausgang von 2015 zerschlugen sich jedoch zunächst die Hoffnungen auf eine vorsichtige Annäherung, was allerdings ohne Auswirkungen auf das internationale Ansehen Äthiopiens blieb. Angesichts der massiven Proteste trat Hailemariam Dessalegn für viele überras-

Regionale Konfliktlinien in Ostäthiopien

In den letzten Jahren gab es in Ostäthiopien zahlreiche Zusammenstöße zwischen Somali-Gruppen und Oromo. Zunächst kam es 2017 zu gezielten Ermordungen von Oromo in der Handelsstadt Jijiga (auch: Jigjiga) nördlich von Harar. Diesen folgten weiter südlich heftige Konflikte zwischen dem Bundesstaat Oromia und den angrenzenden Siedlungsgebieten der Somalis. Auch im Oromo-Gebiet in Bale gab es entlang der Grenze zu den von Somalis bewohnten Bundesstaaten Zusammenstöße, wie auch im Grenzgebiet von Ost-Hararghe und in einer Somali-Exklave in West-Hararghe.

Was wie ein lokaler ethnischer Konflikt aussah, hatte weitreichende politische Implikationen. Dies zeigte das planhafte Vorgehen und das gleichzeitige Aufbrechen der Konflikte in über eintausend Kilometer voneinander entfernten Gebieten. Die Zusammenstöße weckten Erinnerungen an die 1970er-Jahre: Kurz nach dem Sturz des Kaisers hielten Somalis für drei Jahre weite Gebiete der Borana-Oromo. Nach dem Sturz der Militärdiktatur gab es 1991 erneute Vorstöße der Somalis, während die mit den Somalis verbündeten Garri nach dem Tod des Premierministers Meles Zenawi 2012 kurzzeitig ein Borana-Grenzgebiet besetzten. Alle Ereignisse geschahen während eines vermuteten Machtvakuumms: Da staatliche Institutionen während eines Regierungswechsels oft weniger präsent sind, versuchen nichtstaatliche Gruppen, in wirtschaftlich bedeutenden Gebieten die Kontrolle zu erlangen. Dort wo es gelingt, eine effektive Kontrolle zu etablieren, ist diese später angesichts der Schwäche der staatlichen Institutionen nur noch schwer zu revidieren. Da das äthiopische Gebiet der Somalis zudem zu den strategischen Partnern der Regierungspartei gehört, kommt es dort noch seltener zu staatlichen Gegenmaßnahmen.

Die Konflikte sind Ausdruck anwachsender Spannungen an den Grenzen zu den Somali-Gebieten innerhalb Äthiopiens, zunächst beginnend im Norden an den Afar-Grenzen: Schon seit den 1940er-Jahren schwelt dort ein international wenig wahrgenommener Konflikt. Augenscheinlich handelte es sich um einen lokalen Disput um Weideland zwischen rivalisierenden Nomaden, der Somali-Gruppe der Issa (Untergruppe des Dir-Clans) und den Afar. Das historische Zentrum der Afar ist das Awsa-Sultanat, in dem fruchtbare Gebiete inmitten einer Wüstenlandschaft liegen. Schwere Dürren lösten eine Westwan-

derung der Issa aus, sodass einstige Gebiete der Afar nahe der äthiopischen Stadt Dire Dawa inzwischen somalisch sind. Selbst formell zum Afar-Bundesstaat gehörende Verwaltungsgebiete im Südosten Afars, unweit von Addis Abeba, sind mittlerweile unter Somali-Verwaltung. Aus Sicht der unter Dürre leidenden Issa haben sie ein Recht auf Land, um ihr Vieh zu weiden. Die Afar sehen dadurch jedoch ihre historischen Siedlungsgebiete bedroht. Die grenzüberschreitende Verflechtung beider Ethnien führt dazu, dass zeitweise auch Issa aus der dschibutischen Armee sowie Afar aus der früheren dschibutischen Rebellengruppe »Front pour la Restauration de l'Unité et de la Démocratie« an den Kämpfen beteiligt waren.

Die häufigen Kriege am Horn von Afrika haben die Region mit Kleinwaffen überschwemmt. Aus bloßen Hirtenkonflikten um Weideland werden so regelmäßig konventionelle Konflikte mit größeren Gefechten. Das zunächst nur auf Afar-Grenzregionen beschränkte Phänomen scheint sich auf den Großteil der somalischen Grenzregionen, von Dschibuti im Norden bis Kenia im Süden, ausgedehnt zu haben. Dabei ist nicht nur Weideland umkämpft, sondern auch Abschnitte bedeutender Regionalstraßen oder gar Teile der lokalen staatlichen Verwaltung.

WS/COS



picture alliance/imageBROKER/Gilles Barbier

Die Ethnie der Afar lebt im Nordosten Äthiopiens, aber auch in Eritrea und Dschibuti. Sie konkurriert mit anderen Gruppen um die kargen Ressourcen der Region.

schend am 15. Februar 2018 von all seinen Ämtern zurück. Ihm folgte mit dem ehemaligen Geheimdienstmitarbeiter und Soldaten Dr. Abiy Ahmed erstmals ein Mitglied des Mehrheitsvolks der Oromo ins Amt des Ministerpräsidenten. Seit seinem Amtsantritt wurden Zehntausende politische Häftlinge, Journalisten, Blogger und Aktivisten aus den Gefängnissen des Landes entlassen. Abiy besetzte die Hälfte seines Kabinetts mit Frauen, klagte Korruption und Machtmissbrauch innerhalb der EPRDF an und ließ die Chefs der Streitkräfte und des Geheimdienstes entlassen. Zudem reiste er in alle Regionen des Landes und brachte seine Botschaft von Versöhnung und »nation-building« unter das Volk. Mit Birtukan Mideksa wurde eine ehemals inhaftierte Oppositionsführerin an die Spitze der Wahlkommission berufen und Tausende Äthiopier kehrten nach Jahrzehnten des Exils aus der Diaspora in ihr Heimatland zurück. Zuvor als »Terrororganisationen« verfolgte Gruppen wie »Ginbot 7« oder die »Oromo Liberation Front« schworen dem bewaffneten Kampf ab und verhandelten mit der Regierung über die Demobilisierung ihrer Kämpfer. Für weltweites Aufsehen sorgte die Friedensinitiative der neuen äthiopischen Führung gegenüber dem Erzfeind Eritrea mit einem historischen Besuch von Abiy in Asmara im Juli 2018. Bereits in seiner Antrittsrede hatte der neue Premierminister die Aussöhnung mit Eritrea angekündigt und die EPRDF kurze Zeit später verlauten lassen, den Friedensvertrag von 2000 vollständig umzusetzen. In Asmara unterschrieb Abiy einen Freundschaftsvertrag mit dem eritreischen Präsidenten Isaias Afewerki. Beim Gegenbesuch in Addis Abeba – eine Woche nach dem Zusammentreffen in Asmara – eröffneten beide die eritreische Botschaft und nahmen wieder offiziell diplomatische Beziehungen auf. In der Folge wurde die kommerzielle Luftfahrt zwischen beiden Staaten zugelassen, Truppen zurückgezogen und die Grenzen geöffnet, ehe beide Regierungschefs am 16. September 2018 einen weiteren Friedensvertrag in Saudi-Arabien unterzeichneten.

Mit dem politischen Tauwetter ging jedoch eine Eskalation der regionalen und lokalen ethnischen Konflikte im Land einher. War die Sicherheitslage bereits in den Jahren vor dem Umschwung 2018 prekär, so brachen sich nun alte Animositäten gewaltsam Bahn. Ministerpräsident Abiy entging nur kurz nach

seinem Amtsantritt auf dem zentralen Meskel Square in Addis Abeba einem Anschlag. Das nach Jahrzehnten der Politik der harten Hand entstandene Sicherheitsvakuum droht, den Reform- und Versöhnungsprozess der neuen Regierung nachhaltig zu gefährden.

Äthiopiens Ansehen in der Welt

2015 lobte der damalige US-Präsident Barack Obama bei seinem Staatsbesuch in Addis Abeba die äthiopische Regierung als einen »herausragenden Partner« im »Kampf gegen den Terrorismus«. Obamas Ritterschlag verdankte Premierminister Hailemariam einem cleveren Schachzug seines Vorgängers: Meles Zenawi hatte sein Land nach den Anschlägen vom 11. September 2001 als natürlichen Partner der USA im Kampf gegen den »islamistischen Terrorismus« angepriesen – zur Freude US-amerikanischer Politiker, die Äthiopien bis heute als christliche Bastion am muslimisch dominierten Horn von Afrika begreifen. Zudem waren es äthiopische Truppen, die Ende 2006 in Somalia interve-



picture alliance/Kay Nietfeld/dpa

In einer Textilfabrik in Addis Abeba werden Kleidungsstücke auch für den deutschen Markt produziert.

nierten und die muslimischen Extremisten der »Islamic Courts Union« aus der somalischen Hauptstadt Mogadischu vertrieben. Die Solidaritätsdividende Washingtons fiel daher in den Folgejahren üppig aus: Äthiopien erhielt Milliarden US-Dollar in Form von Militärhilfe sowie politische Zugeständnisse hinsichtlich ihres Demokratiedefizits.

Internationale Würdigung findet Äthiopiens Bereitschaft, sich in Friedensverhandlungen und internationalen Friedensmissionen – vor allem im Sudan und im Südsudan – zu engagieren. 2018 war Äthiopien mit über 8300 Soldaten der weltweit größte Truppensteller für Missionen der Vereinten Nationen – bei einer Armee von etwa 138 000 Soldaten. Auch die Aufnahme von Hunderttausenden Flüchtlingen, vor allem aus Eritrea und dem Südsudan, sorgte für große Anerkennung.

All diese Faktoren nutzt Äthiopien geschickt, um seinen Führungsanspruch am Horn und im restlichen Afrika zu untermauern und sich als zunehmend unverzichtbarer Akteur der afrikanischen Sicherheitsarchitektur darzustellen. Zudem genießt die äthiopische Regierung als Gastgeberin der Kontinentalorganisation »Afrikanische Union« mit Sitz in Addis Abeba eine bevorzugte Behandlung bei der Durchsetzung ihrer Interessen. Gleiches gilt in der Regionalstaatengruppe IGAD (Intergovernmental Authority on Development) mit Sitz im benachbarten – und befreundeten – Dschibuti. Einer der vielen positiven Nebeneffekte war, dass beide Organisationen jahrelang den Kurs Äthiopiens gegenüber seinem eritreischen Rivalen mittrugen, der beschuldigt wurde, das Land durch die Unterstützung äthiopischer Rebellen zu destabilisieren (siehe den Beitrag von Nicole Hirt).

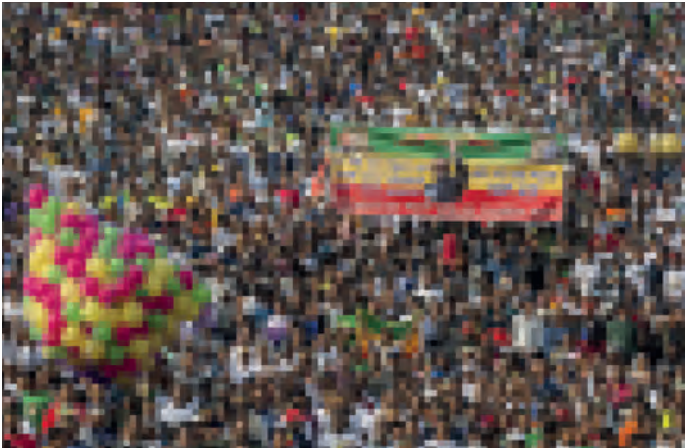
2017 gewann Äthiopien mit seiner dritten Wahl (nach 1967/68 und 1989/90) zum nichtständigen Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und der Ernennung des ehemaligen Außenministers Dr. Tedros Adhanom zum neuen Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation international weiter an Einfluss. In die Hände spielte der äthiopischen Regierung dabei der Wirtschaftsboom mit zweistelligen Wachstumsraten, wenngleich diese vermutlich eher bei sechs oder sieben Prozent lagen. Auch konnten erste Fortschritte auf dem Weg zum selbstgesteckten Ziel gemacht werden, zu Afrikas führendem Produzenten im Niedrigtechnologiesektor aufzusteigen. Eine schwere Dürre

im Jahr 2015, die bis 2017 anhielt und zeitweise ein Zehntel der Bevölkerung, also rund zehn Millionen Menschen, von Nahrungshilfe abhängig machte, setzte dem Wirtschaftsaufschwung jedoch ebenso Grenzen wie die andauernden politischen Unruhen. Dennoch verfolgt Äthiopien weiter energisch das Ziel, bis zum Jahr 2025 den Status eines »Middle Income Country« zu erlangen.

Wachablösung am Nil

Der Nil und seine Nebenflüsse sind nicht nur die wichtigste Lebensader und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im nordöstlichen Afrika, sondern auch permanenter Spannungsfaktor zwischen den verschiedenen Anrainerstaaten. 2015 unterzeichneten der Sudan, Ägypten und Äthiopien in der sudanesischen Hauptstadt Khartum jedoch den »Nil-Deal«: ein Grundsatzabkommen über den Bau der rund fünf Milliarden US-Dollar teuren Talsperre »Grand Ethiopian Renaissance Dam« (GERD). Trotz großer ägyptischer Bedenken, der Damm am Oberlauf könne die für die lokale Landwirtschaft überlebenswichtige Ressource Wasser verknappen, besiegelte Ägyptens Staatschef Abdel Fattah al-Sisi mit seiner Unterschrift die machtpolitische Wachablösung am Nil.

Das Megaprojekt in der Region Benishangul-Gumuz am Blauen Nil, 500 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Addis Abeba, soll nach seiner Fertigstellung – die ursprünglich für 2017 geplant gewesen war – mit einem Fassungsvermögen von 74 Milliarden Kubikmetern Afrikas größter Staudamm sein. Für Äthiopien ist das Prestigeprojekt nicht nur ein enormer geostrategischer Erfolg. Weitere Vorteile sind die zu erwartenden Einnahmen aus dem Energieexport in die Nachbarländer – auch nach Ägypten! – und die Möglichkeit, die eigene ambitionierte Industrialisierung vorantreiben zu können. Gleichzeitig ist der Bau des Megastaudamms, dessen Fertigstellung sich nach der Aufdeckung eines milliardenschweren Korruptionsskandals 2018 weiter verzögert, für das devisenschwache Land mit einem hohen finanziellen Risiko verbunden: Die Investitionssumme belief sich auf 60 Prozent des Staatshaushalts. Darüber hinaus



Aufgrund seines charismatischen Auftretens sympathisiert ein Großteil der äthiopischen Bevölkerung mit Premierminister Abiy Ahmed. Im Bild eine Kundgebung im Juni 2018.

drohen politische Kollateralschäden, wenn Äthiopien, der Sudan und Ägypten weiter um die Kontrolle des Nilwassers konkurrieren und dadurch ihre Beziehungen belasten.

Tiefreichende Reformen sind überfällig

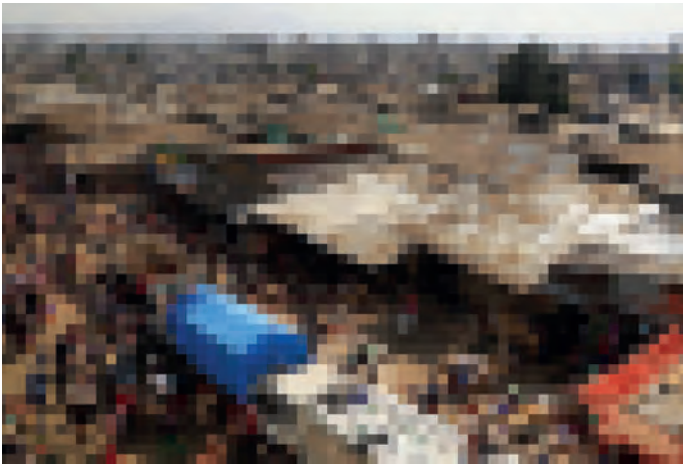
Mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Militärregimes unter Mengistu Haile Mariam präsentiert sich Äthiopien zu Beginn des Jahres 2019 außenpolitisch als ernst zu nehmender Akteur in der Region, als wirtschaftlicher »Löwe« und als strategischer Militär- und Entwicklungspartner. 2018 konnte Ministerpräsident Abiy in Berlin im Kreise weiterer afrikanischer Reformstaaten Äthiopien als Partnerland im »Compact with Africa« repräsentieren. Das Wirtschaftsrahmenabkommen wurde zur deutschen G20-Präsidentschaft 2017 ins Leben gerufen und soll den afrikanischen Privatsektor stärken.

Mit Blick auf die Wahlen 2020 steht Äthiopien vor einschneidenden Umwälzungen. Weitere Gewaltszenarien können dabei

nicht ausgeschlossen werden. Jenseits der Symbolpolitik zur Befriedung der öffentlichen Meinung bedarf es ernsthafter und tiefgreifender Reformen. Dazu zählt eine Föderalismusreform, die der demografischen, vor allem aber der politischen Entwicklung Äthiopiens seit Inkrafttreten der Verfassung 1995 Rechnung trägt. Auch der Weg der angekündigten Reform des Wahlrechts, das in der gegenwärtigen Ausprägung die regierende EPRDF favorisiert, muss konsequent weiter beschritten werden.

Ebenso gilt es, die schleppende Reform der Sicherheitskräfte und deren Verankerung innerhalb einer demokratischen Grundordnung voranzutreiben. Eine nicht zuletzt von Ministerpräsident Abiy selbst ins Spiel gebrachte Verfassungsänderung hin zu einem präsidentiellen System sollte gut geprüft werden: Die Machtfülle des »charismatischen Führers« Abiy, die laut Kritikern den Aufbau starker Institutionen gefährdet, wird bereits heute von vielen Äthiopiern kritisch gesehen. Eine Rückkehr zur früheren Normalität – der quasi-monopolistischen Machtstellung der regierenden EPRDF – wird es in der politischen Sphäre mit Anbruch des »äthiopischen Frühlings« in dieser Form wohl nicht mehr geben. Sogar die bis 2018 undenkbar erscheinende Auflösung der Vier-Parteien-Koalition scheint eine ernsthafte Option.

Ludger Schadomsky



Der »Merkato« in Addis Abeba ist einer der bestbesuchten Märkte der äthiopischen Hauptstadt und zugleich Sinnbild für die Wirtschaft am Horn von Afrika. Wie für viele afrikanischen Städte typisch, werden landwirtschaftliche Produkte aus der näheren Umgebung, Textilien, Elektrogeräte und andere Alltagswaren, aber auch Kanister mit Benzin und Diesel zum Verkauf angeboten. Neben der Armut wird hier auch die mangelnde volkswirtschaftliche Organisation und Infrastruktur auf Schritt und Tritt sichtbar.

Großprojekte wie der Bau des äthiopischen Staudamms »Grand Ethiopian Renaissance Dam«, die Modernisierung der Eisenbahnlinie Addis Abeba–Dschibuti oder der geplante Ausbau des Hafens in Berbera zeugen allerdings von einem gewissen Aufschwung. Nicht selten zerstören jedoch Konflikte und Dürren die Hoffnung auf eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation. Die Folge ist eine kleinteilige Landwirtschaft, die meist kaum mehr als den Lebensunterhalt einer Familie sichert. Selbst das jährliche Wirtschaftswachstum von zwei bis zehn Prozent in den einzelnen Staaten kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch immer ein Großteil der Bevölkerungen zu den ärmsten Menschen der Welt zählt.

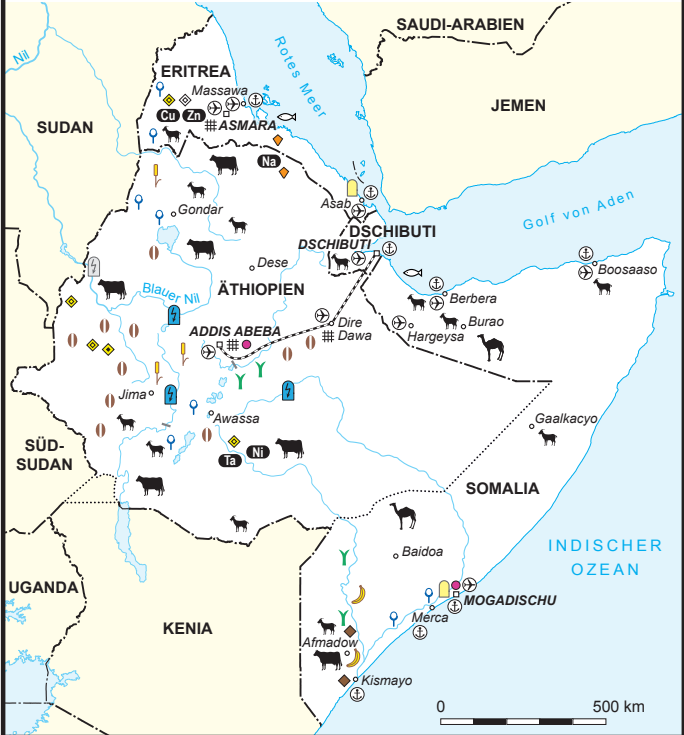
Subsistenzwirtschaft, Handel und internationale Investoren am Horn

Das Horn von Afrika ist eine der wirtschaftlich am schwächsten entwickelten Regionen der Welt. Im Index der menschlichen Entwicklung von 2018 belegen die Staaten Dschibuti, Äthiopien und Eritrea von 188 Staaten die Plätze 172, 173 und 179. Somalia, dessen staatliche Strukturen nach dem Sturz der Regierung 1991 faktisch nicht mehr existieren, wird aufgrund fehlender Daten im Index nicht einmal berücksichtigt. Inzwischen ist Äthiopiens Bevölkerung mit über 100 Millionen Menschen nach Nigeria zur zweitgrößten des Kontinents angewachsen. Trotz eines jährlichen Wirtschaftswachstums von fast zehn Prozent in den letzten fünf Jahren, ist immer noch ein Großteil der Äthiopier von Armut bedroht. Wie in den anderen drei Ländern ist die Volkswirtschaft vor allem subsistenzwirtschaftlich geprägt, also auf die bäuerliche Produktion für den Eigenbedarf ausgelegt. Besonders deutlich werden die Auswirkungen dieser Wirtschaftsform – die hauptsächlich auf Tauschhandel basiert – am Beispiel der minimalen Exportquoten der betroffenen Länder: Mit weniger als vier Milliarden Euro beträgt die Gesamtsumme aller Ausfuhren der afrikanischen Staaten am Horn von Afrika ungefähr drei Promille der deutschen Exporte. Dabei wird gut ein Drittel dieses bescheidenen Außenhandelsvolumens mit Kaffeebohnen, insbesondere aus Äthiopien, erzielt. Die wichtigsten Exportpartner sind die USA, China, Deutschland sowie die Golfstaaten. Zusätzlich verschärft wird die schlechte Lage der Volkswirtschaften am Horn durch die militärischen Auseinandersetzungen, die Rohstoffarmut und die in regelmäßigen Abständen wiederkehrenden Dürrekatastrophen.

Landwirtschaft

Alle Länder am Horn von Afrika sind hauptsächlich von den Erträgen aus der Landwirtschaft abhängig. Auch wenn sich die messbaren Anteile am Bruttoinlandsprodukt (BIP) unterscheiden, so sind weit über 70 Prozent der Bevölkerungen in diesem

Die Wirtschaft am Horn von Afrika



Industrie

- Nahrungsmittel
- ## Textil- und Bekleidung
- 🐟 Fischfang
- 🏭 Edölraffinerie (z.Zt. nicht in Betrieb)
- ⚡ Wasserkraftwerk
- 🏗️ Grand Ethiopian Renaissance Dam (GERD), im Bau
- ⚓ Seehafen

Verkehr

- für Wirtschaft wichtige Eisenbahnverbindung
- ✈️ internationaler Flughafen

Landwirtschaft

- 🌿 Baumwolle
- 🌾 Hirse/»Sorghum«
- 🌿 Zuckerrohr
- 🍌 Bananen
- ☕ Kaffee
- 🐪 Kamele
- 🐄 Rinder
- 🐐 Ziegen/Schafe

Rohstoffe/Bergbau

- Ⓣ Tantal (Coltan)
- Ⓝ Nickel
- Ⓝa Natrium (Salz)
- Ⓒu Kupfer
- Ⓩn Zink
- ⚡ Platin
- ⚡ Gold
- ⚡ Silber
- Ⓝ Kaliumcarbonat
- Ⓢ Holzkohle

© ZMSBw
08410-05

Sektor beschäftigt. Dabei beschränkt sich der klassische Ackerbau weitgehend auf das Hochland in Äthiopien und Eritrea. In den übrigen Gegenden, vor allem in den Trockengebieten Somalias und Dschibutis, lässt sich lediglich Weidewirtschaft betreiben. Die gesamte Region ist aufgrund der extremen klimatischen Bedingungen in außerordentlicher Weise von wiederkehrenden Dürreperioden betroffen, die in Verbindung mit Bodendegradation (Veränderung des Bodenprofils), militärischen Konflikten und verfehlter Landwirtschaftspolitik regelmäßig zu Hungerkrisen führen.

In Äthiopien sind rund 40 Prozent des BIP, etwa 80 Prozent der Exporte und rund 70 Prozent der Arbeitsplätze von der Landwirtschaft abhängig. Nicht selten kommt es in diesem Sektor zu extremen Formen der Kinderarbeit. Ähnlich stellt sich die Lage in Somalia dar: Die einseitige ökonomische Ausrichtung der Landwirtschaft führt zu einer hohen Abhängigkeit von der qualitativen und quantitativen Entwicklung dieser Branche sowie von schwankenden Weltmarktpreisen. Besonders dramatisch hat sich für Äthiopien der Preisverfall für Kaffeebohnen seit den 1990er-Jahren ausgewirkt. Bedingt durch die immer weiter steigende Nachfrage der Industrienationen, waren im Laufe der 1970er-Jahre weite Teile der äthiopischen Landwirtschaft – insbesondere im sehr fruchtbaren Hochland – auf diesen damals sehr lukrativen Rohstoff umgestellt worden. Gleichzeitig intensivierten aber auch die Kaffeebauern in Ostafrika, Südostasien, Mittel- und Lateinamerika ihre Produktion. Die Folge war zunächst ein harter Kampf um die Absatzmärkte und wenig später ein Preisverfall von über 75 Prozent. Unter diesem Wettbewerb litten insbesondere die nordostafrikanischen Kaffeebauern, die auf ihren kargen Böden nicht die Erträge und Qualitäten ihrer internationalen Konkurrenten erzielen konnten. Zwar gehört Kaffee noch immer zu den wichtigsten Exportprodukten Äthiopiens – nach Uganda ist Äthiopien Afrikas zweitwichtigster Exporteur. Viele Bauern haben ihre Produktion aber auch auf die Anpflanzung der wesentlich lukrativeren Khat-Pflanze (auch Abessinischer Tee genannt, eine vor allem im Jemen und in Somalia sehr beliebte Kaudroge) und der insbesondere in China, Europa und den USA nachgefragten Ölsaaten umgestellt.

Daneben ist in den tiefer gelegenen Wüsten und Halbwüsten des Landes das traditionelle Nomadentum verbreitet. Meistens treiben die Familien saisonal bedingt ihre Viehherden zwischen verschiedenen Weidegebieten hin und her. Dies gestaltet sich jedoch immer schwieriger, weil die Zahl der Weideflächen stetig abnimmt. In die Kritik geraten ist in diesem Zusammenhang vor allem die Zwangsumsiedlung von Teilen der Bevölkerung, um riesige Ackerflächen an ausländische Investoren verpachten zu können. Aufgrund der stetig wachsenden Gesamtbevölkerung werden indes von der lokalen Bevölkerung immer mehr Farmen für den Ackerbau benötigt. Jedoch werden diese mangels Alternativen häufig ineffizient, zum Teil mit traditionellen Formen wie etwa dem Pflugbau, bestellt.

Insbesondere die 30 Jahre andauernde militärische Auseinandersetzung um die Unabhängigkeit Eritreas von Äthiopien (1961–1991) hat wichtige Entwicklungen in der Region verhindert. Etliche Felder konnten auch deshalb nicht genutzt werden, weil viele Bauern auf beiden Seiten über Jahre hinweg Militärdienst leisten mussten oder in den Kämpfen umkamen. Obwohl der landwirtschaftliche Sektor weniger als zwölf Prozent des BIP Eritreas erwirtschaftet, beschäftigt er gut 80 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Die Hauptanbauggebiete sind das westliche Tiefland und das Hochland im Landesinneren. Dort wird Getreide, Kaffee, Baumwolle, Zuckerrohr, Mais, Gemüse und Obst vorwiegend zur Selbstversorgung angepflanzt.



Ein eritreischer Bauer pflügt südöstlich von Asmara sein Feld auf traditionelle Weise.



Noch problematischer ist die Situation in Somalia: Über die Hälfte der somalischen Bevölkerung ist auf der Suche nach Arbeit. Durch den Bürgerkrieg und die Zerstörung der staatlichen Strukturen wird die Landwirtschaft grundsätzlich nur als Subsistenzwirtschaft betrieben. Schätzungsweise 70 Prozent der Bevölkerung leben vom Agrarsektor und fast 60 Prozent des BIP werden hier erwirtschaftet. Viele Somalis gehen nomadischer Viehwirtschaft nach und halten je nach Gegend und Gelände Kamele, Schafe, Ziegen oder Rinder. In den Flusstälern des Südens ernährt man sich auch vom Ackerbau. Entlang der Küste gibt es viele Fischerdörfer, intensiver Fischfang existiert aber nur gelegentlich in der Nähe der größeren Hafenstädte. Erschwert wird dieser Lebenserwerb durch den illegalen Fischfang internationaler Trawlerflotten, auch wenn dessen genaue Ausmaße unbekannt sind.



In Dschibuti ist aufgrund der extremen geografischen Beschaffenheit des Landes sowie der herrschenden klimatischen Bedingungen Ackerbau nur begrenzt möglich. Selbst für die Bevölkerung muss Wasser aus Äthiopien importiert werden. Lediglich die Halbwüste im Landesinneren kann als Weideland für Viehherden genutzt werden, an der Küste ist punktuell der Fischfang verbreitet.



Trotz der herausragenden Bedeutung der Landwirtschaft für die Volkswirtschaften der Staaten am Horn von Afrika reicht die Produktion nicht aus, die Bevölkerung angemessen zu ernähren. Mit hohen finanziellen Aufwendungen, die in der Vergangenheit wiederholt das eigene Exportvolumen überschritten, müssen darum regelmäßig Lebensmittel eingeführt werden, um vor allem die immer wiederkehrenden Trockenperioden zu überbrücken.

Handel und Industrie

Handel und Industrie, die in den Industrienationen und in den Schwellenländern die Basis wirtschaftlichen Wohlstands bilden, tragen am Horn von Afrika zwar zwischen 40 und über 90 Prozent zum BIP der einzelnen Länder bei, gleichwohl dienen sie immer noch zur Unterstützung der Landwirtschaft und des innerstaatlichen Handels. Die Weiterverarbeitung landwirtschaft-

 Länderinformation Äthiopien	
Landesname:	Demokratische Bundesrepublik Äthiopien (Ityop'iya Federalawi Demokrasiyawi Ripeblik)
Hauptstadt:	Addis Abeba, ca. 4,4 Mio. Einwohner (2018)
Unabhängigkeit:	-
Staats- und Regierungsform:	Föderale Republik
Landessprachen:	Amharisch, Englisch, über 70 Regionalsprachen
Staatsoberhaupt:	Sahle-Work Zewde (seit 25.10.2018)
Regierungspartei:	Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF)
Fläche (Grenzen teilweise umstritten):	1 100 000 km ²
Bevölkerung:	105 Mio. Einwohner (2017)
Bevölkerungswachstum:	2,5% (2017)
Bevölkerung 0 – 14 Jahre:	41% (2017)
Lebenserwartung:	65 Jahre (2016)
Größte Ethnien:	34% Oromo, 27% Amhara, 6% Somali, 6% Tigray
Religionen:	44% Äthiopisch-orthodoxe Christen, 34% Muslime, 19% Protestanten
Alphabetisierungsrate ab 15 Jahre und älter:	49% (2015)
HIV-Prävalenz der 15 – 49-Jährigen:	1% (2017)
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in US-Dollar (im Kurs von 2010):	550 (2017)
Wachstum Bruttoinlandsprodukt jährlich:	10,3% (2017)
Anteil der Bevölkerung mit weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag:	33,6% (2016)
Beschäftigte in der Landwirtschaft:	68% (2017)
Personen in gefährdeter Beschäftigung:	88% (2018)
Export von Waren und Dienstleistungen in % des BIP:	8% (2017)
Exportgüter:	Getreide, Kaffee, Ölsaaten, Baumwolle, Leder, Gemüse inklusive Khat, Gold
Größte Exportpartner:	Sudan, Schweiz, China
Importe von Waren und Dienstleistungen in % des BIP:	24% (2017)
Importgüter:	Maschinen, Metall und Metallprodukte, elektrische Materialien, Erdölprodukte
Größte Importpartner:	China, Saudi-Arabien, Indien
Mobilfunkverträge pro 100 Personen:	60 (2017)
Index der menschlichen Entwicklung von 189 Staaten:	173 (2018)
Korruptionswahrnehmungsindex von 180 Staaten:	114 (2018)
Rangliste der Pressefreiheit von 180 Staaten:	150 (2018)
Größe der Streitkräfte:	138 000 (2018)
Verteidigungsbudget in US-Dollar:	492 Mio. (2017)
Quellen: African Economic Outlook (2018); AA (2018); CIA World Factbook (2018); Military Balance (2018); Reporter ohne Grenzen (2018); Transparency International (2018); UNDP (2018); Weltbank (2018). Die meisten der hier gerundeten Angaben sind Schätzungen und variieren je nach Quelle, sie sind daher mit Vorsicht zu gebrauchen.	
	

 Länderinformation Dschibuti	
Landesname:	Republik Dschibuti (République de Djibouti)
Hauptstadt:	Dschibuti, ca. 600 000 Einwohner (2018)
Unabhängigkeit:	27.6.1977 von Frankreich
Staats- und Regierungsform:	Präsidentialrepublik
Landessprachen:	Französisch und Arabisch (offizielle Sprachen), Somali, Afar
Staatsoberhaupt:	Ismail Omar Guelleh (seit 8.5.1999)
Regierungspartei:	Union pour Majorité Présidentielle (UMP)
Fläche (Grenzen teilweise umstritten):	23 200 km ²
Bevölkerung:	960 000 Einwohner (2017)
Bevölkerungswachstum:	1,5% (2017)
Bevölkerung 0 – 14 Jahre:	31% (2017)
Lebenserwartung:	62 Jahre (2017)
Größte Ethnien:	60% Somali (Issa), 35% Afar, 5% Andere
Religionen:	94% Muslime, 6% Christen
Alphabetisierungsrate ab 15 Jahre und älter:	keine Angaben
HIV-Prävalenz der 15 – 49-Jährigen:	1,3% (2017)
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in US-Dollar (im Kurs von 2010):	1 580 (2016)
Wachstum Bruttoinlandsprodukt jährlich:	4% (2017)
Anteil der Bevölkerung mit weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag:	22,5% (2018)
Beschäftigte in der Landwirtschaft:	30% (2017)
Personen in gefährdeter Beschäftigung:	39% (2017)
Export von Waren und Dienstleistungen in % des BIP:	34% (2017)
Exportgüter:	Re-Exporte, Felle und Häute, Altmetall
Größte Exportpartner:	Äthiopien, Somalia, Katar
Importe von Waren und Dienstleistungen in % des BIP:	74% (2017)
Importgüter:	Nahrungsmittel, Getränke, Transportgeräte, Chemikalien, Erdölprodukte, Kleidung
Größte Importpartner:	Vereinigte Arabische Emirate, Frankreich, Saudi-Arabien
Mobilfunkverträge pro 100 Personen:	39 (2017)
Index der menschlichen Entwicklung von 189 Staaten:	172 (2018)
Korruptionswahrnehmungsindex von 180 Staaten:	124 (2018)
Rangliste der Pressefreiheit von 180 Staaten:	173 (2018)
Größe der Streitkräfte:	10 450 (2018)
Verteidigungsbudget in US-Dollar:	keine Angaben
<p>Quellen: African Economic Outlook (2018); AA (2018); CIA World Factbook (2018); Military Balance (2018); Reporter ohne Grenzen (2018); Transparency International (2018); UNDP (2018); Weltbank (2018).</p> <p>Die meisten der hier gerundeten Angaben sind Schätzungen und variieren je nach Quelle, sie sind daher mit Vorsicht zu gebrauchen.</p>	
	

 Länderinformation Eritrea	
Landesname:	Eritrea (Hagere Ertra)
Hauptstadt:	Asmara, 900 000 Einwohner (2018)
Unabhängigkeit:	24.5.1993 von Äthiopien
Staats- und Regierungsform:	Präsidentialrepublik
Landessprachen:	Tigrinya, Arabisch, Englisch
Staatsoberhaupt:	Isaias Afewerki (seit 8.6.1993)
Regierungspartei:	People's Front for Democracy and Justice (PFDJ)
Fläche (Grenzen teilweise umstritten):	124 000 km ²
Bevölkerung:	6 Mio. Einwohner (2018)
Bevölkerungswachstum:	0,9% (2018)
Bevölkerung 0 – 14 Jahre:	40% (2018)
Lebenserwartung:	65 Jahre (2016)
Größte Ethnien:	55% Tigray, 30% Tigre, 4% Saho
Religionen:	60% Muslime, 30% Eritreisch-orthodoxe Christen, Katholiken, Protestanten
Alphabetisierungsrate ab 15 Jahre und älter:	74% (2015)
HIV-Prävalenz der 15–49-Jährigen:	0,6% (2017)
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in US-Dollar (im Kurs von 2016):	1 400 (2016)
Wachstum Bruttoinlandsprodukt jährlich:	3,7% (2017)
Anteil der Bevölkerung mit weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag:	keine Angaben
Beschäftigte in der Landwirtschaft:	84% (2017)
Personen in gefährdeter Beschäftigung:	46% (2017)
Export von Waren und Dienstleistungen in % des BIP:	14% (2011)
Exportgüter:	Gold und andere Mineralien, Lebendvieh, Sorghum, Textilien
Größte Exportpartner:	China, Indien, Südkorea
Importe von Waren und Dienstleistungen in % des BIP:	23% (2011)
Importgüter:	Maschinen, Erdölprodukte, Nahrungsmittel, Fertigwaren
Größte Importpartner:	Vereinigte Arabische Emirate, China, Saudi-Arabien
Mobilfunkverträge pro 100 Personen:	10 (2017)
Index der menschlichen Entwicklung von 189 Staaten:	179 (2018)
Korruptionswahrnehmungsindex von 180 Staaten:	167 (2018)
Rangliste der Pressefreiheit von 180 Staaten:	179 (2018)
Größe der Streitkräfte:	201 750 (2018)
Verteidigungsbudget in US-Dollar:	keine Angaben
<p>Quellen: African Economic Outlook (2018); AA (2018); CIA World Factbook (2018); Military Balance (2018); Reporter ohne Grenzen (2018); Transparency International (2018); UNDP (2018); Weltbank (2018).</p> <p>Die meisten der hier gerundeten Angaben sind Schätzungen und variieren je nach Quelle, sie sind daher mit Vorsicht zu gebrauchen.</p>	
	



Länderinformation Somalia

Landesname:	Bundesrepublik Somalia (Jamhuuriyadda Federaalka Soomaaliya)
Hauptstadt:	Mogadischu, ca. 2 Mio. Einwohner (2018)
Unabhängigkeit:	26.6.1960 Britisch-Somaliland, 1.7.1960 Italienisch-Somaliland, 1.7.1960 Vereinigung
Staats- und Regierungsform:	Bundesrepublik, Parlamentarische Demokratie
Landessprachen:	Somali, Arabisch, Englisch, Italienisch
Staatsoberhaupt:	Mohamed Abdullahi Mohamed »Farmaajo« (seit 8.2.2017)
Regierungspartei:	-
Fläche (Grenzen teilweise umstritten):	638 000 km ²
Bevölkerung:	15 Mio. Einwohner (2017)
Bevölkerungswachstum:	3% (2017)
Bevölkerung 0–14 Jahre:	46% (2017)
Lebenserwartung:	56 Jahre (2017)
Größte Ethnien:	85% Somali, 15% Bantu und andere Nicht-Somali
Religionen:	Sunnitische Muslime
Alphabetisierungsrate ab 15 Jahre und älter:	keine Angaben
HIV-Prävalenz der 15–49-Jährigen:	0,1% (2017)
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in US-Dollar (im Kurs von 2010):	450 (2016)
Wachstum Bruttoinlandsprodukt jährlich:	2,4% (2017)
Anteil der Bevölkerung mit weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag:	keine Angaben
Beschäftigte in der Landwirtschaft:	86% (2017)
Personen in gefährdeter Beschäftigung:	72% (2017)
Export von Waren und Dienstleistungen in % des BIP:	14% (2017)
Exportgüter:	Lebendvieh, Bananen, Felle, Fisch, Holzkohle, Altmittel
Größte Exportpartner:	Oman, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate
Importe von Waren und Dienstleistungen in % des BIP:	67% (2017)
Importgüter:	Fertigwaren, Erdölprodukte, Nahrungsmittel, Baustoffe
Größte Importpartner:	China, Indien, Äthiopien
Mobilfunkverträge pro 100 Personen:	46 (2016)
Index der menschlichen Entwicklung von 189 Staaten:	keine Angaben
Korruptionswahrnehmungsindex von 180 Staaten:	180 (2018)
Rangliste der Pressefreiheit von 180 Staaten:	168 (2018)
Größe der Streitkräfte:	19 800 (2018)
Verteidigungsbudget in US-Dollar:	keine Angaben

Quellen: African Economic Outlook (2018); AA (2018); CIA World Factbook (2018); Military Balance (2018); Reporter ohne Grenzen (2018); Transparency International (2018); UNDP (2018); Weltbank (2018).

Die meisten der hier gerundeten Angaben sind Schätzungen und variieren je nach Quelle, sie sind daher mit Vorsicht zu gebrauchen.

© ZMSBw
08415-06

licher Rohstoffe und ihre – auch internationale – Vermarktung bilden den Schwerpunkt. Darüber hinaus gibt es kleinere Industriebetriebe für Textilien, Chemikalien, Metallverarbeitung und Zement, deren Produkte hauptsächlich im Inland verbraucht werden.

Äthiopien ist nach der Abspaltung von Eritrea zu einem Binnenstaat geworden und hat dementsprechend keine eigene Anbindung an den internationalen Schiffsverkehr. Andererseits investiert die Regierung seit einigen Jahren massiv in die Infrastruktur und die Industrie ihres Landes. Durch den Aufbau großer Industrieparks lockt sie internationale Firmen in der Leichtindustrie an, vor allem im Fertigungssektor und der Textilindustrie. Die Standortnachteile können zum Teil durch geringe Fixkosten für Personal, Mieten und Steuern ausgeglichen werden.

Ein weiteres Problem stellen wichtige Wirtschaftszweige dar, die in der sozialistischen Phase Äthiopiens in staatliche Hand übergegangen sind und heutzutage noch immer als staatliches Monopol existieren. Die Telekommunikations-, Banken-, Versicherungs- und Transportbranchen erschweren durch überholte und sehr bürokratische Vorgehensweisen immer wieder dringend benötigte privatwirtschaftliche Investitionen und Innovationen. Ein Beispiel für eine erfolgreiche Verwandlung eines Staatskonzerns ist der Aufstieg von »Ethiopian Airlines« zu einer der größten Fluggesellschaften des afrikanischen Kontinents. Durch massive Zuschüsse der Regierung in Addis Abeba wurde die Flotte modernisiert und massiv vergrößert. Das Personal wurde weltweit ausgebildet und internationalen Standards angepasst. Mittlerweile fliegt Ethiopian Airlines im Gegensatz zu ihren afrikanischen Konkurrentinnen die meisten wichtigen Drehkreuze und Ziele weltweit an.

Mithilfe ausländischer Kredite wurde in den vergangenen Jahren in Äthiopien vor allem in infrastrukturelle Großprojekte investiert. China, seit Anfang des 21. Jahrhunderts einer der wichtigsten Handelspartner Äthiopiens, unterstützte beispielsweise die Modernisierung der 750 Kilometer langen Eisenbahnstrecke zwischen Addis Abeba und Dschibuti am Roten Meer und den Bau einer Stadtbahn in der Hauptstadt Addis Abeba. Große Hoffnung legt die Regierung außerdem auf die Fertigstellung der rund fünf Milliarden US-Dollar teuren Talsperre



picture alliance/AA/Minasse Wondimu Hailu

Der »Grand Ethiopian Renaissance Dam« am Blauen Nil wird bei seiner Fertigstellung das größte Wasserkraftwerk des afrikanischen Kontinents sein.

»Grand Ethiopian Renaissance Dam« (GERD). Mit einer erwarteten Leistung von 6000 Megawatt soll der Nil-Staudamm unweit der sudanesischen Grenze nicht nur ausreichend Energie für die eigene Industrie und Bevölkerung liefern – bisher hat nur etwa ein Drittel der Bevölkerung Zugang zu Elektrizität –, sondern auch den Export in die Nachbarländer ermöglichen. Ungewisse ökologische Folgen bringen aber vor allem Ägypten, das vollkommen vom Wasser des Nils abhängig ist und gravierende Auswirkungen für das Leben seiner Bevölkerung befürchtet, gegen die äthiopischen Pläne auf. Zudem halten die Entwicklungserfolge nicht Schritt mit dem rasanten Wachstum der Bevölkerung. Äthiopien investierte in den vergangenen Jahrzehnten zwar verstärkt in den Bildungssektor, dennoch fehlen dringend benötigte berufliche Perspektiven für Zehntausende Jugendliche, die jedes Jahr auf den Arbeitsmarkt strömen. Bereits heute liegt die Jugendarbeitslosigkeit zwischen 25 und 50 Prozent.

Im Gegensatz zu seinen Nachbarn verfügt Eritrea, wenn auch in geringen Mengen, über Bodenschätze wie Gold, Kupfer oder Zink, die vor allem von einer kanadischen Firma und verschiedenen chinesischen Konzernen gefördert werden. Die Industrie des Landes besteht zum größten Teil aus Klein- und Kleinstunternehmen. Dienstleistungen stellen mit fast 60 Pro-

zent den größten Anteil des BIP. Die Häfen Asab und Massawa gelten nach der Annäherung mit Äthiopien wieder als Hoffnungsträger für einen wirtschaftlichen Aufschwung und die Anhebung des Lebensstandards. Zudem haben sie im Zuge des jemenitischen Bürgerkriegs strategische Bedeutung für die dort kämpfende saudische Militärallianz bekommen. Die autoritäre Staatsführung, das Ausbleiben demokratischer Reformen und internationale Sanktionen, die zwischen 2009 und 2018 wegen der eritreischen Unterstützung für radikale Gruppierungen am Horn sowie des Grenzstreits mit Dschibuti verhängt worden waren, haben das Wirtschaftswachstum nachhaltig gehemmt. Die meisten Betriebe sind verstaatlicht oder unter Kontrolle der Regierungspartei und geben nur geringen Raum für ausländische Investoren. Ein Teil der erwerbstätigen Bevölkerung wird zum Wehrdienst einberufen und arbeitet gegen geringes Entgelt in der staatlichen Produktion. Eine wichtige Rolle spielt auch die eritreische Diaspora in Europa. Durch eine umstrittene Einkommensbesteuerung von zwei Prozent, die durch die jeweiligen Botschaften eingezogen wird, trägt die Diaspora auf diese Weise unfreiwillig wesentlich zum Staatshaushalt bei.

Somalias bescheidene Industrie – vor allem Lebensmittel verarbeitende Betriebe – wurde im Verlauf der Bürgerkriege fast vollständig zerstört; Warlords verkauften industrielle Anlagen als Altmetall. Der Handel hingegen blüht heute wieder und entwickelt merkwürdige Blüten: So gehören die somalischen Gebiete zu den am besten mit drahtloser Telekommunikation ausgestatteten Regionen Afrikas. Ein Großteil des somalischen Wirtschaftskreislaufs besteht jedoch aus Bargeldökonomie und greift auf den US-Dollar zurück. Erstaunlicherweise blieb der Wechselkurs zwischen somalischen Schilling und US-Dollar in den vergangenen Jahren relativ konstant. Der wohl produktivste Wirtschaftszweig des Landes ist seit Jahrzehnten der Export von Lebewild in die angrenzenden Staaten. Mit gut fünf Millionen exportierter Tiere, vor allem Ziegen und Schafe, fallen auf ihn rund 80 Prozent aller Exporte und etwa 40 Prozent des BIP. Dementsprechend sind die Häfen des Landes die größte Einkommensressource der Regierung. Insgesamt bleibt die somalische Wirtschaft von Importen abhängig. Vor allem Nahrungsmittel, Baumaterialien und Treibstoff müssen teuer importiert

und meist durch Rücküberweisungen (engl.: remittances) der somalischen Diaspora finanziert werden. Mit weit über einer Mrd. US-Dollar jährlich trägt die Diaspora einen beträchtlichen Anteil am somalischen Wirtschaftsleben bei, bedenkt man das BIP von derzeit rund sieben Mrd. US-Dollar.

Weil mehr als die Hälfte der Bevölkerung an Armut leidet und rund zwei Drittel der Jugendlichen ohne Arbeit leben, sind viele Somalis bei der Verpflegung, der medizinischen Versorgung oder der Bezahlung von Bildung auf ihre Verwandten in Nordamerika, Europa und der Arabischen Halbinsel angewiesen. Problematisch ist jedoch, dass viele Staaten internationale Geldtransaktionen erschweren, um damit die Finanzierung radikaler Gruppierungen zu unterbinden. Folglich sind die Möglichkeiten für Rücküberweisungen massiv eingeschränkt. Ein weiteres Problem für die wirtschaftliche Entwicklung ist, dass ohne etablierte staatliche Institutionen und Organe Unsicherheiten bei Aushandlungsprozessen bestehen. Dies hat zufolge, dass Korruption auf jeder Ebene des Staatsapparats an der Tagesordnung ist, weswegen Somalia im Korruptionswahrnehmungsindex wiederholt als das korrupteste Land der Erde geführt wurde.

Dschibuti verfügt, abgesehen von einigen Mineralien (insbesondere Salz), über keine nennenswerten Bodenschätze, ebenso wenig über industrielle Produktion. Telekommunikation, Wasser und Elektrizität sind im Besitz staatlicher Firmen. Bürokratische Hürden, hohe Elektrizitätskosten und fehlendes personelles Know-how erschweren den Wirtschaftsaufbau in dem kleinen Land am Roten Meer zusätzlich. Folglich ist Dschibuti in hohem Maße vom Handel mit seinen Nachbarländern und hier vor allem von Äthiopien abhängig. Neben Wasser liefert das Nachbarland beispielsweise einen Großteil des Stroms. Zugute kamen Dschibuti lange Zeit die Spannungen zwischen Eritrea und Äthiopien: Über 95 Prozent des äthiopischen Außenhandels wurden bis 2018 über Dschibutis ausgebaute Hafenanlagen abgewickelt. Hinzu kommen Freihandelszonen, die es internationalen Firmen erlauben, ohne die Zahlung von Körperschaftssteuern den Warenfluss sicherzustellen. Insgesamt erwirtschaftet der Dienstleistungssektor nahezu drei Viertel des BIP. Von zentraler Bedeutung sind hierbei neben dem Hafen auch der Flughafen und die vollkommen modernisierte Eisenbahnlinie zwischen Dschibuti



Die von chinesischen Firmen ausgebaute Strecke Addis Abeba–Dschibuti ist die erste moderne elektrifizierte Eisenbahnstrecke Afrikas.

und Addis Abeba. Welche Folgen die Annäherung der Länder am Horn für Dschibuti haben wird, ist derzeit noch nicht abzusehen. Die vermutlich größte Einnahmequelle für die Regierung ist indes die strategische Lage des Landes an der Meerenge Bab el-Mandeb. Nicht nur die USA, sondern seit 2017 auch China haben hier ihre offiziell einzigen permanenten Stützpunkte in Afrika. Neben der Verpachtung des Landes bringen die Stützpunkte über die Nachfrage nach Dienstleistungen und Waren wichtige Devisen im Umfang von rund einhundert Millionen US-Dollar ein – rund sechs Prozent des BIP. Da die Regierung für die Aufrechterhaltung der genannten Einnahmen nicht auf eine produktive Bevölkerung angewiesen ist, regiert sie faktisch seit der Unabhängigkeit autokratisch und sichert ihren Machterhalt auf Kosten der größtenteils noch immer unter Armut leidenden Bevölkerung. So fehlt beispielsweise mehr als jedem zweiten Dschibuti der Zugang zu Elektrizität und eine Arbeit.

Ausblick

Potenzial für einen Aufschwung am Horn besitzt vor allem Äthiopien durch seine schiere Masse an Erwerbsbevölkerung. Mit einer relativen Einkommenssteigerung könnte das Land

auf absehbare Zeit auch für internationale Firmen und Investoren interessant werden. So schielt beispielsweise Volkswagen auf einen verstärkten Absatz in Äthiopien. Dschibuti setzt auf seinen Hafen und internationale Investoren. Die Geldgeber aus den USA, China und den Golfanrainerstaaten wollen den Kleinstaat zu einem Freihafen und zu einer Basis an der wichtigsten Schifffahrtsroute des Welthandels ausbauen. Hoffnungen werden zudem in ein milliardenschweres Erdgasprojekt mit einer chinesischen Firma gesteckt. Die somalische Regierung und internationale Konsortien suchen derzeit ebenfalls nach Gas- und Ölvorkommen vor der Küste, die eine willkommene Einnahmequelle wären.

Ein weiteres Zeichen der Hoffnung sind von der Europäischen Union angeschobene Windkraftanlagen- und Bewässerungsprojekte (unter anderem Meerwasserentsalzungsanlagen und Versorgungspipelines), die die Menschen am Horn in die Lage versetzen sollen, ihre Haupterwerbsquelle, die Landwirtschaft, weiter auszubauen und zu stärken. Mittelfristig könnte auf diese Weise zumindest eine Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln – weitgehend unabhängig von klimatischen Einflüssen – sichergestellt werden. Zur Verwirklichung solcher wirksamer, aber auch kostenträchtiger Maßnahmen fordern die Vereinten Nationen und die OECD seit Ende der 1980er-Jahre von den Ländern, die sie unterstützen wollen, eine gute Regierungsführung (good governance): den Aufbau arbeitsfähiger staatlicher Institutionen und Strukturen, die eine zielgerichtete Verwendung der Hilfen garantieren.

Diese wirtschaftlichen Hoffnungen erhalten bei der Betrachtung der schwierigen politischen Lage und den stetigen Spannungen in den einzelnen Ländern am Horn von Afrika einen gewaltigen Dämpfer. Es ist unwahrscheinlich, dass die in allen Ländern noch immer bestehenden tiefgreifenden strukturellen, politischen und volkswirtschaftlichen Probleme in naher Zukunft überwunden werden können. Die größten Hemmnisse sind neben den immer wiederkehrenden Dürreperioden autoritäre Regierungen, Korruption und die Gefahr von neuen gewalttätigen Konflikten.

Dieter H. Kollmer



picture alliance/AA/Mhassa Wondimu Hallu

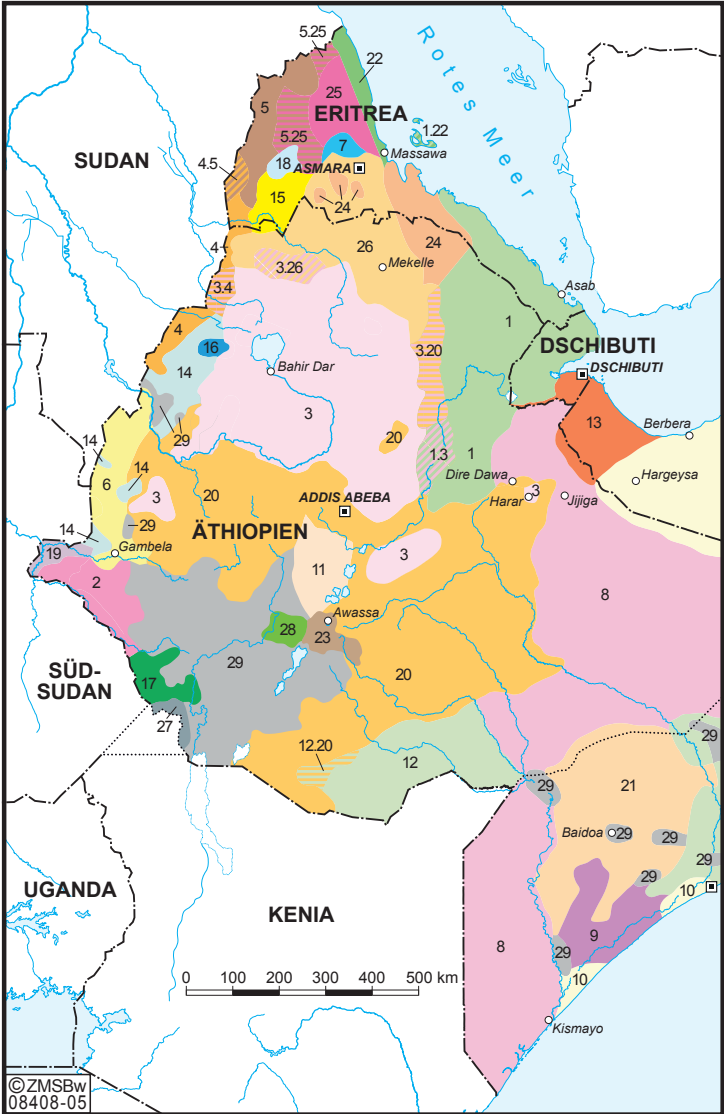
Die Staaten am Horn von Afrika setzen sich aus sehr unterschiedlichen Ethnien und Clans zusammen – im Bild Oromo-Frauen in traditionellen Kleidern. Oft überlappen ethnische Zuordnungen mit unterschiedlichen Religionszugehörigkeiten. In den häufig ausbrechenden Konflikten in der Region wird beides oft zur Mobilisierung von Menschen missbraucht. Den verschiedenen Gesellschaften und Regierungen ist es trotz jahrzehntelanger Bemühungen nicht gelungen, die verschiedenen Ethnien, Clans und Subclans so zu einen, dass sich das gesamte Horn politisch und wirtschaftlich in einem friedlichen Miteinander entwickeln könnte. Vielmehr haben sich Ethnien und Clans als organisierte Interessengruppen die neu entstandenen Staatswesen angeeignet und drohen diese zu untergraben oder deren Zusammenhalt auszuhöhlen.

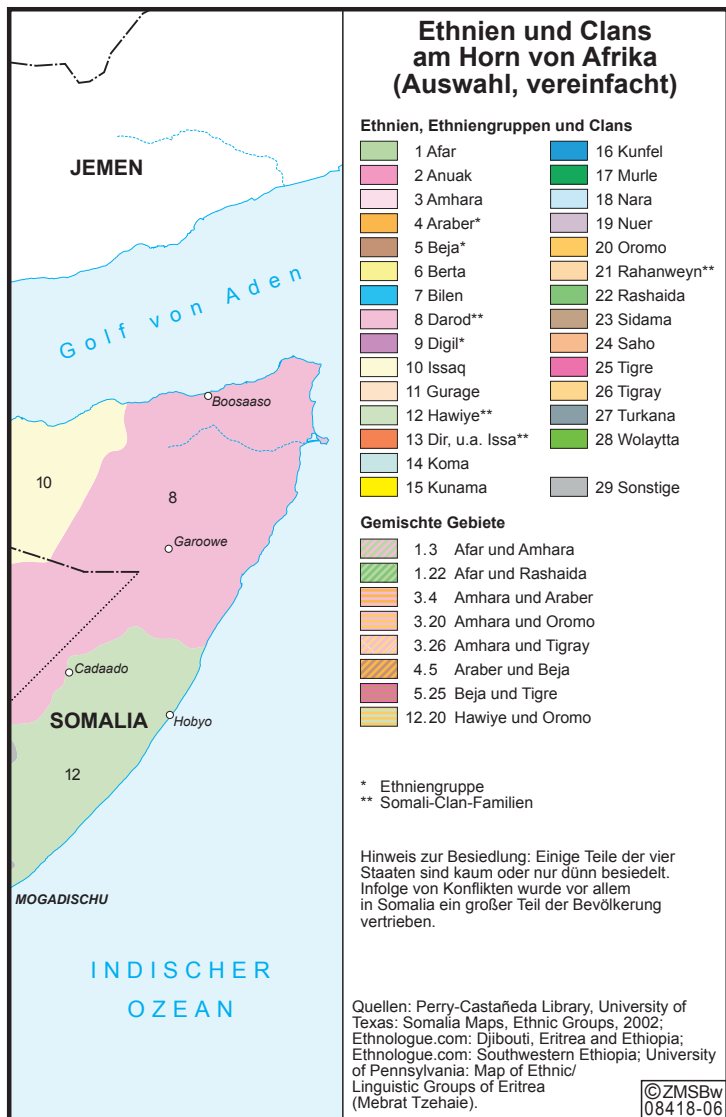
■ Clanstrukturen und ethnische Gruppen am Horn von Afrika

Die Region am Horn von Afrika ist kulturell und politisch von einer großen Vielfalt ethnischer und clanorientierter Identitäten geprägt. Äthiopien und Eritrea sind – ebenso wie beispielsweise Kenia oder die beiden sudanesischen Staaten – multiethnische Länder, während das zerfallene Somalia zwar früher wegen seiner ethnischen Homogenität als »einzig wahrer Nationalstaat Afrikas« gepriesen wurde, jedoch in zahllose Clansegmente zersplittert ist. Zudem leben die Somalis aufgrund der willkürlich gezogenen Grenzen in der Kolonialzeit auch weit über die Grenzen des heutigen somalischen Territoriums hinaus in den Nachbarländern Kenia, Äthiopien und Dschibuti.

Bei ethnischen Gruppen und Clans handelt es sich um »vorgestellte Gemeinschaften«, die überwiegend schon lange vor der Kolonialzeit existierten. Zwar stützen diese gemeinschaftlichen Gruppierungen ihren Geltungsanspruch und ihre Abgrenzung vielfach auf Gemeinsamkeiten wie Sprache, kulturelle Traditionen und Abstammung. Dennoch handelt es sich nicht um historisch zwangsläufige Formen der gesellschaftlichen Organisation. Neue Ethnien und Clans (beziehungsweise ihre Untergruppierungen) entstehen, teilen sich oder gewinnen unter veränderten Rahmenbedingungen wieder in neu zusammengesetzter Form an Bedeutung. In diesem Sinne wird die wandelbare gesellschaftliche Zusammensetzung und Mobilisierung von ethnischen Gruppen und Clanzugehörigkeiten auch als »soziale Ressource« beschrieben, die sich für politische, wirtschaftliche und selbst militärische Zwecke einsetzen lässt.

Während am Horn von Afrika die gemeinsame Sprache sehr häufig ein entscheidendes Element der ethnischen Abgrenzung zwischen verschiedenen Gruppen bildet, wird das Zuordnungsprinzip von Clans durch die Abstammung in väterlicher Linie bestimmt. Clans können auch als Verwandtschaftsverbände innerhalb ethnischer Gemeinschaften beschrieben werden. Sie haben vor allem unter den Viehhirten in der Region hohes Gewicht. Zugleich sind Clan- und ethnische Zugehörigkeit häufig – aber keineswegs zwangsläufig – verflochten mit religiöser Über-





einstimmung, sozio-professioneller Betätigung (etwa Landbau/Viehhaltung) und territorialer Herkunft.

In ihrer gesellschaftlichen Bedeutung als sich abgrenzende Gemeinschaften ähneln sich Clans und Ethnien in vieler Hinsicht, sie ließen sich sogar gemeinsam unter einem breit angelegten Ethnienbegriff erfassen. Auffallend ist jedoch die Dynamik, mit der Identitäten im verschachtelten System der Clans und Subclans an Gewicht gewinnen und verlieren können. Dies beruht unter anderem darauf, dass jeder gemeinsame Vorfahre Ausgangspunkt einer Solidargemeinschaft sein kann, es also zum Teil sehr unterschiedliche Definitionen von Gemeinschaften gibt. Angefangen von der erweiterten Familie vergrößert sich die Bezugsgruppe mit jeder zurückliegenden Generation über »lineages« (Abstammungslinien) und Subclans bis zu den Clans (zehn und mehr Generationen) und den Clanfamilien. Letztere umfassen etwa im Falle der Somalis das gesamte Volk, auch jenseits der somalischen Staatsgrenze. Welches Zuordnungsprinzip bei Konflikten den Bezugsrahmen bildet, hängt von der akuten Situation ab. Brüder bleiben im Streit unter sich, Cousins ziehen ihre Brüder mit hinein, etc. Je entfernter die Verwandtschaft zwischen Personen oder Gruppen, die gegeneinander Konflikte

picture alliance/Yvan Travers/akg-images



Eine amharische Hochzeitsgemeinschaft in Gondar, Äthiopien.

austragen, desto größer die Einheit, die als Solidargemeinschaft dient.

Clans und Ethnien bestehen zwar jeweils aus zahlreichen Personen, aber nur letztere können streng genommen als familienübergreifend bezeichnet werden. Demgegenüber zerfallen die Clangesellschaften bei näherem Hinsehen in eine Vielzahl von Familienverbänden. Diese Strukturen stellen enorme Integrationsanforderungen an die Schaffung von Staaten am Horn von Afrika, nicht zuletzt da, wo sich diese mit einer ungleichen Verteilung politischer Macht oder ökonomischer Stellung verbinden. Durch die willkürliche Grenzziehung in kolonialer Zeit sind ethnische Lebensräume zudem zerschnitten worden und vielschichtige Verhältnisse zwischen Minderheiten und Mehrheiten entstanden.

Äthiopien

Die ethnische Zusammensetzung Äthiopiens ist äußerst heterogen. Der Zensus von 2007 erfasst 85 Gruppen, die als unterschiedliche Ethnien identifiziert werden. Allerdings machen viele dieser Gruppen nur einen verschwindend geringen Bevölkerungsanteil aus – teilweise haben sie nicht mehr als einige wenige Tausend Angehörige. Aktuellere Zahlen sind derzeit nicht verfügbar. Weitgehend anerkannt ist, dass die Angehörigen der Oromo mit ca. 35 bis 45 Prozent die größte Ethnie bilden, gefolgt von Amhara (25 bis 30 Prozent), Sidama und Tigray (je sechs bis acht Prozent). Gurage, Wolayta, Somali und Afar werden auf jeweils zwei bis sechs Prozent geschätzt, während die mehr als 75 weiteren Ethnien zusammen weniger als ein Prozent der Bevölkerung ausmachen. Mehr als 40 dieser ethnischen Gruppen wurden mit den Gurage, Sidama und Wolayta in der Südregion »Southern Nations, Nationalities and People's Region« (SNNPR) zusammengefasst, in der mittlerweile über 18 Millionen Menschen leben sollen.

Innerhalb der ethnischen Gemeinschaften Äthiopiens kann die regionale Herkunft als identitätsbegründendes Merkmal mitunter wichtiger sein als sprachlich-kulturelle Gemeinsamkeiten. Dies ist insbesondere unter den Amhara und Oromo von

Die Königreiche der Oromo

Die Oromo sind eine aus vielen Untergruppen bestehende Ethnie, die durch eine gemeinsame Sprache (Afaan Oromoo), gemeinsame Herkunftslegenden sowie durch eine Vielzahl von politischen und religiösen Traditionen geprägt ist. Neben von Ältestenräten verwalteten Gebieten wurden bereits früh eigene Staaten gegründet. Nachdem im 16. Jahrhundert einige Oromo in der Armee des Reiches Adal gekämpft hatten, begann mit dessen Niedergang der Aufstieg verschiedener Oromo-Gruppen. Die Oromo lebten zunächst südöstlich des alten äthiopischen Reiches, vor allem im weitgehend autonomen Sultanat Baalee. Ein großer Teil von ihnen war nach einem hochkomplexen System organisiert, das sie »Gadaa« nannten. Es war auf die politische und soziale Gleichheit der Gemeinschaft ausgerichtet und teilte die männlichen Oromo hinsichtlich ihres Alters in verschiedene Generationenklassen. Da Äthiopien in dieser Phase durch interne Machtkämpfe geschwächt war, konnten weite Gebiete von den effizient organisierten Oromo-Gruppen übernommen werden. Die südwestliche äthiopische Grenzprovinz Innarya wurde zum Oromo-Land Limmuu-Innarya, benannt nach der dominierenden Gruppe Limmuu. Das äthiopische Hochland Amhara kam weitgehend unter Kontrolle der Walloo, einer weiteren Untergruppe der Oromo, und ist heute eine der bekanntesten äthiopischen Provinzen (Wollo). Anders als die meisten von Oromo eingenommenen Gebiete blieb Wollo Teil Äthiopiens, während sich die anderen Gebiete politisch eigenständig entwickelten.

Die zum Teil friedliche, zum Teil kriegerische Expansion hatte zur Folge, dass die Oromo neue Organisationsformen annahmen. Ab dem 17. Jahrhundert begann in manchen Gebieten eine Hierarchisierung. Gadaa-Führer, denen es gelang, ihre Hausmacht durch die Kontrolle wichtiger Handelswege auszubauen, gründeten Fürstentümer und größere Königreiche, insbesondere im Südwesten des heutigen Äthiopiens. Diese Kleinstaaten verbündeten sich per Heirat, pflegten Diplomatie und führten Kriege. Sie verbanden sich mit internationalen muslimischen Handelsnetzen, die vielfach den Islam einführten. Eines der wirtschaftlich erfolgreichsten Königreiche war das nach ihrem wichtigsten Sultan benannte Jimmaa Abbaa Jiffaar. Als Äthiopien unter Kaiser Menelik II. im späten 19. Jahrhundert die Oromo-Gebiete eroberte, verbündete sich Jimmaa mit dem äthiopischen Kaiser. Jimmaa

Abbaa Jiffaar konnte als autonomes Königreich bis 1932 fortbestehen. Danach wurde auch hier die lokale Dynastie abgesetzt und eine Periode kultureller und ökonomischer Unterdrückung der Oromo eingeleitet und Reste ihres Staatswesens beseitigt.

Wichtig waren auch die im 19. Jahrhundert existierenden kleinen Königreiche Leeqaa-Neqemtee und Leeqaa-Qellem im heutigen Westäthiopien, deren Eliten sich in den 1930er-Jahren auf ihre frühere Eigenstaatlichkeit beriefen und Widerstand gegen die äthiopische Staatsführung organisierten. Dass viele Bauern auf den Status von Leibeigenen der neu eingesetzten äthiopischen Großgrundbesitzer herabgesetzt wurden, war besonders entscheidend. Letztere beuteten die Ländereien mit Tributforderungen aus und wurden in der amharischen Sprache »neft'ennya«, Waffenmänner, genannt. Gefördert von Politikern der Oromo vermischt sich heute die Erinnerung an die Eigenstaatlichkeit der Oromo-Staaten mit der fortbestehenden Praxis des Gadaa-Systems zur politisch motivierten Legende einer – allerdings in dieser Form konstruierten – frühen geeinten Oromo-Gemeinschaft, zu der die im äthiopischen Vielvölkerstaat lebenden Oromo nun wieder zurückkehren sollten.

WS

Bedeutung. Unter den Oromo wird zudem zwischen verschiedenen »Stämmen« unterschieden, die sich weiter in Teil- und Untergruppen bis hin in einzelne Clans gliedern. Diese »Stammesteile« siedeln weitgehend in separaten Gebieten.

Die Eingliederung benachbarter Staatswesen und militärisch unterlegener Gruppen in das expandierende äthiopische Kaiserreich prägt das soziale Miteinander im Staat bis heute. Die politisch-militärische Expansion hatte sowohl eine ethnische Dimension (etwa Amhara und Tigray als Siedler gegen Oromo und andere südliche Ethnien als ansässige Bevölkerung) als auch eine religiöse (orthodoxes Christentum gegen den Islam). Zwar konnten einzelne Angehörige der gegen Ende des 19. Jahrhunderts unterworfenen Gesellschaften sozial aufsteigen, aber nur unter weitgehender Aufgabe ihrer eigentlichen Identität, beispielsweise zugunsten der amharischen Sprache. So sind die Oromo als größte Volksgruppe auf nationaler Ebene bislang politisch stets unterrepräsentiert geblieben.

Äthiopisch-Orthodoxe Kirche

Die älteste christliche Kirche Afrikas ist die äthiopisch-orthodoxe Kirche. Sie hat ihren Ursprung im spätantiken Reich von Aksum. Diese bereits in vorchristlicher Zeit gegründete und im heutigen Norden Äthiopiens gelegene Stadt war ab Mitte des 4. Jahrhunderts eine der christlichen Hauptstädte, nachdem König Ezana (Regierungszeit vermutlich zwischen ca. 320 und 350) zum Christentum konvertiert war. Zwei syrische Sklaven aus Tyros im Libanon, Frumentius und Aidesios, die am Königshof als Erzieher wirkten, hatten ihm die christliche Botschaft verkündet. Frumentius wurde danach von Athanasius von Alexandria zum ersten äthiopischen Bischof geweiht. König Ezana erklärte das Christentum zur Staatsreligion. Das Königreich Aksum, zu dem damals Teile des heutigen Nordäthiopiens und Eritreas sowie zeitweilig auch Regionen Südarabiens gehörten, hatte seine Blütezeit bis ins 6. Jahrhundert, als König Kaleb die bedrängten Christen Südarabiens militärisch unterstützte. Die Vorherrschaft des Reiches Aksum wurde zum Ende des 6. Jahrhunderts zunächst durch die Eroberungen der Perser und dann mit dem Vordringen der muslimischen Araber beendet. Nachdem König Kaleb abgedankt hatte, trat er als Mönch in ein Kloster ein. Er wird als der größte Heilige der äthiopisch-orthodoxen Kirche verehrt.

Die Stadt Aksum gilt den äthiopisch-orthodoxen Christen als heilig. Bis zur Zeit des letzten Kaisers Haile Selassie I. im 20. Jahrhundert war sie die Stätte der Krönungen der äthiopischen Könige. Mit dem Abstieg von Aksum erhielten auch andere Orte religiöse Bedeutung. In Lalibela schufen die Gläubigen im 13. Jahrhundert elf monolithische Felsenkirchen, die nicht auf traditionelle Weise erbaut, sondern aus dem bestehenden Felsen herausgehauen wurden. 1978 zum UNESCO-Weltkulturerbe ernannt, ziehen sie heute Pilger und Touristen gleichermaßen an.

Gegenwärtig gehört knapp die Hälfte der Bevölkerung Äthiopiens der äthiopisch-orthodoxen Kirche an, die jedoch nicht nur vom Islam, sondern auch von anderen christlichen Kirchen Konkurrenz erfährt. Bezeichnenderweise gehörte der ehemalige Premierminister Hailemariam Dessalegn nicht der äthiopisch-orthodoxen Kirche, sondern der Pfingstbewegung an – sein Nachfolger Abiy Ahmed hat hingegen muslimische Wurzeln, ist aber Protestant.

HS

Auch die Diktatur Mengistu Haile Mariams stützte sich im Kern auf die Vorherrschaft der Amhara. Zwar wurde diese 1991 gestürzt, Äthiopien seither von einer multi-ethnischen Parteienallianz geführt und allen Gruppen formal die Selbstverwaltung (bis hin zur Sezession) zugestanden. In der Praxis aber brachte der dezentralisierte, sogenannte ethnische Föderalismus eine verstärkte »Ethnisierung« der Politik mit sich. Politische Parteien und Rebellengruppen wie die »Oromo Liberation Front« organisieren sich vielfach entlang ethnischer Linien. Die Festlegung der Verwaltungsbezirke, die diesen Kriterien folgte, brachte zahlreiche – auch gewalttätige – Konflikte mit sich und führte in einigen Gegenden sogar zu Vertreibungen. Das Machtzentrum des politischen Systems wurde bis zum Sommer 2018 überwiegend von der ehemaligen Befreiungsbewegung aus Tigray kontrolliert. Die politische und soziokulturelle Konkurrenz besteht zwischen den einzelnen sozialen Gruppen weiter (siehe den Beitrag von Ludger Schadomsky).

Eritrea

Die Herausbildung einer übergreifenden eritreischen Identität wurde geschichtlich durch die ethnisch-kulturelle Vielfältigkeit der Gesellschaft erschwert. Im Zuge des Befreiungskampfes von Äthiopien zwischen 1961 und 1991 konnte dieses Problem aber durch die Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen zunächst überwunden werden.

Verlässliche Daten über die ethnische Zusammensetzung der mittlerweile unabhängig gewordenen eritreischen Gesellschaft sind nicht erhältlich, da das gegenwärtige Regime demografische Angaben zur Absicherung seiner Herrschaft und Erhaltung des nationalen Mythos instrumentalisiert. Diese Politik prägt auch das Verhältnis ethnischer Gruppen untereinander. So werden etwa eher oppositionell gesinnte Ethnien oder Unterethnien wie Jeberti, Kunama, Afar und Beni Amr in ihrer gesellschaftlichen Position an den Rand gedrängt, um die Position der PFDJ-Regierung (People's Front for Democracy and Justice) zu stützen und ihrem Alleinanspruch auf das Erbe des Befreiungskampfes Geltung zu verschaffen.

Die Tigray (in Eritrea meist Tigrinya genannt) verfügen nach Regierungsangaben über den höchsten Bevölkerungsanteil und stellen zugleich das Rückgrat der Regierung. Mit den Tigray Nordäthiopiens sind sie über sprachliche und kulturelle Gemeinsamkeiten eng verbunden. Mit etwa 30 Prozent bilden die Tigre die nächstgrößte Ethnie. Im Unterschied zu den weitgehend christlich-orthodoxen Tigray sind die Tigre überwiegend muslimisch.

Somalia und Somaliland

Zwar ist Somalia ethnisch wie auch in kultureller, sprachlicher und religiöser Hinsicht annähernd homogen besiedelt, was es von vielen anderen afrikanischen Staaten unterscheidet. Die gesellschaftliche Zersplitterung entlang von Clan-Linien (in Somalia »Qabiil/Qoolo« genannt) ist dafür aber umso gravierender, auch wenn die Vorstellung herrscht, dass alle Clanfamilien vom islamischen Propheten Mohammed abstammen und dadurch eine theoretische Verwandtschaft aller mit allen besteht. Insgesamt werden sechs große Clanfamilien unterschieden, wobei die Darod, Hawiye, Dir und Issaq als nomadisierende Viehhirten gelten, während die Digil und Rahanwiyn als sesshaft betrachtet werden.

Außerhalb dieses recht umfassenden Gesellschaftssystems gibt es zahlreiche kleine Minderheitengruppen wie die Bantu, Benadiri, Bravanese, Midgaan, Gaboye, Banjuni, Tomal oder Yibir. Diese stehen zum Teil in Lehnverhältnissen zu anerkannten somalischen Clans. Sie bleiben politisch weitgehend ausgeschlossen, sind trotz des anhaltenden Konfliktes kaum militärisch organisiert und vielfach Misshandlungen durch Angehörige des Clansystems schutzlos ausgesetzt.

Zwar versuchte sich der somalische Diktator Siad Barre anfangs im nachholenden nationalen Aufbau (nation-building), wozu auch der Feldzug zur Eroberung der somalisch besiedelten Ogadenregion in Äthiopien 1977/78 gerechnet wird. Nach seiner Niederlage stützte sich Barres Machterhalt jedoch auf die Bildung einer exklusiven Clanallianz, vor allem auf die Angehörigen seiner Marehan, einem Subclan der Darod, und die

Unterdrückung seiner innenpolitischen Gegner, was der »Clanisierung« der somalischen Politik und der Fragmentierung der Gesellschaft weiteren Vorschub leistete. Insbesondere der Issaq-Clan im Nordwesten organisierte daraufhin ab 1981 bewaffneten Widerstand durch das »Somali National Movement« (SNM), wogegen Regierungstruppen vor allem nach einer Offensive der SNM 1988 mit massiver Repression vorgingen. In Zentralsomalia richtete sich diese auch gegen den Hawiye-Clan.

Spätestens seit der Staat 1991 im Zuge des somalischen Bürgerkrieges zusammenbrach, bildeten die Clans sowie ihre Unterstrukturen und -institutionen das entscheidende Organisationsprinzip. Das Land zerfiel in Clanparzellen, von denen aus seitdem clanbasierte Bürgerkriegsfraktionen (vor allem Darod-Majeerteen und Hawiye) und ihre Anführer Anspruch auf die nationale Vorherrschaft erhoben. Neben und hinter diesen Gewaltakteuren existiert das System der traditionellen Autoritäten, vor allem die clanbasierten Ältestenräte, fort. Diese haben Unterwanderung und Unterdrückung durch Kolonialverwaltung, Diktatur und Warlords – wenn auch in stark gewandelter Form – überlebt. Sie bilden nicht nur Zweck-Interessen-Verbände bei Konflikten, sondern stellen auch die Bezugsgruppen für das traditionelle Rechtssystem (Xeer), welches aus (mündlichen) Vereinbarungen zwischen zwei unterschiedlichen Clans besteht.

Im Nordwesten Somalias ist 1991 mit Somaliland ein eigener Staat entstanden, der bislang aber nicht international anerkannt wird (siehe Infokasten auf S. 98 f.). Durch langwierige Friedenskonferenzen wurde ein neuer Konsens zwischen dem Mehrheitsclan der Issaq und Minderheiten wie den Gadabursi, Issa, Warsangeli und Dulbahante erreicht. Traditionelle Älteste und mit ihnen die Clanstruktur sind in Form eines nationalen Ältestenrats als eigene Parlamentskammer Teil des politischen Systems.

Dschibuti

Der Kleinstaat am Roten Meer ist ethnisch vor allem durch die Aufspaltung in zwei dominante Gruppierungen, die Issa und Afar, gekennzeichnet. Erstere sind ein im Süden und Osten siedelnder Subclan der somalischen Dir, der (in kleiner Zahl) auch



Eine Angehörige der Afar-Ethnie mit Kamelen in der Nähe des Abbe-Sees im Grenzgebiet zwischen Dschibuti und Äthiopien.

im äußersten Westen Somalilands und in seiner Mehrheit im Nordosten Äthiopiens siedelt. Die Afar leben in den nördlichen beiden Dritteln des Landes, sind aber ebenfalls im Süden Eritreas und in ihrer großen Mehrheit in Äthiopien vertreten. Der Rest der Bevölkerung setzt sich überwiegend aus historisch nicht-einheimischen Gadabursi und Issaq sowie einer größeren Zahl zugewanderter Araber und Europäer zusammen.

Bevölkerungsanteile lassen sich nur schwer bestimmen, weil demografische Daten auch hier ein Politikum sind. Die Angaben der Weltbank über die Gesamtbevölkerung liegen derzeit bei rund 940 000, wovon die Issa vermutlich etwa ein Drittel, die Afar etwa 20 bis 25 Prozent und Gadabursi und Issaq zusammen wohl ein weiteres Drittel ausmachen.

Die Issa kontrollieren seit der Unabhängigkeit Dschibutis 1977 alle formalen Regierungsinstitutionen des Staates, insbesondere das Präsidialamt, die Armee und den Geheimdienst. Fehlende Gleichberechtigung und die daraus resultierende Un-

zufriedenheit führten deshalb ab Ende 1991 zu einer kurzen bewaffneten Rebellion einiger Afar unter dem Banner der »Front pour la Restauration de l'Unité et la Démocratie« (siehe den Beitrag von Andreas Mückusch).

Ausblick

Die von ständigen Umbrüchen gekennzeichnete politische Lage in der Region verleiht dem ethnisch bedingten und auf Clans beruhendem Selbstverständnis besondere Anziehungskraft: Als Form gesellschaftlicher Organisation vermittelt es den durch Krieg und Staatsverfall entwurzelten Gemeinschaften einen Zusammenhalt. Das Clandenken bietet zugleich eine Plattform, um grundlegende öffentliche Güter wie Sicherheit, Konfliktlösungsmechanismen, Ernährungssicherung, Rechtswesen etc. auf nicht-staatlicher Ebene zu gewährleisten. Verfügungsgewalt über und Zugangsrechte zu Land und anderen lebenswichtigen Ressourcen (beispielsweise Wasserquellen, Weiden, Bodenschätze) werden ebenfalls über diese Kollektive beansprucht und geregelt. Dies alles geschieht oftmals unter Rückgriff auf gesellschaftlich organisierte, traditionelle Autoritätsstrukturen. Eingebettet in ethnische und clanbasierte Gemeinschaften leben etwa Ältestenräte, Königtümer und Sultanate bis heute in unterschiedlicher, meist modernisierter Ausformung fort. Nicht selten sind diese Strukturen gerade in den Randbereichen staatlichen Einflusses – zuweilen gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Autoritäten (wie religiöse Institutionen und Kooperativen) – die eigentlichen Träger der öffentlichen Ordnung.

Ulf Terlinden



picture alliance/AP Images/Ben Curtis

Mit Fadumo Dayib – rechts im Bild mit Studentinnen in Nairobi – bewarb sich für die Wahlen 2017 erstmals in der somalischen Geschichte eine Frau als Präsidentin. Auch wenn Dayib den Wahlprozess wegen Korruptionspraktiken boykottierte und ihre Kandidatur Ende 2016 zurückzog, unterstrich ihre Aufstellung das Aufbrechen traditioneller Geschlechterrollen, die am Horn von Afrika vielfach eine Dominanz der Männer in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen vorsehen. Obwohl die äthiopische Geschichte mächtige Regentinnen im 19. und 20. Jahrhundert aufweist, sind die Länder am Horn aufgrund traditioneller Wertvorstellungen nach wie vor weit von einer Gleichberechtigung entfernt. Große Unterschiede gibt es allerdings zwischen der Land- und Stadtbevölkerung, wobei letztere immer häufiger einen liberaleren Lebensstil führt.

Kultur und Gesellschaft am Horn von Afrika

Von »Kultur« existiert keine einheitliche Definition, sie kann aber als die Summe gemeinsamer Werte und Überzeugungen sowie materieller, ideeller und symbolischer Dinge verstanden werden, die Bevölkerungsgruppen charakterisieren und deren Verhalten leiten. Kultur wird nicht genetisch vererbt und besteht nicht für sich allein, sondern wird immer von den Mitgliedern einer Gesellschaft im Wandel der Zeit etabliert, geprägt und geteilt.

Das Horn von Afrika ist eine Region mit sehr vielen verschiedenen Kulturen und kulturellen Einflüssen. Prinzipiell ist es problematisch von »der äthiopischen«, »der eritreischen« oder »der dschibutischen« Gesellschaft zu sprechen, da in diesen Ländern insgesamt rund 130 Ethnien mit eigenen Normen und Werten leben. Ähnliches gilt auch für Somalia, dessen Bevölkerung nur von außen sehr homogen wirkt. Deshalb sind es vor allem einzelne Regionen innerhalb der verschiedenen Staaten, die Gemeinsamkeiten aufweisen. Im Hochland Äthiopiens und Eritreas sind es beispielsweise eine sesshafte Ökonomie und christliche Werte, die das Leben prägen. Etwa 50 Prozent der Bevölkerung der beiden Staaten sind Anhänger des äthiopisch-bzw. eritreisch-orthodoxen Christentums. Der orthodoxe Glaube wird vor allem von den Ethnien der Amhara und der Tigray praktiziert, die im Hochland der Region leben und lange Zeit die Entwicklung des äthiopischen Kaiserreiches prägten. Später wurde er von einigen Teilen der Oromo und anderen Gruppen übernommen, nachdem sich die Kirche im 19. Jahrhundert durch territoriale Eroberungen des Kaisers nach Süden ausgedehnt hatte. Das Judentum wird nur noch von einer verschwindenden Minderheit in Äthiopien praktiziert, die sich selbst als »Beta Israel« bezeichnet. Die überwältigende Mehrheit der äthiopischen Juden, vermutlich rund 140 000, lebt mittlerweile in Israel. Einheimische Glaubenspraktiken werden noch immer mündlich überliefert. Sie beinhalten den Glauben an Geister und andere Gottheiten sowie die Verehrung der Ahnen. Die Praxis dieser Religionen ist sichtbar in der Kunst, in der Musik, in Namensgebungen, in Sprichworten und Mythen. Auch wenn aufgrund

der Vielfalt nicht von »der Kultur« am Horn gesprochen werden kann, gibt es einige allgemeine Muster.

Familienstrukturen und Geschlechterrollen

Die Familienstrukturen am Horn von Afrika sind – mit einigen Ausnahmen wie den Kunama in Eritrea, bei denen Frauen im Mittelpunkt der Gesellschaft stehen – überwiegend männlich dominiert. Die Lebenswelten von Frauen und Männern sind vielfach getrennt und bestimmte Aufgaben nur für Männer oder Frauen vorgesehen. Männer sind vor allem für das Vieh zuständig und bleiben vielfach unter sich. Als Familienvorstände haben sie das letzte Wort in den meisten familiären Belangen. Die Familienstruktur schließt in der Regel auch entfernte Mitglieder mit ein und ist in Gemeinschaften organisiert, denen ältere Männern vorstehen. Letztere gelten als weise, da sie mehr Wissen über die Geschichte und kulturelle Verpflichtungen haben. Sie werden mit der Verantwortung betraut, eine Gemeinschaft von Familien zu führen und Entscheidungen in wichtigen Fragen oder bei Streitigkeiten zu treffen. Der Umgang miteinander ist persönlich und informell. Es ist sehr viel Interaktion notwendig, um Aufgaben zu erfüllen oder Probleme zu lösen – das wird beispielsweise beim mündlichen Gewohnheitsrecht »Xeer« deutlich, das in Somalia praktiziert wird. Innerhalb eines Clans und zwischen verschiedenen Clans nutzen die Ältesten ihre moralische Stellung, um eine annehmbare Lösung für Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen zu finden. Konflikte werden traditionell bspw. mit der Zahlung von Kamelen beglichen. Dabei agiert nie nur ein einzelnes Individuum, sondern immer die gesamte Gruppe, was den Zusammenhalt von Personen und Familien unterstreicht. Da es in der Region praktisch keine staatlichen Sozialsysteme gibt, kümmern sich die Familienmitglieder umeinander. Von Familienangehörigen mit Einkommen wird erwartet, dass sie auch finanzielle Verpflichtungen für die Verwandtschaft übernehmen. Dieselbe Last tragen Familienmitglieder, die im Ausland leben. Ob aus der somalischen, äthiopischen oder eritreischen Diaspora: Von ihnen wird erwartet, dass sie Geld schicken und die zurückgebliebenen Familienmitglieder unterstützen. Weil es im

islamischen Recht verboten ist, Geld gegen die Zahlung von Zinsen zu verleihen, legen somalische Privatpersonen oftmals Teile ihres eigenen Geldes ohne Zinsforderungen zusammen, um einer Person aus ihrem Kreis die Umsetzung einer Geschäftsidee zu ermöglichen, was wiederum die sozialen Bindungen stärkt.

Jungen genießen in der Region größere Privilegien als Mädchen. Sie haben beispielsweise besseren Zugang zu Bildung: In Eritrea können 82 Prozent der Männer über 15 Jahren lesen und schreiben, aber nur 65 Prozent der Frauen. In Äthiopien liegt das Verhältnis bei 57 zu 41. Für Dschibuti und Somalia existieren keine entsprechenden Zahlen. Insbesondere bei der Entwicklung von Mädchen in den ländlichen Gebieten kommt hinzu, dass erforderliche Infrastruktur fehlt und es teilweise weniger um die Förderung ihrer geistigen Fähigkeiten geht als um ihre Vorbereitung als Ehefrau (d.h., ihrem Ehemann später gut dienen und den Haushalt bewältigen zu können). Frauen sind für einen Großteil der täglichen Haus- und Feldarbeit zuständig. Sie sind nicht nur für die Errichtung und Instandsetzung von Unterkünften verantwortlich, sondern auch für das Kochen, das Waschen



Hans-Peter Konopka

Der allgemeine Markt in Keren, Eritrea wird überwiegend von Frauen besucht und betrieben. Der Viehmarkt hingegen wird nur von Männern geführt.

oder die Erziehung der Kinder. Nebenbei verkaufen sie häufig verschiedenste Produkte auf den lokalen Märkten, während das Hüten und die Versorgung von Großvieh wie Rindern oder Kamelen traditionell meist eine Männerdomäne ist – in Somalia hüten Frauen und Mädchen Ziegen und Schafe, alleinstehende Frauen aber auch Großvieh. Auf dem Land werden Mädchen oftmals bereits in jungen Jahren zur Erfüllung von Haushaltsaufgaben oder zum Wasserholen eingesetzt und so auf ihre geschlechterspezifische Rolle vorbereitet.

Die vielen gewaltsamen Konflikte in der Region brachen die starren Strukturen teilweise auf: Während des eritreischen Unabhängigkeitskampfes wurden Tausende Frauen von den Rebellen mobilisiert. Laut Angaben der »Eritrean People's Liberation Front« seien zum Ende des Konfliktes im Jahre 1991 fast ein Drittel ihrer Kämpfer weiblich gewesen. Die Rekrutierung gab vielen Frauen die Möglichkeit, sich im Lesen, Schreiben und Rechnen fortzubilden und traditionelle Geschlechterrollen aufzubrechen. Nach der Unabhängigkeit wurden aber viele Hoffnungen auf eine gleichberechtigte Behandlung enttäuscht, auch wenn es bis heute einige Ministerinnen gibt. Auch die »Tigray People's Liberation Front« in Äthiopien setzte Frauen im Bürgerkrieg ein und vermittelte ihnen eine grundlegende Bildung. Zwar setzten die verschiedenen Gruppen des somalischen Bürgerkrieges weniger stark auf weibliche Kämpfer, jedoch übernahmen Frauen auch hier wichtige Funktionen bei der Versorgung und Verpflegung der Rebellen. Die Verwundung und der Tod von Männern wie auch die Vertreibung von Hunderttausenden und die Flucht ins Ausland – teilweise bis nach Europa und Nordamerika, wo viele Schul- und Arbeitserfahrung erhielten – konfrontierten derweil viele Witwen und Waisenkinder mit Rollen, die vorher nur Männern vorbehalten waren. Dies wirkt sich wiederum auf die gesamtgesellschaftliche Stellung von Frauen aus und auf ihr persönliches Auftreten in der Gesellschaft nach der Rückkehr aus der Diaspora. Insgesamt spiegeln sich in der Region jedoch die Leistungen von Frauen durch die Aufrechterhaltung von Gewohnheiten noch immer nicht in ihrer sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Stellung wieder.

Eine der wohl gravierendsten traditionellen Riten am Horn ist die weibliche Genitalbeschneidung. Laut Angaben von

UNICEF aus dem Jahr 2018 könnten 65 Prozent der äthiopischen Frauen im Alter von 15 bis 49 von weiblicher Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation) betroffen sein. In Eritrea sind Schätzungen zufolge 83 Prozent, in Dschibuti 93 und in Somalia sogar 98 Prozent der Frauen in dieser Altersklasse betroffen. Inwieweit vor allem die Zahlen für Somalia korrekt sind, ist unklar: Zum einen hat dort die fundamentalistische Gruppe »al-Shabaab« Genitalbeschneidung als Eingriff in die göttliche Schöpfung in den von ihnen kontrollierten Gebieten verboten. Zum anderen konnte die Akzeptanz und die Praxis der weiblichen Genitalverstümmelung in den vergangenen Jahren auch dank Aufklärungskampagnen internationaler NGOs und einem steigenden Bildungsniveau reduziert werden. Gleichzeitig wurden Regierungen dazu gedrängt, Verbotsgesetze zu erlassen, auch wenn die Durchsetzung noch Mängel aufweist und es weiterhin zu Genitalverstümmelungen kommt.

Die Genitalbeschneidung erfolgt überwiegend bei Mädchen im Alter zwischen fünf und neun Jahren und geschieht vielfach ohne Betäubung und durch die Verwendung von Rasierklingen oder anderen primitiven Schneidewerkzeugen. Diese Verstümmelung hat schwerwiegende Auswirkungen auf die körperliche und geistige Entwicklung der Kinder. Durch lebensgefährliche Blutungen und Infektionen kann es sogar zum Tod kommen. Die Gründe, mit denen solche Verfahren rechtfertigt werden, sind unterschiedlich, meist haben sie jedoch mit Tradition und religiösen Wertvorstellungen zu tun. In Dschibuti und Somalia ist vielfach der sozial motivierte Glaube verbreitet, die Reinheit und Jungfräulichkeit der Mädchen werde durch eine Beschneidung und der damit einhergehenden Unterbindung von vorehelichem Geschlechtsverkehr geschützt. Teilweise spielen aber auch Schönheitsideale eine Rolle: Unbeschnittene Frauen haben in dieser Argumentation eine schlechtere Chance auf dem Heiratsmarkt, was wiederum wirtschaftliche Auswirkungen auf ihr Leben hat. Dass Frauen unverheiratet bleiben, ist traditionell nicht vorgesehen. Auch in Eritrea wird die soziale Akzeptanz als Hauptmotiv für die fortgeführte Beschneidung von Töchtern genannt und gilt als bedeutender Schritt, um ein anerkanntes Mitglied der Gesellschaft zu werden. Vielfach kursieren zudem falsche Vorstellungen, dass Schamlippen unrein sind, Krank-

heitsreger übertragen oder unbeschnittene Frauen weniger fruchtbar seien.

Zunehmende Verstädterung und ein einfacherer Zugang zu Informationen durch moderne Kommunikationsmittel haben dazu geführt, dass der Lebensstil in vielen Großstädten am Horn – mit Ausnahme vieler somalischer Städte – liberaler wird. Dies geht auch einher mit der zunehmenden Präsenz von Frauen in der Politik. Waren Ende der 1990er-Jahre nur zwei Prozent der äthiopischen Abgeordneten weiblich, sind es heutzutage rund 39 Prozent. Abiy Ahmed besetzte nach seiner Wahl zum Premierminister gar die Hälfte seines Kabinetts mit Frauen. Mit Aisha Mohammed hat das Land erstmals eine Verteidigungsministerin und mit Sahle-Work Zewde seit Oktober 2018 auch die erste Präsidentin. In Dschibuti waren Frauen Anfang der 2000er-Jahre gar nicht im Parlament vertreten. Heute machen sie zehn Prozent aus. Auch in Somalia stieg die Zahl der Repräsentantinnen zwischen den Wahlen 2012 und 2017 von 14 auf 24 Prozent an, auch wenn ihr Einfluss begrenzt bleibt.

Hochzeitsbräuche

Familien spielen für viele Gemeinschaften am Horn von Afrika eine wichtige Rolle. Im Allgemeinen gilt die Ehe aus männlicher Sicht als Schritt, um ein respektiertes Mitglied der Gesellschaft zu werden. Traditionell tragen Männer die »Last«, frühzeitig zu heiraten und Nachkommen zu zeugen. In den meist männlich dominierten Gemeinschaften am Horn werden Kinder entsprechend der Abstammungslinie des Vaters benannt. Ein verheirateter Mann mit Kindern hat demnach berechtigte Hoffnung, dass sein Name in die nächste Generation getragen wird. Er besitzt daher einen höheren sozialen Status als ein unverheirateter Mann.

Aus Perspektive der Frau ist die Ehe für viele das einzige Mittel, um der Autorität ihrer Eltern zu entfliehen und ihren eigenen Haushalt zu führen. Häufig ist das Jungfräulichkeitsideal noch immer sehr wichtig, um Mädchen auf dem Heiratsmarkt zu positionieren – die Ehre der Familie ist damit verbunden. Die Heiratsbräuche in den vier Ländern können sich in der Art der



Ein Hochzeitszug in Senafe, Eritrea.

Zeremonie und ihrer Dauer unterscheiden. Gemein haben sie jedoch vielfach die Zahlung eines Brautpreises: Eine Ehe wird erst dann besiegelt, wenn der Bräutigam der Familie der Braut ein Zeichen der Wertschätzung in Form von Rindern, Kamelen, Ziegen, Geld oder anderen symbolischen Gegenständen übergeben hat, die für die Gemeinschaft von Wert sind. Der Brautpreis ist die Grundlage, die die Beziehung zwischen zwei Personen und zwei Familien herstellt – es heiratet nie nur das Brautpaar, sondern immer die beiden Familien. Durch die Zahlung eines Brautpreises wird die Familie der Braut dafür entschädigt, dass sie ein Familienmitglied ziehen lässt. Gleichzeitig verstärkt der Brautpreis die geschlechtsspezifischen Unterschiede. Einige Männer begründen darauf ihren Autoritätsanspruch über die Ehefrau und sehen sie tatsächlich als ihren Besitz. Männer, die den Brautpreis nicht aufbringen können, können vielfach keine Familie gründen – auch wenn bei Muslimen eine Heirat ohne Brautpreis möglich ist und somalische Fundamentalisten hohe Brautpreise ablehnen. In Äthiopien werden Mädchen teilweise entführt, vergewaltigt und dann vom Täter zu einem geringen Preis geheiratet, da das Opfer auf dem Heiratsmarkt keinen Wert mehr besitzt und die Eltern zur Aufrechterhaltung der Familienehre zustimmen. Ebenso bleiben vor allem auf dem Land arrangierte

Ehen, Zwangsheiraten und Kinderehen tief verwurzelt, weil die Zahlung eines Brautpreises für eine Familie wirtschaftlich bedeutend sein kann. Laut UNICEF sind sowohl in Äthiopien als auch in Eritrea 41 Prozent der Mädchen vor ihrem 18. Lebensjahr verheiratet. In Somalia könnte die Zahl gar bei 45 Prozent liegen. Vielfach hat die frühe Verhehelichung drastische Konsequenzen für die Entwicklung der Mädchen, die danach noch seltener zur Schule gehen dürfen und dementsprechend häufig Analphabetinnen sind.

Auch Polygamie ist ein weit verbreitetes Phänomen in der Region. Im islamischen Recht kann ein Mann bis zu vier Frauen gleichzeitig heiraten, wobei er jedoch ausreichend Mittel für deren Versorgung aufbringen sollte. Besonders in Nomadengemeinschaften erhoffen sich Männer durch mehrere Frauen ihre Chancen auf Nachkommen zu vergrößern, was auf lange Sicht ihren Status in der Gemeinschaft verbessern und ihren Namen für zukünftige Generationen bewahren soll. In Äthiopien wurde Polygamie zwar gesetzlich verboten, sie wird jedoch noch praktiziert. Elf Prozent der verheirateten Frauen und fünf Prozent der verheirateten Männer, vor allem im Osten des Landes, sollen in polygamen Ehen leben.



Im Flüchtlingslager in Dadaab (Kenia) wird Aufklärung gegen Kinderehen betrieben.

Eine Scheidung wird in vielen Gesellschaften abgelehnt, da sie mit der Rückzahlung des Brautpreises – sofern einer gezahlt wurde – und der erneuten Sorgepflicht der Familie für die Frau einhergehen würde. Die Familie und die Verwandten einer Ehefrau spielen daher eine entscheidende Rolle, um Konflikte zwischen ihrer Tochter und ihrem Ehemann zu lösen. Wie in vielen afrikanischen Staaten sind gleichgeschlechtliche Partnerschaften am Horn – mit Ausnahme von Dschibuti – gesetzlich verboten. Während in Eritrea und Äthiopien langjährige Haftstrafen drohen, kann Homosexualität in Somalia in den von al-Shabaab kontrollierten Gebieten auch mit dem Tod bestraft werden.

Kunst, Literatur und Alltagsleben am Horn

Neben den stark von traditionellen Wertvorstellungen bestimmten Lebensweisen ist das Horn von Afrika auch für mehrere verschiedene Schriftsysteme bekannt. Das aus Äthiopien stammende Ge'ez ist das bedeutendste. Etwa seit dem 4. Jahrhundert existieren in dieser Sprache Schriftstücke mit meist religiösem Inhalt, ehe sie im 20. Jahrhundert von Amharisch verdrängt wurde. Gleichzeitig hat Äthiopien noch immer einen eigenen Kalender, der viel mit dem koptisch-ägyptischen Kalender gemein hat. Der äthiopische hat 13 Monate und 365 Tage beziehungsweise 366 in einem Schaltjahr. Ein neues Jahr beginnt jeweils am 11. beziehungsweise in einem Schaltjahr am 12. September. Basierend auf dem alten koptischen Kalender, ist der äthiopische sieben bis acht Jahre hinter dem gregorianischen Kalender zurück, was auf die alternative Berechnung der verkündeten Geburt Jesu zurückzuführen ist.

Ein anderes wichtiges kulturelles Merkmal ist die einzigartige Musik und Poesie in der Region. Somalis besitzen eine lange Tradition des Geschichtenerzählens. Sie gelten auch als »ein Volk von Dichtern«. Poesie war lange Zeit wichtigstes Mittel ihrer Massenkommunikation. Eine verbindliche somalische Schrift wurde erst in den 1970er-Jahren unter Siad Barre eingeführt – zuvor existierten nur Arabisch und Italienisch als Schriftsprache. Mohammed Abdullah Hassan, der als »Mad Mullah« in die britische Geschichte einging (siehe Infokasten S. 33), nutzte daher

Die Rastafari

Die Rastafari bilden eine religiöse Gemeinschaft, die in den 1930er-Jahren in der Karibik entstand. Die Lehre der Rastafari basiert auf einer Prophezeiung des jamaikanischen Intellektuellen Marcus Mosiah Garvey. Er sagte 1927 die Krönung eines schwarzen Königs in Afrika voraus, der die schwarze Bevölkerung Amerikas als neuer Messias in die Heimat nach Afrika zurückführen werde.

Mit der Krönung des äthiopischen Regenten Ras (amharisch für Kopf, gleichzeitig der Titel eines hohen Würdenträgers) Tafari Makonnen 1928 zum »Negus« von Äthiopien sahen die Anhänger dieser Bewegung die Prophezeiung als erfüllt. Die selbstgewählte Bezeichnung Rastafari geht auf diesen Monarchen zurück, der 1930 als Haile Selassie I. zum Kaiser Äthiopiens gekrönt wurde.

Die Überzeugung der Rastafari basiert auf dem Neuen Testament und hier vor allem auf der Offenbarung des Johannes. Es handelt sich um eine reine Heilserwartungsbewegung. Der neue Messias (Haile Selassie I.) wird als Gott verehrt und soll seine schwarzen Kinder, die Nachfahren der Sklaven aus der gesamten Welt, in die Heimat, die

picture-alliance/augenblick/Sammy Minkoff



Einer der bekanntesten Anhänger der Rastafari: Reggae-Legende Bob Marley.

gleichzeitig das Paradies darstellt, führen. Für die Rastafari ist das Paradies gleichbedeutend mit Äthiopien: das Land, in dem man frei von Sklaverei leben kann. Aus diesem Grund bilden auch die Farben der äthiopischen Flagge, grün, gold und rot, die Symbolfarben der Rastafari.

Die Lehre der Rastafari hat Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. Gleichberechtigung der Frau oder Homosexualität lehnen sie als nicht gottgewollt ab. Ihre Ernährung besteht aus Früchten und Kräutern. Tierische Produkte sowie Alkohol und Tabak sind verpönt. Eine Ausnahme bildet der Konsum von Marihuana, das beim Meditieren und der Auseinandersetzung mit ihrem Gott »Jah« eine wichtige Rolle spielt.

In Europa wurde die Rastafari-Bewegung vor allem in den 1970er-Jahren durch Reggae-Musik und Dreadlocks bekannt. Die bekanntesten Vertreter der Rastafari-Reggae-Szene waren Bob Marley und Peter Tosh.

AMÜ

Anfang des 20. Jahrhunderts gedichtete Verse, um die Somalis im Kampf gegen den britischen Kolonialismus zu vereinen. Die Tradition der Dichtkunst hat sich bis heute fortgesetzt.

Stark von traditionellen Normen geprägt ist auch die Esskultur in der Region, wobei alle Gemeinschaften ihre eigenen speziellen Delikatessen hervorbringen. So ist die äthiopisch-eritreische Spezialität das »Injera«, ein dünnes, säuerlich schmeckendes Fladenbrot, das auf einer großen Platte mit Fleisch und Gemüse serviert und üblicherweise mit den Händen gegessen wird. In Somalia ist die gemeinsame Spezialität Ziegen- oder Kamelfleisch, das mit »Muuffo«, einem Fladenbrot aus Maismehl, serviert wird. Im Süden Somalias existiert eine besondere Art von Pasta, die auf die italienische Kolonialzeit zurückgeht. In den meisten Gemeinschaften am Horn basiert die Hauptmahlzeit bei Festen oder besonderen Anlässen auf Fleisch. Aufgrund des Wertes, der Tieren beigemessen wird, hat die Reichung von Fleisch an die Gäste eine große Symbolkraft und drückt besondere Wertschätzung aus. Weitere Einflüsse auf die kulinarischen Gepflogenheiten hat die Religion: In den muslimisch geprägten Gemeinschaften darf nur Fleisch gegessen werden, das »halal« ist, die Tiere also nach muslimischen Regeln geschlachtet wur-

Alles begann in Rom mit Abebe Bikila ...

Als der Äthiopier Abebe Bikila am 10. September 1960 bei den olympischen Sommerspielen in Rom als Sieger barfuß und mit neuer Weltbestzeit die Ziellinie des Marathonlaufes überquerte, war dies eine Sensation: Er war der erste Olympiasieger aus Subsahara-Afrika, der nicht aus Südafrika stammte. Mittlerweile hat sich dies genau in das Gegenteil verwandelt: Wenn heutzutage ein wichtiges Langstreckenrennen von Läufern gewonnen wird, die nicht aus dieser Region stammen, gilt dies als Überraschung. Insbesondere die Athleten vom Horn von Afrika und aus Kenia beherrschen die Langstreckenszene. Sie gewannen bei olympischen Sommerspielen seit 1960 genau 50 Prozent aller möglichen Goldmedaillen (34/68). Abebe Bikila folgten im Laufe der Jahre berühmte Läuferinnen und Läufer wie Mamo Wolde, Miruts Yifter, Haile Gebrselassie, Deratu Tulu, Meseret Defar, Tirunesh und Genzebe Dibaba sowie nicht zuletzt Kenenisa Bekele. Hinzu kommt der in Somalia geborene Sir Mohamed »Mo« Farah, der seine einzigartigen Erfolge jedoch für Großbritannien feierte



picture-alliance/dpa/Scarpix Solum 2015/20

Die dreifache Olympiasiegerin und fünffache Weltmeisterin Tirunesh Dibaba ist eine der erfolgreichsten Langstreckenläuferinnen der Welt. Hier feiert die Äthiopierin (rechts) mit ihren Schwestern ihren Weltrekord über 5000 Meter in Oslo 2008.

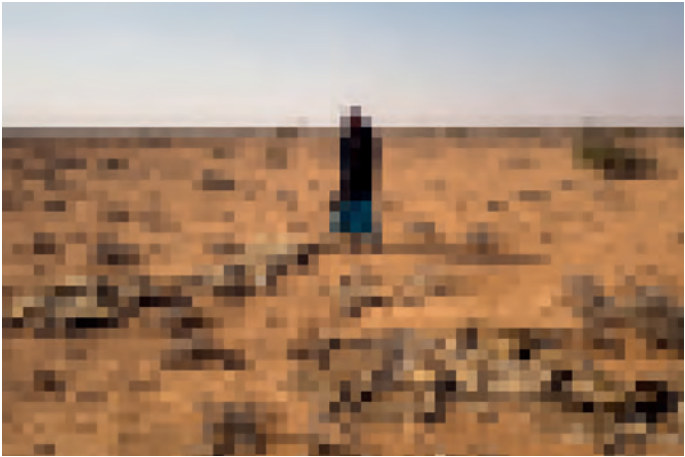
und dafür von der Queen zum Ritter geschlagen wurde. Sie alle haben nicht nur mehrfach olympisches Gold und unzählige Weltmeisterschaften gewonnen, sondern auch die Weltrekorde über 5000 und 10 000 Meter sowie im Marathonlauf regelmäßig »pulverisiert«. Immer wieder hat sich die Sportwelt gefragt, wie es zu dieser massiven Ballung hochtalentierter Ausdauersportler in solch einer geografisch begrenzten Region kommen kann. Verschiedene Theorien (zum Beispiel Mobilität per Pedes, ständiges Höhenttraining, militärischer Drill, knallharte Auswahlverfahren) wurden aufgestellt, keine erklärt aber schlüssig das Talent, das vermutlich auch dazu geführt hat, dass der junge Eritreer Daniel Teklehaimanot im Sommer 2015 als erster Afrikaner das Bergtrikot bei der Tour de France erobern konnte.

DHK

den. Zudem verbietet der Islam den Genuss von Alkohol, was vor allem in Somalia strikt eingehalten wird.

Am Horn von Afrika ist auch die technologische Entwicklung nicht spurlos vorbeigegangen. Das Internet und soziale Medien wie Twitter werden vielfach zur Organisation von Menschen und zum Protest gegen Repressionen genutzt. Hashtags wie »#OromoProtests« oder »#AmharaProtests« werden für Kampagnen und Proteste immer populärer, wobei auch viele Falschmeldungen im Internet und den sozialen Medien kursieren und vor allem die Regierung in Äthiopien eine straffe Kontrolle des Internets verfolgt. Letztendlich bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen die technischen und sozioökonomischen Veränderungen auf die Gemeinschaften am Horn von Afrika haben werden und ob sie zu einem weiteren Aufbrechen traditioneller Wertvorstellungen und zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern führen.

Fanella Akoth Würth mit Torsten Konopka



picture alliance/Anna Mayumi Kerber/dpa

In regelmäßigen Abständen wird das Horn von Afrika von langanhaltenden Dürren und gravierenden Hungersnöten heimgesucht. Während der Dürre 2017 verendeten in Somalia zahlreiche Tiere. Die Frau im Bild verlor wegen der akuten Trockenheit beinahe alle Ziegen, die sie hütete. Allein bei der Dürre von 2011 starben schätzungsweise 260 000 Somalis, über eine Million Menschen wurden aus ihren Wohnorten vertrieben, fast die Hälfte der gesamten somalischen Bevölkerung war auf Lebensmittelhilfen angewiesen. Immer wieder betroffen ist auch der Nordosten Kenias sowie der Südosten Äthiopiens.

Die Dürren am Horn entstehen aus ökologischen Gründen. Für die Hungersnöte, die häufig folgen, sind meist politische und gesellschaftliche Probleme verantwortlich. Neben einer ohnehin extrem trockenen und lebensfeindlichen Umgebung treten kriegerische Konflikte, welche die Nahrungsmittelproduktion behindern. Wenn internationale Hilfe anläuft, erschweren Misswirtschaft, Korruption, anhaltende Gewalt und die fehlende Infrastruktur eine effiziente Verteilung. Vielfach hängt es an internationalen Nichtregierungsorganisationen, den Ärmsten zu helfen, da die Regierungen hierzu nicht in der Lage und teilweise nicht willens sind.

■ Dürre und Hungerkatastrophen am Horn

Kriege und Hungersnöte kennzeichnen die Region am Horn von Afrika seit langem. Seit Menschengedenken, treten die beiden Ereignisse, die in der Bibel zwei der apokalyptischen Reiter sind, zusammen in Erscheinung, da bewaffnete Konflikte Ernährungssysteme zum Erliegen bringen: Menschen können ihre Felder nicht mehr bestellen, Vorräte werden geplündert, Märkte funktionieren nicht mehr. Kriege vertreiben zudem eine große Zahl von Menschen aus ihren Wohnorten und erhöhen in anderen Gebieten die Konkurrenz um Nahrungsmittel. Dies hat psychologische Traumata der Überlebenden zur Folge und Langzeitwirkungen auf das Leben der Menschen. Vor allem bei Kindern von bis zu zwei Jahren verursachen Fehl- und Mangelernährung dauerhafte Schäden – sie bleiben in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung zurück.

Die apokalyptischen Reiter treten gegenwärtig jedoch seltener auf. Die Anzahl der bewaffneten Konflikte in der Welt ging bis zum Beginn dieses Jahrtausends zurück, die Opferzahlen sanken. Das Gleiche gilt für den weltweiten Hunger. Mit 27 Millionen Hungertoten wies die Zeit zwischen 1900 und 1909 die höchste Zahl an Opfern für ein Jahrzehnt auf. In den 1920er-, 1940er-, 1950er- und 1960er-Jahren gab es jeweils mehr als 15 Millionen Hungertote, in den 1990ern sank die Zahl auf 1,4 Millionen und im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends ging die Zahl noch weiter zurück. Seitdem ist sie jedoch vor allem aufgrund von Konflikten im Mittleren Osten und Afrika wieder angestiegen.

Bei näherer Betrachtung lässt sich ein Zusammenhang zwischen Hungersnöten und dem imperialen Zeitalter von den 1870er-Jahren bis zum Ersten Weltkrieg ausmachen. In Südasien und China fielen Dutzende Millionen und in Afrika Millionen Menschen dem Hunger zum Opfer. Die Ursachen: Dürre und Verwüstung durch die gewaltsame imperiale Eroberung und Raubzüge, darunter die Zerstörung lokaler Produktionssysteme und Zwangsarbeit zur Gewinnung von Exportgütern wie Gummi und Baumwolle. Beim Blick auf das heutige Afrika ist die Beachtung dieser historischen Dimension wichtig. Sie ent-

schuldigt nicht die skrupellose Bereicherung von Diktatoren, Autokraten und korrupten Politikern nach der Unabhängigkeit. Aber die koloniale Hinterlassenschaft in weiten Teilen Afrikas wirkt bis heute nach: Die Kolonialmächte formten Märkte nach ihren eigenen Bedürfnissen, verstärkten Feudalstrukturen und zogen willkürlich geschaffenen Grenzen, ohne Rücksicht auf soziale und politische Gegebenheiten.

Während des Ost-West-Konflikts nutzten und formten die beiden Machtblöcke viele afrikanische Staaten in ihrem Sinne und sahen geflissentlich über das Fehlen einer guten Regierungsführung (good governance) und Korruption der lokalen Machthaber hinweg. Hunger wurde von afrikanischen Machthabern mehrfach als Waffe eingesetzt, unter anderem in den 1980er-Jahren in den aufständischen Provinzen in Äthiopien. Vor allem in der Region Tigray setzte die äthiopische Armee damals auf eine Taktik der verbrannten Erde, beschlagnahmte oder blockierte Nahrungsmittel, verhängte Handelsrestriktionen oder siedelte die Bevölkerung gewaltsam um. Der Tod von über einer Millionen Menschen war die Folge. Nach dem Fall des Ostblocks galt der Siegeszug des »westlichen« demokratischen marktliberalen Gesellschaftsmodells als zwangsläufig und überlegen. Doch trotz äußerer Merkmale wie Parlamenten und der Abhaltung von Wahlen existieren heute in weiten Teilen Afrikas Patronagesysteme, bei denen eine dominierende Gruppe oder Ethnie ihre Position nutzt, um ihre eigenen Anhänger auf Kosten der Allgemeinheit zufriedenzustellen. Auch am Horn von Afrika ist das Fehlen von Staatswesen, die von allen Staatsbürgern mehrheitlich akzeptiert werden und allen Staatsbürgern verpflichtet sind, offensichtlich. Das Fehlen funktionstüchtiger Staatlichkeit ist ein zentraler Faktor für die wiederkehrenden Hungerkatastrophen, die durch klimatische Extreme verschärft werden.

Die Ernährungslage am Horn von Afrika

Allein die geografischen und klimatischen Gegebenheiten am Horn sind für die Ernährungssicherheit der Menschen ungünstig. Der Welthunger-Index (WHI), der alljährlich von der Welthungerhilfe und dem »International Food Policy Research Ins-

titute« herausgegeben wird und Unterernährung, Auszehrung und Wachstumsverzögerungen (wasting and stunting) bei Kindern sowie Kindersterblichkeit misst, weist für alle Länder am Horn von Afrika erschreckend hohe Werte auf. Von 119 Ländern belegten Dschibuti und Äthiopien 2018 die Plätze 98 und 93. Für Eritrea und Somalia liegen aufgrund der politischen Lage keine Daten vor, aber über 50 Prozent der Kinder unter fünf Jahren in Eritrea sollen an Wachstumsverzögerungen leiden – der zweithöchste Wert weltweit.

Auch ohne vollständige Daten ist der Zusammenhang zwischen der politischen Lage und dem Unvermögen der Regierung, die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen im Falle von Somalia offensichtlich. Im Zuge des Bürgerkriegs zerfiel das Land Anfang der 1990er-Jahre in von unterschiedlichen Clans beherrschte Gebiete, die von der Kriegsökonomie und dem fehlenden Staatsmonopol profitieren. Dennoch hätten sich politische Strukturen bilden können. Doch die Strategie der Vereinten Nationen, unterstützt von den USA, setzte auf eine »humanitäre Intervention«, die im Desaster endete. Die Mission der Vereinten Nationen sollte die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung in Somalia sicherstellen und den Bürgerkrieg beenden. Tatsächlich verschlechterte sich jedoch die Sicherheitslage; die Nahrungslieferungen wurden immer wieder geplündert. Heute tragen neben den USA und den Nachbarstaaten Äthiopien und Kenia auch die Golfstaaten Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar ihre Rivalitäten auf somalischem Boden aus und füllen die Kriegskassen von Warlords. Für Somalia liegen nicht alle WHI-Werte vor, aber die Kindersterblichkeit ist erschreckend hoch: 13,7 Prozent der Kinder unter fünf Jahren sterben. Das ist nach Angola und dem Tschad der drittschlechteste Wert weltweit.

Äthiopien war lange Zeit insbesondere mit Eritrea und Ägypten verfeindet. Die radikalislamistischen Umtriebe in den Nachbarländern wiederum führten dazu, dass das Land einer der bevorzugten Verbündeten der »westlichen« Welt auf dem afrikanischen Kontinent wurde. Viele Jahre galt Äthiopien als eine vom Geheimdienst straff bewachte Diktatur; seit der »Wahl« 2015 haben Mitglieder der regierenden »Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front« (EPRDF) und ihre Verbündeten

alle Parlamentssitze inne. Zur Verteidigung der kontinuierlichen internationalen Unterstützung wurde vielfach das Argument bemüht, Äthiopien sei eine »Entwicklungsdiktatur«. Zwar gebe es demokratische Defizite, aber zumindest bemühe sich die Regierung, das Land zu entwickeln. Bei der Ernährungssicherheit und der Kindersterblichkeit gibt es tatsächlich Fortschritte: Der Anteil der unterernährten Bevölkerung sank laut WHI in den letzten zwei Jahrzehnten von 51,9 auf 28,8 Prozent, die Kindersterblichkeit von 19,5 Prozent im Jahr 1992 auf 5,8 Prozent im Jahr 2018. Doch an den grundlegenden Verhältnissen hat sich nicht viel geändert: Nach über 25 Jahren EPRDF-Herrschaft ist die Bevölkerung frustriert über Korruption, Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Riesige Ländereien von 25 000 bis 100 000 Hektar, insgesamt rund eine Million Hektar, wurden auf Kosten von Kleinbauern und Viehhaltern an ausländische Investoren vergeben. Diese produzieren für den Export, zum Beispiel nach Saudi-Arabien, das zwar über viel Öl, aber wenig Wasser und fruchtbares Land verfügt. Bereits vor 2018 hatte die Regierung einen Vergabestopp verhängt und seine Strategie der kommerziellen Landwirtschaft überarbeitet. Mit der Ernennung Abiy Ahmed zum neuen Ministerpräsidenten im März 2018 entstand die Hoffnung auf einen politischen Wandel. Tatsächlich beendete er die Feindseligkeiten mit Eritrea und reformierte das restriktive Gesetz zu Nichtregierungsorganisationen. Viele Verträge über großflächige Agrarinvestitionen wurden aufgekündigt.

Neben den von Menschen gemachten Ursachen des Hungers gibt es am Horn von Afrika auch geografische und klimatische Gegebenheiten, die zu den wiederkehrenden Dürren beitragen. In der Region herrscht arides und semi-arides Klima, das sich durch keinen bis spärlichen Bewuchs auszeichnet. Das Gebiet kann im Wesentlichen zwischen dem hauptsächlich in Äthiopien und Eritrea liegenden gebirgigen und regenreichen Hochland und dem Tiefland im Rest der Region unterschieden werden. Im Hochland fällt Regen, der für viele Gebiete über die Flüsse die einzige Wasserversorgung darstellt. In den gebirgigen Regionen ist die Topographie eine Herausforderung für die Landwirtschaft, Bodenerosion ein großes Problem. Das Tiefland ist meist trocken. Dies liegt daran, dass die tropischen Monsunwinde aus dem Westen kommen und sich oft schon in der Sahel-Region er-



picture alliance/Photoshot

In Doolow, einer Stadt an der Grenze zwischen Somalia und Äthiopien, schöpfen zwei Somalis während der Dürre 2017 Wasser aus dem Loch eines ausgetrockneten Flussbetts.

schöpfen, bevor sie das Horn erreichen. In Teilen der Region gibt es auch Wüsten mit Temperaturen von über fünfzig Grad. Viehhirten (Pastoralisten) und Menschen, die sowohl Viehhaltung als auch Ackerbau zugleich betreiben (Agro-Pastoralisten), sind die häufigsten Lebensweisen. Der hohe Bevölkerungsdruck führt derweil dazu, dass die zu bewirtschaftende landwirtschaftliche Fläche pro Familie immer kleiner wird und Überweidung sowie Abholzung die Ökologie der Region bedrohen.

Ausgedehnte Trockenperioden lassen das Saatgut auf den Feldern und die Weiden für das Vieh immer wieder verdorren. Besonders verheerend ist es, wenn mehrere dieser Dürren aufeinanderfolgen. In einer schlechten Saison sind die Menschen gezwungen, einen Teil ihres Saatgutes zu essen oder Vieh zu verkaufen. Damit schwächen sie aber auch ihre zukünftige Lebensgrundlage. Gibt es im Folgejahr wieder eine Dürre, müssen sie noch weiter reduzieren, bis sie auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind und aus eigener Kraft die Krise nicht mehr bewältigen können. Selbst die Regenzeiten zwischen den Dürreperioden reichen in der Regel nicht mehr aus, damit sich das Weideland

und der Viehbestand erholen können, um die Nahrungssicherheit der Menschen zu gewährleisten.

Diese Situation wird durch den Klimawandel verschärft. Viele Anzeichen sprechen dafür, dass die Temperaturen in der Region weiter steigen werden. Dies führt zur noch stärkeren Verdunstung von Wasser und trocknet die Böden weiter aus. Wissenschaftler streiten darüber, ob der Klimawandel auch daran schuld ist, dass es immer weniger regnet. Fakt ist, dass die Regenfälle in den vergangenen drei Jahrzehnten am Horn von Afrika so schlecht waren wie im ganzen vergangenen Jahrhundert nicht. Aber nicht nur weniger Regen – es sind überhaupt die immer unregelmäßigeren Wechsel von Regen- und Trockenperioden, die für die Bauern Aussaat und Ernte zu einem riskanten Unterfangen machen. Dazu kommen die Auswirkungen des Klimaphänomens »El Niño«, das durch die Veränderung der Meerestemperatur dazu führt, dass sich Regenfälle verringern oder ausbleiben, oder es zu extrem starken Regenfälle mit anschließenden Überschwemmungen kommt.

In solchen Situationen wird von »protracted crisis« gesprochen. Diese »langwierigen Krisen« sind nach der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization of the United Nations, FAO) dadurch gekennzeichnet, dass sich Naturkatastrophen und Konflikte vermischen, die Menschen die Krisen nicht mehr bewältigen können, sie deshalb akut von Tod, Hunger und Krankheiten bedroht sind, und die Staaten nicht adäquat reagieren. Zu den insgesamt 13 Ländern, welche die FAO in ihrem jährlichen Welt Ernährungsbericht in dieser Kategorie auflistete, gehörten 2017 auch Somalia, Eritrea und Äthiopien.

Ansätze humanitärer Hilfe

Die Helfer müssen immer komplexere Konzepte entwickeln, um den humanitären Herausforderungen von Dürren und Hungerkatastrophen begegnen zu können. Schon seit Langem wird deshalb versucht, die Ansätze der Nothilfe und der Entwicklungszusammenarbeit zu verschränken. »Resilienz« nennt sich das Konzept, das zum Ziel hat, die Widerstandsfähigkeit besonders

anfälliger Gruppen zu stärken, um dem Kreislauf der Krisen zu entkommen. Dafür gibt es keine Blaupause. Für die jeweiligen Katastrophengebiete müssen eigene Lösungen gefunden werden. Nach Somaliland brachte die Deutsche Welthungerhilfe während der akuten Dürre 2017 beispielsweise Nahrungsmittel, um die Menschen vor dem Hungertod zu retten. Gleichzeitig baute die Hilfsorganisation aber auch Staudämme. Während einer Dürre trocknen Böden weitestgehend aus und werden porös. Nach einer Dürre sind Niederschläge meist zu heftig, um vom Boden aufgenommen zu werden. Die Staudämme helfen, Wasser zurückzuhalten und verhindern, dass fruchtbarer Boden weggeschwemmt wird.

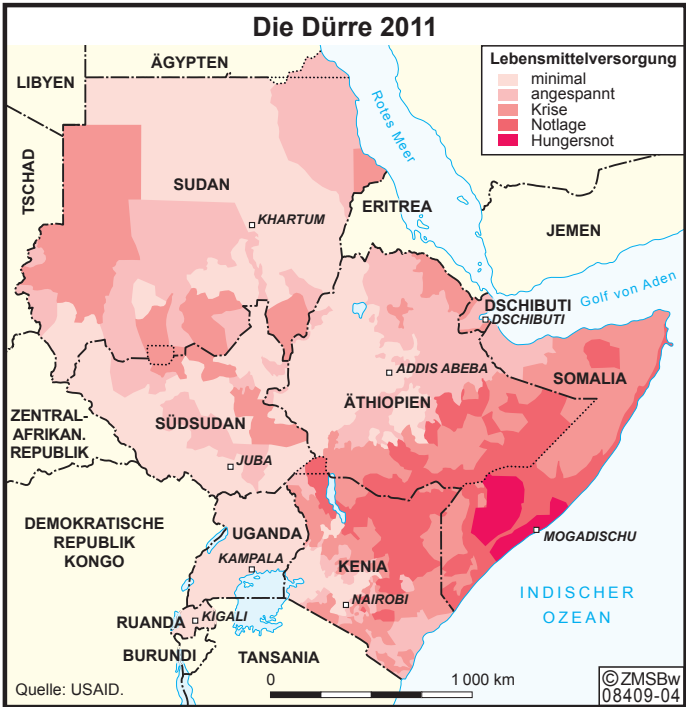
Ein weiteres Beispiel ist die Hilfe für Viehzüchter in Äthiopien: Wenn Tiere sterben, fehlt vielen Menschen die Lebensgrundlage für die Zukunft. In von der Welthungerhilfe finanzierten Fütterzentren erhalten Tiere, die für die Reproduktion tauglich sind, eine Kombination aus Heu und Futterkonzentrat. Der Mix hilft dem Vieh, die Dürrezeiten zu überleben, bis sich das Weideland wieder erholt hat.

Ebenso wichtig ist es, schon *vor* Ausbruch einer Krise vorzusorgen und zu handeln. Die Reaktion auf humanitäre Krisen folgt jedoch einem bedauerlichen Muster, insbesondere bei sogenannten »slow-onset disasters«. Das sind Katastrophen, die anders als etwa Erdbeben nicht plötzlich über die Menschen hereinbrechen, sondern vorhersehbar sind. So warnen die Vereinten Nationen und andere Organisationen meist wochen- oder monatelang vor einer drohenden Katastrophe, nachdem Frühwarnsysteme die ersten Alarmsysteme gesendet haben. Für das Horn von Afrika zeigt das von der »United States Agency for International Development« (USAID) gegründete »Famine Early Warning Systems Network«, wo sich die Ernährungssituation verschärft. Mit der »Integrated Food Security Phase Classification« (IPC) wurde ein Ampelsystem geschaffen, mit dem von Nahrungsmittelengpässen betroffene Gebiete auf Karten ausgemacht werden können. Dabei unterschieden wird zwischen Nahrungsmittelkrisen, bei der die Bevölkerung Engpässe überbrücken muss, und Hungersnöten. Eine Hungersnot liegt nach IPC dann vor, wenn mindestens zwanzig Prozent der Bevölkerung Zugang zu weniger als 2100 Kilokalorien pro Tag haben, mindestens 30 Prozent der

Kinder akut unterernährt sind (wasting) und täglich mindestens zwei von 10 000 Menschen oder vier von 10 000 Kindern den Hungertod sterben. Tritt eine solche Situation ein, kommt Hilfe bereits zu spät. Doch genau das passiert, da viele Regierungen weltweit, ohne deren finanzielle Unterstützung keine humanitäre Hilfe geleistet werden kann, oft erst handeln, wenn ihre eigene Bevölkerung Interesse für die Thematik aufbringt. Und diese wiederum schreit erst auf, wenn im Fernsehen Bilder von verendetem Vieh und extrem unterernährten Kindern gezeigt werden. Erst dann kommt es zu Geberkonferenzen, auf denen Gelder versprochen werden, während große Spendenaktionen anlaufen. Für die meisten von Hunger betroffenen Menschen ist es dann aber schon zu spät: »early warning, no action«.

Aber was würde »early warning, early action«, vom Frühwarnsystem zu rechtzeitigem Handeln, konkret bedeuten? Diese Frage wurde besonders intensiv nach der schweren Hungersnot 2011 am Horn von Afrika diskutiert, die bei frühzeitigem Handeln zumindest hätte gemildert werden können. Hilfsorganisationen wie Oxfam entwarfen einen neuen Mechanismus, der zurzeit in Somalia getestet wird. Dabei sollen noch genauere Indikatoren wie Wetterdaten, Preise und Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln sowie Fluchtbewegungen und Ähnliches auf monatlicher Basis und auf Ebene der Verwaltungsdistrikte erhoben werden. Das Überschreiten bestimmter Grenzwerte soll konkrete Maßnahmen bei den Vereinten Nationen und Nichtregierungsorganisationen auslösen, zum Beispiel bei der Weltgesundheitsorganisation, wenn eine Cholera-Epidemie ausbricht, oder beim Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees, UNHCR), wenn sich eine Flüchtlingswelle in Bewegung setzt.

Auch bei der Koordinierung von Hilfe hat es in den vergangenen Jahren Fortschritte gegeben. Für unterschiedliche Sektoren wie Ernährung, Wasserversorgung oder Gesundheit gibt es in einem Land unterschiedliche »Cluster«, die von einer Hilfsorganisation mit entsprechenden Fachkompetenzen koordiniert werden. Auch schließen sich Hilfsorganisationen zu Bündnissen und spezialisierten Netzwerken zusammen. Bei den Hilfsmaßnahmen werden lokale Verwaltungen und andere Machtinhaber ebenso eingebunden wie internationale und nationale Nicht-



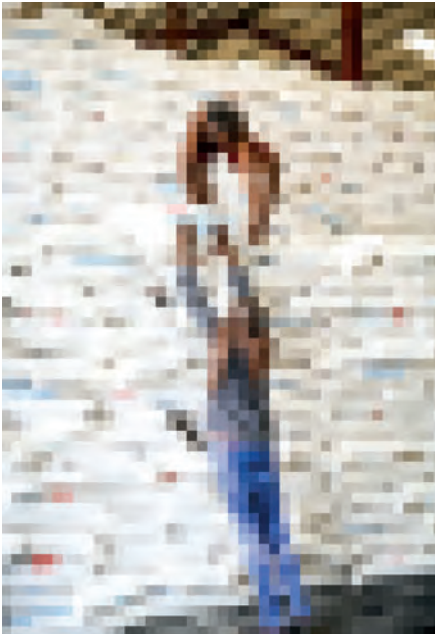
regierungsorganisationen. So soll verhindert werden, dass die Hilfe in falsche Hände gerät.

Neben besseren Daten und einer effektiveren Koordination bleibt aber weiterhin die Frage nach der Finanzierung der Maßnahmen. »Forecast-based financing« heißt ein vom Auswärtigen Amt und dem Deutschen Roten Kreuz erarbeitetes Konzept, das die Geber dazu bringen soll, bereits auf Basis der Warnsignale und vorab abgestimmter Schwellenwerte und Maßnahmenpläne Gelder zur Verfügung zu stellen. Ein anderes Beispiel ist die »Drought Financing Facility«, die von einem Netzwerk (Start Network) ins Leben gerufen wurde, in dem mehr als 40 international tätige Hilfsorganisationen zusammengeschlossen sind.

Eine weitere wichtige Entwicklung in der humanitären Hilfe verbirgt sich unter dem Stichwort »localisation«, hier werden lo-

kale Akteure in ihrer Rolle als Ersthelfer anerkannt. Grund dafür ist, dass bei großen Nothilfeoperationen die lokalen Akteure oft in den Hintergrund gedrängt werden, weil hohe Spendensummen schnell umgesetzt werden müssen. Humanitäre Hilfe soll die Hilfsanstrengungen im Land jedoch ergänzen und nicht ersetzen. Häufig können internationale Hilfsorganisationen zudem gar nicht ohne lokale Organisationen arbeiten. Das gilt besonders für Länder wie Somalia, in denen die Sicherheitslage und die Bedrohung von Ausländern den Zugang zu weiten Teilen des Landes erschweren. Laut der »Aid Worker Security Database« werden humanitäre Helfer immer wieder Opfer von Angriffen oder Hinterhalten. Mit über 70 Toten seit 2010 ist Somalia eines der gefährlichsten Länder für humanitäre Helfer weltweit. Deshalb sollen lokale Hilfsorganisationen künftig mehr Mittel und mehr Trainings bekommen, um sicherer, selbstständiger und besser arbeiten zu können.

picture alliance/Photoshot



Während der Dürre von 2017 lieferte alleine China 2800 Tonnen Reis als Nothilfe nach Somalia.

Insgesamt verfügen professionelle Hilfsorganisationen über eine breite Palette an Maßnahmen, aus denen diejenigen ausgewählt werden, die im jeweiligen Kontext am besten funktionieren können. Bei den Schwächsten, zum Beispiel alleinerziehenden Müttern, Alten oder körperlich Beeinträchtigten, gibt es Hilfe ohne Bedingungen. Mit den Gemeinderepräsentanten werden Individuen identifiziert, die Hilfe am nötigsten haben. Für andere gibt es Konzepte wie »cash-for-work« oder »food-for-work«. Dabei erhalten die Menschen Nahrungsmittel oder Geld als Gegenleistung für Entwicklungsmaßnahmen, wie zum Beispiel den Bau einer Straße. Hierdurch soll den Menschen nicht die Würde genommen und sie nicht zu Almosenempfängern degradiert werden.

Allgemein wird anerkannt, dass diese und andere Bemühungen dazu geführt haben, Hungerkrisen wie am Horn von Afrika besser in den Griff zu bekommen. Doch bei aller Professionalisierung des humanitären Systems, müssen auch die strukturellen Ursachen müssen weiter angegangen werden. Wenn weiter Bürgerkriege geführt und Menschen unterdrückt werden, bleibt eine Region instabil. Wenn die Industrienationen weiterhin bedenkenlos Ressourcen verschwenden, kann der Klimawandel nicht bekämpft werden. Deshalb versuchen Nichtregierungsorganisationen auch auf die Politik Einfluss auszuüben, damit Staaten ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommen.

Marion Aberle



Seit Jahrhunderten gibt es Migrationsbewegungen am Horn von Afrika. Schon die nomadische Lebensweise vieler Somalis spricht für variable Wohnorte. Zudem sind die schweren ökonomischen Bedingungen in den letzten Jahrzehnten ein Grund dafür, dass viele Äthiopier, Eritreer und Somalis als Gastarbeiter in Saudi-Arabien, Katar, Oman, Bahrain oder den Vereinigten Arabischen Emiraten leben. Hinzukommen Hunderttausende Menschen, die wegen der häufigen Konflikte in der Region in die Nachbarländer fliehen mussten.

Während der sogenannten »Flüchtlingskrise« geriet auch das Horn von Afrika ab 2014/15 in den Fokus europäischer Politiker. Viele Menschen, die über das Mittelmeer nach Italien gelangten, stammten vom Horn. Die europäische Debatte vernachlässigt jedoch meist, dass der überwiegende Teil der Menschen, die am Horn von Afrika ihren Wohnort verlässt, nicht nach Europa flüchtet oder migriert, sondern, unter anderem wegen fehlender finanzieller Mittel und ähnlicher kultureller Bedingungen, in die angrenzenden Nachbarstaaten – im Bild eritreische Flüchtlinge in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa.

Migration am Horn von Afrika

Das Thema Migration ist in den vergangenen Jahren in den Fokus der europäischen Politik gerückt. Allein 2015 kamen über eine Million Menschen nach Europa, davon mehr als 65 000 vom Horn von Afrika über das Mittelmeer nach Italien. Fast 4000 Menschen unterschiedlicher Nationalität starben bei diesem Unterfangen. Zwar sind die Flüchtlingszahlen seitdem stark rückläufig – 2018 kamen aufgrund des Aufnahmestopps in Italien und der Rückführung durch libysche Sicherheitskräfte weniger als 4000 Menschen aus den vier Ländern am Horn in Italien an – doch das Thema Migration bleibt auf der europäischen Agenda. Bereits 2014 vereinbarte die Europäische Union mit Äthiopien, Dschibuti, Eritrea, Kenia, Somalia, dem Sudan und dem Südsudan ein gemeinsames Vorgehen gegen Menschenschmuggel und Fluchtursachen. Im »Khartoum Process« flossen in der Folge mehrere Hundert Millionen Euro nach Ostafrika. Dabei verkennt die Diskussion in Europa vielfach, dass die Hauptherkunftsländer seit 2014/15 vor allem Syrien, Afghanistan und der Irak, also keine afrikanischen Staaten, waren.

Bei der Bewegung von Menschen muss zunächst einmal zwischen mehreren Formen unterschieden werden: Migration wird definiert als Bewegung von Menschen von ihrem ursprünglichen Wohnort über eine Staatsgrenze hinweg. Diese Bewegung sagt nichts über den Rechtsstatus der Person, ob das Verlassen des Wohnortes freiwillig oder unfreiwillig erfolgte, welche Ursachen der Bewegung zugrunde liegen, oder wie lange sie andauert. Davon abzugrenzen sind Flüchtlinge: Menschen, die vor Krieg oder vor lebensbedrohlichen Ereignissen über die Staatsgrenzen hinweg in ein anderes Land fliehen. Binnenflüchtlinge hingegen sind Menschen, die vor Krieg oder lebensbedrohlichen Ereignissen in einen anderen Teil ihres Landes fliehen.

Die Bewegung von Menschen hat verschiedene Ursachen: wirtschaftliche, ökologische, politische oder soziale. Auch wenn es am Horn seit Jahrzehnten grenzüberschreitende Bewegungen von Menschen gibt, ist die derzeitige Dimension teilweise den Konflikten in der Region geschuldet. Das Ausmaß der Konflikte ist hier – historisch betrachtet – größer als in jeder anderen af-



Bei den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro holte Feyisa Lilesa 2016 Silber im Marathon. Mit der Geste der überkreuzten Arme machte er auf die Lage der Oromo in Äthiopien aufmerksam.

rikanischen Region (siehe den Beitrag von Andreas Mückusch). Vertreibung und Flucht sind daher seit den 1960er-Jahren eine teils wiederkehrende Erfahrung für viele Menschen.

Somalia ist seit den 1980er-Jahren Schauplatz eines Bürgerkrieges, von Vertreibung, Dürren und Hungersnöten sowie islamistischer Radikalisierung. 2018 zählte der Hohe Flüchtlings-Kommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) in den Nachbarländern über 800 000 somalische Flüchtlinge, weitere 2,6 Millionen Somalis galten als Binnenvertriebene. Allein die Zahl der somalischen Flüchtlinge in Äthiopien ist auf über 250 000 gestiegen. Ähnlich viele Somalis leben in Kenia. Hinzu kommen Hunderttausende Somalis in der arabischen Welt, alleine über 250 000 im Bürgerkriegsland Jemen. Insgesamt wird die somalische Diaspora auf 2,5 Millionen Menschen weltweit geschätzt – und das bei weniger als 15 Millionen Einwohnern Somalias. Obwohl Somalia daher eines der wesentlichen Herkunftsländer von Migranten und Asylsuchenden in der Welt ist, kamen in den letzten Jahren aber stets nur wenige Tausend Somalis über die

zentrale Mittelmeerroute nach Europa. Am stärksten betroffen von den Flucht- und Migrationsbewegungen aus Somalia sind daher die Nachbarländer.

In Äthiopien vertrieben indes die Militärdiktatur (1974–1991) und die Bürgerkriege Hunderttausende in die Nachbarländer, die arabische Welt und nach Europa und Nordamerika. Auch nach dem Ende des Militärregimes ist das Land immer wieder von Gewalt heimgesucht worden. Konflikte zwischen der Regierung und Oromo- und Afar-Gruppen bzw. Rebellen im Ogaden – um nur einige zu nennen – wirken sich teils verheerend auf die politische, soziale und wirtschaftliche Sicherheit der Menschen aus. Häufig kommt es im Zuge dieser Konflikte zu Menschenrechtsverletzungen, zur Unterdrückung der Pressefreiheit und zur Untergrabung demokratischer Werte (siehe den Beitrag von Ludger Schadomsky). Allein die Spannungen in den Regionen Oromia und Somali führten 2018 zur Vertreibung von rund 1,4 Millionen Menschen. Häufig spielen aber auch wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle. Obwohl Arabisch keine äthiopische Amtssprache ist und Saudi-Arabien 2013 rund 150 000 Menschen zurück nach Äthiopien deportierte, leben vermutlich etwa 1,2 Millionen Äthiopier in der arabischen Welt. Weitere 200 000 leben in Südafrika. Ähnlich wie im Falle Somalias kommen pro Jahr indes nur wenige Tausend Äthiopier über das Mittelmeer nach Europa. Gleichzeitig beherbergte Äthiopien 2018 selbst über 900 000 Flüchtlinge (nach Uganda die zweithöchste Zahl an Flüchtlingen in Afrika), darunter vor allem Menschen aus dem Südsudan aber auch aus Somalia, Eritrea und dem Sudan. Äthiopien ist somit Herkunfts- und vor allem Aufnahmeland zugleich.

Eritrea mutierte nach Beendigung seines Unabhängigkeitskrieges im Jahr 1991 zu einer der brutalsten Diktaturen der Welt. Der eritreische Wehrdienst wird international als Zwangsarbeit bezeichnet. Die Verfassung von 1997 wurde noch immer nicht umgesetzt. Viele Eritreer suchen daher im Ausland Asyl, weil sie vor Unterdrückung, Verhaftung sowie starken Einschränkungen der Bewegungs-, Meinungs- und Pressefreiheit fliehen (siehe den Beitrag von Nicole Hirt). Von rund sechs Millionen Einwohnern versuchen jeden Monat etwa 5000 zu fliehen – Eritrea ist mit geschätzten 10 000 politischen Gefangenen zu einem gigantischen Gefängnis geworden. Eine Verbesserung der Si-

Dadaab: Eines der größten Flüchtlingslager der Welt

Das »Dadaab-Flüchtlingslager« im Osten Kenias, etwa 75 Kilometer von der somalischen Grenze entfernt, wurde 1991 vom Hohen Flüchtlingskommissar (UNHCR) als vorübergehender Aufenthaltsort für Flüchtlinge aus Somalia aufgebaut. Heute handelt es sich streng genommen nicht um ein Lager, sondern um fünf getrennte Camps auf einer Fläche von 50 Quadratkilometern. Ursprünglich war vorgesehen, 90 000 Menschen zu beherbergen. Während der Dürre von 2011 lebten hier jedoch über 460 000 Menschen. Auch wenn es mittlerweile nur noch zwischen 200 000 und 250 000 Menschen sind, ist Dadaab zu einer der größten kenianischen Städte angewachsen und gilt als eines der größten Flüchtlingslager der Welt. Über die Hälfte der Menschen sind unter 18 Jahren alt. Sie wurden entweder in den Camps geboren oder haben hier den größten Teil ihres Lebens verbracht. Über 90 Prozent der Flüchtlinge sind Somalis, einige wenige kommen aus dem Südsudan, aus Eritrea, Äthiopien, Burundi und Uganda.

Das Leben in Dadaab ist hart und entbehrlich. Die Menschen sind abhängig von internationalen Hilfsleistungen. Über die Jahre haben sich aber Strukturen wie in einer Stadt entwickelt. Neben Schulen unter-



picture alliance/dpa/Brendan Bannion/om/Unhcr

Luftbild der erweiterten Flüchtlingsunterkünfte in Dadaab, Kenia, im Zuge der somalischen Hungersnot 2011.

halten einige Flüchtlinge kleine Geschäfte und Märkte. Durch Schmuggelware aus Somalia und Hilfsgüter können Produkte im Camp teilweise günstiger angeboten werden als im Rest des Landes.

Die Sicherheit in Dadaab hat sich über die Jahre durch Vergewaltigungen und Überfälle verschlechtert. Vor allem seit der kenianischen Intervention in Somalia im Oktober 2011 verschlimmerte die Unsicherheit die Arbeitsbedingungen für Hilfsorganisationen. Die kenianische Regierung ist besorgt, dass die somalische Gruppe »al-Shabaab« Rückhalt in den Lagern erhalten und von dort Angriffe in Kenia planen könnte. Die Rückführung der Menschen hat für sie daher Priorität, auch wenn für viele die Rückkehr nach Somalia wegen der dortigen noch schlechteren Sicherheitslage keine Option ist.

Die lokale Bevölkerung interagiert wirtschaftlich mit den Geflüchteten und spekuliert durch die Anwesenheit von Nichtregierungsorganisationen auf zusätzliche Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Gleichzeitig nutzt die kenianische Regierung die Drohung, das Camp schließen zu wollen, auch als außenpolitisches Druckmittel, um finanzielle Hilfen von den internationalen Gebern zu erhalten.

FAW

tuation ist auch nach der Annäherung Äthiopiens und Eritreas derzeit nicht in Sicht. Unter den Geflüchteten befinden sich viele unbegleitete Minderjährige, die besonders schutzbedürftig sind, aber auch junge gebildete Männer aus den Städten. 2018 lebten über 170 000 Eritreer in Camps in Äthiopien und über 100 000 im Sudan. Viele von ihnen warten auf eine Gelegenheit, um nach Europa oder Nordamerika zu reisen. 2016 kamen knapp 21 000, 2017 rund 7000 und 2018 weniger als 3500 in Italien an. Die Gründe für diesen Rückgang sind unter anderem in einer verstärkten Kooperation zwischen der EU und den Herkunfts- und Transitländern sowie stärkeren Grenzkontrollen im Sudan und in Ägypten zu suchen. Auch weiterhin sind somit die Nachbarländer am stärksten von eritreischen Flüchtlingen betroffen.

Da es (wehrfähigen) Eritreern ohne Ausreiseerlaubnis untersagt ist, das Land zu verlassen, profitieren vor allem Schleuser, die sich die Flucht aus Eritrea bezahlen lassen. Die Schleuser kommen meist aus dem eigenen Land, sind aber teilweise selbst



an Misshandlungen und Ausbeutung beteiligt. Eritreer, die auf der Flucht erwischt oder nach der Flucht zurückgeschickt werden, erwartet unbegrenzte Internierung und Folter.

Dschibuti als das kleinste Land der Region ist ebenfalls, wenn auch in geringem Umfang, von Bevölkerungsbewegungen betroffen. 2018 machten Flüchtlinge aus den Nachbarländern rund drei Prozent der Bevölkerung (etwa 900 000 Menschen) aus. Vermutlich auch wegen der geringen Chancen auf Arbeit wird Dschibuti hauptsächlich als Transitland auf dem Weg in die arabische Welt genutzt, vor allem von Zehntausenden Äthiopiern.

Migrationsrouten am Horn

Eine typische Route vom Horn von Afrika nach Europa geht von Somalia oder Eritrea über Äthiopien in den Sudan nach Libyen beziehungsweise durch den Tschad nach Libyen und Italien. Eine weitere Route nach Norden geht von Somalia oder Eritrea durch Äthiopien, den Sudan und Ägypten bis nach Israel und von dort teilweise weiter nach Europa. Das Thema Migration steht daher nicht nur in Europa auf der Tagesordnung, sondern auch in Israel, das 2010 an seiner Südgrenze zu Ägypten eine acht Meter hohe Mauer errichten ließ.

Auch wenn die politischen Umwälzungen in Nordafrika 2010/11 mit dem Aufkommen von Flucht und Migration über das Mittelmeer in Verbindung gebracht werden, ist die Tragödie der Menschen, die versuchen, mit Booten nach Europa zu gelangen, nicht neu. Im März 2009 ertranken etwa mehr als 200 Afrikaner nachdem ihr Boot vor der Küste Libyens gesunken war. Diese Ereignisse haben sich nach der veränderten politischen Lage in Nordafrika jedoch verstärkt, da seit 2011 der organisierte Menschenhandel stark angestiegen ist. Der Zusammenbruch Libyens und die seit dem Sturz des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak im Februar 2011 konfliktträchtiger gewordenen nordöstlichen Regionen Ägyptens haben diesen erheblich erleichtert.

Die Menschen, die über die zentrale Mittelmeerroute nach Europa kommen, sind zu einem Großteil Männer. Der überwiegende Teil von ihnen ist zwischen 18 und 34 Jahren alt. Dabei sind es nicht nur absolute Armut und lebensbedrohliche Situa-

tionen, die für Menschen entscheidend sind, ihre Heimat zu verlassen. Paradoxerweise ist es teilweise die sich verbessernde ökonomische Situation oder der Zugang zu finanziellen Ressourcen, die den letzten Anreiz gibt, den Wohnort zu verlassen und das Risiko einer schwierigen Reise nach Europa einzugehen. Wenn das durchschnittliche Einkommen steigt oder finanzkräftige Unterstützer beispielsweise in der Diaspora existieren, können sich mehr Menschen die Reise finanziell leisten. Die Verfügbarkeit moderner, kostengünstiger Informationen durch Handys oder das Internet erleichtert die Auswanderung weiter.

Eine kostengünstigere und teilweise stärker genutzte Route als über das Mittelmeer führt indes vom Horn von Afrika über den Jemen in die arabische Welt. Seit 2006, als das UNHCR begann, Daten zu sammeln, gingen im Jemen über 500 000 Menschen an Land. 2016 waren es trotz oder gerade wegen des jemenitischen Bürgerkrieges und dem Zusammenbruch der staatlichen Strukturen über 110 000. 2017 kamen ungefähr 100 000 Menschen, 2018 könnten es rund 150 000 gewesen sein. Etwa 90 Prozent von ihnen sind Männer, die in den Golfstaaten nach Arbeitsmöglichkeiten suchen. Vor allem Äthiopier, besonders viele aus der Ethnie der Oromo, nutzen den Jemen von Dschibuti kommend als Durchgangsland. Diese Asylsuchenden und Migranten, darunter auch Frauen und Kinder, sind auf ihrem Weg in die größeren arabischen Städte jedoch nicht selten Folter, Ausbeutung, Gewalt und sexuellem Missbrauch ausgesetzt. Zudem ertrinken jedes Jahr Dutzende Menschen bei der Überfahrt. Aufgrund des jemenitischen Bürgerkrieges kehrten 2018 aber auch rund 40 000 ursprünglich in den Jemen geflüchtete Somalis in ihre Heimat zurück.

Welche Route die Menschen am Horn wählen, hängt oft von den Informationen und den finanziellen Ressourcen ab, die ihnen zur Verfügung stehen. Allein die Kosten für die Überfahrt von Libyen zur italienischen Insel Lampedusa oder nach Sizilien können bis zu 2000 US-Dollar betragen, der Weg von Dschibuti in den Jemen kann 200 bis 500 US-Dollar kosten. Daneben gibt es auch Pauschalen von Somalia nach Italien von 4000 bis 6000 US-Dollar oder für die Route über den Jemen nach Europa in Höhe von 8000 bis 10 000 US-Dollar. Häufig geht die Reise nicht dahin, wohin die Menschen wollen, sondern nur so weit, wie das Geld reicht oder wohin die Schleuser sie bringen.

Konflikte auf der Arabischen Halbinsel

Ereignisse auf der Arabischen Halbinsel wie der Bürgerkrieg im Jemen haben häufig auch Auswirkungen auf die Staaten am Horn von Afrika. Seit 2015 flüchteten jeweils fast 40 000 Jemeniten nach Dschibuti und Somalia und 15 000 nach Äthiopien. Gleichzeitig bot die Intervention einer von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition vor allem der eritreischen Regierung die Chance, sich aus ihrer bis 2018 bestehenden internationalen Isolation zu befreien. Einerseits soll sich Eritrea mit Hunderten Spezialkräften an der saudischen Militärallianz im Jemen beteiligen – mit dem Eritrea 1995 selbst einen kurzen Konflikt um den Besitz der Hanisch-Inseln ausfocht. Andererseits dient der saudischen Koalition, zu der auch die Vereinigten Arabischen Emirate gehören, die nur 60 Kilometer von der jemenitischen Küste entfernte eritreische Hafenstadt Asab als Basis für Angriffe im Jemen. Bodentruppen der Koalition sollen von hier nach Aden verschifft und jemenitische Soldaten auf umgekehrten Weg in Eritrea ausgebildet werden. Wie stark der arabische Einfluss am Horn geworden ist, zeigt sich auch daran, dass die Annäherung von Äthiopien und Eritrea 2018 in Jeddah, der Hauptstadt Saudi-Arabiens, besiegelt wurde.

Auswirkungen auf die Region hat auch der Machtkampf zwischen Saudi-Arabien und dem Iran. Aus Solidarität mit dem islamisch-sunnitisch geprägten Saudi-Arabien brachen 2016 sowohl Dschibuti als auch Somalia – beide Mitglieder der Arabischen Liga – ihre Beziehungen zum islamisch-schiitisch geprägten Iran ab.

Ähnliches zogen die Spannungen zwischen Saudi-Arabien und Katar nach sich: Dschibuti reduzierte aus Solidarität mit Saudi-Arabien seinen diplomatischen Stab in Doha, woraufhin Katar seine 450 Soldaten von der dschibutischen Seite im Grenzgebiet zu Eritrea abzog. 2008 war es hier zu einem kurzen Grenzstreit mit 30 getöteten dschibutischen Soldaten gekommen. Katar vermittelte 2010 einen Friedensvertrag und 2016 die Auslieferung der vermutlich letzten dschibutischen Kriegsgefangenen von Eritrea. Die somalische Regierung befindet sich indes in einem Dilemma. Einerseits ist sie auf finanzielle Unterstützung aus Saudi-Arabien angewiesen. Andererseits steht die Türkei – einer der wichtigsten Partner Somalias – aufseiten Katars. Jedoch ergriffen die autonomen Regionen Hirshabelle, Puntland und Galmudug 2017 Position für Saudi-Arabien, wodurch sie eine innenpolitische Krise entfachten.

TK

Die Erfahrungen, die viele Menschen, die vom Horn von Afrika nach Europa kommen, bei diesen Reisen machen sind entsetzlich. Obwohl sie enorme Geldsummen bezahlen, werden sie häufig von Schleusern betrogen und misshandelt. Erzählungen berichten von strapaziösen Reisen durch die Sahara, sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen (zum Beispiel in Libyen), um Geld für die Überfahrt nach Europa zu verdienen, überfüllten Booten auf dem Mittelmeer sowie europäischen Grenzpatrouillen, die mehr daran interessiert sind, Migranten und Asylsuchende zurückzudrängen, als Notleidende zu retten. Viele Menschen sterben auf dem Weg an Krankheiten, dehydrieren oder verhungern. Manchmal treiben Menschen auf ihrer Überfahrt tagelang auf dem Mittelmeer, bis sie schließlich gerettet werden. Einige trinken aus Durst ihren eigenen Urin; Booten geht der Treibstoff aus oder sie sinken. Hilfsorganisationen schätzen, dass allein zwischen 2014 und 2018 über 17 500 Menschen bei dem Versuch, Europa über das Mittelmeer zu erreichen, auf See gestorben sein könnten. Hinzu kommen die Leiden der zurückgebliebenen Verwandten, die nicht selten ihr Eigentum verkauft haben, um die Reise zu ermöglichen und erwarten, das Geld zurückgezahlt und selbst eine bessere Zukunft ermöglicht zu bekommen.

Auf dem teils tödlichen Weg durch den Sudan und Ägypten bis nach Israel besteht die Gefahr, von Nomaden entführt, gefoltert und nur gegen die Zahlung von Lösegeld wieder freigelassen zu werden. Manchmal kämpfen sogar verschiedene Gruppen um die Kontrolle von Migranten und Geflüchteten. Der von Israel erbaute Grenzzaun zu Ägypten hat den Strom von Menschen über den Sinai jedoch deutlich vermindert. Letztendlich bedeutete dies einen finanziellen Verlust für die Menschenhändler in der Region, die daraufhin begannen, Geflüchtete aus Lagern im Sudan zu entführen.

Schlussfolgerung

Es gibt vier Faktoren, die die grenzüberschreitende Bewegung von Menschen am Horn von Afrika verständlich machen: *Erstens* ist die physische Unsicherheit der Hauptfaktor für Menschen aus Somalia und Eritrea ihr Land zu verlassen. Islamistischer Funda-

mentalismus, verschiedene interne Konflikte und staatenübergreifende Spannungen bilden ein Konfliktsystem, das seit Jahren eine große Herausforderung für Friedensbemühungen in der Region darstellt. Viele Menschen leiden in diesen Ländern seit Jahrzehnten. Oft, scheint der einzige Ausweg darin zu bestehen, das Land zu verlassen und im Ausland nach neuen Perspektiven zu suchen. Die überwiegende Mehrheit der von Gewalt bedrohten Afrikaner flüchtet jedoch nur in die unmittelbaren Nachbarländer. Im Vergleich zu den Hunderttausenden Flüchtlingen und Binnenvertriebenen am Horn macht sich nur ein kleiner Teil auf den Weg nach Europa. Allein schon aus finanziellen, aber auch aus sprachlichen und kulturellen Gründen kommt die gefährliche und strapaziöse Reise für die meisten Menschen nicht infrage. *Zweitens* wurde infolge der Konflikte die wirtschaftliche Infrastruktur der Länder massiv zerstört. Investitionen sind selten, Arbeitsmöglichkeiten kaum vorhanden. Dazu kommt ein erhebliches Bevölkerungswachstum. Migration gilt daher oft als einzige Möglichkeit, die eigenen Lebensverhältnisse zu verbessern. *Drittens* ist in der trostlosen Lage die politisch und wirtschaftlich veranlasste Entscheidung zur Migration eine Familienentscheidung und nicht nur eine individuelle. Menschen, die emigrieren, benötigen für örtliche Verhältnisse eine Menge Geld, um ihren Zielort zu erreichen. Da sie als Einzelpersonen selten über solch hohe Geldbeträge verfügen, um für die Reise oder die Schleuser zu zahlen, sind sie auf Geld von Verwandten, Bekannten oder der Gemeinschaft sowie die Hoffnung angewiesen, es ihnen in der Zukunft zurückzahlen zu können. *Viertens* haben die sich verändernden Bedingungen im Mittelmeerraum zu einer starken Zunahme von Schleusern geführt, die wissen, wie sie die Menschen auf ihrer Reise ausnutzen können. Diese Art von Unternehmertum ist nach dem Niedergang der nordafrikanischen Diktatoren und der veränderten Bedingungen in der Region rapide gestiegen. Um die Ursachen und Folgen dieser Tragödien anzugehen, bedarf es einer abgestimmten Aktion auf mehreren Ebenen von Experten aus den Bereichen Menschenrechte, Wirtschaft, Politik- und Sicherheit.

Belachew Gebrewold



picture alliance/Everett Collection/MC2 Ja'lon A. Rhinehart

Jeden Tag passieren etwa 2500 Schiffe den Golf von Aden. In Verbindung mit dem Suezkanal ist er die kürzeste und schnellste Verbindung zwischen den Industriezentren und Wirtschaftsmärkten in Europa und Asien. Die Bundesrepublik Deutschland ist als eine der weltweit größten Exportnationen auf einen problemlosen und kosteneffizienten Ablauf auf diesem maritimen Handelsweg angewiesen.

Das hohe Aufkommen an Schiffen macht das Seegebiet am Horn von Afrika aber auch für kriminelle Netzwerke attraktiv. Wegen fehlender staatlicher Institutionen in Somalia und einem Mangel an wirtschaftlichen Alternativen, etablierte sich Mitte der 2000er-Jahre vor der somalischen Küste und im Golf von Aden ein lukratives Geschäftsmodell: die Entführung und Lösegelderpressung von internationalen Schiffen durch somalische Piraten. Das Foto zeigt Angehörige der multinationalen »Combined Task Force 151« im Mai 2010 bei der Überprüfung eines verdächtigen Boots im Golf von Aden.

Piraterie am Horn von Afrika

Jahrelang fand Somalia seinen Weg in die Nachrichten vor allem durch Kriege, Hungersnöte oder Naturkatastrophen. Diese Meldungen weckten lediglich das Mitgefühl der Weltöffentlichkeit und führten zu Spendenaufrufen oder Hilfsaktionen. Weitergehendes politisches Engagement der Industriestaaten gab es nur wenig. Vor allem ein erneutes militärisches Eingreifen war nach den missglückten Einsätzen der Vereinten Nationen und der USA Anfang der 1990er-Jahre lange Zeit undenkbar. 2008 katapultierte jedoch die Piraterie – damals für die meisten Menschen in Europa und Nordamerika ein Phänomen nur aus Geschichts- und Kinderbüchern – Somalia plötzlich zurück in die Schlagzeilen: Junge Männer in kleinen Schnellbooten (sogenannten Skiffs), bewaffnet mit AK-47-Sturmgewehren, prägten das Bild des modernen Piraten. Jachten, Containerschiffe und Tanker wurden an der somalischen Küste entführt und ihre Mannschaften so lange als Geiseln festgehalten, bis Lösegelder in Millionenhöhe gezahlt wurden. Die wichtigste Handels- und Transportroute zwischen Europa und Asien war akuten Risiken ausgesetzt: Seeleute gerieten durch die Angriffe in Lebensgefahr, Waren und Schiffe wurden durch mitunter monate- bis jahrelang andauernde Geiselnahmen unbrauchbar, Versicherungssummen und Transportkosten schnellten in die Höhe. Sofort wurden internationale Initiativen gestartet, um in Somalia eine funktionsfähige Regierung zu bilden, Sicherheitskräfte in rechtsstaatlichen Strukturen auszubilden, extremistische Gruppen zu bekämpfen und die Piraterie einzudämmen. Zumindest Letzteres mit Erfolg: Zwischen Mai 2012 und März 2017 wurde kein einziges internationales Handelsschiff durch Piraten entführt und trotz einiger weniger Zwischenfälle in den vergangenen Jahren kamen die Angriffe fast zum Erliegen.

Entwicklung und Ursachen

Das Aufkommen der somalischen Piraterie muss im Kontext der sozialen und politischen Entwicklung des Landes betrachtet werden. Somalia galt spätestens seit dem Zusammenbruch der

Regierung Siad Barres Anfang der 1990er-Jahre als gescheiterter Staat. Im Nordwesten spaltete sich 1991 das nach Unabhängigkeit strebende Somaliland ab, Puntland im Nordosten folgte 1998 mit einer Teilautonomie. Während in beiden Regionen durch Kompromisse der ansässigen Clans ein relatives Maß an Stabilität erreicht wurde, versank der Rest des Landes im Bürgerkrieg. Vor diesem Hintergrund unterstützten die mangelnde Durchsetzungskraft politischer Institutionen, der kaum vorhandene Sicherheitssektor, Korruption, ein hoher Grad an Gewalt sowie geringe Einkommensmöglichkeiten das Entstehen krimineller Strukturen. Sie erlaubten Milizen und Warlords nahezu ungehindert weite Teile des Landes zu kontrollieren und – vor allem in den frühen 1990er-Jahren – zu plündern. Die Nähe zu stark befahrenen Seewegen, lange, leicht zugängliche Küstenstreifen sowie ausgeprägte Kenntnisse in der Seefahrt in Teilen der Bevölkerung begünstigten speziell die Kriminalität auf See und so wurde die Piraterie zum lukrativen Geschäftszweig.

Somalias rund 3300 Kilometer lange, weitgehend unbewohnte, infrastrukturell nur schlecht erschlossene und durch staatliche Kräfte kaum kontrollierte Küstenlinie bot ideale Ausgangsbedingungen, um den regen Seeverkehr zwischen dem Roten Meer, dem Golf von Aden und dem Indischem Ozean auf kriminelle Weise auszunutzen. Zuerst fanden die Konflikte an Land ihr Pendant auf See, indem es bis Mitte der 1990er-Jahre zu Angriffen auf Schiffe der verschiedenen Konfliktparteien kam. Darüber hinaus kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen somalischen sowie zwischen einheimischen und ausländischen Fischern, die in den unkontrollierten Küstengewässern und der national verwalteten Wirtschaftszone Somalias um die Fischgründe konkurrierten. Dabei wurden auch Schiffe entführt und ein »Zoll« oder eine »Fischereigegebühr« – faktisch ein Lösegeld – eingefordert. Drittens wurden Küstenwachen durch private Anbieter organisiert. Diese verkauften nicht nur Fischereilizenzen an ausländische Fischer, sondern wurden auch zur teilweise gewaltsamen Abschreckung nicht-lizenzierter Fischer eingesetzt, die von somalischer Seite als illegal angesehen werden. Zudem wurden an der somalischen Küste vorbeiziehende Schiffe geplündert und entführt. Als sich abzeichnete, dass durch Piraterie erhebliche Geldbeträge erpresst werden konnten, wan-

delte sich die »Gelegenheitskriminalität«: Mit hierarchischer Organisation und entsprechender Logistik im Hinterland, richteten sich die Kriminellen darauf aus, Schiffe anzugreifen, festzusetzen und erst gegen Lösegelder wieder freizugeben.

Organisationsstruktur

Während sich den Piraten fast die gesamte nördliche und östliche Küstenlinie Somalias als Ausgangspunkt anbietet, gibt es nur einige wenige Regionen, die ihnen als Rückzugsorte dienen und in deren vorgelagerten Gewässern sie entführte Schiffe bis zur Lösegeldübergabe festhalten können. Besonders kleinere Dörfer entlang der nordöstlichen und zentralsomalischen Küste gelten noch heute als »sichere Häfen« der Piraten, da sie weder durch staatliche noch durch teilstaatliche Institutionen ausreichend kontrolliert werden, infrastrukturell kaum erschlossen sind und ein nur geringes internes Konfliktpotenzial aufweisen.

So waren es ab Mitte der 2000er-Jahre vorrangig diese Regionen, von denen aus die Piraten ihre Schnellboote zu Wasser brachten. War der Einsatz der für die Region so charakteristischen Skiffs von Land aus in den vorgelagerten Gewässern relativ einfach zu bewerkstelligen, so nutzten Piraten auch immer öfter zuvor gekaperte »Dhaus« (zumeist hölzerne Segelschiffe) als logistische Basen, sogenannte Mutterschiffe, die ihnen eine längere Stehzeit auf See ermöglichen und ihren Operationsradius erhöhen. Die organisierten Syndikate somalischer Piraten umfassen Schätzungen zufolge insgesamt 1500 bis 8000 Personen, die sich grob auf vier Hierarchieebenen verteilen: An erster Stelle stehen finanzstarke Geschäftsleute, die als Investoren erhebliche Summen für die Beschaffung von Skiffs, Ausrüstung, Logistik und Schutzmaßnahmen bereitstellen sowie für die nötigen Auslagen während der Lösegeldverhandlungen aufkommen. Sie formen eine Art Konsortium, erhalten ihr Investment mit teils erheblichen Gewinnen zurück und verfügen über enge Beziehungen zu lokalen und regionalen Machthabern. Auf der zweiten Stufe finden sich lokale Anführer, die für das operative Vorgehen zuständig sind und dabei oft mehrere Angreifertrupps organisieren. Die eigentlichen Piraten auf See bilden eine dritte



picture alliance/Yannick Tylle

Hölzerne Frachtschiffe, genannt Dhaus, werden häufig von Piraten entführt und als Mutterschiff genutzt, um ihren Operationsradius zu erhöhen.

Gruppe, die wiederum hierarchisch organisiert ist – so verdient etwa der Koch auf einem Mutterschiff wesentlich weniger als der Pirat, der als erster ein Schiff entert. Auf der letzten Stufe finden sich diejenigen, welche die entführten Schiffe sowie die Ausgangsbasen an Land bewachen.

Abwehrmaßnahmen und Lageentwicklung

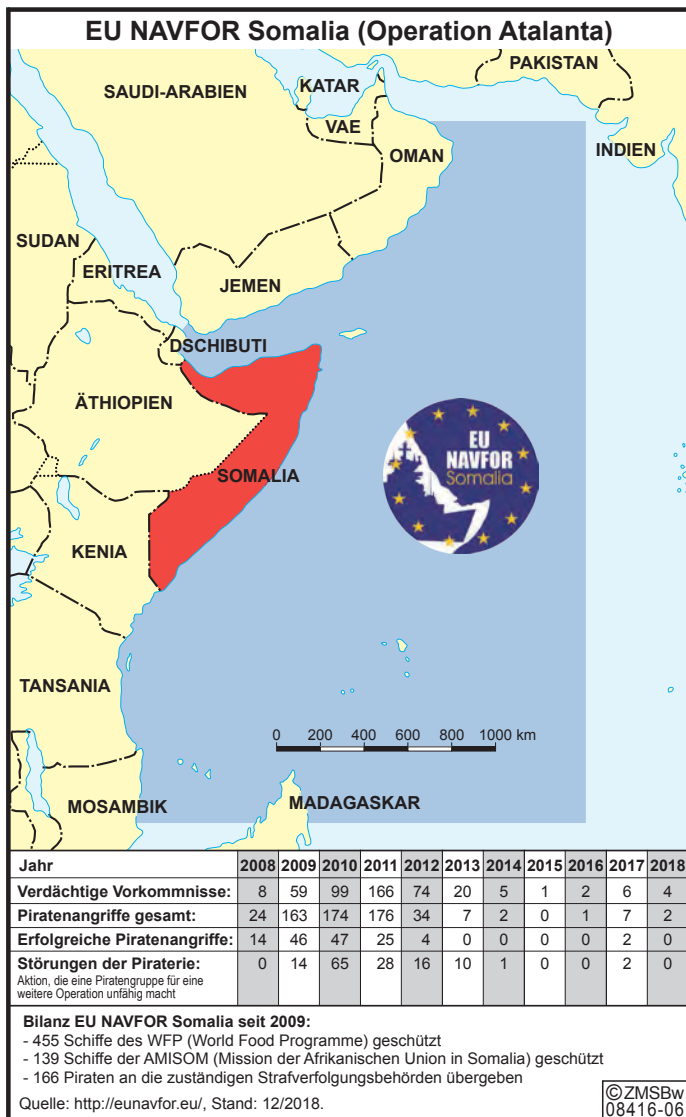
Zwischen 2007 und 2012 waren somalische Piraten für mehr als drei Viertel der weltweit registrierten Angriffe auf die Schifffahrt verantwortlich. Als 2008 in den Gewässern vor Somalia 111 Schiffe angegriffen und 42 davon samt ihrer Mannschaften entführt wurden, gerieten die Industriestaaten unter Handlungsdruck. Gleichwohl konnten weder die 2008 eingesetzte »European Union Naval Force Somalia« (EU NAVFOR, Operation Atalanta) noch die NATO geführte »Operation Ocean Shield«, die multinationale »Combined Task Force 151« unter US-Kommando oder die zahlreichen nationalen Marineverbände die Piraterie eindämmen. Die Herausforderung, in einem Gebiet von der Fläche

Westeuropas, den Schutz der gesamten Schifffahrt zu gewährleisten, war und ist einfach zu groß. Zudem weiteten die Piraten als Reaktion auf die Präsenz der Marineeinheiten vor Somalia ihren Aktionsradius aus und griffen Schiffe im Roten Meer, vor Madagaskar und sogar mehrere Tausend Kilometer entfernt vor der indischen Küste an. Bis 2010 stiegen die Angriffszahlen laut Angaben des »International Maritime Bureau Piracy Reporting Centre« (IMB PRC) auf 219 gemeldete Fälle, wenngleich die »Erfolgsrate« der Piraten mit 49 Schiffsentführungen in jenem Jahr nicht mehr überschritten wurde.

Seit 2009 konnten die Piraten jährliche Einnahmen in Höhe von bis zu 150 Millionen US-Dollar verbuchen. Obwohl ein Großteil der Lösegelder, die bei durchschnittlich vier bis fünf Millionen US-Dollar pro Schiff lagen, an die finanzstarken Geschäftsleute hinter den Piratenangriffen und an lokale Machthaber floss, blieb die Zugehörigkeit zu einem Syndikat auch für die Piraten der unteren Hierarchiestufen mit etwa 15 000 bis 20 000 US-Dollar pro Lösegeldzahlung lukrativ. So verwundert es nicht, dass trotz gestiegener internationaler Marinepräsenz und zeitgleichen Bemühungen auf politischer Ebene, eine Stabilisierung an Land voranzubringen, die Angriffs- und Entführungszahlen bis 2011 auf hohem Niveau stagnierten.

Erst als die Reeder begannen, ihre bis dato ergriffenen passiven Abwehrmaßnahmen um den Einsatz von privaten, bewaffneten Sicherheitskräften an Bord der Schiffe zu erweitern, änderte sich die Kosten-Nutzen-Kalkulation der Piraten: Fortan wurden Angriffe durch die Sicherheitsteams an Bord der zivilen Schiffe abgewehrt und es den Marineeinheiten ermöglicht, die Angreifer auf See zu stellen, festzunehmen und Polizeikräften zu übergeben. Dank einer schrittweise verbesserten Koordinierung der militärischen und polizeilichen Zusammenarbeit auf regionaler und internationaler Ebene konnten gefasste Piraten weltweit, auch in Deutschland, vor Gericht gestellt werden. Als diese Gegenmaßnahmen die Kosten der Investoren in die Höhe trieben und ihre Einnahmen überstiegen, nahmen die Angriffe kontinuierlich ab, bis sie 2015 und 2016 ganz eingestellt wurden. Das Geschäftsmodell der Piraterie hatte seine Attraktivität verloren.

Die Piratennetzwerke blieben aber weiterhin intakt und das aus mehreren Gründen: Weder gelang es der somalischen



Regierung ihren Einfluss signifikant über Mogadischu hinaus auszuweiten noch sind die neuen somalischen Föderalstaaten bislang in der Lage, die Küstenregionen zu sichern und kriminelle Netzwerke wirksam zu bekämpfen. Somit verbleibt die Kontrolle von Küstendörfern in der Hand lokaler Kräfte, die in der Regel nicht die Kapazitäten haben, Sicherheit bereitzustellen. Die kriminellen Netzwerke nutzen diese Situation gekonnt aus und haben ihre Aktivitäten in den letzten Jahren erweitert statt eingestellt. Dabei greifen sie auf ihre maritimen Erfahrungen sowie ihre Kontakte in der Region, etwa im Jemen, zurück: Piraten aus Puntland schmuggeln beispielsweise Waffen, bieten Schutz für regional operierende (einheimische und ausländische) Fischer oder unterstützen Schleusernetzwerke, indem sie vor allem äthiopische Arbeitsmigranten über den Golf von Aden in den Jemen schmuggeln. In Zentralsomalia griffen die Piratennetzwerke zwischen 2014 und 2017 regelmäßig lokale Fischer an und forderten Lösegelder beziehungsweise »Schutzzölle« oder stellten ihre Milizen bei lokalen Streitigkeiten zur Verfügung.

Ab 2017 kam es schließlich wieder zu mehreren Angriffen auf Handelsschiffe: Im Golf von Aden gelang es im Frühjahr einer Gruppe aus Puntland erstmals wieder an Bord eines Handelsschiffs zu gelangen. Nur durch den Umstand, dass sich die Besatzung in einen Schutzraum zurückzog, konnte ein Boardingteam von einem chinesischen Kriegsschiff die Piraten festsetzen und die Seeleute befreien. Kurz darauf verhinderten Kräfte der EU-Mission »Atalanta« vor der Küste Zentralsomalias einen Angriff gegen ein Handelsschiff, während weitere Angriffe durch Selbstschutzmaßnahmen abgewehrt wurden. Gleichwohl gelang es den Piraten, die Kontrolle über eine Dhau und einen kleinen Tanker zu übernehmen. Dass es in diesen Fällen nicht zu einer Lösegelderpressung kam, lag daran, dass beide Schiffe im Auftrag somalischer Geschäftsleute operierten, die bei den Piraten intervenierten. Zudem zeigten sich lokale Milizen und Küstenwachen willens einzuschreiten, sodass die Piraten die Schiffe aufgaben. Dieses »Aufflackern« der Piraterie setzte sich Ende 2017 und 2018 fort, auch wenn es den Piraten in diesem Zeitraum nicht mehr gelang, ein Schiff zu entführen oder Geiseln zu nehmen.

Erfolge ...

Es war vor allem der Dreiklang aus Selbstschutzmaßnahmen der Handelsschifffahrt, dem Einsatz privater, bewaffneter Sicherheitsteams an Bord der zivilen Schiffe und den Aktivitäten der Marineoperationen, der zu einem vorübergehenden Stopp der Piratenangriffe führte. Untermauert wurde er durch die 2009 gegründete »Contact Group on Piracy off the Coast of Somalia«. Sie dient als Forum aller an der Pirateriebekämpfung beteiligten Akteure, in dem Vertrauen aufgebaut, Informationen ausgetauscht und Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Auch im Rahmen der Vereinten Nationen und ihrer Sonder- und Unterorganisationen wie der »International Maritime Organization« und dem »United Nations Office on Drugs and Crime« wurden Initiativen gestartet, um zum Beispiel verbesserte Schutzmaßnahmen zur Abwehr von Angriffen durchzusetzen oder die Strafverfolgungsmöglichkeiten auf hoher See zu stärken. Bei Letzterem half auch eine stärkere Kooperation zwischen Interpol, Europol und nationalen Polizeieinheiten.

Auf operativer Ebene hat sich die Kooperation zwischen den Marineoperationen und der Schifffahrtsindustrie als Schlüsselelement für den Erfolg erwiesen: Bei regelmäßigen Treffen auf höchster Ebene werden die Gefährdungslage im Indischen Ozean bewertet, Selbstschutzmaßnahmen überprüft und die Registrierung von Schiffen, die durch das Hochrisikogebiet fahren, verbessert. Das »Maritime Security Centre Horn of Africa«, ori-

erwiesen: Bei regelmäßigen Treffen auf höchster Ebene werden die Gefährdungslage im Indischen Ozean bewertet, Selbstschutzmaßnahmen überprüft und die Registrierung von Schiffen, die durch das Hochrisikogebiet fahren, verbessert. Das »Maritime Security Centre Horn of Africa«, ori-

Im Juli 2012 eskortiert ein Schiff der japanischen Marine ein Frachtschiff im Golf von Aden.

ginärer Bestandteil von EU NAVFOR Somalia, ist seit 2008 anerkanntes Bindeglied zwischen Militäroperationen und der Handelsschifffahrt und koordiniert darüber hinaus die Einheiten im Einsatzgebiet.

... und Misserfolge

Während die NATO angesichts der zurückgegangenen Piratenangriffe ihre Operation im Dezember 2016 einstellte, sind EU NAVFOR Somalia und die »Combined Task Force 151« sowie verschiedene Einzelstaaten – allen voran China und Japan – weiterhin im Golf von Aden und im Indischen Ozean aktiv. Jedoch wurden sämtliche Marineeinheiten drastisch reduziert, sodass bei Angriffen mit erheblich verzögerter Hilfe zu rechnen und eine Überwachung des Risikogebiets nur noch schwer möglich ist. Auch haben die Reeder ihre Selbstschutzmaßnahmen wegen des gesunkenen Risikos heruntergefahren: Handelsschiffe fahren zur Reduzierung der Kosten wieder bei verringerter Geschwindigkeit näher an der somalischen Küste entlang, Sicherheitsteams werden zwar nach wie vor genutzt, jedoch meist mit geringerem Personalumfang als zu Hochzeiten der Piraterie. So verwundert es kaum, dass es seit Frühjahr 2017 wieder zu Angriffen auf internationale Handelsschiffe kommen konnte. Im Gegenteil: Die jüngsten Angriffe offenbarten, dass die somalische Piraterie trotz des in Wissenschaft und Politik vehement geäußerten Credo, »die Lösung liegt an Land und nicht im Wasser«, vor allem durch die Maßnahmen auf hoher See eingedämmt werden konnten. Allerdings nur, solange diese mit aller Stärke umgesetzt wurden.

Landseitige Maßnahmen wurden bislang nicht in dem Maße durchgeführt, dass sie den Kern der organisierten Kriminalität in Somalia treffen konnten. Zum einen wurden zwar mehrere Hundert Piraten der untersten Hierarchiestufe verhaftet und in verschiedenen Staaten zu meist langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die Anführer der Piratensyndikate wurden jedoch bislang nur in Ausnahmefällen gefasst. Der wohl bekannteste Fall war Mohamed Abdi Hassan, genannt »Afweyne«, der 2013 in Belgien verhaftet und zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Alle

weiteren in die Piraterie verstrickten Hintermänner und Investoren befinden sich nach wie vor in Somalia und müssen derzeit ob ihrer Machtposition und Finanzkraft kaum eine Strafverfolgung befürchten.

Zum anderen bedarf die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen zur Stabilisierung Somalias an Land eines weitaus größeren Zeitrahmens und Engagements, um nachhaltige Wirkung zu zeigen. Neben einer politischen Konsolidierung bemüht sich etwa die Europäische Union durch die zivile Mission EUCAP Somalia (vormals EUCAP Nestor) maritime Sicherheitskapazitäten in Somalia und Somaliland aufzubauen (einschließlich des dafür notwendigen institutionellen und rechtlichen Rahmens). Gleichwohl sind die Erfolge bisher minimal: Zwar sind mittlerweile lokale Hafenzwischenwachen in Berbera (Somaliland), Boosaaso (Puntland) und Mogadischu im Einsatz und werden durch EUCAP Somalia und begleitende Programme der Vereinten Nationen unterstützt. Ihre Reichweite ist jedoch auf die jeweiligen Hafenanlagen beschränkt, eine Überwachung der umliegenden Küstengewässer deshalb nicht möglich. Investitionen in die Hafensicherheit zahlen sich aber dennoch bereits aus: Mittlerweile laufen sechs internationale Schifffahrtsunternehmen den Hafen von Mogadischu wieder regulär an, darunter auch der aus Dänemark stammende Weltmarktführer Maersk.

Ausblick

Piraterie am Horn von Afrika ist ein Geschäftsmodell organisierter krimineller Strukturen, befördert durch die instabile Lage in Somalia. Die Piraten konnten flexibel auf die Situation auf See reagieren und richteten sich bei ausbleibendem Erfolg neu aus. Auch wenn die Anführer aus der Hochzeit der Piraterie in die Jahre gekommen sind, zeigen die seit 2017 wieder vereinzelt aufgetretenen Angriffe, dass Piraterie nach wie vor als lukrative Einkommensmöglichkeit angesehen wird. Die Präsenz militärischer Kräfte im Golf von Aden und im Indischen Ozean verbunden mit den Selbstschutzmaßnahmen der Reeder wird wohl bis auf Weiteres eine Eskalation wie im Jahr 2008 verhindern. Es bedarf aber noch eines weiten Wegs bis somalische Kräfte in der Lage sind,

das »Hinterland« der Piraten zu kontrollieren sowie geeignete Kapazitäten zum Schutz der maritimen Interessen aufzubauen. Dabei wären gerade der maritime Sektor und insbesondere die Vergabe von Fischereilizenzen eine mögliche Quelle, um den Aufbau effektiver Sicherheitskräfte zu finanzieren. Bisher konnten sich die somalischen Akteure aber noch nicht abschließend auf ein Lizenzvergabesystem und eine Verteilung der Einnahmen aus dem Fischereisektor einigen. Ein Grund hierfür ist, dass maritime Ressourcen als »Eigentum« der Regionalstaaten oder lokaler Akteure gesehen werden und entsprechend erhebliches Konfliktpotenzial bieten – was wiederum von diversen Akteuren, auch von Piraten, geschickt für die jeweiligen Eigeninteressen genutzt wird.

Piraterie ist zudem nur eines der maritimen Probleme am Horn von Afrika. Die Instabilität der gesamten Region wirkt sich seeseitig aus: Erstens werden der Waffenschmuggel zur Unterstützung islamistischer Gruppen, die Migration sowie der Schmuggel von Drogen auch von anderen kriminellen Akteuren als risikoarme Einnahmequelle betrachtet. Zweitens wurden ab 2016 mehrere Schiffe der im jemenitischen Bürgerkrieg aktiven Golf-Koalition mit Sprengstoff beladenen Schnellbooten von jemenitischen Rebellen angegriffen. Und drittens haben Letztere den Zugang zu jemenitischen Hafenanlagen vermint. Auch wenn die internationale Handelsschifffahrt kein direktes Ziel dieser Kampfhandlungen ist, so sind ihre Routen vom Suezkanal über das Rote Meer in den Golf von Aden einem erhöhten Risiko ausgesetzt. Piraterie und weitere Formen der organisierten Kriminalität am Horn müssen daher im Verbund und regional betrachtet werden. Ihre nachhaltige Bekämpfung bedarf vernetzter Ansätze, die lokale und regionale Konflikte, Akteure und deren Interessen achten und integrieren. Solange insbesondere Somalia und Jemen nicht politisch stabilisiert werden können, ist es essenziell, dass die Schifffahrt ihre Selbstschutzmaßnahmen aufrechterhält und mit den internationalen Marineverbänden bis auf Weiteres die Verantwortung für die seeseitige Eindämmung der kriminellen Aktivitäten übernimmt.

Kerstin Petretto und David Petrovic



Seit ihrem Bestehen versucht die Afrikanische Union Konflikte und Krisen auf dem Kontinent in eigener Regie zu lösen. Neben diplomatischen Verhandlungen tritt sie seit 2003 auch wiederholt mit eigenen Militärmissionen auf dem afrikanischen Kontinent in Erscheinung. Ihr größter, längster, teuerster und verlustreichster Einsatz ist die »African Union Mission in Somalia« (AMISOM), die bei der Stabilisierung des vom Bürgerkrieg zerrissenen Landes helfen soll. Im Bild: Soldaten aus Dschibuti, das seit 2011 an AMISOM beteiligt ist. Im Gegensatz zu den meisten Missionen der Vereinten Nationen, besitzt die AMISOM ein Mandat zur Aufstandsbekämpfung. Ihre Soldaten dürfen militärische Gewalt gegen Aufständische und Störer des Friedensprozesses anwenden, weswegen AMISOM de facto kein neutraler Akteur im somalischen Bürgerkrieg ist, sondern der verlängerte Arm der somalischen Regierung.

■ »African solutions for African problems« – Die AU-Mission in Somalia

Eines der wichtigsten Prinzipien der 1963 gegründeten ersten Kontinentalorganisation des afrikanischen Kontinents, der »Organisation for African Unity« (OAU), war die Anerkennung und Aufrechterhaltung der Souveränität, die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit ihrer Mitgliedsstaaten. Diese Politik der Nichteinmischung führte dazu, dass die Organisation bei den vor allem Ende der 1980er- und in den 1990er-Jahren ausbrechenden Bürgerkriegen beinahe tatenlos zusah.

Um den neuen Herausforderungen besser begegnen zu können, gründeten die afrikanischen Staatschefs 2002 die Afrikanische Union (AU) als Nachfolgeorganisation der OAU. Seither versucht sie unter der Losung »African solutions for African problems«, die Konflikte des Kontinents sowohl mit politischen als auch mit militärischen Mitteln selbst anzugehen. Mit über 20 000 Soldaten und jährlichen Kosten von bis zu 900 Millionen US-Dollar ist die AU-Mission in Somalia (AMISOM) Kernstück dieses Selbstverständnisses.

Die »African Union Mission in Somalia«

Für viele Jahre besaß Somalia nach der Flucht des Diktators Siad Barre im Frühjahr 1991 keine international anerkannte Regierung. Diverse Militärinterventionen und Vermittlungsversuche zur Stabilisierung des Landes scheiterten in den 1990er-Jahren. Als im Oktober 2004 die von der ostafrikanischen Regionalorganisation »Intergovernmental Authority on Development« (IGAD) geführten Verhandlungen zur Bildung einer Übergangsregierung (Transitional Federal Government, TFG) führten, bat der neue Präsident Abdullahi Yusuf Ahmed um die Entsendung einer Militärmission. Schon wegen fehlender finanzieller und logistischer Ressourcen sowie der unterschiedlichen Interessen innerhalb der IGAD kam ein solcher Einsatz nie zustande. Erst im Zuge der unilateralen Intervention Äthiopiens Ende 2006 und der sich verschlechternden Sicherheitslage in Teilen des Landes

durch den beginnenden Aufstand der islamistischen Gruppe »al-Shabaab« (siehe den Beitrag von Torsten Konopka), beschloss der Friedens- und Sicherheitsrat der AU im Januar 2007 selbst militärisch zu intervenieren. Ziel der eigentlich nur auf sechs Monate ausgelegten Mission war die Ablösung der mehreren Tausend äthiopischen Soldaten, die Unterstützung und Sicherung der TFG bei ihren Bemühungen, das Land zu stabilisieren, sowie die Herstellung eines Umfelds zur Übernahme durch eine Mission der Vereinten Nationen. Auch wenn die Vereinten Nationen AMISOM im Februar 2007 unter Berufung auf Kapitel VII der VN-Charta legitimierten (Resolution 1744), verwiesen sie in den folgenden zehn Jahren kontinuierlich darauf, dass die (Sicherheits-)Lage in Somalia keine eigene Mission zulassen würde. Aus der »Brückenmission« der Afrikanischen Union wurde ihr größter, längster und vor allem verlustreichster Einsatz.

Aufstellungsprobleme von AMISOM

Die Stationierung der AU-Truppen in der Hauptstadt Mogadischu begann im März 2007. Sie vollzog sich in einem Umfeld ohne funktionierende staatliche Institutionen, unter heftiger Gegenwehr einiger Konfliktakteure und war von Beginn an von personellen und finanziellen Engpässen geprägt. Da zunächst auf Soldaten der Nachbarländer verzichtet wurde, war die AU auf Truppensteller außerhalb der Region angewiesen. Zeitnah standen jedoch nur Truppen aus Uganda und mit Verzögerung aus Burundi bereit, um in Somalia zu intervenieren. Die anvisierte AMISOM-Stärke von 8000 Soldaten wurde daher in den ersten Jahren deutlich verfehlt. Noch im Juni 2009 standen nur etwa 4300 Soldaten im Land, wobei die Effizienz der eingesetzten Truppen durch Kommunikationsprobleme zwischen den englischsprachigen Soldaten aus Uganda und den französischsprachigen aus Burundi litt.

Die Personallage verbesserte sich erst, als auch Armeen der Nachbarstaaten akzeptiert wurden. Während die Regierung Dschibutis der AMISOM im Dezember 2011 ein erstes Kontingent unterstellte, hatte sowohl Kenia als auch Äthiopien im Laufe desselben Jahres aufgrund eigener (Sicherheits-)Interessen

unilateral in Somalia interveniert. Durch internationalen Druck und finanzielle Abwägungen stellten aber auch sie ihre Kontingente im Sommer 2012 beziehungsweise im Januar 2014 unter die Führung der AMISOM. Zusammen mit weiteren Soldaten aus Sierra Leone und Polizisten aus Nigeria und später auch aus Ghana und Sambia konnte so die ab November 2013 geltende Maximalstärke von über 22 100 Uniformierten erreicht werden.

Der personelle Zuwachs ging jedoch in keiner Weise mit einer Verbesserung der Materiallage oder der Grundversorgung der Soldaten einher. Auch Monate nach Aufstellung der Mission lebten die AMISOM-Truppen in ungeschützten Zelten am Flughafen von Mogadischu, kochten mit Holzkohle und hatten nur Zugang zu einer rudimentären medizinischen Versorgung. Zudem mangelte es den Soldaten an gepanzerten Fahrzeugen oder persönlicher Ausrüstung wie Schutzwesten, Nachtsicht- oder Kommunikationsgerät – bis Mitte 2009 stützte sich die Mission ausnahmslos auf Mobiltelefone und das Internet. Von Beginn an waren die AMISOM-Truppen daher leichtes Ziel für Anschläge mit improvisierten Sprengfallen (IED), von Selbstmordattentätern oder Heckenschützen. Vorhandene Ausrüstungsgegenstän-



picture alliance/dpa/EPA/Elyas Ahmed

AMISOM-Soldaten bei ihrer Offensive gegen al-Shabaab 2011.

de, meist durch bilaterale Arrangements von den USA, Großbritannien oder Frankreich bereitgestellt, passten vielfach nicht zu denen anderer Truppensteller – von der Existenz einer einheitlichen Doktrin, eines identischen Ausbildungsstands oder einer gleichen Vorgehensweise ganz zu schweigen. Fehlende Kommunikations- und Lufttransportkapazitäten waren im Januar 2016 beispielsweise der Grund, wieso die kenianischen Truppen beim Angriff ihrer Basis in El Adde nicht die am nächsten stationierten äthiopischen Truppen um Hilfe baten, sondern Verstärkung aus Kenia anforderten – vermutlich starben bei dem Angriff rund 150 kenianische AMISOM-Soldaten. Die Vereinten Nationen verbesserten die Ausstattung der Truppe nach einer Vereinbarung mit der AU ab Sommer 2009 erheblich, bspw. fehlten der Mission trotz bilateraler Zusagen aber auch zehn Jahre nach ihrer Aufstellung dringend benötigte Hubschrauber.

Problematisch gestaltet sich auch die Finanzierung der Mission. Von Beginn an konnte die AU die Kosten nicht selbst stemmen, weshalb die EU im März 2007 begann, die Besoldung der AMISOM-Soldaten und einen Teil der Betriebskosten zu übernehmen – bis Ende 2018 belief sich diese Summe auf über 1,73 Milliarden Euro. Für politische Verwerfungen sorgte 2016 die Kürzung dieser EU-Zuschüsse um 20 Prozent. Obwohl die Vereinten Nationen die Logistik inklusive Verpflegung des AU-Personals und Wartung ihres Materials übernahmen, beklagte 2013 eine AU-Kommission das auf »normale« Friedensmissionen eingestellte Logistiksystem: es sei ineffizient, zeitraubend und entspreche nicht den Bedürfnissen der AMISOM-Kampftruppen.

Ein weiteres Problem der AMISOM ergab sich von Beginn an aus ihrem Mandat, das explizit die Unterstützung der Übergangsregierung TFG vorsah. Die Mission ergriff somit für einen der vielen Akteure im somalischen Bürgerkrieg Partei, obwohl die TFG praktisch keine Legitimation besaß und kaum Unterstützung erfuhr. Allein in den ersten vier Jahren kamen mehrere Dutzend AU-Soldaten durch Angriffe und Anschläge ums Leben. Im September 2009 fiel sogar der stellvertretende AMISOM-Kommandeur Generalmajor Juvenal Niyoyunguruza einem Selbstmordanschlag zum Opfer. Die hierdurch entstandenen Sicherheitsbedenken verhinderten wohl auch die Beteiligung einiger anderer Nationen, führten bei den bereits beteilig-

ten Staaten aber zur Aufstockung der Truppen – nicht etwa zum Abzug, wie Jahre zuvor bei den USA.

Darüber hinaus umfasste das ursprüngliche Mandat zwar die Unterstützung des Dialogs und der Versöhnung zwischen den Konfliktparteien, nicht aber den Schutz von Zivilisten. Deshalb schritten die gerade eingetroffenen 1500 AMISOM-Soldaten bei den schweren Kämpfen im Frühjahr 2007 auch nicht zum Schutz der Bevölkerung in Mogadischu ein, was wenig zu ihrem Ansehen beitrug. In späteren Jahren geriet ihr teils unverhältnismäßiger Gewalteeinsatz in die Kritik, bei dem es wiederholt zu zivilen Opfern kam. Auch wurde einigen Soldaten der Handel mit Ausrüstungsgegenständen unterstellt.

Unklar sind die Verluste der Mission. Da deren Erfassung Sache der Truppensteller sei, führte die Afrikanische Union nie eine Statistik. Die Truppensteller veröffentlichten wiederum keine Daten und geben Raum für Spekulationen. Schätzungen zufolge waren es bis 2017 etwa 1500 Gefallene. Andere, unbelegte Angaben belaufen sich sogar auf bis zu 4000 Tote.

Komplexe Mission – Viele Interessen

In den ersten Jahren versuchten die AMISOM-Truppen aufgrund ihres beschränkten Mandats und nur im Rahmen der Selbstverteidigung, die Regierung und den Friedensprozess durch die Stationierung an einigen wenigen strategischen Punkten in Mogadischu zu stützen. Im Frühjahr 2011 und vor allem zwischen 2014 und 2015 gingen sie im südlichen und zentralen Somalia aber wiederholt selbst in die Offensive. Nachträgliche Grundlage hierfür bot die VN-Resolution 2036: Sie stockte die Mission zunächst auf über 17 700 Uniformierte auf und autorisierte sie, in Koordination mit somalischen Kräften die Bedrohung der islamistischen Gruppe al-Shabaab und anderer Konfliktakteure zu reduzieren. AMISOM wurde zu einer Mission der Aufstandsbe-kämpfung.

Neben der Vertreibung von al-Shabaab aus Mogadischu im Sommer 2011 konnten in den folgenden Jahren auch andere Städte zurückerobert und Druck auf Warlords ausgeübt werden, sich der Regierung anzuschließen. Zum robusteren Auftreten der



picture alliance/dpa/Stuart Price/AU-UN IST

Die AMISOM-Truppen sind logistisch abhängig von den Vereinten Nationen.

AMISOM trugen vor allem die Streitkräfte Kenias und Äthiopiens bei. Die militärischen Erfolge gingen jedoch nicht immer mit einer Stabilisierung der eroberten Gebiete einher. De facto kamen die personell, materiell und logistisch schnell überdehnten AMISOM-Kräfte nie über die Kontrolle der Ballungszentren hinaus, während sich die vielfach kampfflos zurückziehenden al-Shabaab-Anhänger weiterhin im ländlichen Raum bewegen konnten und Angriffe auf die Nachschubwege der AU-Truppen verübten. Weil katastrophale Straßenverhältnisse, Sprengfallen und Hinterhalte eine Versorgung der Frontsoldaten aus der Luft erforderten und nur unzureichend somalische Truppen nachrückten, wurde der eigentlich benötigte Personalbedarf der AMISOM von AU-Gutachtern 2012 auf bis zu 35 500 Soldaten beziffert – und selbst das wurde von Analysten als zu gering eingeschätzt.

Indes untergrub die Einbeziehung der Nachbarstaaten den Zusammenhalt der Mission. Alleine die Stationierung der kenianischen und äthiopischen Truppen in den Sektoren entlang ihrer eigenen Grenzen offenbarte ihre nationalen Interessen. Außerdem operierten Äthiopien und Kenia auch danach unilateral an der AMISOM-Kommandostruktur vorbei. So flog Kenia weiterhin Luftschläge gegen potenzielle al-Shabaab-Camps, ohne die Flugzeuge der AMISOM zu unterstellen. Truppenbewegungen

wie Rückzüge aus eroberten Gebieten wurden teilweise nicht mit anderen Truppenstellern koordiniert. Auch dem multinationalen AMISOM-Hauptquartier – das erst 2012 errichtet wurde – wurden nur unzureichend Informationen aus den überwiegend national geführten AMISOM-Sektoren zugespielt, weswegen das Oberkommando und seine Kontroll- und Führungsfunktion über die nationalen Einheiten schwach blieben. Eines der größten Probleme stellten die kenianischen Truppen in der wirtschaftlich bedeutenden Hafenstadt Kismayo dar. Wiederholt wurden sie bezichtigt, am lukrativen Handel mit Holzkohle beteiligt zu sein, der 2012 mit einem VN-Embargo belegt wurde.

Den truppenstellenden Regierungen war bekannt, dass keine anderen Nationen bereitstanden, Soldaten nach Somalia zu entsenden, und verschafften sich durch ihr Engagement politisches Gehör. Beispielsweise nutzten sowohl die burundische als auch die ugandische Regierung die Drohung eines Abzugs aus Somalia, um sich internationale Kritik an ihrer nationalen Politik zu verbitten. Ebenso kann der Einsatz als äußerst lukrativ bezeichnet werden: Zwischen Juli 2009 und Ende 2015 erhielt jede Regierung pro eingesetztem Soldaten monatlich 1028 US-Dollar (von 2007 bis 2009 750 US-Dollar, seit den EU-Kürzungen nur noch 822 US-Dollar). Hiervon profitierten nicht nur die Regierungen, die von Beginn an einen Teil des Geldes für die Begleichung eigener Kosten einbehielten, sondern auch die Soldaten, die im Einsatz deutlich mehr verdienen konnten als durch die heimische Besoldung. Trotz der Gefahren kann also davon ausgegangen werden, dass nicht nur die Regierungen, sondern auch die Soldaten Interesse an der Fortführung der Mission haben. In Uganda wurde 2014 sogar wegen Bestechung gegen Soldaten ermittelt, die für die Vergabe der AMISOM-Dienstposten verantwortlich waren. Zusätzlich erhielten die Truppensteller eine vielfältige Ausbildung für ihre Streitkräfte und moderne Ausrüstung. Außerdem konnte durch die Beteiligung an AMISOM ein Großteil der Armeen beschäftigt und gut entlohnt gehalten werden. Hierdurch minimierte sich das Risiko ihrer Einmischung in innenpolitische Belange. Schon früh bezweifelten einige Beobachter daher, ob eine Befriedung Somalias und ein Abzug der AMISOM wirklich im Interesse aller Beteiligten liegt, da aus AMISOM eine Art Geschäftsmodell geworden sei.

Zehn Jahre später – Bewertung von AMISOM

Nach über zehn Jahren im Feld, wiederholten Anschlägen auf AMISOM-Truppen und nur geringen Fortschritten bei der mittlerweile ebenfalls zum Mandat gehörenden Aufstellung einer fähigen somalischen Armee, begannen die truppenstellenden Staaten im Dezember 2017 mit einer langsamen Truppenreduzierung. Ein am 30. August 2017 vom VN-Sicherheitsrat ausgestelltes Mandat, das erstmals die Truppenstärke der AMISOM verringerte – zunächst auf 21 626 Uniformierte bis Ende 2017 – sah daher vor allem die kontinuierliche Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die somalischen Sicherheitskräfte vor. Bereits im Frühjahr 2018 riefen die AMISOM-Truppensteller den Sicherheitsrat der VN jedoch aufgrund der geringen Kapazitäten der somalischen Sicherheitskräfte zur Aussetzung der Reduzierung auf, um die bisherigen Erfolge nicht zu gefährden.

Unbestreitbar haben die AU-Soldaten seit ihrer Ankunft erheblich zur Verbesserung der Situation in Somalia beigetragen – ohne die Mission würde es die aktuelle Regierung vermutlich nicht geben. Die afrikanischen Truppen halfen dabei, ein Umfeld zu schaffen, in welchem 2012 die achtjährige Übergangsphase der somalischen Regierung beendet und 2017 ein neuer, weithin akzeptierter Präsident ernannt werden konnte. Obwohl Mogadischu fast wöchentlich von Anschlägen heimgesucht wird, hat die Präsenz der AMISOM auch dort zur Verbesserung der Lage beigetragen, sodass nicht nur die VN und die EU, sondern auch einige andere ausländische Botschafter und Geschäftsleute nach Mogadischu zurückkehrten. Durch die Sicherung der Hauptverbindungswege im Land und von Hilfslieferungen konnten die AMISOM-Truppen auch wesentlich zur humanitären Hilfe der Bevölkerung beitragen.

Ohne massive internationale Unterstützung hätte die Mission aber nie die beschriebenen Dimensionen erreichen können, weswegen die Abhängigkeit von Dritten durchweg als einer der größten Schwachpunkte der AMISOM und der Afrikanischen Union im Allgemeinen gesehen wurde. Zudem war AMISOM von Beginn an zuallererst eine militärische Mission, die nie mit ausreichend zivilen Fähigkeiten zur Stabilisierung erobelter Gebiete ausgerüstet wurde. Ihre Wirksamkeit litt zudem dauer-

haft an den schwachen somalischen Fähigkeiten. Vor allem die andauernden Streitigkeiten der politischen Machtzirkel in Mogadischu erschwerten ein koordiniertes Vorgehen. Kritisiert wurde nach den Offensiven von 2014 und 2015 auch der zu große Fokus auf Gebietsgewinne. Die Strategie von al-Shabaab zeigte sich indes sehr flexibel. Sie umfasst nicht nur IED-Anschläge, Hinterhalte und gezielte Ermordungen politischer und militärischer Personen, sondern auch propagandawirksame Angriffe auf AMISOM-Basen. Einige Kämpfer wichen zudem nach Puntland in den Nordosten Somalias außerhalb des AMISOM-Operationsgebiets aus und machten vor allem den Nordosten Kenias zum Konfliktgebiet. Es fiel al-Shabaab dabei leicht, die überwiegend aus christlichen Ländern stammenden AMISOM-Soldaten als Invasoren des muslimischen Somalias zu bezeichnen und zum Widerstand aufzurufen. Die vollkommen überdehnten AMISOM-Truppen waren selbst zum Zeitpunkt ihrer größten Personalstärke nicht für weitere Operationen gegen diesen zwar nur leicht bewaffneten, dafür aber hoch mobilen Gegner aufgestellt. Die Bevölkerung profitierte derweil immer weniger von der Präsenz der AU-Soldaten, da diese ihre Berührungspunkte mit den Menschen außerhalb ihrer Basen aus Sicherheitsbedenken merklich reduzierten.

Auch konnte das Misstrauen der AMISOM-Angehörigen gegenüber Soldaten der somalischen Armee nur schwer überwunden werden. Laut Mandatierung sollten beide als Partner agieren. In der Realität entspricht die somalische Armee aber eher einer Ansammlung verschiedener Milizen, die aufgrund ausbleibender Löhne wiederholt von al-Shabaab-Anhängern unterwandert wurde. Dass die somalische Armee die Sicherungsaufgaben in absehbarer Zeit nicht selbst übernehmen kann, steht somit wohl außer Frage – ein Wiedererstarken von al-Shabaab und der Zusammenbruch der Regierung bei einem kompletten Abzug der AMISOM scheinen wahrscheinlicher. Ohne die Leistungen und die Opferbereitschaft der AU-Truppen schmälern zu wollen, die von Beginn an unter schwersten Bedingungen operierten, ist daher anzuzweifeln, ob der bedeutendste Einsatz der Afrikanischen Union bis zum Jahr 2020 beendet werden kann.

Torsten Konopka



Die Europäische Union ist nur eine von vielen Akteuren, die sich an der Stabilisierung und Entwicklung der Länder am Horn von Afrika beteiligen. Mit gleich drei militärischen und zivilen Missionen ist das Horn, vor allem Somalia und dessen Küste, jedoch seit längerer Zeit ein Schwerpunktgebiet der europäischen Außenpolitik – im Bild ein Soldat der »European Union Training Mission Somalia« (EUTM Somalia) bei der Einweisung somalischer Lehrgangsteilnehmer im Ausbildungslager in Mogadischu. Darüber hinaus ist die EU auch diplomatisch bei der Konfliktlösung in Somalia beteiligt und unterstützt die Mission der Afrikanischen Union in Somalia finanziell. Die Ergebnisse dieser Ansätze sind jedoch überschaubar. Vor allem die europäische Ausbildungsmission für die somalische Armee wird aufgrund der schwierigen Bedingungen vor Ort und der nur geringen Fortschritte in Europa infrage gestellt.

Die EU am Horn von Afrika

Spätestens seit der ersten Entsendung einer europäischen Militärmission außerhalb des europäischen Kontinents in die Demokratische Republik Kongo im Jahr 2003, der Etablierung eines Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Schaffung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes hat die Europäische Union deutlich an außenpolitischen Konturen gewonnen. Seitdem hat die Union über 30 zivile und militärische Missionen weltweit entsandt. Der Schwerpunkt ist der afrikanische Kontinent, auf dem über die Hälfte der Missionen stattfanden. Die EU ist damit zu einem beachtenswerten Sicherheitsakteur des südlichen Nachbarkontinents geworden. Dieser sicherheitspolitische Fußabdruck ergänzt die entwicklungspolitischen Instrumente der EU-Kommission und folgt dem Anspruch, eine ganzheitliche Außenpolitik zu betreiben. Geografisch liegen die Schwerpunkte der EU-Außen- und Sicherheitspolitik in Afrika vor allem in der Sahel-Zone und am Horn von Afrika. Für beide Regionen wurden strategische Rahmenpläne entworfen, die sowohl sicherheitspolitisch als auch entwicklungsorientiert sind.

Hinsichtlich des Horns von Afrika sind die erreichten Fortschritte aber trotz intensiver Bemühungen der EU begrenzt. Die Länder des Horns gehören weiterhin zu den am wenigsten entwickelten Staaten weltweit und bleiben gekennzeichnet von autokratischen Regimen, Konflikten und wiederkehrenden Hungersnöten.

Global gesehen ist das Horn von großer strategischer Bedeutung. Dies ist vor allem bei der international ausgerichteten Bekämpfung der Piraterie zu sehen: Die hierfür aufgestellte internationale Kontaktgruppe umfasst etwa 60 Nationen und 20 internationale Organisationen. Die strategische Bedeutung speist sich vor allem aus vier Komponenten: erstens durch die für die Wirtschaft elementaren Schifffahrtswege, zweitens durch die Bekämpfung des »Terrorismus« und drittens durch den Zugang zu Rohstoffen des afrikanischen Kontinents. Zudem verläuft viertens eine zentrale Migrations- und Flüchtlingsroute vom Horn bis zum Mittelmeer und von dort weiter nach Europa (siehe den

Beitrag von Belachew Gebrewold). Für die EU ist der Golf von Aden vor allem von wirtschaftlicher Bedeutung. 20 Prozent des Welthandels führen an der Küste Somalias vorbei, ebenso wie etwa 30 Prozent der Öl-Einfuhren in die EU. Der Golf von Aden ist damit eine der Hauptschlagadern für den europäischen Handel und wichtig für ihre Energieversorgung.

Die EU als Akteur in einem Sicherheits-Regime-Komplex

In Somalia, wie auch in vielen anderen Krisenherden Afrikas, kann die Entstehung eines sogenannten Sicherheits-Regime-Komplexes (SRK) festgestellt werden. Ein SRK ist eine dezentrale Form des Regierens, die zum Beispiel im Umfeld von globalen oder regionalen Krisen entsteht und gemeinsame Interessen verfolgt. In einem SRK finden sich eine Vielzahl von situations- und interessengeleiteten supranationalen, regionalen, nationalen und nichtstaatlichen Akteuren zusammen. Ein Regimekomplex zeichnet sich häufig durch inhaltliche Aufgabenteilung aus, da es kein klar hierarchisch strukturiertes Verhältnis zwischen den einzelnen Akteuren gibt.

Die Rolle der EU innerhalb solcher Komplexe ist vielfältig. Ein Kernstück der europäischen Außenpolitik ist jedoch die Entsendung von kleineren, vielfach parallel zu anderen internationalen Missionen laufenden Einsätzen mit eng ausgerichtetem Mandat und eher kurzer Dauer von teilweise nur wenigen Monaten. Auch handelt es sich hierbei häufig um militärische und/oder Polizeiausbildungen. Diese Ausbildungsmissionen sind meist nur möglich und sinnvoll im Rahmen von bestehenden größeren Missionen der Vereinten Nationen, welche zum Beispiel Anknüpfungspunkte im Bereich der Sicherheitssektorreform und weiterer staatsbildender Maßnahmen wie der »Guten Regierungsführung« schaffen. Deshalb ist über die Jahre förmlich eine Arbeitsteilung zwischen den Vereinten Nationen, der EU und anderen, afrikanischen Organisationen entstanden. Bei einer militärischen Operation auf dem afrikanischen Kontinent sind afrikanische Akteure häufig die Erstsensender mit einem

engen Mandat zur Stabilisierung der Lage. Mit kurzem zeitlichem Abstand folgen häufig die Vereinten Nationen mit umfangreicheren und langfristig orientierten Missionen, zu denen die EU nicht selten eine oder mehrere parallel laufende Ausbildungen der nationalen Sicherheitskräfte eines Konfliktlandes betreibt. Indes stellt der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen meist den juristischen Rahmen für die Entsendung von EU-Missionen und sichert damit ihre Legitimität.

EU-Missionen am Horn von Afrika

Am Horn von Afrika hat sich die EU in den letzten Jahren mit mehreren Missionen engagiert und spielt eine wichtige, wenn vielleicht auch keine zentrale Rolle bei dessen Entwicklung. Zu den Einsätzen zählen seit 2008 eine Marinemission zur Bekämpfung der Piraterie (European Union Naval Force Somalia, EU NAVFOR Somalia), seit 2010 die militärische Ausbildungsmission (European Union Training Mission Somalia, EUTM Somalia) und seit Ende 2012 eine zivile Mission zum Aufbau maritimer



picture alliance/Yarnick Tyle

Im Rahmen der EUTM Somalia bildeten europäische Soldaten somalische Streitkräfte zunächst in Uganda aus, ehe die Mission 2014 nach Mogadischu verlegte.

Sicherheit (European Union Capacity Building Mission Nestor, seit 2016 EUCAP Somalia). Sie alle besitzen Anknüpfungspunkte an die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union (AU).

Aufgrund der instabilen Sicherheitslage fand die Trainingsmission EUTM Somalia anfangs nicht im Krisenland, sondern in Uganda unter spanischer Führung statt. Grundlage für die Entsendung war eine VN-Resolution vom Mai 2009 (Resolution 1872), welche die Notwendigkeit der Restrukturierung der somalischen Sicherheitskräfte hervorhob. Nachdem die islamistische Gruppe »al-Shabaab« aber aus der somalischen Hauptstadt verdrängt worden war und die Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) einen gewissen Grad an Sicherheit etablieren konnte, verlegte die Ausbildungsmission im Januar 2014 nach Mogadischu. Für die EU-Mission wurde ein eigenes Ausbildungslager aufgebaut, das »General Dhagabadan Training Camp«. Insgesamt wurde das Mandat der zwischenzeitlich auch unter irischer oder italienischer Führung stehenden Mission bisher fünf Mal verlängert. Ziel des Einsatzes ist es, den Aufbau einer somalischen Armee zu unterstützen, um eigenständig für die Sicherheit des Landes zu sorgen, und bei der Entwicklung der somalischen Sicherheits- und Verteidigungsinstitutionen zu beraten. Eine Begleitung der ausgebildeten Soldaten durch die EU-Truppen findet derweil nicht statt. Nach eigenen Angaben hat die rund 160 Soldaten umfassende Mission bis 2018 etwa 5700 somalische Soldaten ausgebildet.

Trotz der Bemühungen der EU ist aber kaum davon auszugehen, dass die somalischen Sicherheitskräfte in absehbarer Zeit das Land selbst befrieden können. Eine adäquate Ausrüstung der Armee wird beispielsweise durch ein vom VN-Sicherheitsrat verhängtes Waffenembargo erschwert. Allerdings mag der mangelnde Erfolg der Mission eher an der Fragmentierung der somalischen Gesellschaft liegen, die bisher nur mit einer minimal existenten Staatsordnung funktioniert. Die Folgen sind Missmanagement, Korruption, Clankonflikte, ausbleibende Gehaltszahlungen für die Sicherheitskräfte und geringe Loyalität der Soldaten gegenüber den staatlichen Institutionen.

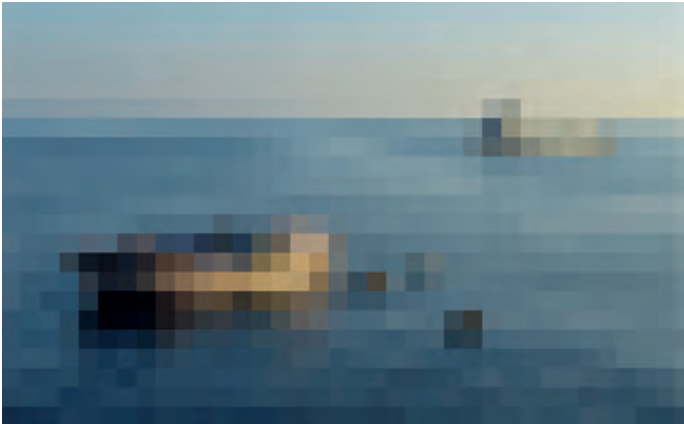
Wesentlich erfolgreicher kann sich die im November 2008 auf Grundlage mehrerer VN-Resolutionen beschlossene, bis März 2019 vom Hauptquartier im britischen Northwood unter

Die Somali National Army

Im Mai 2017 vereinbarten die somalische Regierung und ihre internationalen Geber in London eine Neustrukturierung der somalischen Sicherheitskräfte. Bis 2020/21 sollen diese in der Lage sein, die Sicherheitsaufgaben des Landes selbst wahrzunehmen. Dann soll das somalische Heer mindestens 18 000 Soldaten umfassen und von 4000 Spezialkräften und noch zu beziffernden Luftstreit- und Marinekräften unterstützt werden. Die derzeitige Lage der somalischen Armee ist jedoch prekär. Gegenwärtig erhalten fast 11 000 somalische Soldaten logistische Unterstützung von den Vereinten Nationen. Das Jahrbuch »Military Balance« beziffert die Gesamtstärke der Streitkräfte auf 19 800, die genaue Zahl ist aber umstritten. Ausbleibende Löhne führen zu einer hohen Desertationsrate. Einige Soldaten arbeiten parallel für private Sicherheitsfirmen. Wiederholt kam es in der Vergangenheit zu Meutereien unbezahlter Soldaten oder zum Rückzug ganzer Einheiten aus ihren Stellungen. Todesopfer und Übergriffe auf Zivilisten sowie vor allem illegale Straßensperren zum Eintreiben von Geld belasten das Verhältnis zwischen der Armee und der Bevölkerung. Die vermeintliche Dominanz des Hawiye-Clans in den Einheiten untergräbt zudem ihre Unabhängigkeit. Teilweise fördern die Einheiten lokale Konflikte mehr, als dass sie diese verhindern. Wiederholt kam es in der Vergangenheit zu Gefechten verschiedener Armee-Einheiten und anderer staatlicher Sicherheitskräfte, sei es aufgrund mangelnder Kommunikation oder wegen Kämpfen zwischen Clans. Problematisch ist ebenfalls die grassierende Korruption.

Eine weitere Herausforderung ist es, die somalischen Soldaten auf einen einheitlichen Ausbildungsstand zu bringen. Neben der EU bilden auch die Vereinigten Arabischen Emirate, Kenia, die Türkei, Uganda oder die USA somalische Soldaten aus, ohne dabei einheitlichen Richtlinien zu folgen. Gleichzeitig fehlt es an Waffen, Munition und Ausrüstung, obwohl rund 30 Prozent des Staatshaushalts in den Sicherheitssektor fließen sollen. Clan-Loyalitäten spielen eine größere Rolle als die militärische Hierarchie und verhindern trotz teilweise gut ausgebildeter Soldaten ein effektives Wirken der Streitkräfte. Die Zentralregierung hat darüber hinaus kaum Zugriff auf Truppen der Regionalverwaltungen und wird über dessen Vorgehen nur unzureichend informiert.

TK



picture alliance/opa/EUNAVFOR

Französische Kräfte der EU-Mission »Atalanta« überprüfen im Januar 2014 eine verdächtige Dhau im Golf von Aden in Kooperation mit japanischen Soldaten.

Führung eines britischen Konteradmirals oder Generalmajors geleitete Marineoperation »Atalanta« präsentieren. Sie soll zum Schutz von Handelsschiffen und Hilfslieferungen des Welternährungsprogramms sowie zur Abschreckung und Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias und im Indischen Ozean beitragen. Seit 2012 ist es den Soldaten auch erlaubt, aus der Luft bis zu zwei Kilometer im Landesinneren gegen Piraten vorzugehen. Die EU-Mission, seit März 2019 vom neuen Hauptquartier im spanischen Rota geführt, umfasst typischerweise rund 1200 Soldaten auf etwa vier bis sechs Kriegsschiffen, die den Golf von Aden überwachen und Schiffe durch die Gewässer begleiten. Hierzu gehört auch die Luftüberwachung durch die in Dschibuti stationierten Aufklärungsflugzeuge. Zwar operiert auch diese Mission nicht vollständig autonom, sondern im Verbund mit anderen internationalen Koalitionen. Die gemeinsamen Anstrengungen zeigen jedoch einen klar positiven Trend. Während kein unter EU-Schutz fahrendes Schiff des Welternährungsprogramms angegriffen wurde, kam die Piraterie fast ganz zum Erliegen. Ab dem Frühjahr 2017 war ein leichter Anstieg von Angriffen auf Schiffe im Indischen Ozean zu verzeichnen. Fraglich ist, ob und wie weit die Mission nachhaltig sein kann.

Sie beschränkt sich weitgehend auf den maritimen Bereich und sorgt nicht direkt für eine Veränderung der Situation an Land. So werden lediglich die Symptome nicht aber die Ursachen der Piraterie bekämpft (siehe den Beitrag von Kerstin Petretto und David Petrovic).

Auch aus diesem Grund hat die EU 2012 eine weitere Mission ins Leben gerufen: die zivile Mission EUCAP Nestor, die etwa 160 Personen umfasst. Das Hauptaugenmerk lag zu Beginn auf dem Aufbau von Grenzschutzkapazitäten und effektiven Küstenwachen der von der Piraterie am stärksten betroffenen Länder Ostafrikas. Seit 2016 beschränkt sich die Mission auf Somalia und trägt seitdem die Bezeichnung EUCAP Somalia. Hierbei geht es auch um die Durchsetzung rechtsstaatlicher Mittel im maritimen Grenzschutz. So war beabsichtigt, dass somalische Piraten auch in Somalia durch die Justiz belangt werden können. Erneut ist die größte Hürde, dass dafür rechtsstaatliche Strukturen während eines Bürgerkriegs aufgebaut werden müssen, die nicht an bereits bestehende staatliche Institutionen anknüpfen können. Dabei besteht die Gefahr, auf sich gestellte Institutionen zu schaffen, die von der Geberorganisation abhängig bleiben. Klar ist zudem, dass der Aufbau staatlicher Strukturen eine Langzeitaufgabe bleibt und nicht kurzfristig gelöst werden kann.

Die EU als Nischenakteur

In Somalia agiert die EU im Rahmen eines Sicherheits-Regime-Komplexes. Sie konzentriert sich auf hochspezialisierte Nischen: Die Ausbildung der somalischen Armee, den Küstenschutz, die Bekämpfung der Piraterie und die Finanzierung von AMISOM. Die landbasierten Missionen sind klein und besitzen ein Budget von nur 20 bis 30 Millionen Euro im Jahr. Operative militärische Aufgaben werden nicht übernommen. Der Vorteil dieser kleinen Missionen ist, dass sie innerhalb der EU-Mitgliedsländer als wenig riskant gelten, da gefährliche Tätigkeiten, wie der aktive Kampf gegen »Terroristen« von anderen Akteuren übernommen werden und kaum größere Opferzahlen zu erwarten sind. Um handlungsfähig zu bleiben, braucht die EU einen möglichst breiten Konsens oder die Unterstützung durch eine

oder mehrere der europäischen Führungsmächte. Das Design vieler EU-Missionen entspricht dieser Vorgabe. Dies muss allerdings in der Praxis nicht unbedingt die erfolgversprechendste Strategie sein.

Ein weiterer Vorteil aus Perspektive der EU ist, dass eine Mission mit einem begrenzten Mandat sowohl schnell entsandt als auch schnell beendet werden kann. Das Problem einer »mission creep«, der schleichenden Ausweitung eines Einsatzes, kann damit umgangen werden. Häufig besteht bei den Entsendeländern die Sorge, dass zu ambitionierte Missionen ein unkalkulierbares politisches und militärisches Risiko bergen, das auf lange Sicht viele Ressourcen verschlingt, aber wenig nachhaltig ist. Vor diesem Hintergrund ist die eher bescheidene Größe der EU-Missionen in Somalia durchaus verständlich, zumal andere Aufgaben durch die Vereinten Nationen, die Afrikanische Union oder bilaterale Partner wie den USA wahrgenommen werden. Hätte die EU versucht, große Langzeitmissionen zu entsenden, wäre sie zum einen in direkte Konkurrenz zu den Vereinten Nationen getreten, zum anderen hätte dies die Ressourcen und Fähigkeiten der EU überstiegen. Fraglich ist auch, ob es hierfür genügend politischen Rückhalt gegeben hätte. Das relativ große militärische Engagement vieler EU-Länder im nicht enden wollenden Konflikt in Afghanistan hat sicherlich dazu geführt, dass sich die EU weitestgehend auf Ausbildungsmissionen beschränkt und operative Aufgaben scheut.

Der sehr enge Mandatsrahmen birgt jedoch Risiken, wie die Abhängigkeit von anderen Akteuren. So sind die EUTM Somalia und EUCAP Somalia nur durch den Schutz von AMISOM denkbar. Gleichzeitig besitzt die EU nur relativ wenig Einfluss auf deren operative und strategische Ausrichtung, was durchaus von Relevanz für die Ausbildungsmission ist. Zwar soll die EUTM Somalia die somalische Armee langfristig dazu befähigen, die Sicherheit im Land selbstständig zu gewährleisten, de facto bildet die EU aber bestenfalls »Hilfssheriffs« der AU-Truppen aus.

Konzeptionell ist auch fraglich, ob kleine Missionen mit engem Mandat dem Anspruch eines »integrierten Ansatzes« gerecht werden. Zwar existiert eine EU-Strategie für das Horn von Afrika, sie bezieht sich aber weitgehend auf die Koordinierung

innerhalb der Union. Das Design von EU-Missionen entspricht dagegen den Rahmenbedingungen und den Fähigkeiten, welche die EU-Staaten bereit sind, anzubieten. Der *größtmögliche* militärische und politische Nutzen ist dagegen für den Zuschnitt der EU-Missionen zweitrangig.

Problematisch ist auch, dass bestimmte Fähigkeiten der europäischen Streitkräfte, die im Durchschnitt besser aufgestellt sind als die Armeen in Entwicklungsländern, ausschließlich der EU zur Verfügung gestellt werden. Im Endeffekt kann dies zu einer Schwächung von Missionen der Vereinten Nationen führen. Mit der aktuellen Ausnahme von Mali beteiligen sich die europäischen Länder personell nur selten in größerem Umfang an VN-Missionen und nehmen eher die Rolle eines Finanziers an. Entsendeländer haben kaum ein Interesse, ihr Personal im großen Stil auf verschiedene Organisationen zu verteilen. Insgesamt stehen daher einem Krisenland häufig nicht *mehr* Ressourcen zur Verfügung, wenn mehrere Organisationen eigene Missionen entsenden. Im Gegenteil ist eher zu erwarten, dass es Reibungsverluste gibt, da der Koordinierungsbedarf zwischen den Organisationen bei gleichzeitiger Abnahme der Steuerungs- und Führungsfähigkeiten steigt. Tatsächlich gibt es bei der Entsendung von Parallelmissionen – in Somalia sind es derzeit neben AMISOM, EUTM Somalia, EUCAP Somalia auch noch die zivile »United Nations Assistance Mission in Somalia« (UNSOM) – in der Regel keine formelle Kommandostruktur, sondern bestenfalls eine gemeinsame Kontaktgruppe, die eine gewisse Steuerungsfunktion einnehmen kann. In Einzelfällen mag es auch ein »Memorandum of Understanding« zwischen den einzelnen Akteuren geben, sehr viel hängt allerdings von den persönlichen Kontakten der jeweiligen Kommandeure und Leiter ab.

Finanzielles Engagement

Neben dem traditionell starken entwicklungspolitischen Engagement der EU in der Region – zwischen 2014 und 2020 sind 966 Mio. Euro für die Länder am Horn von Afrika durch den Europäischen Entwicklungsfond vorgesehen – sind die Gesamtausgaben im Sicherheitsbereich durchaus beachtlich. Die EU ist



picture alliance/dpa/Julien Warnand

Die EU richtete wiederholt Konferenzen zur weiteren Entwicklung Somalias aus. Im Bild: der ehemalige somalische Präsident Hassan Sheikh Mohamud mit dem damaligen Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso 2013 bei einem Treffen in Brüssel.

einer der wichtigsten Geldgeber der AU-Mission AMISOM und finanziert die Gehälter ihrer Soldaten. Zur Unterstützung der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur, die sich seit 2002 um die AU gebildet hat, gibt es seit 2004 die sogenannte »Afrikanische Friedensfazilität«, durch die bisher 2,7 Mrd. Euro flossen. Von 2010 bis 2015 stiegen die Zahlungen der EU an AMISOM von 50 Mio. Euro auf 300 Mio. Euro jährlich. 2016 hat die EU jedoch damit begonnen, ihr finanzielles Engagement zu reduzieren, was zu Kritik auf afrikanischer Seite führte. Die kleineren und nicht finanzkräftigen Länder sind kaum in der Lage, einen jahrelangen Kampf gegen al-Shabaab selbst zu finanzieren. Die Reduzierung der Finanzmittel um 20 Prozent auf derzeit 200 Mio. Euro pro Jahr mag darin begründet sein, dass ein Teil der Gelder zweckentfremdet wurde oder den truppenstellenden Länder schwereres Fehlverhalten – wie beispielsweise der Handel

mit Waffen und Munition oder die Verstrickung in illegale Wirtschaftsaktivitäten – nachgewiesen werden konnte.

Schlussbetrachtung

Eher große als kleine Fragezeichen stehen hinter dem Nutzen der EU-Missionen am Horn von Afrika. So hat sich zwar die politische Lage in Somalia einigermaßen stabilisiert, es bleibt aber fraglich, ob nach einem Abzug der AU-Truppen oder nach dem Ende der Marineeinsätze die somalischen Sicherheitskräfte in der Lage sind, selbstständig für die Sicherheit des Landes zu sorgen. Zwar wurden somalische Landstreitkräfte ausgebildet, die Regierung kontrolliert allerdings weiterhin nur einen kleinen Teil des Landes. Zudem fehlt es sowohl in Somalia als auch in der gesamten Region an maritimen Kapazitäten, um die Gewässer am Horn von Afrika zu schützen. Ein dauerhaftes auch militärisches Engagement der EU oder einzelner ihrer Mitgliedsstaaten ist daher wahrscheinlich. Auch wenn der Höhepunkt des Bürgerkriegs in Somalia überschritten sein könnte, sind Rückschläge weiter möglich. Für die EU entsteht hierdurch ein Dilemma: Bleibt sie bei der bisherigen Strategie der Entsendung von Klein- und Nischenmissionen, bleiben die erhofften positiven Wirkungen sehr wahrscheinlich aus. Engagiert sie sich stärker und strebt eine Führungsrolle an, wird dies nicht ohne Verwicklungen in die regionalen Machtverhältnisse, mit ungewissem Ausgang und entsprechendem Risiko für europäische Truppen gehen.

Malte Brosig



Das Horn von Afrika spielte für die Entwicklung der Bundeswehr von einer Verteidigungs- zu einer Einsatzarmee eine bedeutende Rolle. Anfang der 1990er-Jahre nahmen deutsche Soldaten in Somalia erstmals in größerem Umfang an einer Mission der Vereinten Nationen teil (UNOSOM II). Das Bundesverfassungsgericht klärte 1994 in einem Grundsatzurteil, dass der Deutsche Bundestag berechtigt ist, die Bundeswehr unter bestimmten Bedingungen auch in Einsätze außerhalb der Landes- und Bündnisverteidigung zu entsenden, was seitdem fortlaufend geschieht.

Seit 2002 ist die Bundeswehr dauerhaft am Horn von Afrika aktiv. Neben den Marineoperationen »Operation Enduring Freedom« – im Bild die am Einsatz beteiligte Fregatte »Bremen« Anfang 2007 – und »Operation Atalanta« nahmen Bundeswehrsoldaten auch an der Überwachungsmission im Grenzgebiet zwischen Äthiopien und Eritrea (United Nations Mission in Ethiopia and Eritrea) sowie an der »European Union Training Mission Somalia« teil. Den größten Anteil am Horn stellt dabei die Deutsche Marine, die zwischen 2008 und 2016 stets mit mindestens einer Fregatte oder einem Einsatzgruppenversorger an der EU-Mission »Atalanta« beteiligt war.

Die Bundeswehr am Horn von Afrika

Die Hoffnung auf eine friedliche Weltordnung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zerfiel für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik bereits mit dem Irakkrieg 1990/91, den Ereignissen in Somalia ab 1992 sowie den Bürgerkriegen im ehemaligen Jugoslawien. Während dieser Zeit schien es, als ob die Vereinten Nationen (VN) die vielen Konflikte befrieden könnten. Angesichts der deutschen Absicht, einen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat zu erlangen, war es folgerichtig, sich verstärkt in Missionen der Vereinten Nationen einzubringen. Für die vom Kalten Krieg geprägte und auf diesen ausgelegte Bundeswehr bedeutete das neben der Truppenreduktion der 1990er-Jahre eine zusätzliche Herausforderung.

Eine dieser neuen Aufgaben erwuchs schon 1992 infolge der internationalen Luftbrücke »Operation Provide Relief« zur humanitären Hilfe im Bürgerkriegsland Somalia. Seit August 1992 betrieb die Luftwaffe in Mombasa (Kenia) einen Lufttransportstützpunkt, vom dem aus bis zu drei Transall-Transportflugzeuge Hilfsgüter in die somalischen Städte Mogadischu, Bardera und Huddur flogen. In unzugänglichen Regionen wurde die hungernde Bevölkerung durch den Abwurf von Gütern aus der Luft versorgt. Bis zum Ende der Luftunterstützung am 21. März 1993 wurden in 655 Flügen rund 6000 Tonnen Hilfsgüter nach Somalia gebracht. Mit der Resolution 814 stellte der VN-Sicherheitsrat am 26. März 1993 die »United Nations Operation in Somalia II« (UNOSOM II) auf. Diese sah friedensschaffende und -sichernde Maßnahmen für die Wiederherstellung der staatlichen Ordnung in Somalia vor. Am 12. April wurde die Bundesregierung von den Vereinten Nationen offiziell um Unterstützung der Mission gebeten und entsprach dem Antrag am 21. April per Kabinetts- und Bundestagsbeschluss. Noch am gleichen Tag befahl Verteidigungsminister Volker Rühe die Beteiligung der Bundeswehr an UNOSOM II. Schon im Mai 1993 verlegte ein deutsches Vorauskommando nach Somalia und erkundete das geplante Einsatzgebiet in Beledweyne (von den deutschen Akteuren zeitgenössisch Belet Uen genannt). Im Verlauf des Sommers wurden weitere Soldaten und Material über den Hafen



Deutsche Soldaten der Mission UNOSOM II bei ihrer Ankunft am Flughafen von Mogadischu im Juli 1993.

und Flughafen von Mogadischu nach Beledweyne verbracht. Im August war der »Deutsche Unterstützungsverband Somalia« einsatzbereit. Ungefähr 1700 Soldaten waren im Feldlager vor Ort, während weitere 70 eine logistische Basis in Dschibuti betrieben. Rund 20 Bundeswehrangehörige dienten im Hauptquartier von UNOSOM II und als nationales Verbindungskommando. Der Auftrag des deutschen verstärkten Nachschub- und Transportbataillons sollte die Unterstützung einer indischen Brigade und 500 italienischer Soldaten sein. Die Italiener stellten gleichzeitig auch die militärische Sicherheit des deutschen Verbandes sicher, der Waffengewalt nur zur Notwehr anwenden durfte. Schlussendlich kam die indische Brigade jedoch in einer anderen Region Somalias zum Einsatz, weshalb sich der deutsche Unterstützungsverband unplanmäßig auf die humanitäre Hilfe für die somalische Bevölkerung konzentrierte. In erster Linie wurde dabei Infrastruktur instand gesetzt und die Wasserversorgung der Bewohner durch Brunnenbohrungen und mobile Wasserverteilung gewährleistet. Im Feldlazarett des Verbandes behandelten die deutschen Ärzte rund 6400 Somalis und im Krankenhaus von Beledweyne noch einmal 7500. Diese Hilfsleistungen wur-

den im Gegensatz zu den friedens erzwingenden Maßnahmen der weiteren VN-Soldaten durchweg positiv wahrgenommen, weshalb die deutschen Soldaten sehr beliebt bei der Bevölkerung waren. Am Ende des Jahres wurde der Verband aber wegen des geringeren logistischen Bedarfs im Rahmen eines Kontingentswechsels um 400 Soldaten reduziert.

Derweil verschlechterte sich die Sicherheitslage in Somalia zusehends. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war die »Schlacht von Mogadischu« am 3. und 4. Oktober 1993 (siehe Infokasten auf S. 52). Die anschließende Erklärung des US-Präsidenten Bill Clinton, dass bis Ende März 1994 alle US-Soldaten aus Somalia abgezogen würden, betraf die Bundeswehr insofern, als auch Italien beschloss, seine Soldaten abzuziehen. Die Bundesregierung erklärte deshalb im Dezember 1993, die Beteiligung der Bundeswehr an UNOSOM II bis zum 31. März 1994 einzustellen. Nach internen Planungen und einer sich weiter verschlechternden Sicherheitslage entschied das Verteidigungsministerium, das Personal mit Kriegsschiffen zurückzuführen. In der Nacht zum 21. Januar kam es indes zu einem Zwischenfall im deutschen Feldlager, als ein deutscher Wachsoldat einen eingedrungenen Somali nach mehreren Warnschüssen tödlich verletzte. Noch am selben Tag befahl Verteidigungsminister Rühle den Abzug des deutschen Verbandes aus Somalia auf Schiffen der Marine.

»Operation Southern Cross«

Am 24. Januar 1994 wurde der Einsatzverband »Task Group 500.02« für die »Operation Southern Cross« aus den Fregatten »Köln« und »Karlsruhe«, dem Versorger »Nienburg« und dem Tanker »Spessart« aufgestellt. Als erstes Schiff des Verbandes lief die »Köln« am 13. Februar 1994 in Mogadischu ein. Bis zum 28. Februar waren das Feldlager in Beledweyne aufgegeben und die deutschen Soldaten auf dem Landweg nach Mogadischu verlegt worden. Für den Weg über die Pisten Somalias stellte die Marine zeitweilig auch eine Such- und Rettungsbereitschaft, die sich aus den Bordhubschraubern und Sanitätseinrichtungen der Fregatten zusammensetzte. Von Mogadischu, wo der Luftraum

zu gefährlich schien, pendelten die Schiffe mit den Heeressoldaten an Bord nach Mombasa, von wo aus die Soldaten nach Deutschland zurückflogen.

Unterdessen verschlechterte sich die Sicherheitslage in Mogadischu weiter. Am 8. März wurden der Flughafen und der Hafen beschossen und am 16. März schlug eine 120-mm-Mörsergranate in der Nähe des Materialumschlagplatzes für die zivilen Handelsschiffe ein. Zum Schutz des deutschen Personals wurden die letzten 180 Soldaten am 18. März mit Bordhubschraubern ausgeflogen. Danach verlegte der deutsche Verband nach Dschibuti, wo die logistische Basis aufgelöst wurde. Mit der Rückkehr der letzten deutschen Soldaten aus Dschibuti stellte Verteidigungsminister Rühle den deutschen Unterstützungsverband am 23. März offiziell außer Dienst. Am selben Tag verließen die Schiffe, nach dem Transport von insgesamt 1492 Heeressoldaten, die somalischen Gewässer und kehrten Mitte April nach Wilhelmshaven und Kiel zurück. Damit endete der Einsatz der Bundeswehr in Somalia in Form von UNOSOM II und Southern Cross.

»Lessons Learned« der ersten großen deutschen VN-Beteiligung

Auch wenn das erste deutsche Engagement in Somalia vordergründig ohne größere Probleme verlief, offenbarte es Defizite und Herausforderungen für zukünftige Einsätze. Zu nennen sind Fürsorge- und Betreuungsprobleme, die den Bundestag und den Wehrbeauftragten beschäftigten. Zudem zeigte sich, dass gemeinsame Operationen der verschiedenen Teilstreitkräfte zwar auf der taktischen Ebene vor Ort zwischen den Soldaten von Heer und Marine gut funktionierten, aber eine gemeinsame, einheitliche Führungsstruktur fehlte. Die Marine führte ihre Einheiten durch das Flottenkommando in Glücksburg-Meierwik und das Heer durch das III. Korps in Koblenz. Beide waren gleichzeitig dem Verteidigungsministerium unterstellt. Dies erschwerte die Kommunikation und Planung immens. Die logische Folge war die Forderung nach einer streitkräfteübergreifenden Führungsstruktur für Einsätze der Bundeswehr, der durch

die Aufstellung des Einsatzführungskommandos am 1. Juli 2001 in Potsdam nachgekommen wurde. Eine weitere Forderung war eine seegestützte teilstreitkraftübergreifende Unterstützungskomponente – ein sogenanntes Mehrzweckschiff, das aber nie über die Planungs- und Definitionsphase hinauskam.

Zudem hatte die Beteiligung an UNOSOM II den Beginn einer einsatzvorbereitenden Ausbildung zur Folge. Die damalige Infanterieschule des Heeres in Hammelburg erhielt 1993 den Auftrag, die infanteristischen Kräfte des deutschen Verbands auf den Einsatz in Somalia vorzubereiten. Das Heer betreibt seit 1994 das »German UN Training Center« (seit 1999: Vereinte Nationen Ausbildungszentrum Bundeswehr) in Hammelburg, um Soldaten in internationale Missionen einzuweisen.

Innenpolitisch wurde heftig über zukünftige Auslandseinsätze und die Frage nach dem (Miss-)Erfolg von UNOSOM II debattiert. Zusammen mit der Flugverbotsüberwachung über Bosnien und Herzegowina und der Embargooperation »Sharp Guard« in der Adria, war dies der Auslöser für das Organstreitverfahren über Auslandseinsätze der Bundeswehr, das zum Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 führte: In seinem »Out of area«-Urteil berechnete das Gericht den Deutschen Bundestag, die Bundeswehr unter bestimmten Voraussetzungen auch an Auslandseinsätzen außerhalb der Landes- und Bündnisverteidigung zu beteiligen.

Erneute Einsätze am Horn von Afrika

Die erste deutsche Beteiligung an einem Einsatz unter Führung des neu aufgestellten Einsatzführungskommandos war die »Operation Enduring Freedom« (OEF) im Rahmen des »Kampfs gegen den internationalen Terrorismus« nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA. Eine entsprechende Entsendung deutscher Kräfte in den Indischen Ozean war am 16. November 2001 durch den Deutschen Bundestag beschlossen worden. Erneut rückte dabei Dschibuti als Stützpunkt in den Fokus. Das deutsche Marinekontingent aus See- und See- luftstreitkräften unterstützte die OEF mit bis zu 1800 Soldaten. Das Operationsgebiet des maritimen Anteils von OEF wurde

Maritime Operationen am Horn von Afrika

Neben den Marinemissionen mit deutscher Beteiligung operierten und operieren vor Ostafrika noch andere Nationen und Bündnisse. Ihre Aufzählung gibt einen Hinweis auf die Vielfalt der Akteure, die in dieser Region aktiv sind. Im Rahmen der seit Oktober 2001 US-geführten »Operation Enduring Freedom« wurde – unter Beteiligung deutscher Schiffe – am 3. Februar 2002 auch ein maritimer Verband aufgestellt: die »Combined Task Force 150« (CTF 150). Geführt wird dieser vom »U.S. Naval Forces Central Command« in Manama (Bahrain). Der Auftrag der CTF 150 hat sich seit 2002 immer weiter vom »Kampf gegen den internationalen Terrorismus« hin zur maritimen Sicherheit im erweiterten Seegebiet am Horn von Afrika verschoben. Anfang 2009 wurde wegen der massiv zunehmenden Piraterie zusätzlich die »Combined Task Force 151« (CTF 151) geschaffen. Ihr medienwirksamster Einsatz erfolgte 2009, als der von Piraten als Geisel genommene Kapitän des Containerschiffs »Maersk Alabama«, Richard Phillips, befreit werden konnte. 2013 wurde die Geschichte im gleichnamigen Film mit Tom Hanks als Kapitän aufgegriffen.

Die NATO beteiligte sich bis Dezember 2016 mit drei Missionen an der Eindämmung der ostafrikanischen Piraterie. Auf Bitten der Vereinten Nationen übernahm sie von Oktober bis Dezember 2008 mit der Mission »Allied Provider« den Schutz von Schiffen des Welternährungsprogramms auf ihrem Weg nach Somalia. Eingesetzt wurden dafür Schiffe des ständigen maritimen Einsatzverbands »Standing NATO Maritime Group 2« (SNMG 2). Die von März bis August 2009 laufende Folgemission »Allied Protector« wurde zuerst durch die »Standing NATO Maritime Group 1« (SNMG 1) gestellt. Darauf folgte im August 2009 die Operation »Ocean Shield«, bei der sich die SNMG 1 und 2 bis Dezember 2016 abwechselten. Meist kamen drei bis vier Fregatten und Zerstörer verschiedener NATO-Nationen zum Einsatz.

Für diese NATO-Missionen stellte die Deutsche Marine keine Schiffe. Die Bundesregierung kam dem Mandat der Vereinten Nationen nur einmal nach und zwar im Rahmen der EU-Mission »Atalanta«, an der sich Deutschland seit Dezember 2008 beteiligte. Ursprünglich sollte »Atalanta« die Mission »Allied Provider« ablösen oder entlasten, doch beide Missionen wurden bis 2016 parallel durchgeführt.

Obwohl alle Missionen mit dem gleichen Ziel im selben Seegebiet agieren, erfolgt eine Koordination vor Ort nur auf der Ebene der Befehlshaber. Lediglich das »Maritime Security Centre Horn of Africa« (MSCHOA) hat einen Überblick über alle eingesetzten Marinestreitkräfte. Schiffe, die den Golf von Aden passieren, können sich dort freiwillig registrieren lassen. Ziel ist es, die genutzten Routen mit Kriegsschiffen zu patrouillieren oder die Marinefähigkeiten an besonders gefährdeten Punkten zu konzentrieren.

Insgesamt können die Missionen als Erfolg gelten, da die Piraterie über die Jahre fast zum Erliegen kam. Allerdings ist seit 2017 wieder ein leichter Anstieg festzustellen. Mögliche Gründe könnten die Beendigung des NATO-Engagements sowie die Konzentrationsverlagerung der EU auf das Mittelmeer und die damit erfolgte Kräftereduktion sein.

CJ

das Rote Meer, der Golf von Aden, der westliche Teil des Arabischen Meeres und die südliche somalische Küste. Aufgabe des Verbandes war die Überwachung des Seegebiets und die Sicherheit des internationalen Seeverkehrs, der sich in erheblichem Umfang durch diese Region bewegt. Am 27. Januar 2002 begann der deutsche Tender »Main« in Dschibuti mit dem Aufbau der »Marinelogistikbasis im Einsatzgebiet«. Ihre Aufgabe war die logistische Koordination von Material und Personal des deutschen Bestandteils der OEF und die Koordination der Hafendienstleistungen vor Ort – später zusätzlich auch Sanitätsversorgung, Bewachung und Sicherungsaufgaben. Mit der Zeit kamen Fernmeldeeinrichtungen, eine Feldjägerkomponente, ein Presse- und Informationszentrum und ab Anfang Februar 2002 zwei Hubschrauber mit technischem Personal des Marinefliegergeschwaders 5 hinzu. Infolge der schrittweisen Verringerung der deutschen Beteiligung an OEF schrumpfte auch die Marinelogistikbasis von maximal 250 auf 20 Soldaten im Jahr 2006. Am 1. Juli 2007 wurde sie in »Deutsche Verbindungs- und Unterstützungsgruppe« umbenannt.

Verstärkt wurde die deutsche Marinepräsenz durch drei Seeaufklärer, die ab März 2002 mit ihrem Personal zunächst in Mombasa stationiert waren. Seit Oktober 2003 fliegen sie von Dschibu-

ti aus. Deutschland beteiligte sich als eine der wenigen Nationen dauerhaft mit wechselnden Kräften bis zum 28. Juni 2010 an der Mission »Operation Enduring Freedom«. Dabei stellte die Bundeswehr mehrere Male den Kommandeur des multinationalen Marineverbandes der »Combined Task Force 150« (CTF 150). Flottillenadmiral Gottfried Hoch war im Februar 2002 der erste nicht US-amerikanische Offizier, der diese Funktion übernahm.

Während der Anfangsphase des Einsatzes mussten erst einmal Erfahrungen in den klimatischen Bedingungen am Horn gesammelt werden. So musste der Einsatz des Flottendienstbootes »Alster« 2002 beendet werden, weil die hohen Umgebungstemperaturen und die hohe Luftfeuchtigkeit zu technischen Problemen geführt hatten, welche die Betriebssicherheit gefährdeten. Außerdem waren die damit verbundenen Lebensbedingungen für die Besatzung an Bord nicht mehr hinnehmbar. Für die langfristige Integration von fünf Schnellbooten war es deshalb notwendig, einen ausgewogenen Wechsel zwischen Einsatz- und Erholungsphasen in klimatisierten Wohnbereichen zu planen. Um den Schiffsbesatzungen während der durchschnittlichen Einsatzdauer von sechs Monaten eine Abwechslung vom monotonen Überwachungsdienst zu bieten, wurden während des Einsatzes sogenannte »Liberty Ports« – beispielsweise in Dubai oder auf den Seychellen – angelaufen, die attraktiv waren und Entspannung boten. Im November 2010 lief das Mandat für die Beteiligung Deutschlands an der OEF aus, nachdem es vom Bundestag nicht erneut worden war.

Bis dahin hatte die Mission zur erheblichen Verbesserung der Sicherheitslage auf dem Meer beigetragen. Die deutschen Marineeinheiten leisteten in mehreren Fällen Seenothilfe und bekämpften die Mitte der 2000er-Jahre drastisch zunehmende Piraterie am Horn von Afrika und den Menschenhandel. Schon 2002 beteiligte sich der deutsche Kommandeur an fast zwei Wochen dauernden Verhandlungen zur Freilassung des von Piraten gekaperten zypriotischen Frachters »Panagia Tinou«, der dann gegen Lösegeldzahlungen frei kam. Gleichwohl kam es auch zu Angriffen auf deutsche Schiffe, etwa zum Beschuss der Fregatte »Emden« mit Handfeuerwaffen im April 2002. Trotz der starken Präsenz der OEF-Kräfte vor Ostafrika gelang es nicht, die Piraterie nachhaltig zu bekämpfen.

Die Entführung der »Landshut«

Somalia war nicht nur für die Bundeswehr eines der ersten Einsatzländer, sondern auch für die Bundespolizei. Ausgangspunkt war der »Deutsche Herbst« 1977: Neben der Verschleppung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer durch die »Rote-Armee-Fraktion« (RAF) war die Entführung der Lufthansamaschine »Landshut« durch arabische Terroristen die kritischste Situation, mit der sich die Bundesregierung konfrontiert sah. Beide Aktionen versuchten, die inhaftierten RAF-Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe freizupressen.

Am 13. Oktober hatten vier arabische Terroristen den Lufthansaflug LH 181 auf dem Weg von Palma de Mallorca nach Frankfurt in ihre Gewalt gebracht. Nach mehreren Umleitungen landete die »Landshut« am 17. Oktober in Mogadischu. Bei einem Zwischenstopp in Aden hatten die Entführer den Piloten erschossen und drohten mit weiteren Tötungen.

Die Bundesregierung konnte einen Aufschub des Ultimatums bis zum Nachmittag des 18. Oktober erreichen. In dieser Zeit wurde ein Team der Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9) nach Mogadischu geflogen. In Kooperation mit den somalischen Behörden kam es kurz nach Mitternacht zur Stürmung der »Landshut« (Operation Feuerzauber). Drei der vier Terroristen wurden getötet, eine Stewardess und ein GSG 9-Mann verletzt. Nach dem Bekanntwerden der erfolgreichen Befreiung begingen die RAF-Terroristen Baader, Ensslin und Raspe im Gefängnis Stuttgart-Stammheim Selbstmord. Als Reaktion darauf gab die neue RAF-Führung die »Hinrichtung« von Hanns Martin Schleyer bekannt. Auch Dank dieser erfolgreichen Geiselbefreiung gilt die GSG 9 bis heute als eine der weltweit besten Polizei-Spezialeinheiten.

AMÜ

Kurz nach der Überwältigung der Entführer werden die Passagiere der »Landshut« über die Notrutsche gerettet.



picture-alliance/dpa

Die deutsche Beteiligung an Missionen der Europäischen Union

Als Folge der rapide ansteigenden Zahl von Piratenangriffen auf Schiffe vor der somalischen Küste sah sich die Europäische Union in der Verantwortung, eine der wichtigsten maritimen Handelsrouten der Welt zu schützen. Die Initiative ging von der somalischen Übergangsregierung aus, die sich 2008 mit der Bitte, die Bekämpfung der Piraterie zu unterstützen, an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewandt hatte. Auf Grundlage mehrerer VN-Resolutionen und des Seerechtsübereinkommens errichtete die EU am 10. November 2008 die »Operation Atalanta« zum Schutz der Hilfslieferungen des Welternährungsprogramms nach Somalia und von Transporten der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) sowie zur Bekämpfung der Piraterie. Seit Ende 2008 beteiligt sich die Bundeswehr mit einer Mandatsobergrenze von bis zu 1200 Soldaten, die 2017 auf 600 reduziert wurden, an der Operation. Erneut wurde auch auf die Deutsche Verbindungs- und Unterstützungsgruppe in Dschibuti zurückgegriffen, die parallel weiterhin die OEF betreute. Das an Land tätige Personal wurde in lokalen Hotels untergebracht und die Besatzungen auf ihren Schiffen und Booten. Seefernaufklärer vom Typ P-3C Orion flogen ihre Einsätze vom Flughafen Dschibuti aus. Bisher stellte die Deutsche Marine drei Force Commander, die die »Operation Atalanta« von ihren Schiffen aus leiteten. Bis 2019 wurden 455 Transporte für das Welternährungsprogramm und 139 für die Mission der Afrikanischen Union erfolgreich eskortiert. Auch der Einsatz gegen die Piraterie zeigte Erfolge: Die Zahl der Überfälle konnte drastisch reduziert werden (siehe den Beitrag von Petretto und Petrovic). Schon zu Beginn der Operation griff die Deutsche Marine erfolgreich ein: Am 25. Dezember 2008 wehrte der Bordhubschrauber der Fregatte »Karlsruhe« einen Piratenangriff auf einen ägyptischen Frachter ab und das Hubschrauberpersonal der Fregatte »Rheinland-Pfalz« nahm am 3. März 2009 Piraten nach einem Angriff in Gewahrsam. Ebenfalls im Frühjahr 2009 wurde der Betriebsstofftransporter »Spessart« von Piraten für ein Handelsschiff gehalten und angegriffen. Das an Bord befindliche deut-



Die Crew des Aufklärungsflugzeugs P-3C Orion 2010 in ihrer Basis in Dschibuti.

sche Schutzteam der damaligen Speziellen Einsatzkräfte der Marine wehrte den Angriff ab, verfolgte das Motorboot und konnte die Verdächtigen mit Hilfe einer griechischen Fregatte in Gewahrsam nehmen.

Der in der Bundesrepublik bekannteste Zwischenfall ist die Entführung des deutschen Containerschiffs »Hansa Stavanger« durch somalische Piraten vom 4. April bis zum 3. August 2009. Bereits Anfang April wurde durch den Krisenstab des Auswärtigen Amtes die gewaltsame Befreiung der Besatzung geplant. Es herrschte aber Unklarheit darüber, ob die Zuständigkeit dafür beim Innen- oder Verteidigungsministerium und damit bei der Deutschen Marine lag. Die Entscheidung fiel zugunsten des Innenministeriums und der Spezialeinheit der Bundespolizei, der GSG 9, aus. Obwohl die Deutsche Marine durch die Fregatten »Mecklenburg-Vorpommern« und »Rheinland-Pfalz« den Frachter beobachtete, oblag ihr damit nur eine unterstützende Funktion. Die GSG 9 schiffte sich mit ca. 200 Mitgliedern zur Planung und möglichen Durchführung der Befreiung auf dem US-amerikanischen Docklandungsschiff USS »Boxer« ein. Nach dem robusten Durchgreifen der Franzosen zur Befreiung von Geiseln von der Yacht »Tanit« im April 2009 und der US-Navy im Fall der »Maersk Alabama« im selben Monat, hatten die Piraten die Besatzungsmitglieder zwischenzeitlich jedoch an Land



Thilo Thielke

Einer der Bordhubschrauber »Sea Lynx« Mk88 A der Fregatte »Bremen« 2007 bei seinem Einsatz im Golf von Aden.

verschleppt, sodass es nicht zur geplanten Geiselbefreiung kam. Letztendlich endete dieser Fall durch die Zahlung von mehr als zwei Millionen US-Dollar Lösegeld.

Die deutsche Beteiligung an der »Operation Atalanta« hatte indes auch zur Folge, dass im April 2010 der erste Piratenprozess der jüngeren deutschen Geschichte in Hamburg begann. Über zwei Jahre später wurden zehn somalische Männer wegen erpresserischen Menschenraubs und des Angriffs auf den Seeverkehr zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Bereits zuvor, im Mai 2012, hatte sich die Bundesregierung zur Bekämpfung der Rückzugsbasen der Piraten an Land den robusteren EU-Einsatzregeln von 2011 angeschlossen, die einen Einsatz auch in somalischen Küstengewässern und durch Luftfahrzeuge 2000 Meter landeinwärts erlaubten. Davon hat die Deutsche Marine aber bislang keinen Gebrauch gemacht. Lediglich einmal zerstörten seither spanische Marinekräfte verdächtige Infrastruktur eines möglichen Piratencamps an Somalias Küste.

Die deutsche Beteiligung an der Mission nahm derweil sukzessive ab. Derzeit schwankt der Gesamtpersonalumfang zwi-

schen 20 und 80 Soldaten. Insgesamt waren bisher aber fast 11 000 deutsche Soldaten im Atalanta-Einsatz aktiv.

Zusätzlich zum Marineeinsatz betreibt die EU seit 2010 die »European Union Training Mission Somalia« (EUTM Somalia). Ihr Auftrag ist die Ausbildung der somalischen Streitkräfte (siehe den Beitrag von Malte Brosig). Auf Beschluss der Bundesregierung vom März 2010 beteiligte sich die Bundeswehr an diesem Einsatz mit bis zu 20 Soldaten – zunächst ohne weitere Zustimmung des Bundestags, da es sich aus Sicht der Regierung nicht um einen bewaffneten Einsatz handelte. Bis Ende 2013 erfolgte die Ausbildung des somalischen Militärs aufgrund der angespannten Sicherheitslage nämlich in Uganda. Nachdem die Ausbildung Anfang 2014 nach Mogadischu verlegt wurde, beschloss der Bundestag die Fortsetzung der deutschen Beteiligung nach kurzer Unterbrechung, ehe das Mandat Ende März 2018 aufgrund ausbleibender Fortschritte bei der Reform der somalischen Armee nicht weiter verlängert wurde.

Durch ihr Engagement in den skizzierten Missionen war die Bundeswehr in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre und dann seit 2002 fortlaufend mit nicht unerheblichen Kontingentstärken am Horn von Afrika im Einsatz. Im öffentlichen Bewusstsein der Bundesrepublik hat sich das aber kaum niedergeschlagen. Das mag damit zusammenhängen, dass UNOSOM II nicht als Erfolg gewertet wurde und andere sicherheitspolitische Hotspots das öffentliche Interesse überlagerten. Ab Mitte der 1990er-Jahre rückte der Balkan in den Fokus der Medien und ab 2001 war Afghanistan das dominierende Einsatzland der Bundeswehr. Zudem waren und sind die meisten Marineeinsätze für die Bevölkerung wenig spektakulär. Doch auch in ihnen haben Tausende Bundeswehrsoldaten ihren Dienst geleistet und zur Sicherheit Deutschlands beigetragen.

Christian Jentsch



Seit 2012 ist das rund 200 Millionen US-Dollar teure und von der chinesischen Regierung finanzierte Hauptquartier der Afrikanischen Union eines der hervorstechendsten Wahrzeichen der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba. Mit seinem rund 100 Meter hohen Büroturm ist es eines der höchsten Gebäude der Stadt und verkörpert den Anspruch Addis Abebas, diplomatische Hauptstadt des afrikanischen Kontinents zu sein.

Architektonisch betrachtet ist Addis Abeba durch die nur kurze italienische Besatzung nicht so stark vom Einfluss der Kolonialzeit geprägt wie beispielsweise die Hauptstadt Somalias, Mogadischu, und vor allem nicht wie die Hauptstadt Eritreas, Asmara. In Asmara stehen noch immer viele italienische Bauten, teilweise im Originalzustand, weshalb die Stadt zum UNESCO-Weltkulturerbe ernannt wurde. Alle Hauptstädte am Horn, zu denen auch Dschibuti zählt, sind jedoch Schmelztiegel verschiedenster nationaler und internationaler Einflüsse. Die historische Entwicklung dieser Städte und ihre vielfältige Lebenswelt wird im Folgenden kurz vorgestellt.

■ Stadtporträt Addis Abeba (Äthiopien)

Die Geschichte Addis Abebas beginnt erst in der Neuzeit. Die Stadt wurde 1886 vom späteren äthiopischen Kaiser Menelik II. gegründet. Als König von Shewa hatte dieser sein Reich über viele Jahre ausgedehnt und einen Palast auf den Entoto-Höhen (in Umschrift: Int'ott'o) oberhalb der Ebene von Finfinnee errichtet. Seine Frau, Königin Taytu, liebte die heißen Quellen der Ebene und baute unter dem Namen »Neue Blume« (amharisch: Addis Abeba) ihren eigenen Hof. Insbesondere nach seiner Thronbesteigung 1889 benötigte Menelik II. Ländereien für seine Gefolgsleute, wofür die Ebene von Finfinnee ideal war. Erst entstanden hier ein befestigtes Königslager, dann eine Königsstadt, die er Addis Abeba nannte. Rund um sein eigenes Lager entstanden Viertel seiner Fürsten und deren Gefolgsleute in konzentrischen Kreisen. Noch heute ist Addis Abeba von diesen dorffartigen, runden Strukturen geprägt und galt trotz bedeutender Entwicklung bis in die 1990er-Jahre als »das größte Dorf Afrikas«. Heute dient der Palastbezirk des Kaisers als Regierungssitz des Premierministers. Einer der Paläste des letzten Kaisers Haile Selassie I. ist Sitz des Präsidenten, während ein kleinerer Palast Hauptsitz der Universität ist.

Die Geschichte der Stadt als Siedlungsgebiet und als politisch-religiöses Zentrum der Oromo ist jedoch deutlich älter. Als der Großvater von Menelik, König Sahle Selassie, im frühen 19. Jahrhundert in das Oromo-Gebiet von Finfinnee vorstieß, fand er dort Kirchenruinen des äthiopischen Hochmittelalters. Dies zeigte, dass die Region Teil des Reiches war, bevor die Oromo diese im 16. Jahrhundert übernahmen. Erst König Menelik nahm Finfinnee jedoch dauerhaft in Besitz, indem er die dort ansässigen Oromo-Gruppen in Bündnisse einband oder unterwarf. Zunächst übergab er Finfinnee jedoch der französischen katholischen Mission, die die dort lebenden Oromo zum Christentum bekehren sollte. An der Oromo-Kultstätte von »Giftiiko Maraam« (Unsere Herrin Maria) entstand eine Oromo-Siedlung mit der katholischen Kirche »Ste. Marie Finfini«. Später ließ Menelik am heiligen Versammlungsbaum der Oromo die neue äthiopisch-orthodoxe Königskirche von St. Georg bauen und nutzte den Baum als Hinrichtungsort. Dieser stand unweit der Stelle,



picture alliance/CHROMORANGE/Günter Fischer

Die Statue von Kaiser Menelik II. in Addis Abeba.

wo sein Nachfolger Haile Selassie I. die Kaiser-Menelik-Statue errichten ließ. Einige Oromo-Führer fordern daher ihre Zerstörung. Für sie ist Menelik nicht der Stadtgründer, sondern der Unterdrücker ihrer Kultur.

Addis Abeba, das sich heute als autonome Stadt selbst verwaltet, liegt inmitten des Regionalstaats Oromia (auch Oromiyaa) und ist unter dem Oromo-Namen Finfinnee zugleich dessen Hauptstadt – im Umland leben ausschließlich Oromo. Wie ihre südlichen Nachbarstädte Bishoftu (offiziell Bishoftuu, auch Debre Zeyt) und Adama (offiziell Adaama, auch Nazret) ist die Hauptstadt jedoch von Einwanderern geprägt. Neben den besonders dominierenden Amhara, deren Sprache die eigentliche Sprache der Stadt ist, spielen Gurage-Gruppen aus Gebieten südlich der Stadt vor allem als Arbeiter und Händler eine wichtige Rolle. Daneben gibt es zahlreiche Oromo, Tigray, Eritreer, Somalis, Adare und vereinzelt Afar. Nach Generationen der Urbanisierung ist die ethnische Identifikation jedoch oft unklar. In vielen Fällen wird der Terminus »Amhara« gewählt oder betont, »Äthiopier« zu sein – in deutlichem Gegensatz zu fast allen ländlichen Gebieten, wo es starke regionale Identitäten gibt. Erwähnenswert sind auch die seit Langem ansässigen Armenier, die als Arbeiter und Händler am Aufbau der Stadt mitwirkten, die Griechen und Inder, die den internationalen Handel aufbauten sowie noch einige Italiener aus der kurzen italienischen Besatzungszeit.

Seit der internationalen Anerkennung Äthiopiens als unabhängiges Land 1896 siedelten sich in Addis Abeba zahlreiche diplomatische Vertretungen an. Die westeuropäischen Botschaften verfügen teilweise über große Ländereien, die sie nach dem Vorbild der bedeutendsten Fürsten Äthiopiens ihrem Rang entsprechend erhalten hatten. Während der kurzen italienischen Besatzung von 1936 bis 1941 war die Stadt Zentrum der Kolonie Italienisch-Ostafrika. In den frühen 1960er-Jahren stieg Äthiopien zum symbolischen Anführer der Unabhängigkeit Afrikas auf und wurde Sitz der Organisation für Afrikanische Einheit (der Vorgängerorganisation der Afrikanischen Union) und anderer internationaler Organisationen. Diese Position hat Äthiopien oft zum eigenen Vorteil in seinem Streben nach einer Hegemonialstellung im Nordosten Afrikas nutzen können. Auch das Oberhaupt des äthiopisch-orthodoxen Christentums residierte sehr früh in der Stadt. Heute beherbergt Addis Abeba Kirchen praktisch aller christlichen Konfessionen, wichtige Moscheen und vereinzelt Synagogen. Erste moderne staatliche Schulen wurden gegen Ende der Regierungszeit von Kaiser Menelik II. geschaffen. Die älteste Universität entstand aus einer katholischen Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg, zunächst Haile-Selassie-I-Universität und nach Abschaffung der Monarchie 1975 Addis-Abeba-Universität genannt. Weitere Universitäten und Colleges haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten angesiedelt, darunter die einzige private Universität des Landes. Auch wurden in Addis Abeba die ersten Druckereien Äthiopiens aktiv. Heute ist die Stadt das Zentrum einer vielseitigen Presse, des Fernsehens und einer stetig wachsenden äthiopischen Filmindustrie.

Die Stadtbevölkerung dürfte heute bei mindestens vier Millionen Menschen liegen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch, weshalb die Regierung in Ausbildungsstätten und Kleinbeschäftigung investiert. Obwohl die Arbeitsmigration vor allem ins arabische Ausland massiv ist, wird die Stadt aufgrund vieler Tagelöhner- und Fabrikarbeiten, dem Kleinhandel und Bürotätigkeiten durch eine kontinuierliche Migration aus dem gesamten Land geprägt. Nach wie vor ist der größte Teil der Industrie des Landes in der Hauptstadt. Diese wurde zunächst vor allem durch ausländische Investoren aufgebaut, ist inzwischen aber größtenteils in der Hand äthiopischer Firmen.



Seit 2015 besitzt Addis Abeba die erste vollelektrische Stadtbahn Subsahara-Afrikas. Die von China finanzierte Bahn verfügt über eine Nord-Süd- und eine Ost-West-Trasse und befördert täglich über 100 000 Personen.

Der öffentliche Nahverkehr wird hauptsächlich von überfüllten Minibussen getragen. Schon in den frühen Morgenstunden füllen sich die Straßen mit Fußgängern, leeren sich nach der Dämmerung aber schnell. Entlang großer Straßen florieren moderne Markthäuser, es gibt neue Wohnmöglichkeiten von gehobenem Niveau bis zu einfachen Hochhausvierteln, wo kleine Wohnungen sehr begehrt sind. Obwohl es in einigen Vierteln zur verstärkten Kleinkriminalität kommt, ist die Kriminalitätsrate niedrig. Einfache Viertel mit geringer Infrastruktur werden seit gut einem Jahrzehnt häufig abgerissen, an Investoren verkauft oder durch Wohnblöcke und neue Viertel im Umland ersetzt. Insbesondere entlang der Südstraße wächst Addis Abeba seit zwei Jahrzehnten unaufhaltsam. Inzwischen hat sich das städtische Siedlungsgebiet entlang der Straße so weit ausgedehnt, dass es bereits die Nachbarstadt Bishoftu erreicht hat. 2015 wurde ein »Masterplan« zur Ausdehnung der Stadt entwickelt, der jedoch vor allem bei den Oromo-Bauern zu teilweise blutig niedergeschlagenen Protesten führte. Generell sind Sicherheitskräfte jedoch kaum im Alltagsbild präsent, weswegen in Addis Abeba wie allgemein in Äthiopien der Eindruck einer gewissen Ruhe und Gelassenheit vorherrscht.

Wolbert G.C. Smidt

Stadtporträt Asmara (Eritrea)

Seit dem 8. Juli 2017 zählt Asmara, die Hauptstadt Eritreas, zum UNESCO-Weltkulturerbe. Zwar werden in der Liste des Welterbes auch andere afrikanische Städte als besonders schützenswert aufgeführt, doch Asmara hat ein Alleinstellungsmerkmal: Es ist die einzige afrikanische Stadt, die ein fast vollständig erhaltenes Ensemble von Gebäuden aus verschiedenen modernistischen Stilen italienischer Prägung aufweist. Im Laufe der italienischen Kolonialherrschaft, insbesondere in den 1930er-Jahren, entstand eine Reihe von Bauwerken, die heute als architektonische Ikonen dieser vergangenen Epoche gelten, darunter die Tankstelle Fiat Tagliero von 1938 und das Cinema Impero von 1937. In einigen Gebäuden ist noch die originale Inneneinrichtung erhalten.

Asmara wurde nicht für die lokale Bevölkerung, sondern explizit für die kolonialen Besatzer ausgebaut – doch nicht nur hinsichtlich der Architektur ist Asmara ein Sonderfall unter den afrikanischen Hauptstädten. Im Zentrum fällt sofort der überschaubare Straßenverkehr auf. Keine Spur von Staus, Verkehrschaos oder Luftverschmutzung. Der Autoverkehr ist bescheiden und es wird so diszipliniert gefahren, dass Fußgänger die breiten Hauptstraßen gefahrlos überqueren können. Die wenigen privaten Fahrzeuge sind meist Oldtimer – oft noch Modelle aus den 1960er-Jahren. Neue Autos sind selten; eine Ausnahme bilden die erst kürzlich importierten Taxis mit ihrer auffälligen gelben Lackierung. Die Linienbusse, teilweise auch schon recht betagt, sind mit Menschen vollgestopft, ebenso die Sammeltaxis, die es wie fast überall in Afrika auch in Asmara gibt. Mopeds, Motorräder und Fahrräder sieht man nur selten, dafür kommt aber sogar in der Innenstadt hin und wieder ein Eselskarren um die Ecke oder eine Ziegenherde versperrt die Straße.

Da Hochhäuser fehlen, macht Asmara nach wie vor den Eindruck einer italienischen Kleinstadt. Bars und Straßencafés mit einem durchaus italienischen Angebot an Speisen, Kuchen und Getränken verleihen dem Stadtzentrum mit ihrem altmodischen Erscheinungsbild und ihren uralten Inneneinrichtungen einen morbiden Charme – auch wenn die Toiletten meist über keine



Die gut erhaltene Tankstelle Fiat Tagliero in Asmara wurde während der italienischen Kolonialherrschaft gebaut und ist heute Kulturdenkmal.

funktionierende Wasserversorgung mehr verfügen und stattdessen ein mit Wasser gefüllter Kanister bereit steht. Als repräsentative Gebäude treten vor allem Gotteshäuser in den Vordergrund, neben der katholischen Kathedrale beispielsweise die orthodoxe Kirche und die Zentralmoschee.

In der Innenstadt sind für afrikanische Verhältnisse relativ wenige Menschen unterwegs. Dabei fallen krasse soziale Unterschiede ins Auge. Zunächst stößt man überall auf Mangel und Armut. Touristen, es kommen jährlich nur wenige Tausend ins Land, werden hin und wieder – jedoch stets zurückhaltend – von Bettlern angesprochen. Auf den Gehwegen breiten fliegende Händler Kleidung, Sonnenbrillen, Modeschmuck und andere Waren zum Verkauf aus, meist chinesische Importe. In einigen Geschäften werden aber auch hochwertige Kleidung, Schuhe, Küchengeräte und andere Gebrauchsgegenstände aus Europa angeboten. Hier deckt sich die kleine Oberschicht Eritreas ein. Einige wenige elegant gekleidete Frauen und Männer in dunklen Anzügen sind hier und da im Straßenbild zu sehen; abends trifft sich die Elite in hochpreisigen Restaurants.

Für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sind die Märkte ein wichtiger Treffpunkt. Das dortige Angebot ist um-

fangreich, die Preise sind allerdings sehr hoch und für viele Menschen unbezahlbar. Selbst einheimische Früchte sind doppelt bis dreifach so teuer wie entsprechende Produkte in einem deutschen Supermarkt. Eine große Flasche Mineralwasser kostet umgerechnet etwa 1,25 Euro, viel zu teuer für die meisten Familien, denn ein durchschnittliches Monatseinkommen liegt bei etwa 80 bis 120 Euro. Die Arbeitslosigkeit ist hoch und wer einen Arbeitsplatz hat, muss häufig eine sechs- bis achtköpfige Familie ernähren, denn neben den Kindern müssen meist auch noch die Großeltern versorgt werden. So ist es nicht verwunderlich, dass die Märkte zwar voller Menschen sind, aber augenscheinlich nur wenig gekauft wird.

Der große Recyclingmarkt von Asmara ist ein Beispiel für Nachhaltigkeit, wenn auch aus der Armut geboren. Hunderte Menschen, darunter viele Kinder und Jugendliche, arbeiten an der Verwertung von Schrott und Holz. Mit einfachen Mitteln entstehen hier aus Altmetall beispielsweise Töpfe, Pfannen, kleine Brennöfen, Werkzeuge und andere Gerätschaften. Auf dem angeschlossenen Trödelmarkt sind so gut wie alle Gebrauchsgegenstände in mehr oder weniger brauchbarem Zustand zu finden.

Hans-Peter Konopka



Straßenszene in Asmara, Januar 2016.



Die eritreisch-orthodoxe Kathedrale Nda Mariam in Asmara.

Die Stromversorgung in Asmara fällt regelmäßig aus, sodass manche Arbeiten immer wieder unterbrochen werden müssen. Auch die Hotels sind oft stundenlang ohne Strom und ohne fließendes Wasser, erst recht ohne warmes. »It's coming« ist die Floskel mit der Besucher regelmäßig getröstet werden. Englisch sprechende Eritreer findet man in der Hauptstadt erstaunlich oft, italienische Sprachfetzen haben sich bis heute in der Alltagskommunikation erhalten.

Asmara ist eine saubere und sichere Stadt. Im alltäglichen Straßenbild ist das Militär nicht präsent, Polizisten treten nur hin und wieder in Erscheinung. Die international als autoritär und repressiv angesehene Staatsmacht ist für ausländische Besucher nicht direkt sichtbar, überwacht aber wohl im Verborgenen das Leben. Dass viele Bewohner Eritreas mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zufrieden sind und die Missachtung von Menschenrechten beklagen, erfährt man nur in privaten Gesprächen unter vier Augen, wenn ein Mithören durch Spitzel ausgeschlossen ist.

Hans-Peter Konopka

Stadtporträt Dschibuti (Dschibuti)

Als im 13. Jahrhundert nomadische Hirten der Issa- und Afar-Ethnien das unbesiedelte Fleckchen Erde am Golf von Tadjoura für sich entdeckten, sollten noch über 600 Jahre bis zum Beginn der Stadtgeschichte Dschibutis vergehen. 1888 durch die französischen Kolonialherren gegründet, löste die Stadt Dschibuti schon bald das nördlich auf der anderen Seite des Golfs gelegene Obock als Hauptstadt Französisch-Somalilands ab. In der Folge wurde Dschibuti durch den Bau der äthiopisch-dschibutischen Eisenbahnlinie Anfang des 20. Jahrhunderts zu einem bedeutenden Handelszentrum der Region. Aufgrund seiner strategischen Lage an der Meerenge Bab el-Mandeb fungierte das mittlerweile auf über 500 000 Einwohner angewachsene Dschibuti besonders für Äthiopien (seit der Abspaltung Eritreas 1993 ein Binnenstaat) als Drehkreuz für den Export von Waren aller Art.

Dabei ist die günstige geografische Lage Dschibutis mit einer klimatischen Herausforderung für Mensch und Tier verbunden: Dschibuti ist eine der heißesten und trockensten Hauptstädte der Erde. Im Sommer sind Temperaturen von bis zu 45 Grad an der Tagesordnung. In Verbindung mit der hohen Luftfeuchtigkeit wird die Hitze zeitweise beinahe unerträglich. Selbst im »Winter« werden tagsüber noch rund 25 Grad erreicht.

Die enormen Temperaturen sind der bestimmende Faktor für das Leben. Speisen, Waren, und Getränke werden durch die zahlreichen Händler der Stadt zumeist unter großen Schirmen angeboten. Vor allem die Verkaufsstände der Kaudroge Khat säumen mit ihren charakteristischen, grünen Sonnenschirmen die Straßen. Die Strände der Stadt sind vor allem am Freitag, dem »Tag der Zusammenkunft« und Ruhetag im muslimisch geprägten Dschibuti, voller Menschen. Wenn am Abend die Hitze ein wenig erträglicher geworden ist, lässt sich links und rechts der Straßen der dschibutische Volkssport Nummer eins beobachten: Fußball. Überall in der Stadt wird zumeist auf improvisierten Feldern der beliebten Ballsportart gefrönt. Neben den überwiegenden Trikots spanischer Topmannschaften lassen sich



Luftaufnahme von Dschibuti, Dezember 2017.

häufig auch Trikots deutscher Clubs, vor allem in rot-weiß und schwarz-gelb unter den Spielern ausmachen.

Die muslimische Bevölkerung und ihre Kultur sind von vielen verschiedenen Einflüssen geprägt. Vor allem jemenitische, somalische und französische Traditionen lassen sich bei genauerem Hinsehen erkennen. Noch immer gibt es eine Reihe alter Bauten aus der französischen Kolonialzeit, einige Restaurants bieten weiterhin französische Küche an. Die Auslegung des islamischen Glaubens, zu dem sich fast die gesamte Bevölkerung bekennt, scheint offen und tolerant. Im Stadtbild sieht man sowohl Frauen mit Gesichtsschleier (Niqab) als auch gänzlich unverschleiert. Überwiegend tragen sie jedoch ein einfaches Kopftuch. Männer tragen mehrheitlich »westliche« Kleidung und nur selten traditionelle weiße Gewänder. Die Bevölkerung ist – von einer kleinen Oberschicht abgesehen – arm und lebt überwiegend in Elendsvierteln, etwa im südlich der Stadt auf einer Anhöhe gelegenen Slum »Balbala«. Die Lebenshaltungskosten sind hoch. Fast alle Produkte des täglichen Bedarfs müssen importiert werden. Einzig Wasser und Baguette sind für die lokale Bevölkerung erschwinglich. Einfache Blechhütten dienen als Behausung, eine Kanalisation oder fließendes Wasser sucht man vergeblich. Rund ein Drittel aller Kinder ist unterernährt. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung liegt bei 24 Jahren. Berufsperspektiven gibt es nur wenige. Ein Großteil der Einwohner versucht sich durch den Verkauf unterschiedlichster Produkte über Wasser zu halten, an-

dere betteln auf den Straßen der Stadt. Bereits früh am Morgen warten Hunderte Tagelöhner hoffnungsvoll vor den Toren der Hafenanlagen auf eine Anstellung als Hilfsarbeiter beim Be- und Entladen der Schiffe. Wie bereits im 19. und 20. Jahrhundert nutzt vor allem Äthiopien Dschibuti als Drehkreuz für die Ausfuhr seiner Waren. Chinesische Kredite und technische Unterstützung verhalfen der Eisenbahnlinie Addis Abeba–Dschibuti 2017 durch eine Teilmodernisierung zu neuer Blüte. Auch der Tauch- und Angeltourismus bietet wirtschaftliche Möglichkeiten, die noch nicht vollends ausgeschöpft sind. Die Unterwasserwelt vor Dschibuti mit ihrer vielfältigen Fauna und Flora bildet einen schroffen Gegensatz zur sandigen, dünnen und kargen Natur an Land. Ansonsten findet sich aus touristischer Sicht wenig Sehenswertes in Dschibuti. Die eintönige und flache Silhouette der Stadt ohne direkt hervorstechende Architektur reiht sich in die Tristesse der umgebenden Landschaft ein. Neben militärischen Liegenschaften wechseln sich die stählernen Gerippe neuer Beton-Rohbauten mit zumeist baufälligen Gebäuden aus zwei Jahrhunderten ab. Für ein wenig Farbe im Stadtbild sorgen vor allem die Einwohner selbst: Die Innenstadt gleicht mit ihren Tausenden von geschäftigen Menschen einem Ameisenhaufen, und die holprigen Straßen sind voller Taxis und Kleinbusse (»Jallah« genannt), die in meist fragwürdigem technischem Zustand die Fahrgäste an jeden erdenklichen Ort der Stadt transportieren. Der Verkehr ist eine der größten Gefahrenquellen der Stadt. Defekte Fahrzeuge und ungesicherte Ladungen gepaart mit dem Konsum der Kaudroge Khat durch die Fahrer führen immer wieder zu tödlichen Unfällen.

Dschibutis geografische Lage hat neben der ökonomischen auch eine geostrategische Dimension. Am Schnittpunkt von Europa, Afrika, dem Nahen Osten und Asien unterhalten die USA, Japan, Frankreich und Italien eigene Stützpunkte. China eröffnete hier 2017 seine erste exterritoriale Militärbasis und untermauert seinen wirtschaftlichen Einfluss in der Region nun auch militärisch. Mit den ausländischen Soldaten kommen auch Berufsperspektiven für die Bevölkerung. Allein die US-Streitkräfte beschäftigen rund 1000 dschibutische Einwohner. Die enorme internationale Militärpräsenz macht Dschibuti zu einem verhältnismäßig sicheren Ort, obwohl nur selten ausländische Uni-



Der Hafen von Dschibuti ist eine der wichtigsten Einnahmequellen des Landes.

formierte in der Stadt zu sehen sind. Trotzdem kam es in den letzten Jahren auch hier mehrfach zu Anschlägen. Bei einem Anschlag 2014 wurden in einem belebten Restaurant drei Menschen getötet und 15 weitere verletzt, darunter auch drei Deutsche der zivilen EU-Mission EUCAP Nestor. Die Präsenz dschibutischer Sicherheitskräfte in der Stadt ist daher hoch. Körperkontrollen vor Restaurants, Hotels und Einkaufsmärkten sind die Regel, genauso wie zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen für die bedeutendsten Hotels. Grundsätzlich ist die Präsidentialrepublik Dschibuti, die sich erst 1977 von Frankreich lossagte, aber stabil. Sie verfügt über einen ganz eigenen, gar in sich gegensätzlichen Charme: In einer instabilen und krisengeschüttelten Region wirken Stadt und Staat trotz ihres etwas verfallenen Erscheinungsbilds geradezu seltsam intakt.

Hauptmann A.B.

Stadtporträt Mogadischu (Somalia)

Kaum eine Stadt ist für Ausländer wohl so gefährlich wie Mogadischu, die Hauptstadt der »Jamhuuriyadda Federaalka Soomaaliya«, wie die Bundesrepublik Somalia in der Landessprache genannt wird. Im Mai 2018 wurde hier eine für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz arbeitende Krankenschwester aus Deutschland entführt. Immer wieder nehmen auch die Anhänger der islamistischen Gruppe »al-Shabaab« die wenigen geöffneten Hotels und Restaurants der Stadt ins Visier, die von der somalischen Oberschicht und der überschaubaren Zahl an Ausländern besucht werden. Als am 14. Oktober 2017 in der Nähe des Safari Hotels unweit des Flughafens ein Lastwagen mit 350 Kilogramm Sprengstoff detonierte, starben vermutlich fast 600 Menschen. Es war der schwerste Anschlag in der ohnehin schon blutigen Geschichte der Stadt.

Um das trockene und heiße, rund 200 Kilometer nördlich vom Äquator gelegene Mogadischu machen Fremde meist einen großen Bogen. Die Hilfsorganisationen, die mit bewundernswerter Beharrlichkeit versuchen, die Stadt nach Jahren des Krieges wieder aufzubauen, koordinieren ihre Aktivitäten meist aus der kenianischen Hauptstadt Nairobi. Wer doch einmal für ein paar Tage in Mogadischu unterwegs ist, mietet sich – beispielsweise über die Hotels – meist eine bewaffnete Leibwache. Sie besteht in der Regel aus sechs Bewaffneten mit Kalaschnikow-Sturmgewehren, die den Besucher in zwei Pick-ups begleiten und selten fünf Minuten am Stück im Freien verharren lassen.

Seit der Vertreibung des Diktators Siad Barre im Jahr 1991 wird die Stadt systematisch ruiniert. Jahrelang trieben Warlords aus rivalisierenden Clans ihr Unwesen. Später kamen Islamisten hinzu, ehe eine demoralisierte Armee, äthiopische Soldaten und Truppen der Afrikanischen Union eine primär nur international anerkannte Übergangsregierung zu installieren versuchten. Das Ergebnis ist eine Trümmerwüste namens »Muqdisho« – eine Stadt, die einmal wegen der Farbe ihrer Gebäude »die weiße Stadt« oder auch die »Perle Ostafrikas« genannt wurde. Dass Mogadischu einmal eine Schönheit gewesen ist, lassen die



Über die Jahre wurde Mogadischu fast vollständig zerstört. Aufnahme aus dem August 2006, nachdem Islamische Gerichtshöfe die Macht übernommen hatten.

Ruinen, durch die oft eine sanfte Brise vom Indischen Ozean herüberweht, noch immer erahnen. Bereits im zehnten Jahrhundert hatten Araber den Ort besiedelt, Handel getrieben und in der Folge auch eifrig gebaut. Die Fakr-ad-Din-Moschee ist ein Beispiel aus diesen Tagen. Sie wurde 1296, zur Zeit des ersten Sultans von Mogadischu, aus Korallen und indischem Marmor errichtet und gilt als eines der ältesten islamischen Bauwerke Afrikas. Später eroberten die Portugiesen die Stadt, übergaben sie aber 1828 an das Sultanat Oman, das wenig später, im Jahr 1840, seinen Herrschaftssitz nach Sansibar verlegte. 1892 schließlich pachtete Italien Mogadischu und machte die Stadt 1905 als »Mogadiscio« zur Hauptstadt seiner Kolonie Italienisch-Somaliland. Italien verlor seine Kolonien während des Zweiten Weltkriegs, dennoch sind die italienischen Spuren bis heute zu sehen. In der eritreischen Hauptstadt Asmara errichteten sie viele Gebäude im Stil des Art déco und machten sie so zu einer Stadt der Moderne. In Mogadischu aber hinterließen sie keine so einheitliche Architektur: modernistische Gebäude wurden in der Nachbarschaft römischer Triumphbögen gebaut, der 37 Meter hohe Glockenturm der nur noch aus Trümmern bestehenden Kirche überragte

jede Moschee. Mogadischu sollte als imperiale Stadt angelegt werden und den islamischen Charakter zurückdrängen. Ohne Frage war Mogadischu einmal eine der architektonisch interessantesten Städte Subsahara-Afrikas. Heute stehen die einstigen italienischen Prachtvillen vielfach rußverschmiert wie Skelette in der Landschaft. Viele Somalis sind zwar geflüchtet und leben nun in den gewaltigen Lagern entlang der kenianischen Grenze, andere aber sind aus den ländlichen Gebieten in die Stadt gezogen, weil sie glauben, hier besser versorgt werden zu können.

Es gibt aber auch ein anderes Gesicht von Mogadischu. Frauen müssen zwar ihren Kopf bedecken, wenn sie das Haus verlassen, aber sie müssen anders als im Iran oder in Saudi-Arabien nicht ihr gesamtes Gesicht verhüllen. Sie tragen bunte statt schwarze Gewänder, zeigen Mund und Nasen und baden – wenn auch bekleidet – wie die Männer im Meer. Auch die Männer tragen nicht durchgehend weiße, arabische Gewänder, sondern häufig Jeans und »westliche« Hemden. Traditionell gilt der Islam in Somalia als weitaus weniger sittenstreng als auf der Arabischen Halbinsel. Als 2006 viele den Einzug der Islamischen Gerichtshöfe in Mogadischu bejubelten, geschah das oftmals weniger aus Vorliebe für religiöse Strenge. Vielmehr versprach sich die Bevölkerung ein Ende der willkürlichen Gewalt.

Auch in Mogadischu wird neu gebaut. Einige Straßen wurden erneuert und es gibt eine Vielzahl arabischer Geschäfte. Vor allem türkische Bauunternehmer versprechen sich trotz der noch immer instabilen Lage gute Geschäfte in der Stadt. »Turkish Airlines« hat eine regelmäßige Verbindung von Istanbul nach Mogadischu aufgenommen und einige Botschafter kehrten zurück.

Somalis sind Überlebenskünstler. In all den Jahren des Chaos und der Anarchie gab es überall in den Vierteln eigene Schulen. Nicht der Staat hatte diese organisiert, sondern die somalische Bevölkerung. Es sind die Somalis selbst, die das Gesicht der Stadt und des Staates in prägender Weise mitbestimmen.

Thilo Thielke

Geschichte im Überblick

Dieser chronologische Überblick beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten politischen und sicherheitspolitischen Ereignisse. Bezüglich der Daten variieren die Angaben je nach Quelle.

Vorgeschichte

8000 v.Chr. Erste Spuren menschlicher Bewohner in der Küstenregion Eritreas.

Ab ca. 2500 v.Chr. Ägypten bezieht aus einem Land namens Punt (vermutlich heutige Küste Somalias) Weihrauch und Myrrhe.

2000 v.Chr. Erste Hirtengemeinschaften am Horn.

Ab 1. Jh. n.Chr. Somalis wandern von Nordkenia in den Nordosten des Horns.

1.-6.Jh. n.Chr. An der Somaliküste etablieren sich kleine Marktplätze.

100-300. n.Chr. Bildung des Königreichs Aksum. Um 340 konvertiert König Ezana zum Christentum.

Um 615 Anhänger des islamischen Propheten Mohammed fliehen nach Aksum. In der Folge Ausbreitung des Islams, insbesondere entlang der Küste.

7.-10. Jh. Arabische und persische Händler etablieren große Siedlungen entlang der somalischen Küste.

Um 900 Gründung von Mogadischu.

Mitte 10. Jh. Revolte in und Zerstörung von Aksum.

Ab 1200 Bau der elf monolithischen Felsenkirchen von Lalibela (Neu-Jerusalem) in Nordäthiopien, die heute zum UNESCO-Weltkulturerbe gehören.

Äthiopische Herrschaft

1270 Beginn der salomonischen Dynastie (Vorläufer des heutigen Äthiopien).

Äthiopische Herrschaft

- 13. Jh.** In der Nähe von Harar entsteht das islamische Sultanat Ifat.
- 1320–1422** »Hundertjähriger Krieg« zwischen dem christlich-äthiopischen Reich und dem Sultanat Ifat (1415 entscheidende Niederlage Ifats).
- 1404–1433** Ankunft chinesischer Handelsschiffe an der Küste Ostafrikas.
- Nach 1415** Entstehung des islamischen Sultanats Adal mit der Hauptstadt Harar.
- 1434–1468** Regentschaft von Kaiser Zara Yaqob der gegen das Sultanat Adal vorgeht.
- 1529–1559** »Heiliger Krieg« des Sultanats Adal unter Ahmed Gurey gegen Äthiopien. Die Äthiopier siegen mit portugiesischer Hilfe.
- 16. und 17. Jh.** Kriegerische Einfälle der Oromo im Süden des äthiopischen Reiches.
- 16. bis 19. Jh.** Nördlich von Harar etabliert sich das islamische Sultanat von Awsa.
- 1636** Gondar wird äthiopische Hauptstadt.
- 1769–1855** Ermordung des äthiopischen Königs Iyoas. »Zeit der Prinzen«, die vom Reichszerfall und von Hegemonialkriegen zwischen Regionalfürsten (Prinzen) gekennzeichnet ist.

Äthiopische Expansion/Kolonialzeitalter

- 1827** Die »British East India Company« schließt mit lokalen Autoritäten Verträge über Hafenrechte an der somalischen Küste.
- 1855–1868** Einigung des äthiopischen Reichs unter Tewodros II. Zentralisierung und Aufbau enger Kontakte mit Europa.
- 1862** Frankreich setzt sich nach Abschluss von Verträgen mit lokalen Machthabern in Obock (Dschibuti) fest.

Äthiopische Expansion/Kolonialzeitalter

- 1868–1872** Hegemonialkämpfe in Äthiopien, in denen sich der Ras Kassa von Tigray, der spätere Kaiser Johannes IV., durchsetzt (Amtszeit 1872–1889).
- 1869** Italien fasst in Asab am Roten Meer Fuß. 1882 wird Asab Kolonie.
- 1875–1898** Äthiopische Expansion unter Sahle Mariam (dem späteren Kaiser Menelik II.).
- ab 1880** Konflikte zwischen Äthiopiern und islamischen Mahdisten an der Grenze zum Sudan. 1989 stirbt Kaiser Yohannes IV. in diesen Kämpfen. Ihm folgt Kaiser Menelik II. (Amtszeit 1889–1913).
- 1884–1887** Briten setzen sich in Zeila (Somalia) fest.
- 1885** **Februar:** Italien besetzt Massawa (Eritrea).
- 1886** Gründung von Addis Abeba durch Sahle Mariam (Menelik II.).
- 1887** Erster äthiopisch-italienischer Krieg. Sieg der Äthioper bei Dogali.
- 1888** Gründung der Stadt Dschibuti durch die Franzosen.
- 1888–1892** Hungerkatastrophe in Äthiopien.
- 1890** **1. Januar:** Italien proklamiert Eritrea zur Kolonie. 1900 wird Asmara Hauptstadt.
- 1895–1896** Zweiter äthiopisch-italienischer Krieg. Das äthiopische Heer schlägt Italien am 1. März 1896 bei Adwa.
- 1896** Französisch-Somaliland wird Kolonie und Dschibuti ihre Hauptstadt.
- 1897** Bau der Eisenbahn von Dschibuti nach Addis Abeba. Eröffnung im Juni 1917.
- 1899–1920** Rebellion von Mohammed Abdullah Hassan (Mad Mullah) gegen die Fremdherrschaft in Somalia.
- 1909–1930** Dynastische Konflikte und lokale Erhebungen in Äthiopien. Im September 1916 wird Zawditu I. zur Kaiserin ernannt.

- 1923** **September:** Aufnahme Äthiopiens in den Völkerbund, Verbot der Sklaverei.
- 1930** **2. November:** Nach dem Tod Zawditu I. wird Ras Tafari Makonnen unter dem Namen Haile Selassie I. zum Kaiser gekrönt.
- 1931** Proklamation der ersten schriftlichen Verfassung in Äthiopien.
- 1934–1936** Einem Zwischenfall bei Wal-Waal am 5. Dezember 1934 folgt die italienische Invasion Äthiopiens am 3. Oktober 1935. Im Mai 1936 fällt Addis Abeba. Italien beherrscht bis 1941 fast das ganze Horn von Afrika.
- 1935–1941** Partisanenkrieg der äthiopischen »Patrioten« gegen die italienische Besatzung.
- 1940–1941** Die Alliierten befreien Äthiopien, Eritrea und Somalia. Am 25. Februar 1941 fällt Mogadischu, am 1. April Asmara und am 6. April Addis Abeba. Großbritannien übernimmt die Verwaltung von Eritrea und Somalia.
- 1941** **1. Dezember:** Äthiopien erklärt dem Deutschen Reich, Italien und Japan den Krieg.
- 1942–1944** Rückkehr von Kaiser Haile Selassie I. aus dem Exil und Wiedererrichtung des äthiopischen Kaiserreichs.
- 1943** **Mai:** Gründung der ersten somalischen Partei »Somali Youth Club« (SYC, später Somali Youth League, SYL).
- 1948** Das Ogaden-Gebiet wird Teil von Äthiopien.
- 1950** Die VN unterstellen das ehemalige Italienisch-Somaliland für zehn Jahre unter italienische Administration. Britisch-Somaliland bleibt britisches Protektorat.
- 1950** **2. Dezember:** Die VN-Generalversammlung schafft formell eine Föderation zwischen Eritrea und Äthiopien (Resolution 390 (V) A). Offizielle Proklamation der Föderation am 15. September 1952.
- 1953** **22. Mai:** Militärabkommen zwischen Äthiopien und den USA. Später Vereinbarung zur Nutzung der Kagnew-Basis in Asmara (Eritrea).

Äthiopische Expansion/Kolonialzeitalter

- 1954 **8. bis 11. November:** Die Reise des äthiopischen Kaisers Haile Selassi I. nach Bonn ist der erste offizielle Staatsbesuch der Bundesrepublik Deutschland.
- 1958 **28. September:** Ein Referendum zur Unabhängigkeit von Dschibuti scheitert.

Bürgerkriege und staatliche Souveränität

- 1960 **26. Juni:** Unabhängigkeit von Britisch-Somaliland.
- 1960 **1. Juli:** Unabhängigkeit von Italienisch-Somaliland. Vereinigung mit Somaliland zur unabhängigen Republik Somalia. Aden Abdulle Osman (auch Aden Adde genannt) wird erster Präsident.
- 1960 **10. Juli:** Gründung der muslimisch dominierten »Eritrean Liberation Front« (ELF) in Kairo. Am 1. September 1961 Beginn des eritreischen Unabhängigkeitskampfes.
- 1960 **13./14. Dezember:** Blutiger Putschversuch der kaiserlichen Garde in Äthiopien.
- 1961 **20. Juni:** Die neue somalische Verfassung fordert die Vereinigung aller Territorien, in denen Angehörige der Somali leben.
- 1961 **10. Dezember:** Somalischer Putschversuch von Offizieren aus Hargeysa.
- 1962 **14./15. November:** Offizielle Annexion Eritreas durch Äthiopien.
- 1963 **25. Mai:** Gründung der »Organisation for African Unity« (OAU) in Addis Abeba. In vielen afrikanischen Ländern ist dieses Datum heute ein Feiertag (Afrikatag).
- 1963–1967 Erhebung von Somalis im Ogaden-Gebiet gegen die äthiopische Regierung. 1964 Grenzkrieg zwischen Somalia und Äthiopien.
- 1963–1967 »Shifita-Krieg« von Somalis im Nordosten Kenias gegen die dortige Regierung.

- 1964 30. März: Die »Somali Youth League« (SYL) gewinnt die Parlamentswahlen in Somalia.
- 1967 19. März: Durch französischen Druck scheitert ein weiteres Unabhängigkeitsreferendum in Dschibuti. Umbenennung in »Territoire français des Afars et des Issas«.
- Juni: Abdi Rashid Shermarke wird somalischer Präsident.
- 1968–1969 Studentenunruhen in Äthiopien wegen der wirtschaftlichen und politischen Lage.
- 1969 26. März: Die SYL gewinnt die Parlamentswahlen in Somalia.
15. Oktober: Ermordung des somalischen Präsidenten Shermarke durch einen Leibwächter.
21. Oktober: Unblutiger Putsch der somalischen Armee unter Mohamed Siad Barre. In der Folge Umbenennung in Demokratische Republik Somalia und Einführung eines »Wissenschaftlichen Sozialismus«.
- 1971 Spaltung der ELF und Formierung der späteren »Eritrean People's Liberation Front« (EPLF) unter Isaias Afewerki. In der Folge Machtkampf mit der ELF.
- 1972–1973 Schwere Hungerkatastrophe in Äthiopien.
- 1973/74 Formierung der »Oromo Liberation Front« (OLF) in Äthiopien und Guerillakrieg gegen die Regierung.
- 1974 Januar bis Juni: Bildung des »Koordinierungskomitees der Streitkräfte, Polizei und Territorialarmee« (Derg) in Äthiopien.
16. Februar: Beitritt Somalias zur Arabischen Liga.
11. Juli: Freundschafts- und Kooperationsvertrag zwischen Somalia und der Sowjetunion.
12. September: Militärputsch und Sturz von Kaiser Haile Selassie I. durch den Derg. Am 15. September nennt sich der Derg in »Provisional Military Administrative

Council« (PMAC) um. Generalleutnant Aman Andom wird Vorsitzender. In der Folge Verstaatlichung, Fraktionskämpfe und Revolutionswirren (Roter Terror) mit mehreren Tausend Toten.

- 1974 **23. November:** »Blutiger Samstag« in Äthiopien: Nach der Tötung von Aman Andom, richtet die äthiopische Armee über 50 Offizielle hin.
- 1974–1975 Verheerende Dürre in Somalia.
- 1975–1991 Krieg der »Tigray People's Liberation Front« (TPLF) gegen die äthiopische Regierung.
- 1975 **27. August:** Tod von Kaiser Haile Selassie I. unter Hausarrest.
- 1975–1978 Ogadenkrieg: Krieg der Somalis im Ogaden gegen die äthiopische Regierung. Im August 1977 Invasion der somalischen Armee. Intervention der Sowjetunion und Kubas zugunsten Äthiopiens, Niederlage Somalias im März 1978.
- 1976 Äthiopisch-sowjetisches Militärabkommen.
- 1977 **3. Februar:** Ermordung des äthiopischen Staatschefs Teferi Bante. Am 11. Februar wird Mengistu Haile Mariam Staatschef.
- April:** Äthiopien kündigt das Militärabkommen mit den USA auf.
- 8. Mai:** Fast 99 Prozent der Wähler stimmen per Referendum für die Unabhängigkeit Dschibutis. Am 27. Juni erfolgt die Unabhängigkeit.
- 1978 **9. April:** In Somalia scheitert ein Putschversuch von Offizieren des Majeerteen-Subclans. In der Folge Aufbau einer bewaffneten Opposition (Somali Salvation Democratic Front, SSDF).
- November:** Freundschafts- und Kooperationsvertrag zwischen Äthiopien und der Sowjetunion.
- 1979 **15. November:** Äthiopien schließt einen 20-jährigen Freundschaftsvertrag mit der DDR.

Bürgerkriege und staatliche Souveränität

- 1980 **August:** Militärabkommen zwischen Somalia und den USA zur Nutzung von Berbera.
- 1981 **April:** In Äthiopien gründet sich die überwiegend aus Issaq bestehende somalische Rebellen­gruppe SNM (Somali National Movement). Seit 1982 gilt im Nordwesten Somalias der Ausnahmezustand.
- Juni:** Hassan Gouled Aptidon wird bei den ersten Wahlen zum Präsidenten Dschibutis gewählt. Im Oktober wird Dschibuti ein Einparteiens­staat.
- 1983–1985 Dürre und Hungerkatastrophe in Teilen Äthiopiens. Bei Zwangs­umsiedlungen sterben Zehntausende Menschen.
- 1984 **15. August:** Gründung der »Ogaden National Liberation Front« (ONLF).
- 1987 Neue Verfassung der kommunistischen »Volksrepublik Äthiopien«. Am 10. September wird Mengistu Haile Mariam zum Präsidenten ernannt.
- 1988 **April:** Friedensvertrag zwischen Äthiopien und Somalia sowie gegenseitiger Verzicht der Unterstützung von Rebellen­gruppen.
- Mai:** Offensive der SNM in Nordwestsomalien. Einnahme Burao am 27. Mai. In der Folge greift die Luftwaffe Hargeysa und Burao an. Rund 300 000 Menschen flüchten.
- 1989 **Januar:** Die bewaffnete äthiopische Opposition gründet die »Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front« (EPRDF).
- 12. Januar:** In Somalia gründet sich der Hawiye-dominierte »United Somali Congress« (USC). Ausweitung des Bürgerkriegs auf andere Teile Somalias.
- 16.–18. Mai:** Putschversuch in Äthiopien, während Mengistu in Ostberlin ist.
- 1990 **Februar:** Die EPLF nimmt Massawa ein.

Anhaltende Konflikte, Islamismus und Piraterie

- 1991 **8. Januar:** Putschversuch in Dschibuti.

- 1991** **26./27. Januar:** Flucht Siad Barres aus Mogadischu und Sturz der somalischen Regierung. Ali Mahdi ernennt sich zum neuen Präsidenten. In der Folge Bruch des USC und Kämpfe zwischen Anhängern von Ali Mahdi und Mohamed Farrah Aidid in Mogadischu.
- 18. Mai:** Einseitige Unabhängigkeitserklärung und Ausrufung der Republik Somaliland unter der SNM. Abd-ar-Rahman Ahmad Ali Tur wird erster Präsident. Bis 1996 Kämpfe zwischen rivalisierenden Fraktionen.
- 21. Mai:** Der äthiopische Diktator Mengistu flieht nach Simbabwe.
- 24. Mai:** Die EPLF nimmt Asmara ein. Am folgenden Tag fällt Asab.
- 28. Mai:** Die EPRDF nimmt Addis Abeba ein und beendet den äthiopischen Bürgerkrieg und den eritreischen Unabhängigkeitskrieg. In Eritrea Bildung einer provisorischen Regierung (de facto Unabhängigkeit). In Äthiopien Einführung einer parlamentarischen Demokratie und Hinwendung zu den USA und Westeuropa.
- 15.–21. Juli:** Somalische Versöhnungskonferenz in Dschibuti. Ali Mahdi wird als Übergangspräsident bestätigt. Die SNM bleibt der Konferenz fern.
- August:** In Dschibuti gründet sich die Afar-dominierte Rebellenbewegung FRUD (Front pour la Restauration de l'Unité et la Démocratie).
- 6. November:** Eritrea führt formell die Wehrpflicht ein. Umsetzung 1994.
- 1991–1994** Bürgerkrieg in Dschibuti.
- 1992** **23. Januar:** VN-Waffenembargo gegen Somalia (Resolution 733).
- 24. April:** Der VN-Sicherheitsrat beschließt die Entsendung von 50 Militärbeobachtern nach Somalia (Resolution 751, UNOSOM I). Im August wird die Gesamtstärke auf 3500 Soldaten erhöht (Resolution 775). Die ersten 500 Peacekeeper aus Pakistan erreichen Mogadischu Mitte September.

1992 **Ende April:** Aidids Truppen schlagen die Anhänger Siad Barres in Baidoa zurück. Barre flieht nach Kenia und erhält später in Nigeria Asyl. Er stirbt am 2. Januar 1995 in Lagos.

Sommer: Die OLF bricht mit der EPRDF und nimmt ihren bewaffneten Kampf gegen die Regierung erneut auf.

4. September: Verabschiedung der ersten Verfassung Dschibutis. Aufhebung des Einparteiensystems. Am 18. Dezember gewinnt die Regierungspartei RPP (Rassemblement populaire pour le Progrès) alle Parlamentssitze.

3. Dezember: Mit Resolution 794 ermöglicht der VN-Sicherheitsrat eine internationale Militärintervention in Somalia (Unified Task Force, UNITAF).

9. Dezember: Beginn der US-geführten »Operation Restore Hope« mit über 30 000 Soldaten zum Schutz der humanitären Hilfe in Somalia.

1993 **8./15. Januar:** 14 somalische Fraktionen stimmen in Addis Abeba einem Waffenstillstand zu. Am 27. März wird eine Übergangsregierung vereinbart.

26. März: Aufstellung von UNOSOM II (Resolution 814) zur Ablösung von UNITAF am 4. Mai.

23.–25. April: Fast 99 Prozent der Bevölkerung stimmen in einem Referendum für die Unabhängigkeit Eritreas. Abspaltung von Äthiopien am 24. Mai (heute Nationalfeiertag). Isaias Afewerki wird Präsident einer vierjährigen Übergangsregierung.

7. Mai: Hassan Gouled Aptidon wird als Präsident Dschibutis wiedergewählt.

15./16. Mai: Beginn des deutschen Einsatzes in Somalia mit bis zu 1700 der rund 28 000 UNOSOM-II-Soldaten.

16. Mai: Mohamed Haji Ibrahim Egal wird neuer Präsident Somalilands. Wiederwahl im Februar 1997.

- 1993** **5. Juni:** Anhänger des somalischen »Warlords« Aidid töteten 24 pakistanische VN-Soldaten. In der Folge gehen die VN militärisch gegen seine Truppen vor.
- 3./4. Oktober:** »Schlacht von Mogadischu«: Bei der Festnahme hochrangiger Kommandeure Aidids sterben 18 US- und ein VN-Soldat aus Malaysia. US-Präsident Bill Clinton kündigt daraufhin den Abzug aller US-Soldaten bis zum 31. März 1994 an.
- 1994** **Februar:** In Eritrea benennt sich die EPLF in »People's Front for Democracy and Justice« (PFDJ) um.
- Bis Ende März:** Abzug der US-amerikanischen und deutschen Truppen aus Somalia.
- 26. Dezember:** Unterzeichnung eines Friedensvertrags zwischen der Regierung Dschibuti und einem Teil der FRUD-Rebellen in Ab'ä. Zwei FRUD-Führer werden 1995 in die Regierung aufgenommen.
- 1995** **Bis 3. März:** Abzug der letzten VN-Truppen aus Somalia. Am 31. März endet das UNOSOM-II-Mandat.
- 22.–24. August:** Neue Verfassung in Äthiopien, Proklamation der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien. Meles Zenawi wird Premierminister.
- 15.–18. Dezember:** Krieg zwischen Eritrea und dem Jemen um die Hanisch-Inseln im Roten Meer. 1997 teilt der Ständige Schiedshof in Den Haag die Zuständigkeit zwischen beiden Staaten.
- 1996** Gründung der Regionalorganisation »Intergovernmental Authority on Development« (IGAD) mit Sitz in Dschibuti.
- 1997** **Mai:** Eine Verfassungsgebende Versammlung verabschiedet eine Verfassung für Eritrea. Präsident Isaias Afewerki verweigert die Implementierung.
- November:** Eritrea führt den Nakfa als eigene Währung ein.
- 19. Dezember:** Bei den Parlamentswahlen in Dschibuti gewinnt die RPP-FRUD-Allianz alle 65 Sitze.

- 1998** **6. Mai:** Ausbruch des äthiopisch-eritreischen Grenzkriegs mit bis zu 100 000 Toten. Am 18. Juni 2000 Unterzeichnung eines Waffenstillstandsvertrags. Am 12. Dezember 2000 Unterzeichnung der Vereinbarung von Algier zum Rückzug der äthiopischen Armee aus Eritrea.
- Juli:** Die somalische Region Puntland erklärt sich für autonom.
- 1999** **April:** Ismail Omar Guelleh wird neuer Präsident von Dschibuti. Er wird 2005, 2011 und 2016 im Amt bestätigt. Sein Onkel Hassan Gouled Aptidon war aus gesundheitlichen Gründen nicht wieder angetreten.
- 2000** **7. Februar:** Friedensabkommen mit den verbliebenen FRUD-Rebellen in Dschibuti. Am 12. Mai 2001 folgt ein weiteres Abkommen zur Integration der Rebellen in die Armee.
- Mai bis August:** Somalische Versöhnungskonferenz (Arta-Konferenz) in Dschibuti. Gründung einer Übergangsregierung (Transitional National Government, TFG). Am 26. August wird Abdiqasim Salad Hassan Übergangspräsident.
- 31. Juli:** Der VN-Sicherheitsrat entsendet bis zu 100 Militärbeobachter zur Überwachung des Waffenstillstands zwischen Eritrea und Äthiopien (Resolution 1312, UNMEE). Am 15. September Aufstockung auf 4200 Soldaten (Resolution 1320).
- Seit 2001** **Oktober:** Beginn der »Operation Enduring Freedom« (OEF) gegen den »weltweiten Terrorismus«. Seit Ende 2002 befindet sich mit dem »Camp Lemonnier« in Dschibuti die einzige permanente US-Basis auf dem afrikanischen Kontinent.
- 2002** **2. Januar:** Die Fregatte »Emden« läuft als erstes deutsches Schiff im Rahmen von OEF in den Indischen Ozean aus.
- April:** Eine Grenzkommission verortet Badme auf eritreischem Territorium. Äthiopien akzeptiert das bindende Urteil prinzipiell, setzt dieses aber nicht um.

- 2002** **9. Juli:** Die OAU wird von der Afrikanischen Union (AU) abgelöst. Ihr Sitz bleibt in Addis Abeba.
- 27. Oktober:** In Kenia findet eine Versöhnungskonferenz für Somalia statt. Abdullahi Yusuf Ahmed wird Vorsitzender einer neuen Übergangsregierung (Transitional National Government, TNG).
- 2003** **10. Januar:** Die Regierungskoalition UMP gewinnt bei den dschibutischen Wahlen alle 65 Parlamentssitze. Die Wahlen vom 8. Februar 2008 enden mit dem gleichen Ergebnis.
- 2004** Gründung einer neuen Übergangsregierung für Somalia in Nairobi (Transitional Federal Government, TFG). Im Oktober wird Abdullahi Yusuf Ahmed zum neuen Präsidenten gewählt.
- 2005** **15. Mai/21. August:** Bei Protesten gegen den Wahlsieg der Regierungspartei Äthiopiens sterben über hundert Menschen.
- 2006** **Februar:** Die somalische Übergangsregierung TFG zieht von Kenia in die somalische Stadt Baidoa. Die USA unterstützen die aus somalischen Warlords bestehende »Alliance for the Restoration of Peace and Counter-Terrorism« (ARPCT) zur Eindämmung von radikalen Islamisten.
- Februar bis Juni:** Die »Islamic Courts Union« (ICU) geht in Mogadischu siegreich aus Kämpfen mit der ARPCT hervor.
- Juli:** Auf Bitten der TFG sendet Äthiopien Soldaten nach Somalia.
- 6. Dezember:** Der VN-Sicherheitsrat autorisiert eine IGAD-Schutz- und Trainingsmission (Resolution 1725), die von der ICU abgelehnt wird. In der Folge brechen Kämpfe mit TFG-Truppen aus. Ende Dezember interveniert Äthiopien aufseiten der TFG und zerschlägt die ICU. Am 28. Dezember fällt Mogadischu an die Koalition und ebnet den Umzug der TFG nach Mogadischu. Die USA fliegen Luftangriffe auf flüchtende ICU-Führer. In der Folge entwickelt sich die »al-Shabaab«.

2007

19. Januar: Der AU-Friedens- und Sicherheitsrat beschließt die Entsendung von rund 8000 Soldaten nach Somalia (AMISOM). Der VN-Sicherheitsrat autorisiert die Mission im Februar (Resolution 1744). Beginn der Mission im März 2007 durch die Ankunft ugandischer Soldaten in Somalia. Stationierung burundischer Truppen im Dezember.

24. April: Bei einem Angriff der ONLF in Abole sterben 74 Menschen, darunter neun chinesische Ölarbeiter.

September: In Eritrea gründen ehemalige ICU-Führer um Hassan Dahir Aweys und Sharif Sheikh Ahmed die »Alliance for the Re-liberation of Somalia« (ARS). Bruch der ARS im Mai 2008.

November: Beginn einer internationalen Marinepräsenz vor der Küste Somalias zum Schutz von zivilen Schiffen vor Piratenangriffen.

2008

2. Juni: Der VN-Sicherheitsrat autorisiert alle Staaten, die mit der somalischen Übergangsregierung kooperieren, gegen Piraten vorzugehen (Resolution 1816).

Juni: Vereinbarung von Dschibuti zwischen der TFG und einem Teil der ARS um Sharif Sheikh Ahmed über einen Waffenstillstand und zum Abzug der äthiopischen Truppen. Am 26. Oktober vereinbaren die Parteien die Reorganisation der Regierung.

Juni: Grenzdisput zwischen Eritrea und Dschibuti um die Insel Ras Doumeira mit vermutlich 30 toten dschibutischen Soldaten. Am 6. Juni 2010 vermittelt Katar den Abzug Eritreas und stationiert eine Beobachtertruppe in der Grenzregion. Die angeblich letzten dschibutischen Kriegsgefangenen werden durch Verhandlungen Katars 2016 von Eritrea freigelassen.

30. Juli: Formelles Ende der VN-Mission UNMEE.

10. November: Der Rat der Europäischen Union beschließt die Aufstellung der EU NAVFOR Somalia zur Eindämmung der Piraterie am Horn von Afrika.

- 2008** **29. Dezember:** Rücktritt des somalischen Präsidenten Abdullahi Yusuf Ahmed. Am 30. Januar 2009 wird Sharif Sheikh Ahmed von der ARS durch das Übergangsparlament zum neuen Präsidenten gewählt.
- 2009** **Bis Ende Januar:** Äthiopien zieht seine Truppen aus Somalia ab.
- 18. April:** Das somalische Parlament stimmt der Einführung der Scharia zu.
- 22. September:** Per Videobotschaft schwört der al-Shabaab-Anführer Ahmed Abdi Godane dem al-Qaida-Netzwerk Loyalität. Dessen Führung akzeptiert al-Shabaab jedoch erst nach dem Tod Osama bin Ladens im Februar 2012.
- 23. Dezember:** Wegen der angeblichen Unterstützung bewaffneter Gruppen in Somalia und des ungelösten Grenzdisputs mit Dschibuti verhängt der VN-Sicherheitsrat ein Waffenembargo gegen Eritrea (Resolution 1907). Trotz eines Truppenrückzugs 2010 verhängt der VN-Sicherheitsrat im September 2011 weitere Sanktionen.
- 2010** **15. Februar:** Die EU beschließt die Entsendung einer europäischen Ausbildungsmission für die somalische Armee (EUTM Somalia). Aufgrund der Sicherheitslage wird die Ausbildung in Uganda durchgeführt. Erst Anfang 2014 erfolgt die Verlegung nach Mogadischu.
- April:** Verfassungsreform zur Aufhebung der Amtszeitbegrenzung des Präsidenten in Dschibuti.
- 23. Mai:** Bei den Parlamentswahlen in Äthiopien gewinnen die EPRDF und ihre Verbündeten 545 von 547 Sitzen.
- 11. Juli:** Zwei al-Shabaab-Selbstmordattentäter töten während der Übertragung der Fußballweltmeisterschaft in Kampala, Uganda 76 Menschen. Es ist der erste Anschlag der al-Shabaab außerhalb Somalias.
- 22. Dezember:** Der VN-Sicherheitsrat stockt AMISOM auf 12 000 Soldaten auf.

- 2011** Bei einer verheerenden Dürre sterben laut VN 260 000 Menschen in Somalia.
- 22. Februar:** AMISOM-Offensive in Mogadischu. Im August zieht sich al-Shabaab aus der Stadt zurück.
- 16. Oktober:** Kenia interveniert unilateral in Somalia (Operation Linda Nchi). Am 2. Juni 2012 Unterstellung der Truppen unter AMISOM.
- November:** Äthiopien interveniert unilateral in Somalia. Im Januar 2014 unterstellt Äthiopien AMISOM über 4000 Soldaten.
- 2011** **20. Dezember:** Dschibuti beteiligt sich mit Truppen an AMISOM.
- 2012** **22. Februar:** AMISOM wird auf über 17 000 Uniformierte aufgestockt und mandatiert, die Bedrohung von al-Shabaab und anderen bewaffneten Gruppen zu reduzieren (Resolution 2036).
- 1. August:** In Somalia wird eine neue, vorläufige Verfassung verabschiedet.
- 20. August:** Tod von Äthiopiens Premierminister Meles Zenawi. Sein Stellvertreter Hailemariam Dessalegn wird sein Nachfolger.
- August/September:** Mit der Aufstellung einer neuen Regierung und der Ernennung Hassan Sheikh Mohamud als neuen Präsidenten beendet Somalia seine achtjährige Übergangsperiode.
- September:** Kenianische und somalische Truppen nehmen die Hafenstadt Kismayo ein.
- 2013** **6. März:** Teilweise Aufhebung des VN-Waffenembargos gegen Somalia (Resolution 2093).
- 21.-24. September:** Al-Shabaab-Extremisten greifen die »Westgate Mall« in Nairobi (Kenia) an. Mindestens 65 Menschen sterben.
- 12. November:** Der VN-Sicherheitsrat stockt AMISOM auf über 22 000 Uniformierte auf.

- 2014** **24. Mai:** In Dschibuti kommt es zum ersten Selbstmordanschlag durch al-Shabaab. Neben den zwei Tätern stirbt ein Zivilist.
- 2015** **2.–3. April:** Al-Shabaab-Extremisten nehmen im kenianischen »Garissa University College« Geiseln und töten 148 Menschen.
- 2015** **26. Juni:** Über 100 al-Shabaab-Kämpfer greifen das burundische AMISOM-Camp in Leego an und töten über 50 Peacekeeper.
- 22. Oktober:** Al-Shabaab Kommandeur Sheikh Abdiqadir Mumin schwört dem »Islamischen Staat« (IS) Loyalität und bricht mit al-Shabaab. In der Folge geht al-Shabaab gegen IS-Sympathisanten vor.
- 2016** **15. Januar:** Al-Shabaab-Kämpfer greifen die AMISOM-Basis in El Adde an und töten vermutlich bis zu 150 kenianische AMISOM-Soldaten. Es sind die schwersten militärischen Verluste Kenias seit der Unabhängigkeit.
- 5. März:** Bei einem US-Drohnenangriff auf ein al-Shabaab-Trainingslager sollen laut US-Angaben mindestens 150 Kämpfer getötet worden sein. Es wäre der tödlichste Drohnenangriff der Geschichte.
- August:** Wegen der geplanten Erweiterung von Addis Abeba brechen gewalttätige Proteste in Äthiopien aus. Laut Parlamentsbericht sollen bis Oktober 669 Menschen ums Leben gekommen sein. Am 8. Oktober wird der Notstand verhängt. Tausende Menschen werden vorübergehend festgenommen. Der Notstand wird erst am 4. August 2017 vollständig aufgehoben.
- 20. August:** Mit der Rückkehr der Fregatte »Bayern« nach Wilhelmshaven endet vorerst die maritime deutsche Beteiligung an der »Operation Atalanta«. Ein Seeaufklärer P-3C Orion bleibt periodisch mit einem deutschen Kontingent in Dschibuti stationiert.
- 2017** **27. Januar:** Al-Shabaab-Kämpfer stürmen eine AMISOM-Basis in der Nähe der kenianischen Grenze und töten mindestens 67 kenianische Soldaten.

2017

8. Februar: Mohamed Abdullahi Mohamed »Farmaajo« wird vom Parlament zum neuen somalischen Präsidenten ernannt.

13. März: Piraten kapern kurzzeitig einen Öltanker vor der Küste Somalias. Es ist der erste erfolgreiche Angriff auf ein internationales Handelsschiff seit 2012.

Juni: Im Zuge des arabischen Machtkampfs mit Katar reduziert Dschibuti sein diplomatisches Personal in Katar. Als Reaktion zieht Katar seine Beobachtertruppen im Konflikt mit Eritrea aus Dschibuti ab.

8. Juni: In Puntland überrennen al-Shabaab-Kämpfer die Afurur Militärbasis und töten rund 60 Soldaten. Es ist ihr bisher tödlichster konventioneller Angriff in Puntland.

1. August: China eröffnet eine Marinebasis in Dschibuti.

30. August: Der VN-Sicherheitsrat reduziert die AMISOM-Stärke auf rund 21 600 Soldaten.

14. Oktober: Beim schwersten Autobombenanschlag in Mogadischus Geschichte sterben fast 600 Menschen.

13. November: Muse Bihi Abdi gewinnt die Wahlen in Somaliland. Präsident Ahmed Mohamed Mohamoud »Silanyo« war nicht mehr angetreten.

Entspannung am Horn

2018

15. Februar: Äthiopiens Ministerpräsident Hailemariam Dessalegn reicht aufgrund anhaltender Proteste seinen Rücktritt ein. Am 16. Februar wird der Notstand ausgerufen, in dessen Folge über 1000 Menschen vorübergehend festgenommen werden. Die Aufhebung des Notstands erfolgt Anfang Juni.

23. Februar: Bei den Parlamentswahlen in Dschibuti gewinnt die regierende »Union pour la Majorité Présidentielle« (UMP) 57 der 65 Sitze.

27. März: In Äthiopien wird der Oromo Abiy Ahmed von der regierenden EPRDF zum neuen Vorsitzenden

und damit zum Premierminister bestimmt. Am 2. April folgt seine Amtseinführung.

2018

31. März: Die Niederlande und Deutschland beenden ihre Teilnahme an der EUTM Somalia.

5. Juni: Äthiopiens Regierungskoalition kündigt an, den 2000 mit Eritrea geschlossenen Friedensvertrag vollständig zu akzeptieren und umzusetzen.

26. Juni: Erstmals seit dem Grenzkrieg reist eine eritreische Delegation zu Gesprächen nach Äthiopien.

5. Juli: Laut Parlamentsbeschluss werden die äthiopischen Oppositionsbewegungen OLF, ONLF und Ginbot 7 nicht länger als »Terrorgruppen« eingestuft. Die OLF erklärt am 12. Juli einen Waffenstillstand und schließt am 7. August einen Vertrag zur Beendigung der Gewalt mit der Regierung. Die OLNf erklärt am 12. August einen einseitigen Waffenstillstand und schließt am 21. Oktober einen Friedensvertrag mit der Regierung.

8. Juli: Abiy Ahmed besucht als erster äthiopischer Präsident seit über 20 Jahren Asmara. Am folgenden Tag unterzeichnet er mit Eritreas Präsident Isaias Afewerki eine »Joint Declaration of Peace and Friendship« und beendet die seit 20 Jahren andauernde »no war, no peace«-Situation.

14. Juli: Eritreas Präsident Isaias Afewerki reist nach Addis Abeba und eröffnet am 16. Juli nach über 20 Jahren wieder eine eritreische Botschaft.

18. Juli: Erstmals seit 20 Jahren fliegt ein kommerzieller Flug von Addis Abeba nach Asmara.

28.–30. Juli: Im Zuge der Entspannung am Horn von Afrika reist Somalias Präsident Mohamed Abdullahi Mohamed nach Asmara und vereinbart mit Eritreas Präsident Isaias Afewerki die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

30. Juli: Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verlängert die AMISOM bis zum 31. Mai 2019 und ge-

währt einen Aufschub zur Truppenreduktion auf 20 626 Uniformierte bis zum 28. Februar 2019.

2018

30. Juli: Die EU beschließt die Verlängerung der Operation Atalanta bis zum 31. Dezember 2020. Infolge des geplanten EU-Austritts Großbritanniens wurde das Hauptquartier Ende März 2019 von Großbritannien nach Spanien verlegt.

6. September: Äthiopien eröffnet eine Botschaft in Asmara. Eritrea und Dschibuti kündigen an, diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

11. September: Grenzöffnung zwischen Eritrea und Äthiopien. Die Flucht von Menschen aus Eritrea nimmt zunächst zu.

16. September: Eritrea und Äthiopien unterzeichnen in Saudi-Arabien einen weiteren Friedensvertrag.

1. Oktober: Bei einem Anschlag auf einen Konvoi der EUTM Somalia sterben drei Zivilisten. Es ist der erste direkte Anschlag auf einen EUTM-Konvoi.

24. Oktober: Sahle-Work Zewde wird nach dem Rücktritt von Mulatu Teshome Wirtu erste Präsidentin von Äthiopien.

14. November: Die Vereinten Nationen heben ihre Sanktionen gegen Eritrea auf.

13. Dezember: Erstmals besucht der eritreische Präsident Isaias Afewerki Somalia.

Dieter H. Kollmer, Andreas Mückusch und Torsten Konopka

Erinnerungsorte

(siehe hierzu Klappkarte am Ende des Buches)

1. Addis Abeba (Äthiopien) siehe Stadtporträt

2. Adwa (Äthiopien)

Über Jahrhunderte galt Adwa als ein bedeutendes Handelszentrum im Norden Äthiopiens, da es das äthiopische Hochland mit dem Roten Meer verband. Portugiesische Jesuiten hatten hier im 16. Jahrhundert ihren Hauptsitz in der Region. Im 18. Jahrhundert wurde Adwa Sitz des immer mächtiger werdenden Gouverneurs von Tigray und später Hauptstadt unter Kaiser Johannes IV. (1831–1889). Im Jahr 1884 unterzeichnete der Kaiser in Adwa den Hewett-Vertrag. Dieser trilaterale Vertrag beendete die über 40-jährige Feindschaft (1832–1876) zwischen Äthiopien und Ägypten und hatte eine Normalisierung der Beziehungen zu Großbritannien zum Ziel. Im Januar 1890 und im April 1895 besetzten italienische Truppen kurzfristig die Stadt.

Die Äthiopier verbinden Adwa insbesondere mit der gleichnamigen Schlacht vom 1. März 1896, als äthiopische Soldaten unter Kaiser Menelik II. eine überlegene italienische Armee in die Flucht schlugen. Anlässlich des 122. Jubiläums würdigte der Kommissionsvorsitzende der Afrikanischen Union, Moussa Faki Mahamat, den »Adwa Victory Day« als Quelle des Stolzes für den gesamten Kontinent. Während des äthiopischen Bürgerkriegs (1974–1991) war Adwa häufig Ziel von Angriffen der TPLF-Rebellen, bis die Stadt 1988 unter deren Kontrolle geriet. Adwa ist der Geburtsort des ehemaligen Premierministers Meles Zenawi.

3. Aksum (Äthiopien).....

Historiker datieren die Gründung der Stadt auf das Jahr 300 v.Chr. In der Mitte des 4. Jahrhunderts n.Chr. wurde Aksum durch den Übertritt König Ezanas zum Christentum eine der ersten christlichen Hauptstädte der Welt. Mit dem Zusammenbruch des aksumitischen Reichs verlor die Stadt an politischer Bedeutung, konnte sich jedoch als religiöses Zentrum behaupten. Aksum blieb zudem der traditionelle Krönungsort der äthiopischen Könige bis zum letzten König Haile Selassie I. (1892–1975). Die Stadt ist heute die wichtigste Pilgerstätte der äthiopisch-orthodoxen Christen, da sie glauben, dass sich in Aksum die israe-

litische Bundeslade befindet. Eine äthiopische Schrift aus dem 13. Jahrhundert besagt, Menelik (um 950), der Sohn König Salomos und der Königin von Saba, habe sie ins Land geholt. Ein auf Lebenszeit auserwählter Mönch ist mit der Bewachung der Bundeslade beauftragt. Diese Aufgabe wird jeweils kurz vor dem Tod des Wächters an einen Nachfolger übertragen. Bereits aus vorchristlicher Zeit stammen die imposanten monolithischen Stelen, die rituellen Zwecken dienen. Eine 25 Meter hohe Säule wurde während der italienischen Besatzung entwendet, in Rom aufgebaut und trotz jahrzehntelanger äthiopischer Proteste erst im April 2005 zurückgegeben. Politisch ist Aksum heute eine kleine Distrikthauptstadt, die 1980 wegen ihrer jahrtausendealten Ruinen und ihrer außerordentlichen Geschichte in die Liste des Weltkulturerbes der UNESCO aufgenommen wurde.

4. Asmara (Eritrea) siehe Stadtporträt

5. Asab (Eritrea).....

Die Hafenstadt Asab ist dank ihrer strategischen Lage bereits seit Jahrhunderten wichtiger Umschlagplatz von Waren aus dem Landesinneren und der Arabischen Halbinsel. Bis 1998 nutzte vor allem Äthiopien den Hafen für seine Im- und Exporte, der in einem infrastrukturell kaum erschlossenen Gebiet und fast 500 Kilometer von der Hauptstadt Asmara entfernt liegt. 1967 entstand hier mit sowjetischer Hilfe die einzige Erdölraffinerie Äthiopiens. Aufgrund seiner wirtschaftlichen Bedeutung war Asab früh Ziel der EPLF-Rebellen im eritreischen Unabhängigkeitskrieg. Diese konnten die Stadt aber erst am 25. Mai 1991 erobern. Im eritreisch-äthiopischen Grenzkrieg (1998–2000) hart umkämpft, konnte die eritreische Armee die Stadt zwar halten, doch der Handel kam durch die angespannte Lage fast völlig zum Erliegen – wovon Dschibuti profitierte. Seit Ausbruch des jemenitischen Bürgerkriegs erhielt die nur rund 30 000 Einwohner umfassende Stadt erneut strategische Bedeutung. Sowohl Saudi-Arabien als auch die Vereinigte Arabische Emirate sollen Asab als militärischen Stützpunkt nutzen.

6. Badme (Eritrea).....

Die eigentlich unbedeutende Stadt Badme an der Grenze zwischen Eritrea und Äthiopien war primärer Schauplatz des eritreisch-äthiopischen Grenzkrieges 1998 bis 2000. 1991 kontrollierte die TPLF das von nur wenigen Tausend Menschen bewohnte

Gebiet. Mit zunehmenden Spannungen der beiden neuen Regierungen sowie zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, kam es bereits vor 1998 wiederholt zu Grenzzwischenfällen, die am 6. Mai 1998 im Ausbruch des Krieges mündeten. Die eritreische Armee nahm das strategisch eigentlich unwichtige Badme ein, musste sich im Februar 1999 jedoch unter äthiopischem Druck aus der mittlerweile für beide Seiten symbolträchtigen Stadt zurückziehen. Die nach dem Krieg eingesetzte Grenzkommission verortete Badme in Eritrea, was Äthiopien jedoch lange Zeit nicht anerkannte.

7. Baidoa (Somalia)

Die Stadt Baidoa wurde in den Jahren 1991/92 weltweit als »city of walking dead« bekannt, als während des Bürgerkriegs 500 000 Menschen einer Hungersnot in der Region zum Opfer fielen. Mitte der 2000er-Jahre nahm die neu aufgestellte somalische Übergangsregierung unter Abdullahi Yusuf Ahmed (1934–2012) hier zunächst provisorisch ihre Arbeit auf, da die Landeshauptstadt Mogadischu seit 1991 von rivalisierenden Warlords und seit Mitte 2006 von der »Islamic Courts Union« (ICU) kontrolliert wurde. Erst nach der Intervention Äthiopiens zog die Übergangsregierung Anfang 2007 von Baidoa nach Mogadischu. Im Januar 2009 wurde Baidoa, die Hauptstadt der Region Bay, nach Abzug der äthiopischen Truppen von al-Shabaab-Kämpfern eingenommen und blieb bis zur abermaligen äthiopischen Intervention im Februar 2012 in deren Besitz. Seitdem kommt es immer wieder zu Anschlägen in der Stadt und in der Nähe. Der ehemalige stellvertretende Emir von al-Shabaab, Mukhtar Robow, stammt aus dieser Gegend – er verließ die Gruppe jedoch 2011 und ergab sich im August 2017 der Regierung.

8. Berbera (Somalia).....

Strategische Bedeutung erhielt die Hafenstadt Berbera in den 1970er-Jahren durch den Aufbau einer sowjetischen Basis als Gegengewicht zur US-Militärstation in Asmara. Nach seinem Bruch mit der Sowjetunion wies Siad Barre jedoch 1977 das gesamte sowjetische Personal aus. Aufgrund der angespannten Lage im Nahen Osten nach der Revolution im Iran und des somalischen Bündniswechsels übernahmen US-Truppen im August 1980 die Basis in Berbera und nutzen den Flugplatz für ihre B-52 Bomber. Im Bürgerkrieg zunächst nicht von den Rebellen der SNM an-

gegriffen, ereigneten sich auch hier Massaker an Zivilisten durch Regierungstruppen.

Berbera wird vor allem von Issaq bewohnt und ist heute eine der größten Städte der international nicht anerkannten Republik Somaliland und deren wichtigster Warenumsschlagplatz. 2016 erhielt eine in Dubai ansässige Firma den Zuschlag, den Hafen für die nächsten 30 Jahre zu verwalten, ehe auch Äthiopien mit anteiligen 19 Prozent in das Projekt einstieg. Zudem stimmte das Parlament Somalilands 2017 dem Bau eines Luft- und Marinestützpunkts der Vereinigten Arabischen Emirate in Berbera zu.

9. Dire Dawa (Äthiopien)

Dire Dawa ist die zweitgrößte Stadt Äthiopiens. Die Gründung der Stadt 1902 steht in Verbindung mit dem Bau der Eisenbahnlinie von Addis Abeba nach Dschibuti zwischen 1897 und 1917: Da die Kosten für den Bau der Strecke in die Höhe schnellten, fiel die Entscheidung, die Trasse nicht wie geplant über Harar verlaufen zu lassen. Vielmehr wurde die kostengünstigere Variante über den damaligen Reparatur- und Inspektionsstandort Dire Dawa gewählt. Dire Dawa bedeutet wörtlich so viel wie »Ausgangsort«. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass sich an der Stelle, an der eigentlich niemals ein Mensch leben sollte, heute das zweitwichtigste Wirtschaftszentrum Äthiopiens befindet.

10. Dschibuti siehe Stadtporträt

11. Gondar (Äthiopien)

Von 1636 bis 1855 war Gondar die äthiopische Hauptstadt. Von Kaiser Fasiledas (1603–1667) gegründet, war Gondar die erste dauerhafte Hauptstadt seit den antiken Zeiten von Aksum und Lalibela. Während der Hegemonialkämpfe im 19. Jahrhundert nahm Gondar unter Kaiser Tewodros II. (1810–1868) großen Schaden und wurde als Hauptstadt aufgegeben. 1888 drangen die Mahdisten aus dem Sudan in Gondar ein, plünderten und brandschatzten. In Gondar sind Schlösser und zahlreiche Kirchen zu finden, die seit 1989 zum Weltkulturerbe der UNESCO gehören. Es ist nicht geklärt, wer die Baumeister dieser Schlösser waren, doch werden portugiesische, indische und maurische Einflüsse vermutet. Trotz des Bombardements der Briten im Befreiungskampf von 1941 blieben die meisten Bauten gut erhalten. Seit der Normalisierung der staatlichen Beziehungen zwischen Äthiopien und dem Sudan in den 1990er-Jahren gilt Gondar als

Drehscheibe des wirtschaftlichen und politischen Austauschs beider Staaten.

12. Harar (Äthiopien)

Harar ist eine muslimisch geprägte Stadt mit 99 Moscheen für die 99 Namen (Attribute) Allahs. Für die äthiopisch-muslimische Bevölkerung, die fast ausschließlich zur sunnitischen Glaubensrichtung gehört, ist Harar die viertheiligste Stadt nach Mekka, Medina und Jerusalem. Harar wurde zwischen dem 7. und 11. Jahrhundert gegründet und entwickelte sich schnell zum Zentrum der islamischen Kultur am Horn von Afrika. Die Stadt blieb mehrere Jahrhunderte von Äthiopien unabhängig. 1521 wurde Harar Hauptstadt des Sultanats von Adal. Bis in das 19. Jahrhundert blieb Nichtmuslimen der Zutritt in die Stadt verwehrt. Im Januar 1855 besuchte der englische Forschungsreisende Sir Richard Francis Burton (1821–1890) in muslimischer Verkleidung die Stadt. Die Informationen, die er auf dieser Reise sammelte, verarbeitete er in seinem Werk »First Footstep in East Africa«. Durch den Bau der Eisenbahnverbindung von Dschibuti nach Addis Abeba – die nicht wie geplant über Harar, sondern über Dire Dawa verlief – verlor die Stadt ihre Bedeutung als wichtiger Handels- und Umschlagsplatz. Während des Kriegs im Ogan (1977–1978) verschanzten sich dort über 50 000 Äthiopier, Kubaner und Südjuden, an deren heftigem Widerstand alle Versuche der somalischen Streitkräfte, die Stadt unter ihre Kontrolle zu bringen, scheiterten. Am 12. Juli 2006 wurde Harar zum UNESCO-Weltkulturerbe ernannt.

13. Hargeysa (Somalia).....

Hargeysa war die Hauptstadt von Britisch-Somaliland und ist seit 1991 die Hauptstadt der international nicht anerkannten Republik Somaliland. Während des Bürgerkriegs wurde Hargeysa 1988 von der somalischen Luftwaffe durch ein schweres Bombardement fast vollständig zerstört, ein Großteil der 500 000 Einwohner floh. Ungefähr 5000 Zivilisten kamen ums Leben. Zum Gedenken an den Angriff wurde ein Denkmal in Form eines sowjetischen MiG-Flugzeugs errichtet. 1991 begann der Wiederaufbau der Stadt. Nach Berbera ist das ebenfalls überwiegend von Issaq bewohnte Hargeysa der zweitwichtigste Wirtschaftsstandort Somalilands.

14. Huddur (Somalia).....

Die Stadt gilt als der Stammort der somalischen Sprache und Kultur. Das Sprichwort »Du kannst weder das Grab noch Huddur meiden«, unterstreicht ihre kulturelle Bedeutung. Huddur gilt als Geburtsort vieler berühmter somalischer Dichter und Volkserzähler. Mohamed Siad Barre machte Huddur zur Hauptstadt der Region Bakool und baute sie zum Schutz des Landes vor einer »äthiopischen Aggression« zu einer Garnison aus. Im Frühjahr 2009 verdrängten al-Shabaab-Kämpfer die Regierungstruppen aus der Stadt und kontrollierten diese bis zum Vormarsch von äthiopischen AMISOM-Truppen im März 2014.

15. Keren (Eritrea).....

Das an einem wichtigen Handelspunkt der Region gelegene Keren ist mit geschätzten 75 000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt Eritreas. Der Schweizer Afrikaforscher Werner Munzinger eroberte die von Bergen umsäumte Stadt 1872 für wenige Jahre für Ägypten und ließ ein Fort über der Stadt errichten. Munzinger ließ zudem eine Straße nach Asmara anlegen. Im Zweiten Weltkrieg versuchten die Italiener den britischen Vormarsch im bergigen Keren zu stoppen, scheiterten aber unter großen Verlusten. Im eritreischen Unabhängigkeitskrieg schwer umkämpft, diente Keren nach der Schlacht von Afabet 1988 der äthiopischen Armee kurzzeitig als Hauptquartier im Norden. Mit der Unabhängigkeit wuchs die Bevölkerung durch die Rückkehr Tausender eritreischer Flüchtlinge aus dem Sudan rapide an und führte zum Neuaufbau der Stadt.

16. Kismayo (Somalia).....

Die Hafenstadt im südlichen Somalia ist ein wichtiger Umschlagplatz für Zucker und Holzkohle. Schon immer war die Stadt im somalischen Konflikt daher stark umkämpft. Nach dem Sturz von Siad Barre kämpften mehrere Gruppierungen um die Kontrolle der Stadt, darunter Anhänger von Mohammed Siad Hersi »Morgan«, dem Schwiegersohn von Siad Barre, und Oberst Ahmed Omar Jess. Später erlangte die Stadt vor allem Bekanntheit als eine der bedeutendsten Einnahmequellen der islamistischen Gruppe al-Shabaab, die die Stadt zwischen 2008 und 2012 mit harter Hand kontrollierte. In der Folge kam es zur Zerstörung von Sufi-Schreinen und einer ungenutzten katholischen Kirche. Seit der Rückeroberung durch Truppen der Afrikanischen Union ist die islamistische Ras-Kamboni-Bewegung

von Sheikh Ahmed Mohamed Islam »Madobe« einer der bedeutendsten Akteure in der Region. Madobe ist seit 2013 Präsident der autonomen Region Jubaland und soll seine Kämpfer der somalischen Armee unterstellen.

17. Massawa (Eritrea)
Massawa war bereits unter den Ptolemäern als Saba bekannt. Im 10. Jahrhundert erwähnen es arabische Schriftsteller unter dem Namen Bade (oder Base). Die Stadt erlebte vermutlich ihren ersten Aufschwung, als der benachbarte Hafen der Handelsstadt Adulis (Hafen des Königreichs Aksum) im 8. Jahrhundert versandete. 1557 wurde Massawa vom Osmanischen Reich erobert, das es 1866 an Ägypten abtrat. Der Schweizer Werner Munzinger wurde 1871 zum Gouverneur ernannt und trieb den Ausbau der Stadt voran. Italien besetzte sie im Jahr 1885 und ernannte Massawa 1890 kurzzeitig zur Hauptstadt des neuen italienischen Protektorats. Anfang des 20. Jahrhundert hatte Massawa rund 5000 Einwohner, darunter Araber, Nubier, Äthiopier, Oromo und Griechen. Hinzu kam die italienische Garnison des örtlichen Forts. Obwohl Massawa seine wirtschaftliche Bedeutung nach Ende des Zweiten Weltkriegs zugunsten Asabs verlor, wurde der Hafen nach der Annexion Eritreas durch Äthiopien im Jahr 1962 zum Hauptquartier der äthiopischen Marine. Dementsprechend blieb die Stadt während des eritreischen Unabhängigkeitskampfes schwer umkämpft. Die EPLF eroberte sie in einem Überraschungsangriff am 16. Februar 1990. Der äthiopische Machthaber Mengistu ließ Massawa daraufhin bombardieren. Hunderte Zivilisten starben und nahezu die gesamte Infrastruktur der Stadt wurde zerstört. Durch massive Investitionen wurde Massawa in den 1990er-Jahren jedoch wieder aufgebaut. Neben Asab ist Massawa heute der einzige Tiefseehafen Eritreas und wegen seiner geografischen Nähe zu Asmara der wichtigste Handelspunkt der Hauptstadt.

18. Mekelle (Äthiopien).....
Die Geschichte von Mekelle reicht bis ins 13. Jahrhundert zurück. In den frühen 1870er-Jahren erlebte die Stadt den Höhepunkt ihrer Entwicklung, als Kaiser Johannes IV. (1831–1889) sie zu seinem Regierungssitz wählte. Während der schweren Hungersnot in den Jahren 1984/85 entstanden in Mekelle sogenannte Hungerlager. Nach der Machtübernahme durch die Rebellenkoalition EPRDF 1991 nahm die Stadt wieder eine positive Entwicklung.

Im äthiopisch-eritreischen Krieg (1998–2000) bombardierte die eritreische Luftwaffe Mekelle und richtete schwere Schäden an. Heute ist die Stadt Verwaltungssitz der nordäthiopischen Provinz Tigray.

19. Mogadischu (Somalia) siehe Stadtporträt

20. Nakfa (Eritrea).....
Nach der Eroberung durch die Eritreische Befreiungsfront am 23. März 1977 galt Nakfa bis 1991 als die symbolische »Hauptstadt« des zu befreienden Eritreas. Das Schicksal Nakfas, so wurde propagiert, stehe in enger Verbindung mit dem Fort- und Ausgang des eritreischen Unabhängigkeitskampfes. In erbitterten Grabenkämpfen fielen Tausende äthiopische und eritreische Soldaten – die äthiopische Armee konnte die Stadt jedoch nie zurückerobern. Die Kämpfe um Nakfa werden in der eritreischen Öffentlichkeit häufig mit dem Grabenkrieg im Ersten Weltkrieg verglichen. Zum Gedenken an die gefallenen Befreiungskämpfer wurde die eritreische Währung 1997 »Nakfa« getauft.

Dieter H. Kollmer, Andreas Mückusch und Torsten Konopka

Literatur und Neue Medien

Die hier dargebotene Literaturliste ist lediglich eine Auswahl vor allem neuerer Publikationen. Die alphabetische Ordnung richtet sich nach dem in Deutschland üblichen Alphabetisierungsmuster und entspricht nicht zwangsläufig der landestypischen Anredeform. Soweit vorhanden, sind bei Buchtiteln die deutschen Übersetzungen aufgeführt. Die genannten Werke sind zum Teil im Buchhandel vergriffen. Bitte wenden Sie sich in diesem Fall an Bibliotheken oder suchen Sie nach antiquarischen Ausgaben (z.B. bei www.zvab.com).

Wissenschaftliche Literatur

1. Literatur zur Gesamtregion

- Amirell, Stefan Eklöf and Leos Müller (Eds.), *Persistent Piracy. Maritime Violence and State-Formation in Global Historical Perspective*, Hampshire 2014
- Bairu, Herui Tedla, *Eritrea and Ethiopia. A front row look at issues of conflict and the potential for a peaceful resolution*, Trenton [et al.] 2016
- Bereketeab, Redie (Eds.), *National liberation movements as government in Africa*, London/New York 2018
- Bereketeab, Redie (Eds.), *State Building and National Identity Reconstruction in the Horn of Africa*, Cham 2017
- Bereketeab, Redie (Eds.), *The Horn of Africa. Intra-state and inter-state conflicts and security*, London 2013
- Brosig, Malte, *Cooperative Peacekeeping in Africa. Exploring regime complexity*, London/New York 2015
- Brosig, Malte, *EU peacekeeping in Africa. From functional niches to interlocking security*. In: *International peacekeeping*, 21 (2014), 1, S. 74-90
- Bruns, Sebastian, Kerstin Petretto und David Petrovic (Hrsg.), *Maritime Sicherheit*, Wiesbaden 2013
- Campbell, John R., *Nationalism, law and statelessness. Grand illusions in the Horn of Africa*, London [et al.] 2014
- Clapham, Christopher S., *The Horn of Africa. State formation and decay*, London 2017
- Daniels, Christopher L., *Somali piracy and terrorism in the Horn of Africa*, Lanham 2012
- De Waal, Alex, *Islamism and its enemies in the Horn of Africa*, Indiana 2004
- De Waal, Alex, *The Real Politics of the Horn of Africa. Money, War and the Business of Power*, Cambridge 2015

- Feyissa, Dereje, and Markus Virgil Höhne (Eds.), *Borders & borderlands as resources in the Horn of Africa*, Woodbridge 2015
- Ehrhart, Hans-Georg, and Kerstin Petretto, *Combating piracy off the coast of Somalia: Can the EU approach work?* In: Michael Brzoska (Eds.), *European peace and security policy. Transnational risks of violence*, Baden-Baden 2014, S. 201–218
- Erlikh, Haggai, *Islam and Christianity in the Horn of Africa. Somalia, Ethiopia, Sudan*, Boulder 2010
- Gebrewold, Belachew, *Anatomy of violence. Understanding the systems of conflict and violence in Africa*, London/New York 2016
- Gebrewold, Belachew, and Tendayi Bloom (Eds.), *Understanding Migrant Decisions. From Sub-Saharan Africa to the Mediterranean Region*, London/New York 2016
- Hansen, Stig Jarle, *Horn, Sahel, and Rift. Fault-lines of the African Jihad*, London 2014
- Lata, Leenco, *Peacekeeping as state building: current challenges in the Horn of Africa*, Trenton 2012
- Mashimango, Abou-Bakr Abélard, *Les conflits armés africains dans le système international: transnationalisme ethnique et États dans la Corne de l'Afrique, 1961–2006*, Paris 2013
- Mengisteab, Kidane, *The Horn of Africa*, Cambridge 2014
- Mengisteab, Kidane, and Gerard Hagg (Eds.), *Traditional institutions in contemporary African governance*, London 2017
- Mitchell, Nancy, *Jimmy Carter in Africa: Race and the cold war*, Washington 2016
- Murphy, Martin N., *Somalia: the new Barbary? Piracy and Islam in the Horn of Africa*, New York 2011
- Negash, Tekeste, and Kjetil Tronvoll, *Brothers at War. Making Sense of the Eritrean-Ethiopian War*, Oxford 2000
- Raunig, Walter, und Prinz Asfa-Wossen Asserate (Hrsg.), *Völker, Kulturen und Religionen am Horn von Afrika*, Berlin 2016
- Reid, Richard J., *Frontiers of violence in North-East Africa. Genealogies of conflict since c. 1800*, Oxford 2011
- Stuke, Oliver, *Islamismus am Horn von Afrika. Al-Shabaabs Rolle für die Entwicklung Somalias*, Frankfurt am Main 2011
- Sorenson, John, *Disaster and Development in the Horn of Africa*, London 2015
- Thompson, Vincent Bakpetu, *Conflict in the Horn of Africa. The Kenya-Somalia border problem 1941–2014*, New York 2015
- Woodroffe, Louise, *»Buried in the Sands of the Ogaden«. The United States, the Horn of Africa and the Demise of Détente*, Kent 2013
- Woodward, Peter, *Crisis in the Horn of Africa. Politics, piracy and the threat of terror*, London [et al.] 2013

- Ylönen, Aleksii, and Jan Záhorský (Eds.), *The Horn of Africa since the 1960s. Local and International Politics Interwined*, Abingdon/New York 2017
- Yordanov, Radoslav A., *The Soviet Union and the Horn of Africa during the Cold War. Between ideology and pragmatism*, London 2016

2. Literatur zu Äthiopien

- Abbink, Jon, *A decade of Ethiopia. Politics, economy and society, 2004–2016*, Leiden/Boston 2017
- Abbink, Jon, and Tobias Hagmann, *Reconfiguring Ethiopia. The Politics of Authoritarian Reform*, New York 2013
- Asserate, Asfa-Wossen, *King of kings. The triumph and tragedy of Emperor Haile Selassie I of Ethiopia*, London 2015
- Bach, Jean-Nicolas (Ed.), *L'Éthiopie après Meles*, Paris 2016
- Desplat, Patrick, and Terje Østebø (Eds.), *Muslim Ethiopia. The Christian legacy, identity politics, and Islamic reformism*, New York [et al.] 2013
- Ficquet, Eloi, and Gérard Prunier (Eds.), *Understanding contemporary Ethiopia. Monarchy, revolution and the legacy of Meles Zenawi*, London 2015
- Jonas, Raymond A., *The Battle of Adwa. African victory in the age of empire*, Cambridge [et al.] 2015
- Mallett, Robert, *Mussolini in Ethiopia, 1919–1935. The origins of fascist Italy's African war*, New York 2015
- Markakis, John, *Ethiopia. The last two Frontiers*, Woodbridge 2011
- Mattioli, Aram, *Experimentierfeld der Gewalt. Der Abessinienkrieg und seine internationale Bedeutung 1935–1941*, Zürich 2005
- Prunier, Gérard, and Éloi Ficquet (Eds.), *Understanding Contemporary Ethiopia. Monarch, Revolution and the Legacy of Meles Zenawi*, London 2015
- Shinn, David H., and Thomas P. Ofcansky, *Historical Dictionary of Ethiopia*, Second Edition, Lanham [et al.] 2013
- Smidt, Wolbert, *Photos as historical witnesses. The first Ethiopians in Germany and the first Germans in Ethiopia. The history of a complex relationship*, Berlin/Münster 2015
- Tareke, Gebru, *The Ethiopian Revolution. War in the Horn of Africa*, New Haven 2009
- Tronvoll, Kjetil, *War & the politics of identity in Ethiopia. Making enemies & allies in the Horn of Africa*, Woodbridge 2009
- Uhlig, Siegbert [u. a.] (Hrsg.), *Encyclopaedia Aethiopica*, fünf Bände, Wiesbaden 2003–2010
- Uhlig, Siegbert [et al.] (Eds.), *Ethiopia. History, culture and challenges*, Berlin [et al.] 2017
- Zewde, Bahru, *A History of Modern Ethiopia, 1855–1991*, Oxford 2002

3. Literatur zu Dschibuti

- Alwan, Daoud Aboubaker, and Yohanis Mibrathu, *Historical Dictionary of Djibouti*, Lanham [et al.] 2000
- Chiré, Amina Saïd, *Le nomade et la ville à Djibouti. Stratégies d'insertion urbaine et production de territoire*, Paris 2012
- Prijac, Lukian, *Lagarde l'Ethiopien. Le fondateur de Djibouti (1860–1936)*, Paris 2012

4. Literatur zu Eritrea

- Bader, Vera Simone, *Moderne in Afrika. Asmara – die Konstruktion einer italienischen Kolonialstadt 1889–1941*, Berlin 2016
- Bereketeab, Redie, *Revisiting the Eritrean national liberation movement, 1961–91*, Trenton [et al.] 2016
- Connell, Dan, and Tom Killion, *Historical Dictionary of Eritrea. Second Edition*, Lanham [et al.] 2011
- Hirt, Nicole, »Dreams don't come true in Eritrea«. Anomie and family disintegration due to the structural militarisation of society. In: *The journal of modern African studies*, 51 (2013) 1, S. 139–168
- Hirt, Nicole, *Fleeing repression. Inside Eritrea*. In: Giovanni Carbone, *Out of Africa. Why people migrate*, Mailand 2017, S. 95–118
- Hirt, Nicole, *The Eritrean diaspora and its impact on regime stability. Responses to UN sanctions*. In: *African Affairs*, 114 (2015), 454, S. 115–135
- Kibreab, Gaim, *The Eritrean National Service*, Suffolk 2017
- O'Kane, David, and Tricia Redeker Hepner (Eds.), *Biopolitics, Militarism and Development. Eritrea in the Twenty-First Century*, New York 2009
- Plaut, Martin, *Understanding Eritrea. Inside Africa's Most Repressive State*, London 2016
- Reid, Richard (Eds.), *Eritrea's external relations. Understanding its regional role and foreign policy*, London 2009
- Reisen, Mirjam van, and Munyaradzi Mawere (Eds.), *Human trafficking and trauma in the digital era. The ongoing tragedy of trade in refugees from Eritrea*, Mankon/Bamenda 2017
- Riggan, Jennifer, *The struggling state. Nationalism, mass militarization, and the education of Eritrea*, Philadelphia 2016
- Selassie, Bereket Habte, *Wounded Nation. How a Once Promising Eritrea was Betrayed and its Future Compromised*, Trenton 2011
- Stauffer, Hans-Ulrich, *Eritrea. Der zweite Blick*, Zürich 2017
- Treiber, Magnus, *Migration aus Eritrea. Wege, Stationen, informelles Handeln*, Berlin 2017
- Tronvoll, Kjetil, and Daniel R. Mekonnen, *The African Garrison State. Human Rights & Political Development in Eritrea*, Woodbridge 2014

5. Literatur zu Somalia

- Abdullahi, Mohamed Diriye, *Culture and customs of Somalia*, Westport [et al.] 2001
- Bakonyi, Jutta, *Land ohne Staat. Wirtschaft und Gesellschaft im Krieg am Beispiel Somalias*, Frankfurt a.M. 2011
- Besteman, Catherine, and Lee V. Cassanelli, *The Struggle for Land in Southern Somalia: The War Behind the War*, London 2003 [1996]
- Bradbury, Mark, *Becoming Somaliland*, Oxford 2008
- Daniels, Christopher L., *Somali piracy and terrorism in the Horn of Africa*, Lanham [et al.] 2012
- Eichstaedt, Peter H., *Pirate state. Inside Somalia's terrorism at sea*, Chicago 2010
- Elmi, Afyare Abdi, *Understanding the Somalia conflagration. Identity, political Islam and peacebuilding*, London [et al.] 2010
- Ehrhart, Hans-Georg, and Kerstin Petretto, *The EU and Somalia. Counter-piracy and the question of a comprehensive approach*. In: Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.), *Piraterie als Herausforderung. Europäische Antworten, globale Perspektiven*, Baden-Baden 2013, S. 69-137
- Feichtinger, Walter E. (Hg.), *Somalia. Optionen – Chancen – Stolpersteine*, Wien 2011
- Frascarelli, Mara, *A country called Somalia. Culture, language and society of a vanishing state*, Torino 2011
- Ginkel, Bibi van, and Frans-Paul van der Putten (Eds.), *The international response to Somali piracy. Challenges and opportunities*, Leiden 2010
- Hagmann, Tobias, *Stabilization, extraversion and political settlements in Somalia*, Nairobi 2016
- Hansen, Stig Jarle, *Al-Shabaab in Somalia. The history and ideology of a militant Islamist group*, revised and updated paperback edition, London 2016
- Harper, Mary, *Getting Somalia wrong? Faith and war in a shattered state*, London [et al.] 2012
- Höhne, Markus V., *Between Somaliland and Puntland: Political dynamics in the contested borderlands*, Nairobi 2015
- Höhne, Markus V., *Somalia zwischen Krieg und Frieden*, Hamburg 2002
- Höhne, Markus V., and Virginia Luling, *Peace and Milk, Drought and War. Somali Culture, Society and Politics. Essays in Honor of I.M. Lewis*, London 2010
- Kapteijns, Lidwien, *Clan cleansing in Somalia. The ruinous legacy of 1991*, Philadelphia 2013
- Keating, Michael, and Matt Waldmann (Eds.), *War and Peace in Somalia. National Grievances, local Conflict and Al-Shabaab*, London 2018
- Lewis, Ioan M., *Blood and Bone. The Call of Kinship in Somali Society*, Lawrenceville 1994

- Lewis, Ioan M., *Understanding Somalia and Somaliland: Culture, History and Society*, London 2008
- Leonard, Emma, and Gilbert Ramsay (Eds.), *Globalizing Somalia. Multilateral, international, and transnational repercussions of conflict*, New York 2013
- Lindley, Anna, *The Early Morning Phone Call: Somali refugees' remittances*, New York, 2010
- Marchal, Roland, *The Rise of a Jihadi Movement in a Country at War: Harakat Al-Shabaab Al Mujaheddin in Somalia*, Paris 2011
- Maruf, Harun, and Dan Joseph, *Inside Al-Shabaab. The Secret History of Al-Qaeda's Most Powerful Ally*, Bloomington 2018
- Maxwell, Daniel, and Nisar Majiid, *Famine in Somalia. Competing Imperatives, Collective Failures, 2011–12*, London 2016
- Mukhtar, Mohamed Haji, *Historical Dictionary of Somalia. New Edition* Lanham [et al.] 2003
- Murphy, Martin N., *Somalia, the new Barbary? Piracy and Islam in the Horn of Africa*, New York 2011
- Salomon, Tim René, *Die internationale Strafverfolgungsstrategie gegenüber somalischen Piraten. Völker- und verfassungsrechtliche Aspekte*, Berlin/Heidelberg 2017
- Stehr, Michael, *Piraterie am Horn von Afrika. Bedrohung der zivilen Seeschifffahrt vor Somalia 2005–2010*, Berlin 2011
- Weitzberg, Keren, *We do not have borders. Greater Somalia and the predicaments of belonging in Kenya*, Athens 2017
- Whittaker, Hannah, *Insurgency and counterinsurgency in Kenya. A social history of the Shifita Conflict, c. 1963–1968*, Leiden/Boston 2015
- Williams, Paul D., *Fighting for Peace in Somalia: A History and Analysis of the African Union Mission (AMISOM), 2007–2017*, Oxford 2018.

Belletristik und Erinnerungsliteratur, Reiseberichte, Bildbände

- Bahadur, Jay, *The Pirates of Somalia. Inside Their Hidden World*, New York 2012
- Bowden, Mark, *Black Hawk Down. Kein Mann bleibt zurück*, München 2002
- Fergusson, James G., *The world's most dangerous place. Inside the outlaw state of Somalia*, London 2014
- Harding, Andrew, *The mayor of Mogadishu. A story of chaos and redemption in the ruins of Somalia*, New York 2016
- Goshu, Debela und Rainer Klüsener, *Kauderwelsch für Äthiopien & Nordkenia. Oromo. Wort für Wort*, Bielefeld 2008
- Okeowo, Alexis, *A moonless, starless sky. Ordinary women and men fighting extremism in Africa*, New York 2017

Literatur und neue Medien

- Leonard, Elmore, Dschibuti. Roman, Frankfurt a.M. 2011
- Kleist, Reinhard, Der Traum von Olympia. Die Geschichte von Samia Yusuf Omar, Hamburg 2015
- Rawlence, Ben, Stadt der Verlorenen. Leben im größten Flüchtlingslager der Welt, Bonn 2016
- Steinberg, Jonny, A man of good hope, London 2015
- Vögele, Hannelore, Kauderwelsch für Eritrea. Tigrinya. Wort für Wort, Bielefeld 2018
- Waberi, Abdourahman A., Tor der Tränen. Roman, Hamburg 2011
- Wedekind, Micha, Kauderwelsch für Äthiopien. Amharisch. Wort für Wort, 4. überarbeitete und verbesserte Aufl., Bielefeld 2014
- Wurzer, Markus, »Nachts hörten wir Hyänen und Schakale heulen«. Das Tagebuch eines Südtirolers aus dem Italienisch-Abessinischen Krieg 1935–1936, Innsbruck 2016

Dokumente

- BIMCO [et al.], Global Counter Piracy Guidance for Companies, Masters and Seafarers, Livingston 2018, http://eunavfor.eu/wp-content/uploads/2018/06/Global-Counter-Piracy-Guidance-BMP_LOW-PP-1.pdf
- BIMCO [et al.] BMP 5. Best Management Practices to Deter Piracy and Enhance Maritime Security in the Red Sea, Gulf of Aden, Indian Ocean and Arabian Sea, Livingston 2018, <https://www.mast-security.com/wp-content/uploads/bmp5-small.pdf>
- Deutscher Bundestag, Drucksache 16/11337, 12. Dezember 2008, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/16/113/1611337.pdf> [angenommener Antrag zur Beteiligung der Bundeswehr an der EU NAVFOR Somalia]
- Rat der Europäischen Union, Gemeinsame Aktion 2008/851/GASP des Rates, 10. November 2008, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32008E0851&qid=1511950395501&from=EN> [Beschluss des Rates der EU zur Aufstellung der EU NAVFOR Somalia]
- Rat der Europäischen Union, Beschluss 2010/96/GASP des Rates, 15. Februar 2010, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32010D0096&qid=1511950642216&from=EN> [Beschluss des Rates der EU zur Aufstellung der EUTM Somalia]

Filme

- Adwa. An African Victory, Regie: Haile Gerima, Äthiopien/Italien/USA 1999 [Film über die italienische Niederlage von 1896 gegen die Äthiopier]
- Black Hawk Down, Regie: Ridley Scott, USA 2001 [Actionfilm über die Ereignisse des 3. Oktober 1993, als US-Soldaten in Mogadischu versuchten, somalische Warlords gefangen zu nehmen.]

- Captain Philips, Regie: Paul Greengrass, USA 2013 [Spielfilm über den Piratenangriff auf das Containerschiff Maersk Alabama 2009]
- Good Kill, Regie: Andrew Niccol, USA 2014 [Spielfilm über einen US-Air-Force-Offizier, der von seiner Heimatbasis aus Drohnenangriffe in verschiedenen Ländern koordiniert]
- Eye in the Sky, Regie: Gavin Hood, Großbritannien 2015 [Spielfilm über einen Drohnenangriff auf al-Shabaab-Kämpfer in Nairobi]
- Lost Warrior, Regie: Nasib Farah, Søren Steen Jespersen, Dänemark/Schweden 2018 [Dokumentation über ein ehemaliges Mitglied von al-Shabaab]
- The Dream Becomes a Reality, Regie: Eva Egensteiner, USA 1995 [Porträt von sechs Frauen aus Eritrea und deren Rolle im eritreischen Unabhängigkeitskampf, Kritik an der revolutionären Ideologie im Nachkriegs-Eritrea]
- The Pirates of Somalia, Regie: Bryan Buckley, USA 2017 [Spielfilm über einen Journalisten, der über das Leben somalischer Piraten berichten will]
- Wolf Warrior 2 [Zhan lang II], Regie: Jing Wu; China 2017 [chinesischer Actionfilm über den Kampf eines ehemaligen chinesischen Soldaten gegen Piraten und Söldner in Somalia]

Internet

- <http://amisom-au.org> [Internetauftritt der AMISOM]
- <http://eunavfor.eu> [Internetauftritt der Operation Atalanta]
- <http://radiodalsan.com/en> [Radio Dalsan, privater somalischer Radiosender mit englischen Nachrichten]
- <http://radioshabelle.com/category/news-in-english> [Shabelle News, privater somalischer Radiosender mit englischem Nachrichtenportal]
- <http://www.ebc.et/web/en/welcome> [Ethiopian Broadcasting Corporation, staatliche Nachrichtenagentur]
- <https://www.eucap-som.eu> [Internetauftritt von EUCAP Somalia]
- <http://www.fews.net/east-africa> [Famine Early Warning Systems Network, ein von der USAID gegründetes Frühwarnsystem für Nahrungsmittelknappheit]
- <https://www.frauenrechte.de/online> [Terre Des Femmes, deutsche NGO, die sich weltweit für die Rechte von Frauen und gegen weibliche Genitalverstümmelung einsetzt]
- <http://www.hoa.centcom.mil> [Combined Joint Task Force des US-Central Command am Horn von Afrika]
- <https://www.icc-ccs.org> [International Chamber of Commerce, die Internationale Handelskammer stellt Daten zur Piraterie bereit]

- <http://www.imo.org/en/Pages/Default.aspx> [Website der International Maritime Organization mit Publikationen und Daten zur Piraterie]
- <http://www.lanation.dj> [französische Tageszeitung aus Dschibuti]
- <http://oceansbeyondpiracy.org> [Oceans Beyond Piracy, US-amerikanische NGO mit Berichten zur weltweiten Piraterie]
- <http://www.somaliland.sun.com> [Somaliland Sun, Zeitung aus Somaliland]
- <http://www.theeastafrican.co.ke> [The East African; Nachrichten aus Ostafrika]
- https://eeas.europa.eu/csdp-missions-operations/eutm-somalia_en [Website der EUTM Somalia]
- <https://www.garoweonline.com/en> [Garowe Online, unabhängige Nachrichtenagentur aus Puntland, Somalia]
- <http://www.regionalmms.org> [Regional Mixed Migration Secretariat des Danish Refugee Council's mit Daten und Analysen zu Migration und Flucht am Horn]
- <https://www.thereporterethiopia.com> [The Reporter, privates Nachrichtenportal aus Äthiopien]

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
AIAI	al-Ittihad al-Islami
AMISOM	African Union Mission in Somalia
ARPCT	Alliance for the Restoration of Peace and Counter-Terrorism
ARS	Alliance for the Re-liberation of Somalia
AU	African Union/Afrikanische Union
CTF 150	Combined Task Force 150
CTF 151	Combined Task Force 151
CUD	Coalition for Unity and Democracy
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EAC	East African Community
EEBC	Eritrea-Ethiopia Boundary Commission
ELF	Eritrean Liberation Front
EPLF	Eritrean People's Liberation Front
EPRDF	Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front
EU	European Union/Europäische Union
EUCAP	European Union Capability Building Mission
EUTM	European Union Training Mission
EU NAVFOR	European Union Naval Force
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FRUD	Front pour la Restauration de l'Unité et de la Démocratie
GERD	Grand Ethiopian Renaissance Dam
GSG9	Grenzschutzgruppe 9
ICU	Islamic Courts Union
IED	Improvised Explosive Device
IGAD	Intergovernmental Authority on Development
IPC	Integrated Food Security Phase Classification
IMB PRC	International Maritime Bureau Piracy Reporting Centre
IMO	International Maritime Organization
IS	Islamischer Staat
MSCHOA	Maritime Security Centre Horn of Africa
NGO	Non-Governmental Organization/Nichtregierungsorganisation
OAU	Organisation of African Unity/Organisation für Afrikanische Einheit
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OEF	Operation Enduring Freedom

Abkürzungen

OHQ	Operational Headquarters
OLF	Oromo Liberation Front
ONLF	Ogaden National Liberation Front
PFDJ	People's Front for Democracy and Justice
PMAC	Provisional Military Administrative Council
RAF	Rote Armee Fraktion
RMMS	Regional Mixed Migration Secretariat
RPP	Rassemblement Populaire pour le Progrès
SNA	Somali National Army
SNM	Somali National Movement
SNMG	Standing NATO Maritime Group
SNL	Somali National League
SNNPR	Southern Nations, Nationalities and People's Region
SRK	Sicherheits-Regime-Komplex
SSDF	Somali Salvation Democratic Front
SSRC	Somali Reconciliation and Restoration Council
SYC	Somali Youth Club
SYL	Somali Youth League
TFG	Transitional Federal Government
TNG	Transitional National Government
TPLF	Tigray People's Liberation Front
UMP	Union pour la Majorité Présidentielle
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNDP	United Nations Development Program
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNICEF	United Nations Children's Fund
UNITAF	Unified Task Force
UNMEE	United Nations Mission in Ethiopia and Eritrea
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime
UNOSOM	United Nations Operation in Somalia
UNSOM	United Nations Assistance Mission in Somalia
USAID	United States Agency for International Development
USC	United Somali Congress
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
VN	Vereinte Nationen
WFP	World Food Programme
WHI	Welthunger-Index
WSLF	Western Somali Liberation Front

Register

Nicht aufgenommen wurden die Begriffe Äthiopien, Dschibuti, Eritrea und Somalia. Bei den Begriffen Afar, Amhara und Tigray wurde explizit nicht zwischen den Regionen in Äthiopien und den Namen der Ethnien unterschieden. Die alphabetische Ordnung der aus dem islamischen Kulturkreis stammenden Personennamen richtet sich nach dem in Deutschland üblichen Alphabetisierungsmuster und entspricht nicht zwangsläufig der landestypischen Anredeform.

- Ab'a 260
Abdi, Muse Bihi 255,
264, 267
Abessinien 20,
22–24, 27, 30–32,
34 f., 38
Abole 263
Adafa 22
Adal 23–26, 140, 251,
274
Adama (offiziell
Adaama, auch:
Nazret) 236
Adare 236
Addis Abeba 12, 14,
22 f., 32, 39 f., 45,
47, 59, 66 f., 71, 74,
76, 100, 106–109,
111–114, 118, 128,
132, 234–238, 245,
252–254, 258 f., 262,
266, 268, 270, 273
Aden 17, 24, 25, 31,
60, 98, 183, 186, 194,
229, 254
Adhanom, Tedros
114
Adi Murug 68
Adria 225
Adulis 19, 276
Adwa 34–36, 71, 252,
270
Ägypten 16, 18, 20,
21 f., 24, 29, 31, 81,
105, 115 f., 129, 165,
179, 181, 184, 250,
270, 275 f.
Afabet 275
Afar 11, 18, 23, 26,
51, 80, 108, 110 f.,
139, 143, 145–147,
177, 236, 243, 258
Afewerki, Isaias 44,
65 f., 70, 72 f., 76,
106, 112, 255, 259,
260, 268 f.
Afghanistan 91, 175,
216, 233
Afgooye 28
African Union
Mission in Somalia
(AMISOM) 10,
86 f., 90, 92 f., 95,
101, 198–207, 212,
215–218, 230,
263–268, 275
Afrikanische Union
(AU) 10, 12, 79,
85 f., 95, 97, 101,
105, 114, 198–200,
202–204, 206–208,
212, 216–219, 230,
234, 237, 247, 262 f.,
270, 275
Ahlu Sunna Wal
Jammah 93
Ahmad Ali Tur, Abd-
ar-Rahman 258
Ahmed, Abdullahi
Yusuf 97, 100 f.,
199, 262, 264, 272
Ahmed, Abiy 77,
106, 112, 116 f., 142,
154, 166, 267 f.
Ahmed, Sharif Sheikh
100 f., 263 f.
Aidesios 142
Aidid, Hussein 97
Aidid, Mohamed
Farrah 51 f., 96 f.,
99, 104, 258–260
Aid Worker Security
Database 172
Ajuraan 28
Aksum 19–22, 80, 142,
250, 270 f., 273, 276
Alexandria 20, 142
Algier 70, 72, 76, 261
Alimirah, Hanfadhe
26

- al-Ittihad al-Islami (AIAI) 79, 82
- Alliance for the Re-Liberation of Somalia (ARS) 75, 100, 263 f.
- Alliance for the Restoration of Peace and Counter-Terrorism (ARPCT) 82, 262
- al-Qaida 78 f., 84, 88, 91, 93, 264
- al-Shabaab 10, 61, 78, f., 82–95, 102, 104 f., 153, 157, 179, 200–204, 207, 212, 218, 247, 262, 264–267, 272, 275
- al-Sisi, Abdel Fattah 115
- al-Zubayr, Mukhtar Ali 83
- Amde Tseyon I. (Amda Seyon I.) 23
- Amhara 21, 38, 42, 45, 70, 74, 107 f., 139–141, 143, 149, 161, 236
- Amlak, Yekuno 21
- Andom, Aman 256
- Angola 165
- Aptidon, Hassan Gouled 257, 259, 261
- Arabische Liga 183, 255
- Arba Minch 61
- Asab 25, 27, 59 f., 70, 130, 183, 252, 258, 271, 276
- Ashangisee 38
- Asmara 36, 43, 57, 66 f., 69, 75, 77, 112, 122, 234, 239–242, 248, 252 f., 258, 268 f., 271 f., 275 f.
- Athanasius 142
- Auswärtiges Amt 171, 209, 231
- Aweys, Hassan Dahir 100, 263
- Awsa 25 f., 110, 251
- Ayrow, Sheikh Aden Hashi 82 f.
- Baader, Andreas 229
- Baalee 140
- Bab el-Mandeb 17, 20, 31, 132, 243
- Badme 69, 76, 261, 271 f.
- Badoglio, Pietro 38
- Bahrain 174, 226
- Baidoa 83, 97, 100, 259, 262, 272
- Bakool 275
- Bale 110
- Bante, Teferi 256
- Baraawe 21, 91
- Bardera 221
- Barroso, José Manuel 218
- Battuta, Abu Abdullah Muhammad Ibn 21
- Bay 272
- Bekele, Kenenisa 160
- Beledweyne 221–223
- Beni Amr 143
- Benishangul-Gumuz 107, 115
- Berbera 16, 31, 56, 60, 99, 118, 196, 257, 272–274
- Berlin 116, 257
- Bikila, Abebe 160
- Bishoftu (offiziell Bishoftuu, auch: Debre Zeyt) 236, 238
- Bonn 254
- Boosaaso 56, 93, 196
- Bosnien und Herzegowina 225
- Bouteflika, Abdelaziz 70
- Bowden, Mark 52
- Breschnew, Leonid 54
- Britisch-Somaliland 31, 33, 47, 98 f., 253 f., 274
- Brüssel 218
- Bundespolizei 229, 231
- Bundesrepublik Deutschland 10, 29, 46 106, 119, 186, 191, 220–222, 224–228, 230–233, 247, 254, 260, 266, 268
- Bundestag 220, 224 f., 228, 233
- Bundeswehr 9, 10, 13, 15, 76, 220 f., 223–225, 228–230, 233
- Buonsignori, Stefano 16
- Burao 49, 99, 257
- Burton, Richard Francis 274
- Burundi 178, 200, 205, 263, 266
- Cäsar, Julius 36
- Camp Lemonnier 12, 60 f., 261
- Carter, Jimmy 57, 59

- China 12, 60, 63,
66, 71, 119, 121,
128, 132 f., 163,
172, 195, 234, 238,
245, 267
- Christopher, William
28
- Clinton, Bill 51 f.,
223, 260
- Coalition for Unity
and Democracy
(CUD) 74
- Combined Task
Force 150 (CTF 150)
226, 228
- Combined Task
Force 151 (CTF 151)
186, 190, 195
- Contact Group on
Piracy off the Coast
of Somalia 194
- Dadaab 88, 156,
178 f.
- Dänemark 196
- Daressalam 88
- Darod 49, 97, 144 f.
- Dayib, Fadumo 148
- Defar, Meseret 160
- Demokratische
Republik Kongo
209
- Den Haag 260
- Dessaegn,
Hailemariam 71,
109, 113, 142, 265,
267
- Deutsche Demokra-
tische Republik
256
- Deutsche Marine 12,
220, 226, 230–232
- Deutsche Gesellschaft
für Technische Zu-
sammenarbeit 69
- Deutsches Reich 36,
253
- Deutsches Rotes
Kreuz 171
- Dibaba, Genzebe 160
- Dibaba, Tirunesh 160
- Digil 144
- Dir 144 f.
- Dire Dawa 109, 111,
273 f.
- Dogali 252
- Doha 183
- Doolow 167
- Dubai 228, 273
- East African Commu-
nity (EAC) 10
- Egal, Mohamed Haji
Ibrahim 259
- Einsatzführungskom-
mando 225
- El Adde 202, 266
- El Niño 168
- Ensslin, Gudrun 229
- Entoto-Höhen 235
- Eritrea-Ethiopia
Boundary Commis-
sion (EEBC) 76 f.
- Eritrean Liberation
Front (ELF) 66, 68,
254 f.
- Eritrean People's
Liberation Front
(EPLF) 42–45,
65–68, 152, 255,
257 f., 260, 271, 276
- Erta Ale 26
- Ethiopian People's
Revolutionary
Democratic Front
(EPRDF) 40, 47,
67, 70 f., 73 f., 77,
109, 112, 117, 165 f.,
257–259, 264, 267,
276
- European Union
Capacity Building
Mission Nestor
(EUCAP Nestor)
196, 215, 246
- European Union
Capacity Building
Mission Somalia
(EUCAP Somalia)
196, 212, 216
- Europa 9, 15, 35,
41, 63, 71, 121,
130 f., 152, 159,
174 f., 177, 179,
181 f., 184–187,
208 f., 240, 245, 251
- Europäische Union
(EU) 9, 12 f., 76,
95, 105, 133, 175,
179, 192, 196, 202,
205 f., 208–220,
226 f., 230, 232 f.,
246, 263 f., 269
- European Union
Naval Force Soma-
lia (EU NAVFOR
Somalia) 190, 193,
195, 211, 220, 226,
230, 232 f., 244, 266,
269
- European Union
Training Mission
Somalia (EUTM So-
malia) 10, 13, 208,
211 f., 216 f., 220,
233, 264, 268 f.
- Ezana 20, 142, 250,
270
- Famine Early
Warning Systems
Network 169
- Farah, Mohamed
»Mo« 160
- Finfinnee 235 f.

- Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) 168
- Frankfurt 229
- Frankreich 29–32, 34, 49, 51, 60, 202, 231, 244–246, 251 f.
- Französisch-Somaliland 252
- Front pour la Restauration de l'Unité et de la Démocratie (FRUD) 51, 53, 111, 147, 258, 260 f.
- Frumentius 20, 142
- Gadabursi 145 f.
- Gallabat 29
- Galmudug 183
- Gama, Cristóvão da 24 f.
- Gama, Vasco da 24
- Gambella 107
- Garissa 89, 266
- Garri 110
- Garvey, Marcus Mosiah 158
- Gebrselassie, Haile 160
- Ge'ez 19, 22, 157
- Geledi 28
- German UN Training Center 225
- Ghana 201
- Ginbot 7 112, 268
- Glücksburg-Meierwik 224
- Godane, Ahmed Abdi 83, 86 f., 93, 264
- Golf von Aden 17, 31, 60, 186, 188, 193–197, 210, 214, 227, 232
- Gondar 22, 28, 138, 251, 273
- Gouled Aptidon, Hassan 51, 259, 261
- Grand Ethiopian Renaissance Dam (GERD) 115, 118, 129
- Graziani, Rodolfo 38 f.
- Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9) 229, 231
- Großbritannien 25 f., 29–31, 33 f., 46, 91, 97 f., 157, 160, 202, 252 f., 269 f., 273, 275
- Guelleh, Ismail Omar 53, 261
- Guillain, Charles 28
- Gurage 139, 236
- Gurey, Ahmed 23, 251
- Hadar 18
- Haile Mariam, Mengistu 40, 47, 54, 56–58, 63, 116, 143, 256–258, 276
- Haile Selassie I. (Kaiser) 26, 45–58, 66, 98, 142, 158, 235 f., 253, 255 f., 270
- Hamburg 232
- Hammami, Omar 82
- Hammelburg 225
- Hanfadhé, Alimirah 26
- Hanisch-Inseln 183, 260
- Hanks, Tom 226
- Hansa Stavanger 231
- Harar 21, 23, 25, 27, 46, 58, 61, 110, 251, 273 f.
- Harare 58
- Hararghe 110
- Hargeysa 18, 49, 98 f., 254, 257, 274
- Hassan, Mohamed Abdi 195
- Hassan, Mohammed Abdullah 33, 101 f., 157, 218, 252, 259, 261, 263, 265
- Hatshepsut 18
- Hawiye 101, 104, 144 f., 213, 257
- Hersi, Mohammed Siad, genannt »Morgan« 275
- Hirshabelle 183
- Hizbul Islam 101
- Hoch, Gottfried 228
- Huddur 221, 275
- Ifat 21, 23, 251
- Indien 23 f., 31, 222
- Indischer Ozean 17, 20, 24 f., 31, 54–56, 60, 90, 188, 194–196, 214, 225, 248, 261
- Integrated Food Security Phase Classification (IPC) 169
- Intergovernmental Authority on Development (IGAD) 9, 75, 96, 114, 199, 260, 262
- International Food Policy Research Institute (IFPRI) 164
- International Maritime Bureau Piracy Reporting Centre (IMB PRC) 191
- International Maritime Organization (IMO) 194

- Irak 93, 175
Iran 249, 272
Islamic Courts Union (ICU) 75, 79, 82–85, 100, 114, 262 f., 272
Islamischer Staat (IS) 93, 266
Ismail Pascha 29
Israel 149, 181, 184
Issa 51, 53, 110 f., 145 f., 243
Issaq 144–146, 257, 273 f.
Istanbul 249
Italien 12, 26, 29–31, 33–39, 41, 46, 98 f., 102, 159, 174 f., 179, 181 f., 222 f., 234, 236 f., 239 f., 242, 245, 248 f., 252 f., 270 f., 275 f.
Italienisch-Somaliland 31, 33, 37, 47, 98, 248, 253 f.
Iyoas 28, 251
Japan 12, 60, 194 f., 214, 245, 253
Jeberti 143
Jeddah 183
Jemen 11, 24, 57, 59, 84, 90 f., 98, 121, 174, 176, 182 f., 193, 197, 260, 271
Jerusalem 20, 22, 250, 274
Jess, Ahmed Omar 275
Jiffaar, Jimmaa Abbaa 140 f.
Jijiga (auch: Jigjiga) 110, 136
Jimma 29
Johannes IV. 29, 45, 252, 270, 276
Johannes (Priester-könig) 25
Johanson, Donald 18
Jowhar 97
Juba 28
Jugoslawien 221
Junod, Marcel 39
Kaffa 29
Kaleb 142
Kambaate 29
Kampala 86, 264
Katar 165, 174, 183, 263, 267
Kemant 108
Kenia 9–11, 17, 21, 25, 28, 45, 48, 79, 86–91, 97, 100, 103 f., 135, 156, 160, 162, 165, 175 f., 178 f., 200, 202, 204, 207, 213, 221, 250, 254, 259, 262, 265 f.
Keren 151, 275
Khartoum Process 175
Kismayo 86, 91, 205, 265, 275
Koblenz 224
Kopten 22
Kuba 59, 256, 274
Kunama 143, 150
Laas Geel 17 f.
Laden, Osama bin 84, 264
Lagos 259
Lalibela 22, 142, 250, 273
Landshut 229
Leego 266
Libyen 93, 181 f., 184
Lij Iyasu 26
Lilesa, Feyisa 176
Madagaskar 191
»Madobe«, Sheikh Ahmed Mohamed
Islam 276
Maersk Alabama 226, 231
Mahamat, Moussa Faki 270
Mahdi Mohamed, Ali 51, 104, 258
Mai Ceu 38
Majeerteen 145, 256
Makonnen, Tafari siehe auch Haile Selassie I.
Malakka 24,
Malaysia 24, 51 f., 260
Mali 217
Manama 226
Mansur, Abu 83
Mareb 35
Marehan 49, 144
Mariam, Sahle siehe auch Menelik II.
Maritime Security Centre Horn of Africa (MSCHOA) 194, 227
Marley, Bob 158 f.
Massawa 37, 44, 59, 130, 252, 257, 276
Medina 20, 274
Mekelle 69, 276 f.
Mekka 20, 80, 274
Menelik 271
Menelik II. 25, 29, 32, 34 f., 140, 235–237, 252
Merka (auch: Merca) 21
Mideksa, Birtukan 112

- Mittelmeer 16, 20, 24, 31, 36, 174 f., 177, 181 f., 184 f., 209, 227
- Mogadischu 16, 20 f., 28, 37, 48–52, 56, 60 f., 75, 78 f., 82 f., 86, 90, 95–99, 102, 105, 114, 193, 196, 200–203, 206–208, 211 f., 221–224, 229, 233 f., 247–250, 253, 258, 260, 262, 264 f., 267, 272, 277
- Mohamed, Mohamed Abdullahi, genannt »Farmaajo« 94, 102, 267 f.
- Mohammed, Aisha 154
- Mohammed (Prophet) 20, 80, 144, 250
- Mombasa 25, 88, 221, 224, 227
- Moskau 54, 56 f.
- Mubarak, Hosni 181
- Mumin, Sheikh Abdiquadir 93, 266
- Munzinger, Werner 275 f.
- Mussolini, Benito 30, 36–38
- Nairobi 87–89, 97, 100, 148, 247, 262, 265
- Nakfa 277
- North Atlantic Treaty Organization (NATO) 190, 195, 226 f.
- Nazret 236
- Niederlande 25, 268
- Nigeria 9, 12, 78, 106, 119, 201, 259
- Nil 22, 115 f., 129
- Niyoyunguruza, Juvenal 202
- Northwood 212
- Obama, Barack 113
- Obock 243, 251
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) 133
- Ogaden 11, 37, 40, 48, 57, 59, 61 f., 98, 144, 177, 253 f., 256 f., 274
- Ogaden National Liberation Front (ONLF) 75, 257, 263, 268
- Oman 25, 174, 248
- Omar, Ahmed 93
- Operation Allied Protector 226
- Operation Allied Provider 226
- Operation Enduring Freedom (OEF) 220, 225–228, 230, 261
- Operation Ocean Shield 190, 226
- Operation Provide Relief 221
- Operation Sharp Guard 225
- Operation Southern Cross 223 f.
- Organisation for African Unity (OAU) 12, 67, 199, 237, 254, 262
- Oromia 107 f., 110, 177, 236
- Oromo 25, 27 f., 45, 47, 71, 74, 77, 80, 107 f., 110, 112, 134, 139–141, 149, 161, 176 f., 182, 235 f., 238, 251, 255, 276
- Oromo Liberation Front (OLF) 45, 47, 74 f., 112, 143, 255, 259, 268
- Oslo 160
- Osmanisches Reich 23–27, 276
- Oxford 170
- Pakistan 51, 84, 258, 260
- Palästina 85
- Palma de Mallorca 229
- Panagia Tinou 228
- People's Front for Democracy and Justice (PFDJ) 66 f., 72, 143, 260
- Persischer Golf 24 f.
- Phillips, Richard 226
- Portugal 23–25, 248, 273
- Potsdam 225
- Punt 18 f., 250
- Puntland 19, 86, 93, 97, 183, 188, 193, 196, 207, 261, 267
- Puntland Maritime Police Force (PMPF) 60
- Rahanwiyn 144
- Ras Doumeira 263
- Ras-Kamboni 275
- Raspe, Jan-Carl 229
- Rassemblement populaire pour le Progrès (RPP) 259 f.
- Reagan, Ronald 62
- Rio de Janeiro 176

- Robow, Mukhtar 82 f., 272
- Römisches Reich 19
- Rogo, Scheikh Aboud 89
- Rom 271
- Rota 214
- Rote-Armee-Fraktion 229
- Rotes Meer 17, 24, 27, 31 f., 54 f., 59, 63, 80, 128, 131, 145, 188, 191, 197, 227, 252, 260, 270
- Ruanda 52
- Rühe, Volker 221, 223 f.
- Saba 22, 271, 276
- Saho 80
- Salad Hassan, Abdi-qasim 97, 261
- Salomo 22, 46, 271
- Sambia 201
- Sanaa 174
- Sansibar 24, 28, 248
- Saudi-Arabien 80, 81, 84, 112, 165 f., 174, 177, 183, 249, 269, 271
- Schleyer, Hanns
Martin 229
- Scott, Ridley 52
- Sehul, Ras Mikael 28
- Selassie, Sahle 235
- Senafe 155
- Seychellen 228
- Shabelle 21, 28
- Sheikh Mohamud,
Hassan 101 f., 218, 265
- Shermarke, Abdi
Rashid 255
- Shewa 235
- Shoa 45
- Siad Barre, Mohamed 9, 48–50, 56 f., 59, 62 f., 79, 81, 95–97, 99, 104, 144, 157, 188, 199, 247, 255, 258 f., 272, 275
- Sidama 139
- Sierra Leone 201
- »Silanyo«, Ahmed
Mohamed Moha-
mou 267
- Simbabwe 58, 258
- Sinai 184
- Somali/Ethnie der
Somali 10, 21, 23, 25, 28, 31, 33, 47, 48, 51 f., 78, 80 f., 88 f., 91, 95, 97–99, 102 f., 107, 110 f., 123, 131, 135, 138 f., 145, 157, 159, 162, 167, 174, 176–178, 182, 222 f., 236, 249 f., 254 f., 256 f.
- Somaliland 17, 19, 60, 79, 97–99, 105, 144 f., 169, 188, 196, 253 f., 258 f., 267, 273 f.
- Somali National
Army (SNA) 213
- Somali National
League (SNL) 98
- Somali Natio-
nal Movement
(SNM) 48 f., 99, 145, 257 f., 272
- Somali Reconciliation
and Restoration
Council (SSRC) 97
- Somali Salvation
Democratic Front
(SSDF) 256
- Somali Youth Club
(SYC) 253
- Somali Youth League
(SYL) 253, 255
- Southern Nations,
Nationalities and
People's Region
(SNNPR) 139
- Sowjetunion 40, 45, 47, 54–59, 61 f., 91, 255 f., 272
- Spanien 269
- Sri Lanka 19
- Standing NATO
Maritime Group 1
(SNMG 1) 226
- Standing NATO
Maritime Group 2
(SNMG 2) 226
- Start Network 171
- Stuttgart-Stammheim
229
- Sudan 9 f., 17, 19, 29, 31, 43, 60, 67, 73, 81, 114–116, 175, 177, 179, 181, 184, 252, 273, 275
- Südafrika 160, 177
- Südsudan 10, 17, 60, 95, 114, 175, 177 f.
- Suezkanal 16, 29, 31, 55, 186, 197
- Syrien 21, 24, 93, 175
- Tansania 24, 88
- Taytu 235
- Teklehaimanot,
Daniel 161
- Tewodros II. 28, 251, 273
- Tigray 11, 19, 34, 45, 58, 65–69, 71 f., 74, 107–109, 139, 141, 143 f., 149, 164, 236, 252, 256, 270

- Tigray People's Liberation Front (TPLF) 45, 47, 65, 67, 71–74, 77, 152, 256, 270 f.
- Tigre 144
- Tosh, Peter 159
- Transitional Federal Government (TFG) 83, 97, 100 f., 199 f., 202, 261–263
- Transitional National Government (TNG) 97, 262
- Tschad 165, 181
- Tulu, Deratu 160
- Turkanasee 21
- Türkei 12, 60, 63, 81, 95, 105, 183, 213, 249
- Tzegede 108
- Ubaidah, Abu 93
- Uganda 10, 86, 121, 177 f., 200, 205, 211–213, 233, 263 f.
- United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) 22, 142, 234, 239, 250, 271, 273 f.
- United Nations Children's Fund (UNICEF) 153, 156
- Unified Task Force (UNITAF) 50, 259
- Union pour la Majorité Présidentielle (UMP) 262, 267
- United Nations Assistance Mission in Somalia (UNSAM) 217
- United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) 170, 176, 178, 182
- United Nations Mission in Ethiopia and Eritrea (UNMEE) 76, 220, 261, 263
- United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) 194
- United Nations Operation in Somalia (UNOSOM) 50, 258
- United Nations Operation in Somalia II (UNOSOM II) 220–225
- United Somali Congress (USC) 257 f.
- United States Agency for International Development (USAID) 169
- USA 12, 48, 50–52, 54–63, 71 f., 75–77, 82 f., 88, 91 f., 97, 102, 113, 119, 121, 132 f., 165, 187, 202 f., 213, 216, 225, 245, 253, 256–258, 261 f., 266, 272
- Vereinigte Arabische Emirate (VAE) 60, 81, 165, 174, 183, 213, 271, 273
- Vereinte Nationen 9, 42, 49, 50–52, 60, 64, 69, 76, 90–92, 96–98, 101, 104 f., 114, 133, 165, 169 f., 176, 187, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 210–213, 216 f., 220 f., 223, 226, 230, 253, 258–265, 267–269
- Walashma, Umar 21
- Walloo 140
- Wal-Waal 37, 253
- Washington 55 f., 61
- Wayna Daga 23
- Welternährungsprogramm 214, 226, 230
- Weltgesundheitsorganisation 170
- Welthungerhilfe 164, 169
- Welthunger-Index (WHI) 164–166
- Wilhelmshaven 224, 266
- Wirtu, Mulatu Teshome 269
- Wofla 25
- Wolayta 109, 139
- Wolde, Mamo 160
- Wolkait 108
- Wollo 140
- Yeshaq I. 23
- Yifter, Miruts 160
- Yohannes IV. 252
- Zagwe 21
- Zara Yaqob 251
- Zawditu I. 252 f.
- Zeila 19–21, 23, 252
- Zenawi, Legesse 71
- Zenawi, Meles 47, 66, 70–72, 74, 109, 110, 113, 260, 265, 270
- Zewde, Sahle-Work 109, 154, 269
- Zoskales 19



Autorinnen und Autoren

Marion Aberle, Welthungerhilfe, Bonn

(marion.aberle@welthungerhilfe.de)

Hauptmann A.B., ehem. 25. DEU EinsKtg EU NAVFOR Somalia

Prof. Dr. Malte Brosig, University of the Witwatersrand, Johannesburg

(malte.brosig@wits.ac.za)

Prof. Dr. Belachew Gebrewold, Management Center Innsbruck

(belachew.gebrewold@mci.edu)

Dr. Nicole Hirt (NH), GIGA Institut für Afrika-Studien, Hamburg

(nicole.hirt@giga-hamburg.de)

Dr. Markus V. Höhne (MVH), Universität Leipzig

(markus.hoehne@uni-leipzig.de)

Fregattenkapitän Dr. Christian Jentzsch (CJ), ZMSBw, Potsdam

(christianjentzsch@bundeswehr.org)

Oberstleutnant Dr. Dieter H. Kollmer (DHK), ZMSBw, Potsdam

(dieterkollmer@bundeswehr.org)

Hans-Peter Konopka, Gesellschaft für Geographie und Geologie

Bochum e.V. (hanspkonopka@freenet.de)

Hauptmann Torsten Konopka (TK), M.A., ZMSBw, Potsdam

(torstenkonopka@bundeswehr.org)

Prof. Dr. Aram Mattioli (AM), Universität Luzern

(aram.mattioli@unilu.ch)

Fregattenkapitän Andreas Mückusch (AMÜ), M.A., Bundesministerium der Verteidigung (andreamueckusch@bmvg.bund.de)

Wolf-Christian Paes, M.A., derzeit Arms Expert der Vereinten Nationen im Jemen (paes@me.com)

Kerstin Petretto, M.A., Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH), Hamburg (petretto@ifsh.de)

David Petrovic, M.A., Politischer Berater der Operation Atalanta

(polad2@mschoa.org)

Dr. Volker Ressler, Robert Bosch GmbH (volker.ressler@de.bosch.com)

Dr. Martin Rink (MR), ZMSBw, Potsdam

(philipmartinrink@bundeswehr.org)

Ludger Schadomsky, Leiter Amharische Redaktion Deutsche Welle

(ludger.schadomsky@dw.com)

Horst Scheffler (HS), Leitender Militärdekan a.D.

(horstheinzscheffler@gmx.de)

Ulf Terlinden, Heinrich-Böll-Stiftung, Nairobi

(ulf.terlinden@ke.boell.org)

Thilo Thielke, Korrespondent der FAZ, Kapstadt (thilothielke@yahoo.de)

Dr. Wolbert G.C. Smidt (WS), Forschungszentrum Gotha der Universität Erfurt, Assoc. Prof. in Ethnohistory im Doktorandenprogramm der Mekelle University, Mekelle, Äthiopien

(wolbertsmidt@yahoo.de)

Chikage Oba-Smidt (COS), Assistant Prof. in Sociology, Asallaa University, Oromia, Äthiopien

Fanella Akoth Würth (FAW), M.A., Universität Hamburg

(fennyakoth@gmail.com)

In den deutschen Medien wird das »Horn von Afrika« überwiegend mit Dürren und Hungerkatastrophen, radikalem Islamismus, Krieg, Migration, Piraterie und Staatsversagen in Verbindung gebracht. Seit dem Sturz seiner Regierung 1991 gilt Somalia als der Inbegriff eines gescheiterten Staates. Der seitdem herrschende Konflikt wurde nach mehreren erfolglosen internationalen Militärinterventionen Anfang der 1990er-Jahre, an denen teilweise auch die Bundeswehr beteiligt war, kaum mehr beachtet. Erst durch das Aufkommen radikalislamistischer Gruppen Mitte der 2000er-Jahre und der drastischen Zunahme von Piratenangriffen rückte Somalia erneut in den Fokus der Aufmerksamkeit. Seit Juni 2008 schützen vor allem europäische Kriegsschiffe die Seewege rund um das Horn von Afrika und damit eine der wichtigsten Schifffahrtsrouten der Welt. In den letzten Jahren erlangte die Region im Nordosten Afrikas auch wegen gestiegener Flüchtlingszahlen Aufmerksamkeit in Europa.

Der vorliegende Band führt die vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr herausgegebene Reihe »Wegweiser zur Geschichte« fort. Er beschreibt die wichtigsten Aspekte der historischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der vier Staaten am Horn von Afrika: Äthiopien, Dschibuti, Eritrea und Somalia. Zahlreiche Karten und Abbildungen sowie ein umfangreicher Serviceteil ergänzen die Informationen über die ausgewählten Staaten.